Durch!.. zur Demokratie!

Vom gleichen Verfaſſer iſt ferner erſchienen:

Wie man mit Kindern von der Liebe redet!
Eine pädagogiſche Erzählung (bei Max Spohr, Leipzig, 1909).

Elſaß-Lothringen und die deutſch-franzöſiſche Verſtändigung.
(Aus dem Franzöſiſchen überſetzt, bei Duncker & Humblot, München, Leipzig, 1913.)

Die franzöſiſche Demokratie.
Sozialpolitiſche Studien aus Frankreichs Kulturwerkſtatt (bei Duncker & Humblot, München, Leipzig, 1914).

Gerade weil ich Deutſcher bin!
Eine Klarſtellung der in dem Buche «J'accuse» aufgerollten Schuldfrage (bei Art. Inſtitut Orell Füßli, Zürich, 1916).

3637d

Durch!..
zur Demokratie!

Die bürgerliche Verfassung in jedem
Staat soll republikanisch sein.

Immanuel Kant.
(Zum ewigen Frieden.)

Von

Hermann Fernau

Bern-Bümpliz 1917
Druck und Verlag: Benteli A.-G.

150200
13/5/19

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vom Verfasser vorbehalten.

Copyright 1917 by Hermann Fernau, Zurich.

I.

Einige Feststellungen künftiger deutscher Geschichtschreiber.

Die Aufgabe der zukünftigen deutschen Geschichtschreiber wird im höchsten Grade undankbar und peinlich sein. Wie werden sie wohl die Begeisterung, die staunenswerte Geschlossenheit und den felsenfesten Glauben an das heilige Recht der deutschen Sache erklären, mit dem das deutsche Volk in diesen Weltkrieg gezogen ist? Werden sie, die nicht mehr unter der Burgfriedenzensur, das heißt unter der Vormundschaft des deutschen Generalstabes stehen werden, die heute in Deutschland vorgeschriebenen Ideen über die Notwendigkeit und Entstehung dieses Weltkrieges ernsthaft aufrecht erhalten? Oder werden sie sie mit Hilfe des schon heute vorhandenen erdrückenden Beweismaterials als geschichtlich unhaltbar verwerfen? Und gesetzt, ihre Wahrheitsliebe zwingt sie dazu, wie sollen sie in diesem Falle der Nachwelt wohl begreiflich machen, daß Deutschland damals nicht mit einem Gefühl des Schmerzes und der Bestürzung in diesen Weltkrieg zog, sondern mit hellem Jubel, als ginge es zu einem Fest?

Ich fürchte, die deutschen Geschichtschreiber der Zukunft werden nur mit unwilligem Erstaunen die deutschen Zeitungen (insonderheit die Witzblätter) der ersten Kriegsmonate durchsehen können, so unpassend, so gründlich undeutsch und barbarisch wird ihnen die kuriose Rechtsidee, die Siegestrunkenheit, die Kritiklosigkeit und, sagen wir es nur offen, die Großmäuligkeit der führenden Organe und Männer

Deutschlands im Angesicht der nackten, historischen Wahrheit vorkommen.

Und ihr unwilliges Erstaunen wird sich in stillen Schmerz oder helle Empörung wandeln, nachdem sie die Frage untersucht haben werden: Mußte es sein? War der Weltkrieg wirklich unvermeidbar? — Vom Joche der Burgfriedenzensur befreit und nur noch mit der vorurteilslosen Feststellung der geschichtlichen Wahrheit beschäftigt, wird es ihnen leicht sein, die Antwort darauf zu finden: Nein, es mußte nicht sein! Es wäre auch anders gegangen!

Denn schließlich: Warum mußte Deutschland am 1. August 1914 Rußland den Krieg erklären? Weil in Serajewo ein österreichischer Thronfolger ermordet worden war? Niemand betrachtet diesen Mord als Kriegsgrund an sich, weil niemand sich vorstellen kann, daß es im zivilisierten Europa jemals Menschen gegeben habe, die der Meinung waren, ein Fürstenleben wiege Millionen gewöhnlicher Menschenleben auf. Immerhin werden die späteren deutschen Geschichtschreiber nicht begreifen, warum man diesen Mord zum Anlaß jenes Ultimatums an Serbien machte, das den Kriegswagen ins Rollen brachte. Als 1894 der französische Präsident Carnot in Lyon von einem italienischen Anarchisten ermordet wurde, fiel es da jemand in Frankreich ein, zu sagen, die Italiener seien ein „schmutziges Pack" (so betitelten damals österreichisch-ungarische Staatsmänner und Journalisten die Serben) und man müsse eine „Straferpedition" gegen sie ausrüsten? Als die Kaiserin Elisabeth von Österreich 1898 am Genfer See von einem anderen italienischen Anarchisten ermordet wurde, kam da jemand in Österreich auf die Idee, der Schweiz ein Ultimatum mit der Behauptung zu senden, der Schweizer Bundesrat schmiede Umtriebe gegen Österreich und unterstütze die irredentistische Bewegung in Italien? Keineswegs. Die Welt war über diese Attentate empört, die Mörder wurden bestraft und jedermann begriff, daß dies die einzig mögliche Erledigung war.

Daß man also 1914 den Mord von Serajewo (der noch dazu nicht von Serben, sondern von österreichischen Staatsangehörigen auf österreichischem Boden verübt wurde) zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion gegen Serbien machte, ist eine Tatsache, die von vornherein vom Standpunkt des Rechts Verurteilung verdient. Denn ein Staat,

der wegen eines solchen Vorkommnisses solche Forderungen in solcher Tonart stellt, kann nicht als friedliebend gelten; er weiß im voraus, daß durch seine Handlung eine Kriegsgefahr entstehen muß.

‚Es war nicht der Fürstenmord von Serajewo, der die Ursache zum Weltkrieg wurde', werden die deutschen Annalen der Kriegsgeschichte den späteren Geschichtschreibern antworten. Wenn Deutschland am 1. August 1914 Rußland den Krieg erklären mußte, dann geschah das aus Bündnistreue gegen Österreich. Der Mord von Serajewo war nur ein äußeres Symptom jener serbischen und russischen Umtriebe, die seit langem schon Österreichs Weltmachtstellung bedrohten. Serbien fühlte sich stark durch Rußlands Schutz. Da wir mit Österreich verbündet waren, konnten wir diese Bedrohung nicht zugeben und mußten ihm, da Rußland sich eigenmächtig in den österreichisch-serbischen Konflikt einmischte, gegen Rußland zu Hilfe eilen. So entstand der Weltkrieg.

Diese Begründung ist für die geschichtliche Wahrheitsforschung nur dann vollwertig, wenn sie durch Beweise erhärtet werden kann. Vergeblich werden aber die Geschichtschreiber der Zukunft nach tatsächlichen Beweisen für die serbische und russische Drohung suchen. Aus den zahlreichen Diplomatenakten werden sie nicht ein einziges Schriftstück zutage fördern können, aus dem unzweideutig hervorgeht, daß Rußland den Serben tatsächlich zum kriegerischen Widerstand gegen Österreich geraten hat. Ebensowenig werden sie je ein beweiskräftiges Dokument finden, aus dem hervorgeht, daß der Mord von Serajewo planmäßig im Einvernehmen mit Serbiens oder Rußlands Regierung verübt wurde. Sie werden im Gegenteil die Nr. 40 des russischen Orangebuches und die überaus entgegenkommende serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum als Beweise dafür ansehen müssen, daß Rußland den Serben zur Mäßigung riet und daß Serbien diesen Rat befolgt hat. Denn eine entgegenkommendere Antwort als die, welche es Österreich gab, ist kaum denkbar.

Wenn fast alle deutschen Darstellungen behaupten, Österreich-Ungarn sei aufs schwerste bedroht gewesen *), so fehlen erstens, wie gesagt,

*) Um unter hunderten nur ein Beispiel herauszugreifen: Professor Herm. Oncken schreibt: (Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 540). „Es konnte nicht anders sein, als daß die schwer verletzte Großmacht, die so lange die Bedrohung mit Langmut ertragen hatte, sich in diesem Moment erhob.

die handgreiflichen, geschichtlichen Beweise für diese Bedrohung, zweitens aber (was noch wichtiger ist) wirklich glaubbare Rechtfertigungen dafür, daß Österreich mit einem Schiedsgericht nicht billiger und vernunftgemäßer zu seinem Recht kommen konnte als durch den Mord von Millionen Menschen.

Die zukünftigen deutschen Geschichtschreiber, denen zudem die Psychologie der Fälle Prochaska, Friedjung usw. besser bekannt sein wird als uns, werden also Zweifel setzen müssen in die Behauptungen der österreichischen Diplomatie, die fortwährend von „Umtrieben" spricht, ohne jemals greifbare Beweise dafür beizubringen.

Was andererseits die deutsche Bündnistreue für Österreich angeht, so werden sie zugeben müssen, daß sie in der Tat nicht nur treu, sondern geradezu aufdringlich war. Denn Deutschland stellte nicht nur an Rußland ein zwölfstündiges Ultimatum in einem Augenblick, als Österreich selbst sich schon bereit erklärte, mit Rußland abermals zu verhandeln (Rotbuch Nr. 55, 56), es machte also damit diese österreichische Friedensbereitschaft der letzten Minute nicht nur hinfällig, sondern es erklärte auch den Krieg an Rußland volle fünf Tage vor dem so sehr bedrohten Österreich selbst. Treuer konnte man nicht sein.

Leider werden die zukünftigen deutschen Geschichtschreiber die Aufrichtigkeit dieser „Nibelungentreue" bezweifeln müssen, wenn sie weiter in die Kriegsgeschichte eindringen. Denn als am 23. Mai 1915 Italien plötzlich Österreich den Krieg erklärte, da wußte das bündnistreue Deutschland nichts mehr von dieser neuen, ungleich gefährlicheren Bedrohung des Bundesgenossen. War Österreichs Existenz und Weltmachtstellung durch Italien weniger bedroht als durch Serbien? Wer kennt die höheren Einsichten der damaligen Diplomaten? Tatsache ist, daß Deutschland keinen Krieg an Italien erklärte. Entweder nun, so werden die späteren deutschen Geschichtschreiber folgern, war unsere Bündnistreue für Österreich wirklich ehrlich, dann aber war unsere Haltung im Mai 1915 Österreich gegenüber ein Vertragsbruch; oder aber, sie ist nur eine Diplomatenlüge gewesen und dann hätten unsere

Nicht eine Frage des äußeren Prestiges, sondern ihre Existenz stand auf dem Spiele, wenn sie diesen Angriff hinnahm." — Welche juristisch stichhaltigen Beweise hat Prof. Oncken dafür, daß Österreichs „Existenz auf dem Spiele stand"?

Vorfahren, wenn sie wirklich den Frieden wollten, dem Kampfe Österreichs gegen Serbien und Rußland ebenso untätig zusehen können, wie sie später dem Kampfe ihres Bundesgenossen gegen Italien zusahen.

Aus alledem scheint hervorzugehen, daß weder der Fürstenmord von Serajewo, noch die ständig behaupteten aber niemals bewiesenen serbisch-russischen Umtriebe, noch auch die deutsche Bündnistreue für Österreich die wahre Ursache zum Weltkrieg sein kann. Unmöglich konnten unsere Vorfahren der halben Welt den Krieg erklären, ohne tatsächlich und handgreiflich angegriffen worden zu sein, werden die deutschen Historiker der Zukunft sagen. Gesetzt selbst, daß sie den Krieg an sich liebten, so konnten sie doch niemals so übermütig sein, gleich vier Staaten auf einmal anzugreifen. Augenscheinlich muß ein direkter Angriff auf unser Land, eine effektive Verletzung der nationalen Würde, kurzum ein handgreifliches Attentat auf unser Vaterland vorgelegen haben, das uns zum Kriege zwang.

Aha, hier haben wir den eigentlichen Casus belli (Weißbuch S. 14): „Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August ..., unsere Grenzen und rückten auf deutschem Gebiet vor." Es ist klar, daß wir das nicht dulden konnten. Zweifellos wurde die deutsche Kriegserklärung mit diesem Russeneinfall begründet. Sehen wir nach. Hier haben wir (Weißbuch Anlage 26) die offizielle deutsche Kriegserklärung an Rußland. Wie? Sie ist vom 1. August 1914 nachmittags 12 Uhr 52 Minuten datiert? Wie konnte man um 12 Uhr 52 Minuten mittags in Berlin wissen, daß „am Nachmittag" des gleichen Tages russische Truppen die deutsche Grenze überschritten hatten? — Und was ist das? Die deutsche Kriegserklärung ist ja gar nicht mit einem Einfall russischer Truppen begründet! „Da Rußland sich geweigert hat, dieser Forderung (der Einstellung der militärischen Maßnahmen) Folge zu leisten und durch diese Weigerung bekundet hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland gerichtet war, so habe ich die Ehre usw. usw. ..." Also waren es nicht die Russeneinfälle (S. 14), die uns zum Kriege gegen Rußland zwangen, sondern (Seite 46, Anlage 26, 27) die Nichtbefolgung des an Rußland gestellten Ultimatums? Dieser Widerspruch in den offiziellen deutschen Dokumenten wirkt ge-

radezu beängstigend. Wußte denn die deutsche Regierung nicht, weshalb sie eigentlich den Krieg an Rußland erklären mußte? Haben die russischen Truppen wirklich unsere Grenzen überschritten oder erklärten wir nur deshalb den Krieg an Rußland, weil es sich geweigert hatte, auf ein Ultimatum zu antworten, das schon seiner kurzen Befristung wegen beleidigend wirken mußte! Welch sonderbarer Widerspruch in einer so blutig ernsten Sache!

Unsere aus diesem Widerspruch aufsteigende Vermutung (daß wir nämlich den Krieg an Rußland nicht erklärten, weil wir mußten, sondern weil wir wollten) steigert sich zur Gewißheit durch einen offiziösen Aufsatz, der am 27. Mai 1916 im Pester Lloyd (offiziöses Organ der österreichisch-ungarischen Regierung in Budapest) erschienen ist. In Erwiderung auf eine Rede des damaligen englischen Ministers Grey, worin dieser betont hatte, daß der Krieg vermieden worden wäre, wenn man seine Vorschläge einer diplomatischen Konferenz (englisches Blaubuch 67, 84, 101, 103) angenommen hätte, heißt es dort: „Wie groß und unabänderlich unsere Entschlossenheit war, den Streit mit Serbien so auszutragen, daß die verbrecherische Friedensbedrohung von dieser Seite ein für allemal ausgeschaltet würde, das mag Sir Edward Grey daraus erkennen, daß wir in voller Aufrichtigkeit feststellen: Auch wenn die russische Regierung ihre trotz scheinheiliger Zusicherungen und Beteuerungen heimlich fortgesetzte Mobilisierung unterlassen oder unterbrochen hätte, wäre Österreich-Ungarn auf keine Konferenz gegangen, sondern es hätte darauf bestanden, unbehindert von jeder dritten Seite seine Sache mit Serbien entsprechend den Notwendigkeiten seiner künftigen Sicherheit auszutragen."

Auch wenn Rußland seine Mobilisierung unterlassen oder unterbrochen hätte! — Hier hört jeder Zweifel auf. Denn es sind nicht mehr die Feinde Deutschlands, die das behaupten, es ist ein offiziöses Organ der österreichisch-ungarischen Regierung, das diese „Feststellung" in „voller Aufrichtigkeit" macht. Für uns ist diese Feststellung ein geschichtliches Dokument, aus dem wir leider mit nicht fortzuleugnender Deutlichkeit erkennen müssen, daß Österreich, gestützt auf Deutschland, den Krieg absolut w o l l t e.

* * *

Und wie stand es mit Frankreich? Zwar begreifen wir nicht, wie die deutsche Regierung damals die fixe Idee haben konnte, ein Krieg gegen Rußland sei unvermeidbar; aber noch viel unbegreiflicher ist es uns, warum sie auch Frankreich (und damit zusammenhängend leider auch Belgien) den Krieg erklären mußte. Hier haben wir die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 4. August 1914, in der es heißt: „Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene Kompagnien! Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen." Hier scheint kein Zweifel möglich: Wir waren, wie uns der Reichskanzler feierlich versichert, „tatsächlich angegriffen". Es berührt uns freilich eigentümlich, daß der Reichskanzler schon im nächsten Satz der gleichen Rede zugibt, daß wir selbst die französische Grenze schon v o r der Kriegserklärung überschritten haben: „Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des 14. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten." Der Reichskanzler sucht die Bedeutung dieser Tatsache abzuschwächen, indem er fortfährt: „Aber lange bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen."

Man wird es uns nicht verübeln, wenn wir, nachdem wir in Sachen der russischen Grenzüberschreitungen die Unrichtigkeit der deutschen Darstellungen feststellen mußten, auch hier wieder nach unumstößlichen Beweisen für den „tatsächlichen Angriff" suchen. Zunächst stellen wir fest, daß die deutsche Kriegserklärung, die Herr von Schoen am 3. August 1914 um 6 Uhr 45 Minuten in Paris überreichte, von eigentlichen Grenzüberschreitungen überhaupt nichts weiß, sondern sich nur auf die auch vom Reichskanzler hervorgehobenen Fliegerüberfälle stützt: „Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl ausgesprochen feindseliger Handlungen festgestellt, welche auf deutschem Gebiet durch französische Flieger begangen worden sind. Von diesen haben mehrere offenbar die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie das Gebiet dieses Landes überflogen. Der

eine machte den Versuch, Gebäude in der Nähe von Wesel zu zerstören, der andere wurde über der Gegend der Eifel erblickt, ein anderer warf Bomben auf die Eisenbahnstrecken in der Nähe von Karlsruhe und von Nürnberg. Ich bin beauftragt und habe die Ehre usw. . ." (franz. Gelbbuch Nr. 147).

Der deutsche Reichskanzler hätte unsere Nachforschungen durch Angabe von Daten und Einzelheiten bedeutend erleichtern können. Diese fehlen leider in seiner Rede gänzlich. Wir waren daher genötigt, die Zeitungen von Wesel, Karlsruhe und Nürnberg aus der Zeit vom 25. Juli bis 3. August 1914 genau durchzusehen. Eine um so langwierigere Arbeit, als alle unsere Nachforschungen leider ergebnislos verlaufen sind. Keine dieser Zeitungen weiß etwas von französischen Fliegern zu berichten, die Bomben geworfen hätten. Kann man glauben, daß sie über ein so geräuschvolles Ereignis Stillschweigen beobachtet hätten? Aber nicht nur wir haben nach Beweisen für den vom Reichskanzler und dem deutschen Gesandten angegebenen Kriegsgrund gesucht. Schon während des Weltkrieges haben aufrichtige deutsche Patrioten danach geforscht und, als sie nichts fanden, sich direkt an die deutschen Behörden um Auskunft gewandt. Einer von ihnen, Herr Dr. Schwalbe, Herausgeber der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" in München, erhielt auf seine Anfrage folgenden vom 3. April 1916 datierten Bescheid des Nürnberger Magistrats, den er in der Nummer vom 18. Mai 1916 seiner Wochenschrift zum Abdruck brachte:

„Dem stellvertretenden Generalkommando des III. bayrischen Armeekorps hier ist nichts davon bekannt, daß auf die Bahnstrecke Nürnberg-Kissingen und Nürnberg-Ansbach vor und nach Kriegsausbruch je Bomben von feindlichen Fliegern geworfen worden sind. Alle diesbezüglichen Behauptungen und Zeitungsnachrichten haben sich als falsch herausgestellt."

Als falsch herausgestellt! Also war die Begründung der Kriegserklärung an Frankreich eine Fabel? Also erklärten wir den Krieg an Frankreich nicht, weil wir „tatsächlich angegriffen" waren, sondern weil wir es unter erfundenen Vorwänden angreifen wollten? Also war das Ganze nur eine freie Erfindung? Es ist erschütternd, sich vorzustellen, daß es im 20. Jahrhundert Leute gab, die solche Erfindungen

machten und im gleichen Atemzug feierlich proklamierten: „Meine Herren! Wir sind jetzt in der Notwehr! Und Not kennt kein Gebot!"

Im Osten Einfälle russischer Truppen, im Westen Fliegerbomben auf süddeutsche Eisenbahnen. Im Osten ein beklemmender Widerspruch zwischen der Kanzlerrede und der offiziellen deutschen Kriegserklärung. Im Westen ein noch krasserer Widerspruch in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen der gleichen Kanzlerrede. Hier die „in voller Aufrichtigkeit" gemachte Feststellung eines hochoffiziösen Blattes, daß man von vornherein entschlossen war, keine Konferenz anzunehmen, das heißt den Krieg vom Zaun zu brechen. Dort die nicht minder kategorische Feststellung deutscher Behörden, daß der „tatsächliche Angriff", womit der deutsche Reichskanzler die Kriegserklärung an Frankreich begründet hatte, eine freie Erfindung der deutschen Regierung ist.

Dieser Reichskanzler ist wahrlich eine Merkwürdigkeit der Weltgeschichte.

* * *

Das geht übrigens auch aus den Reden hervor, die Herr von Bethmann Hollweg im Laufe des Weltkrieges gehalten hat.

So sagte er zum Beispiel in seiner berühmten Rede vom 9. November 1916: „Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilmachung, die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli angeordnet wurde." Wir gestehen: wir begreifen nicht, wie man nach 27 Monaten Krieg noch so zum deutschen Volke sprechen konnte. Die Mobilisation in Rußland, Österreich, Deutschland und Frankreich war doch offenbar das Ergebnis achttägiger diplomatischer Vorverhandlungen, das heißt der Schlußakt des großen Weltdramas, dessen Vorspiel schon am 23. Juli mit der Übergabe des Ultimatums an Serbien begann. Wie man ein Pferd nicht beim Schwanz zäumen, so kann man auch die Aufführung eines Dramas nicht mit seinem Schlußakt beginnen. Ganz besonders hier nicht, weil schon in der Einleitung zum deutschen Weißbuch (S. 6) die bezeichnenden Worte stehen: „Wir waren uns hierbei (daß wir Österreich unser Einverständnis zu diesem Ultimatum gaben) wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unseren Bundespflichten entsprechend in einen Krieg ver-

wickeln könnte." Dieser Satz besagt doch deutlich, daß man deutscherseits das Risiko eines europäischen Krieges sorgfältig und vorsätzlich schon am 23. Juli 1914 in Erwägung gezogen hatte. Lange bevor die russische Mobilisation angeordnet wurde, hatte Österreich Serbien den Krieg erklärt und ihn mit der Beschießung Belgrads begonnen. Ihrerseits hatte die deutsche Regierung zwei englische und zwei russische Vermittlungsvorschläge abgelehnt und außerdem einen direkt vom russischen Zaren ausgehenden Vorschlag (den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten) einfach unterschlagen (ein anderes Wort ist hier leider nicht anwendbar).

Die Besprechung der Schuldfrage muß also, wenn sie vorurteilslos und gewissenhaft sein soll, bei den Wörtchen „wohl bewußt" des obigen Satzes beginnen. *) Aus der Fülle der Ereignisse die russische Mobilisation herausgreifen und sozusagen als ein Ding an sich besprechen, ist unzulässig und erweckt den Anschein gewollter Außerachtlassung der voraufgegangenen Ereignisse, die zur Mobilisation führten.

Aber selbst wenn wir dem Reichskanzler zuliebe die russische Generalmobilisation einen Augenblick als Ding an sich betrachten, können wir ihm nicht beistimmen. Der Reichskanzler sagte: „Was übrigens den defensiven Charakter der russischen Gesamtmobilisation betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß beim Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 noch eine 1912 erlassene Anweisung der russischen Regierung in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält: Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges mit Deutschland ist."

*) In meinem Buch „Gerade weil ich Deutscher bin!" (bei Orell Füßli, Zürich 1916) habe ich, S. 48—51, einige der Vorfragen formuliert, die man stellen muß, ehe man zur Besprechung der russischen Mobilisation gelangt. — Siehe hierzu auch S. 40—43 des gleichen Buches die Antwort auf eine Broschüre von Dr. Helfferich. (Im Widerspruch zu Herrn von Bethmann Hollwegs Darstellung sagt übrigens sein Mitarbeiter Helfferich, die russische Mobilisation sei „am 31. Juli frühmorgens" angeordnet worden.) — Ferner heißt es im deutschen Weißbuch (S. 13), daß die russische Generalmobilmachung „bereits am Vormittag" (des 31. Juli) angeordnet wurde. — Auf die Frage also: Wann hat die russische Generalmobilmachung stattgefunden? antwortet das deutsche Weißbuch: „am Vormittag" des 31. Juli, Dr. Helfferich: „frühmorgens" am 31. Juli, und der Reichskanzler: „in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli"! Drei offizielle deutsche Darstellungen enthalten also drei Widersprüche. Welcher soll man glauben?

Auch hier wollen wir dem Reichskanzler zuliebe gar nicht die Frage untersuchen, warum er dieses Dokument erst nach 27 Monaten Krieg bekannt gab, statt (wie das jeder andere Staatsmann in seiner Lage getan hätte) sofort, als von allen Seiten die Anschuldigung erhoben wurde, die deutsche Regierung habe den Krieg vorsätzlich herbeigeführt. Auch wollen wir einen Augenblick mit dem Kanzler annehmen, die russische Mobilisation sei tatsächlich früher erfolgt als die österreichische (wie sehr anfechtbar diese Behauptung ist und daß es sich dabei auf alle Fälle nur um einige Stunden gehandelt haben kann, ergibt sich aus Gelbbuch Nr. 115 und Rotbuch Nr. 53. *) Trotz aller dieser entgegenkommenden Voraussetzungen können wir die Richtigkeit der Bethmann Hollwegschen Behauptung (die russische Generalmobilisation habe den Krieg unvermeidlich gemacht, denn sie sei gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gewesen) n o c h i m m e r durch vier Tatsachen beweisen, gegen die es keine Argumente gibt.

Erstens durch folgendes (nach bereits angeordneter russischer und deutscher Generalmobilisation) gesandtes Telegramm des Zaren an Wilhelm II.: (Petersburg, 1. August 1914) „Ich habe Dein Telegramm erhalten, ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen n i c h t Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden zu verhandeln . . ." (vergl. hierzu Weißbuch S. 12, die Zarendepesche vom 31. Juli). Hier ist also das feierliche Wort des Zaren wiederholt worden, daß die Mobilisation n i c h t Krieg bedeutet. Welche moralische und völkerrechtliche Berechtigung hatte die deutsche Regierung, dem feierlichen Wort des Zaren zu mißtrauen? Warum antwortete Wilhelm II. auf dieses Telegramm nicht mit der erbetenen Garantie, sondern mit dem abermaligen Verlangen der sofortigen Demobilisierung und mit den folgenschweren Worten: „Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegrammes einzugehen" (Weißbuch S. 14). Warum?

Zweitens standen Rußland und Österreich sowohl 1908 als auch

*) Vergleiche hierzu auch die Darstellung im Buche J'accuse (bei Payot & Co., Lausanne), S. 276; sowie J. W. Headlam, „Zwölf Tage Weltgeschichte" (bei Payot & Co.), S. 211.

später 1912 wochenlang voll mobilisiert an den Grenzen und gingen doch nicht zum Krieg über. Warum? Weil damals keiner der verhandelnden Diplomaten den geheimen Vorsatz zum Krieg hatte. Deshalb wurden trotz der Mobilisation hüben und drüben die Verhandlungen fortgeführt und die Konflikte friedlich beigelegt. Auf diese geschichtlichen Präzedenzfälle hat übrigens Graf Berchtold, der damalige österreichische Minister, ausdrücklich selbst hingewiesen (Rotbuch Nr. 17), um aller Welt klarzumachen, daß die Mobilisation auf der einen oder anderen Seite eben noch lange nicht Krieg bedeutet.

Drittens aber wußte damals jedes Kind in Deutschland, daß just eine russische Generalmobilisation durchaus keine so unmittelbare Gefahr für Deutschland war, wie Herr von Bethmann Hollweg uns glauben machen möchte. Infolge seiner Gebietsausdehnung und mangelhaften Eisenbahnverbindungen brauchte Rußland für die volle Mobilisation seiner Streitkräfte etwa viermal so viel Zeit als andere europäische Militärstaaten. Just dieser für Deutschland beruhigende Umstand hätte es der deutschen Regierung ermöglichen müssen, ohne Gefahr einige Tage zuzuwarten, das heißt, die Verhandlungen fortzuführen. Statt aber diese Langsamkeit der russischen Mobilisation als willkommene Gelegenheit für weitere Friedensverhandlungen auszunützen, war sie im Gegenteil von der deutschen Regierung als Faktor des erhofften Sieges in ihren Kriegsplan eingestellt worden. In der Tat beruhte der deutsche Kriegsplan (bis zur Schlacht an der Marne), so wie er uns heute bekannt ist, auf der Langsamkeit der russischen und der Schnelligkeit der eigenen Mobilisation. Das heißt, er war in seinem ersten Teil überhaupt nicht gegen Rußland, sondern gegen Frankreich und Belgien gerichtet. Das war so sehr der Fall, daß man im Vertrauen auf die Langsamkeit der russischen Mobilmachung die deutsche Hauptarmee durch Belgien gegen Frankreich schickte, die ostpreußische Grenze nur mit ungenügenden Streitkräften besetzte, infolgedessen die Schlacht bei Gumbinnen verlor, halb Ostpreußen preisgeben und Anfang September 1914 bedeutende Truppenmassen aus Frankreich abziehen und gegen Rußland schicken mußte, um eine Katastrophe in Ostpreußen zu vermeiden. Das hatte die Niederlage an der Marne, den Bankrott des deutschen Kriegsplans und die Entlassung seines Urhebers Moltke zur Folge. Die historisch feststehende Tatsache

ist also, daß dem deutschen Generalstab die russische Generalmobilmachung auf Wochen hinaus so ungefährlich, ihre Langsamkeit so selbstverständlich erschien, daß er seinen ganzen Kriegsplan darauf gebaut hatte und sich unmittelbar nach der Kriegserklärung gar nicht gegen Rußland, sondern ausschließlich gegen Belgien und Frankreich wandte. Trotzdem wagte Herr von Bethmann Hollweg, seinen Zeitgenossen jene Mobilmachung als ein in der nächsten Sekunde losbrechendes Kriegsgewitter hinzustellen, das Deutschland bei Gefahr seines Lebens zwang, ohne Besinnen nach allen Seiten hin loszuschlagen.

Viertens endlich muß die höchst eigentümliche Tatsache hervorgehoben werden, daß Österreich selbst (demzuliebe doch die deutsche Regierung so übereilt vorging) zwar fast gleichzeitig mit Rußland mobilisiert hatte, die diplomatischen Verhandlungen mit Petersburg aber ruhig fortsetzte (Rotbuch Nr. 53, 55, 56) und den Krieg an Rußland erst fünf Tage später erklärte als Deutschland selbst.

Die Gefährlichkeit der russischen Mobilmachung (die nach der Darstellung des Herrn von Bethmann Hollweg den Krieg unvermeidlich machte) wird also widerlegt: 1. durch ein feierliches und wiederholt gegebenes Wort des russischen Zaren; 2. durch geschichtliche Präzedenzfälle und den Hinweis darauf durch den verbündeten Grafen Berchtold; 3. durch den Aufbau und die Durchführung des deutschen Kriegsplanes und 4. endlich durch die Haltung der österreichischen Regierung selbst, der die russische Generalmobilmachung so ungefährlich schien, daß sie trotzdem die Verhandlungen fortsetzte und den Krieg an Rußland erst am 5. August erklärte.

Im Lichte dieser geschichtlichen Tatsachen gesehen, erscheint uns also die These und Logik des deutschen Reichskanzlers nicht eben stichhaltig. Wenn damals niemand im deutschen Reich dagegen protestierte, so erklärt sich diese erstaunliche Tatsache aus dem Zustand des sogenannten Burgfriedens. „Burgfrieden" nannten unsere Vorfahren jene merkwürdige Einrichtung, mit deren Hilfe die deutsche Regierung jede freie Meinungsäußerung unterbinden und von vornherein in allem und jedem recht haben konnte.

Herr von Bethmann Hollweg sagte in jener Rede weiter: „Das Haager Schiedsgericht, das er (Lord Grey) zwar anbot, ist ja äußerlich

sehr bedeutungsvoll; aber es wurde angeboten, als bereits die russischen Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren." Auch dieser Satz zeigt uns, wie bequem für die damaligen (von jeder Verantwortung vor dem Volke freien) Staatsmänner Deutschlands der Burgfrieden war.

Erstens nämlich hat nicht Lord Grey das Haager Schiedsgericht angeboten, sondern zunächst die serbische Regierung in ihrer Antwortnote an Österreich (franz. Gelbbuch Nr. 49). Dieser Vorschlag wurde Österreich bereits am 25. Juli gemacht, als also von russischen Truppen noch nirgendwo die Rede war. Statt auf diesen Vorschlag einzugehen, hat die österreichische Regierung die Verhandlungen einfach abgebrochen und Serbien den Krieg erklärt. Für diese ebenso voreilige als brutale Handlungsweise der verbündeten Regierung hat Herr von Bethmann Hollweg nicht nur niemals ein Wort des Tadels gefunden, sondern (Weißbuch S. 7) sie ausdrücklich gebilligt.

Zweitens aber wurde das Haager Schiedsgericht vom russischen Zaren in einer Depesche an Wilhelm II. angeboten. Diese Depesche trägt das Datum des 29. Juli 1914. Sie wurde, nochmals wiederholt, von der deutschen Regierung weder beantwortet, noch dem deutschen Volke überhaupt bekannt gegeben. Erst als der Moniteur officiel der russischen Regierung (31. Januar 1915) auf das Vorhandensein dieser Depesche hinwies, hat sich die deutsche Regierung herbeigelassen zuzugeben, daß sie sie empfangen habe und — sie in die zweite Ausgabe ihres Weißbuches aufgenommen. Diese Tatsache allein sagt uns über die Schuld am Kriege mehr als alle bis zum 9. November 1916 gehaltenen Reichskanzlerreden zusammengenommen. Halten wir die Daten fest: Das Haager Schiedsgericht wurde von Serbien am 25. Juli und vom russischen Zaren am 29. Juli 1914 vorgeschlagen. Der Reichskanzler sagte in seiner Rede vom 9. November 1916, die russische Generalmobilmachung sei „in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angeordnet worden", und in seiner Rede vom 4. August 1914 heißt es, daß „schon am Nachmittag des 1. August russische Truppen unsere Grenzen überschritten". Woraus sich zunächst ergibt, daß das Haager Schiedsgericht zweimal zu einer Zeit vorgeschlagen wurde, als noch nirgendwo „russische Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren". Und woraus sich weiter ergibt, daß Herr von Bethmann Hollweg ge-

nötigt war, wissentlich die Dinge anders darzustellen, als sie geschichtlich erwiesen sind. Denn nur auf diese Weise konnte er die für die Feststellung der Schuld höchst wichtige Tatsache aus der Welt schaffen, daß ihm und seinem Wiener Kollegen das Haager Schiedsgericht zweimal zu einer Zeit vorgeschlagen wurde, als eben noch k e i n e russischen Truppen gegen uns in Bewegung waren.

Der Reichskanzler betonte in seiner Rede weiter, daß er in Wien einen Druck zugunsten des Friedens ausgeübt und zur Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages geraten habe. Er bezieht sich dabei auf zwei Depeschen. Von der ersten sagt er: „Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gab". Den Wortlaut dieser Instruktion hat der Reichskanzler bereits in seiner Rede vom 19. August 1915 bekannt gegeben. Er fügte damals hinzu, er habe diese Depesche kurz vor Ausbruch des Krieges in der englischen Presse veröffentlichen lassen. Und in der Tat ist sie in der „Westminster Gazette" vom 1. August 1914 abgedruckt worden. Sonst aber fehlt sie in allen offiziellen Dokumentensammlungen und am meisten im deutschen Weißbuch. Der Tatbestand in bezug auf diese Depesche ist also folgender: Sie wurde am 1. August 1914 in einer einzigen englischen Zeitung und sonst nirgendwo veröffentlicht. Erst zwölf Monate später bezeichnete der deutsche Reichskanzler diese Veröffentlichung als sein Werk. Englische Geschichtschreiber haben aus dieser merkwürdigen Tatsache den Schluß gezogen, es handle sich hier um ein erfundenes Dokument, das im kritischen Moment eigens zu dem Zweck in jene englische Zeitung gebracht wurde, um England vom Kriege zurückzuhalten, das heißt den Eindruck zu erwecken, die deutsche Regierung habe sich in Wien ernsthaft für den Greyschen Vermittlungsvorschlag eingesetzt. Aber ob erfunden oder nicht: die Tatsache steht fest, daß die deutsche Regierung keine plausible Erklärung darüber gegeben hat, warum diese Depesche in allen offiziellen Dokumentensammlungen fehlt. Kein Staatsmann, der das Recht auf seiner Seite fühlt und sich in einer so schwierigen Lage befindet wie damals der deutsche Reichskanzler, kann ein Interesse daran haben, solche Dokumente jahrelang zu verbergen. Denn schon zu Beginn des Krieges wurde der Reichskanzler von allen Seiten beschuldigt, er habe in Wien nicht mäßigend

und vermittelnd eingegriffen und dadurch die Katastrophe unvermeidlich gemacht. Warum hat er Dokumente, die das Gegenteil beweisen konnten, nicht schon zu einer Zeit bekannt gegeben, als noch niemand an ihrer Echtheit zweifeln konnte?

Dieselbe Bemerkung gilt in weit höherem Maße noch von der zweiten Depesche, die der Reichskanzler zum ersten Mal in der Rede vom 9. November 1916 bekannt gab. Nach 27 Monaten Krieg zog er plötzlich eine Depesche an seinen Wiener Gesandten hervor, in der es unter anderem heißt: „Das politische Prestige Österreich-Ungarns und die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklichst zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere." — Bedauerlicherweise gibt der Reichskanzler nicht das genaue Datum an, an dem er diese wichtige Depesche nach Wien sandte. Er sagte nur: „Ich habe ‚damals' nach Wien telegraphiert": Damals! Als ob hier nicht die genaueste Zeitangabe von höchster Wichtigkeit wäre. Dies um so mehr, als dieses Telegramm (wie auch das vorerwähnte) nirgendwo in den stattgehabten Depeschenwechsel eingepaßt werden kann. Man versuche einmal diese Einpassung und man wird finden, daß, wo man sie auch versucht, ihr Inhalt in krassem Widerspruch zu anderen voraufgegangenen deutschen Schriftstücken steht. (So namentlich zu Weißbuch Anl. 12, wo der Reichskanzler seinem Londoner Botschafter ausdrücklich erklärt: „Es ist für uns unmöglich, unsern Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen.")

Noch wichtiger aber als die Frage, warum diese Depeschen nicht früher bekannt gegeben wurden und warum sie in so offenbarem Widerspruch mit anderen deutschen Diplomatenakten stehen, ist jene andere Frage: Welche Antwort hat Österreich-Ungarn auf diese Depeschen gegeben? Bis auf den heutigen Tag haben wir vergeblich nach solchen Antworten gesucht.

Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten: Entweder die österreichische Regierung hat sich um diese deutschen Anregungen überhaupt nicht

bekümmert und dann war das eine grobe Beleidigung des verbündeten Berliner Kabinetts; oder aber sie hat ehrlich versucht, ihnen nachzukommen und dann liegt keine Veranlassung vor, uns jene Dokumente vorzuenthalten, die das klar beweisen. Solche Dokumente aber fehlen.*)

Folglich steht die geschichtliche Tatsache fest, daß die österreichische Regierung die ihr von Berlin erteilten Ratschläge nicht beachtet hat. Wenn wir daher, trotz der vorerwähnten Bedenken, einen Augenblick annehmen, die Echtheit jener Depeschen sei erwiesen, das heißt die deutsche Regierung habe tatsächlich in dem angegebenen Sinne einen Druck auf Wien ausgeübt, dann ergibt sich in diesem Falle die logische Schlußfolgerung, daß jene an den Wiener Botschafter gesandten Depeschen, mit denen der deutsche Reichskanzler sich zu rechtfertigen suchte, ihn und seine Verbündeten in Wahrheit noch mehr belasten. Denn da es erwiesen ist, daß Österreich in keiner Weise auf jene Vorschläge einging (siehe auch den oben zitierten offiziösen Artikel der österreichischen Regierung im Pester Lloyd vom 27. Mai 1916), so ergibt sich daraus erstens ein deutlicher Beweis für die Kriegslust der verbündeten österreichischen Regierung; zweitens aber eine Nichtachtung der Ratschläge des verbündeten Berliner Kabinetts, die direkt eine Beleidigung für Deutschland war. — Gesetzt, A ist mit B verbündet; B gerät in Streit mit C und A rät ihm ernsthaft, sich vor Übertreibungen zu hüten, da er keine Lust habe, seinetwegen Krieg zu führen; B aber schlägt alle guten Ratschläge in den Wind, weil er von vornherein entschlossen ist, „auf keine Konferenz zu gehen", auch

*) In welcher Weise der damalige Reichskanzler mit den Tatsachen umsprang, erhellt daraus, daß er in seiner Rede vom 9. November 1916 die Nr. 51 des österreichischen Rotbuches (Note des Grafen Berchtold an die österreichischen Botschafter in London und Petersburg) als Antwort auf jene nach Wien gegebenen Instruktionen hinzustellen wagt. Von dieser Nr. 51 zitierte er aber wohlweislich nur einen Teil und ließ den dritten Absatz ganz fort. Aus dem dritten Absatz dieser Nr. 51 ist nämlich ersichtlich, daß die Nr. 51 eine (übrigens nichtssagende) österreichische Antwort auf die Nr. **84** des englischen Blaubuches ist (Vorschlag einer Konferenz zu vieren in London), auf keinen Fall also eine Antwort oder gar Folgeleistung der „damals" von Berlin nach Wien gegebenen Instruktion sein kann. (Denn diese bezieht sich, wie aus ihrem Inhalt hervorgeht, auf die Nr. **88** des englischen Blaubuches: Vermittlungsaktion der Mächte nach Besetzung serbischer Gebiete durch Österreich.)

wenn C seine Mobilmachung unterlassen oder unterbrochen hätte. Besteht in diesem Fall für A noch eine Verpflichtung, dem B doch zu helfen? Hat er nicht vielmehr jetzt ein Recht, über B's Halsstarrigkeit und Kriegslust empört zu sein und ihn seinem Schicksal zu überlassen?

Entweder, oder: Entweder hat der deutsche Reichskanzler in Wien ernsthaft für die Annahme der Greyschen Vermittlungsvorschläge gesprochen; dann aber ergab sich für ihn, da Österreich nicht auf ihn hörte, im Namen des Friedens die moralische Pflicht, einen so kriegslustigen Verbündeten abzuschütteln. Oder aber, jene Depeschen waren (wenn sie echt sind) von vornherein nur Getue.

Wir wiederholen: Dieser Reichskanzler ist eine Merkwürdigkeit der Weltgeschichte. Wenigstens kennen wir kein anderes Beispiel eines Staatsmannes, der sich in dem Bemühen, seine Handlungen zu rechtfertigen, fortwährend selbst anklagte.

Der Reichskanzler wandte sich in jener berühmten Rede vom 9. November 1916 namentlich gegen den damaligen englischen Minister Lord Grey und dessen Rede vom 23. Oktober 1916. Nachdem er in der eben beleuchteten Weise die Schuldlosigkeit Deutschlands bewiesen hatte, war es ihm eine angenehme Aufgabe, jene Greysche Behauptung zu widerlegen, die darin gipfelte, daß die verfrühte Ankündigung der deutschen Mobilisation durch den Lokal-Anzeiger (Berlin, 30. Juli 1914) eine „Emser Depesche" gewesen sei, mit der die deutsche Regierung Rußland zur sofortigen Mobilisation habe veranlassen wollen. Diese Unterstellung des englischen Ministers war nicht eben sehr geschickt und für die Feststellung der Schuld am Kriege durchaus belanglos. — Wir glauben Herrn von Bethmann Hollweg gern, daß die deutsche Regierung zu dieser verfrühten Bekanntmachung des Lokal-Anzeigers in keiner Beziehung stand. Er konnte daher mit vollem Recht sagen: „Wir brauchen kein Tribunal zu scheuen" und einen glaubhaften Gegenbeweis zu Greys Verdächtigung erbringen.

Dieser Teil der Greyschen Rede und der Bethmannschen Gegenrede war höchst überflüssig. Es gab in der Weltgeschichte niemals so zahlreiche und offensichtliche „Emser Depeschen" als in der Zeit vom 23. Juli bis 5. August 1914; Lord Grey hatte also bei dem reichlichen Vorrat daran wirklich nicht nötig, noch eine dazu zu erfinden und die

wirklichen zu übersehen. Unter einer „Emser Depesche" verstanden die Völker Europas damals jenes Manöver, das Bismarck im Jahre 1870 erfunden und in seinen „Gedanken und Erinnerungen" eingehend erzählt hat. Es bestand im wesentlichen darin, durch gefälschte, verstümmelte oder gar erfundene offizielle Dokumente den Gegner zum Krieg zu reizen und im eigenen Volke Stimmung für einen beabsichtigten Krieg zu machen. Um sich von der erstaunlichen Tatsache zu überzeugen, daß in der Zeit vom 23. Juli bis 5. August 1914 mindestens ein Dutzend solcher Emser Depeschen fabriziert und veröffentlicht worden sind, braucht man nur eine beliebige deutsche oder österreichische Zeitung aus diesen dunklen Tagen zur Hand zu nehmen. Für die deutsche und österreichische Regierung handelte es sich Ende Juli und Anfang August 1914 darum, dem Volke einen offenbaren Angriffskrieg (auch Präventivkrieg genannt) als heiligen Verteidigungskrieg hinzustellen und dergestalt jene vaterländische Begeisterung zu entfachen, ohne die kein moderner Staat Krieg führen konnte. Dieser Zweck wurde mit mehreren „Emser Depeschen" erreicht.

So zum Beispiel mit der „Halbamtlichen Mitteilung" des Wiener Pressebureaus vom 28. Juli 1914 (französischen Gelbbuch Nr. 75 bis), die in allen deutsch-österreichischen Zeitungen veröffentlicht wurde und dem Volke die serbische Antwort so darstellte, als liege darin eine kriegerische Herausforderung Österreichs und die Notwendigkeit, für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes zu den Waffen zu greifen.

Eine ähnliche „Emser Depesche" haben wir in der Veröffentlichung der serbischen Antwortnote durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 1914 vor uns. Diese Veröffentlichung erfolgte — obwohl sie schon vom 25. datiert und spätestens am 26. früh in Wien und Berlin war — erst am 29. Juli. Sie war außerdem mit „Anmerkungen" durchsetzt, die für die Veröffentlichung solcher Dokumente durchaus unstatthaft sind. Das heißt also: Die serbische Antwort wurde in Deutschland erst veröffentlicht, nachdem Österreich bereits den Krieg an Serbien erklärt hatte, womit man das Volk vor eine vollendete Tatsache stellte. Und in der Furcht, die serbische Antwort könne trotzdem einen allzu günstigen Eindruck auf die Leser machen, „verstümmelte" man sie durch „Anmerkungen", die den deutlichen Zweck ver-

folgten, dem Urteil der Leser vorzugreifen und den Glauben an die Niedertracht und Unglaubwürdigkeit der serbischen Regierung zu erwecken. Warum jene Anmerkungen? Was bezweckten sie anders, als die Nachgiebigkeit der serbischen Regierung zu verschleiern und eine Kriegserklärung zu rechtfertigen, die sich aus der kommentarlosen Lektüre der serbischen Antwort eben nicht rechtfertigen ließ.

Eine „Emser Depesche" ganz anderer Art ist folgende „Amtliche Erklärung zum Vorgehen Frankreichs", die in allen deutschen Zeitungen nachgelesen werden kann:

„Berlin, 3. August (Amtliche Meldung): Bisher hatten deutsche Truppen, den erhaltenen Befehlen gemäß, die französische Grenze nicht überschritten. Dagegen greifen seit gestern französische Truppen ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten an. Sie haben, obwohl uns die französische Regierung noch vor wenigen Tagen die Einhaltung einer unbesetzten Zone von 10 km zugesagt hatte, an verschiedenen Punkten die deutsche Grenze überschritten. Französische Kompagnien halten seit gestern deutsche Ortschaften besetzt, bombenwerfende Flieger erschienen in Baden und Bayern und sind unter Verletzung der Neutralität über belgisches Gebiet in die Rheinprovinz eingedrungen und versuchen, unsere Bahnen zu zerstören. Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet. Die Sicherheit des Reichs erfordert Gegenmaßnahmen. Der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt. Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt, seine Pässe zu fordern."

Hier handelt es sich nicht mehr um eine bloße Ausdeutung und Verstümmelung offizieller Dokumente wie in den beiden ersten Fällen, sondern (wie wir heute positiv wissen) um eine direkte Erfindung. Jeder Deutsche der damaligen Zeit war gewöhnt, den „amtlichen Meldungen" seiner Regierung blindlings zu glauben; nachdem er in allen Zeitungen gelesen und aus dem Munde des Reichskanzlers (Reichstagssitzung vom 4. August) gehört hatte, daß „Frankreich uns tatsächlich angegriffen" hatte, griff er mit heiliger Empörung zu den Waffen für die Verteidigung seines Vaterlandes. Der Zweck jener „Emser Depesche" war glänzend erreicht worden. Aber für die in ihr behaupteten Ereignisse ist die deutsche Regierung nicht nur den Wahrheitsbeweis schuldig geblieben, sondern sie hat dafür auch den Gegenbeweis

sogar selbst erbracht (siehe das oben zitierte Schreiben des Generalkommandos in Nürnberg vom 3. April 1916).

Wir, die wir ohne Voreingenommenheit und Leidenschaft nur der geschichtlichen Wahrheit dienen und alle Dokumente der damaligen Zeit zur Verfügung haben, verstehen nicht, warum die Staatsmänner der damals gegen Deutschland verbündeten Länder Nebenepisoden wie die verfrühte Extraausgabe des Lokalanzeigers zum Gegenstand langer Erörterungen machten, anstatt den deutschen Reichskanzler auf solche und ähnliche „Emser Depeschen" hinzuweisen. Nach 27 Monaten Krieg war man hüben und drüben endlich zu der Einsicht gelangt, daß man die Friedensbedingungen abhängig machen müsse von der Feststellung der Schuld am Kriege. Erfreulicherweise hatte sich auch Herr von Bethmann Hollweg und die gesamte deutsche Presse zu dieser Auffassung bekannt und sich bereit erklärt, an der vernunftgemäßen Beantwortung der Schuldfrage mitzuhelfen. Unter diesen Umständen hätte es für die Staatsmänner der Vierverbandsländer nur e i n e Frage an den deutschen Reichskanzler geben sollen: Mit welchen handgreiflichen, juristisch beweisbaren und bewiesenen Tatsachen kann die deutsche Regierung erhärten, daß sie „tatsächlich angegriffen" war? Vermittelst welcher vollwertigen Dokumente kann sie beweisen, daß jene „amtlichen Meldungen" der deutschen und österreichischen Regierungen, die wir für „Emser Depeschen" halten, in Wahrheit keine „Emser Depeschen" waren? Wenn man uns unwiderlegbar bewiese, daß Deutschland „tatsächlich angegriffen" wurde und einen heiligen Verteidigungskrieg führt, dann sind wir bereit, unsere Friedensbedingungen dieser Tatsache anzupassen und einen Frieden zu schließen, der Deutschland vor ähnlichen Angriffen in der Zukunft schützt.

Und wenn andererseits Herr von Bethmann Hollweg „kein Tribunal zu scheuen" hatte und gleichfalls der Meinung war, daß die Feststellung der Schuld (die aber innerhalb der kritischen zwölf Tage festgestellt werden muß) eine Vorbedingung für den Beginn von Friedensverhandlungen sein müsse, warum hat er solchen Fragen und Verdächtigungen nicht vorgegriffen? Warum ist er nur immer (ganz wie seine Widersacher) auf Neben- und Einzelerscheinungen der kritischen zwölf Tage eingegangen?

Angriffs- oder Verteidigungskrieg? Das ist hier die Frage. Man kann sie nicht mit allgemeinen Behauptungen beantworten, sondern nur mit geschichtlich beweisbaren und bewiesenen Tatsachen. Entweder also erbrachte Herr von Bethmann Hollweg den Beweis, daß jene „amtlichen Meldungen" (und seine Reichstagsrede vom 4. August) keine „Emser Depeschen", sondern wahrheitsgemäße Darstellungen von Tatsachen waren . . . Dann hätten wir weiter untersuchen können, inwieweit seine These (Deutschland sei heimtückisch überfallen worden) richtig ist. Oder aber, er erbrachte diesen Tatsachenbeweis nicht (und er hat ihn, leider! nie erbracht), dann aber ist es klar, daß jene amtlichen Meldungen freie Erfindungen waren, die nur den Zweck haben konnten, dem deutschen Volke einen offenbaren Angriffskrieg als Verteidigungskrieg hinzustellen. Ist das aber bewiesen (und es ist heute bewiesen), dann ist auch alles, was der deutsche Reichskanzler von der russischen Generalmobilisation, von seinen Bemühungen, in Wien einen Druck zugunsten des Friedens auszuüben usw. sagte, von vornherein hinfällig und bedarf schon darum keiner eigentlichen Widerlegung mehr.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß diese Frage nach der Schuld am Kriege den damaligen Staatsmännern und Politikern soviel Anlaß zum Sprechen und Schreiben bot und doch erst nach Jahren auf jenen Punkt kam, auf den sie gleich hätte kommen müssen. Denn schon damals hätte die Feststellung der Schuld ebenso leicht sein müssen wie heute. Wir besitzen nämlich heut nach fünfzig Jahren keine wesentlich anderen Dokumente über die Vorgänge jener kritischen zwölf Tage als unsere Vorfahren des großen Krieges. Hätten sich die Staatsmänner der damaligen Zeit die Mühe gegeben, klar und unzweideutig über Schuld und Ziel des Krieges zu sprechen; hätten sie, statt ihre Zeitgenossen mit langatmigen Erörterungen über Nebenerscheinungen zu ermüden, überall gleich die Kernpunkte herausgegriffen und präzise Fragen gestellt, auf die die Gegenseite ebenso präzis hätte antworten müssen, der Weltkrieg wäre wahrscheinlich um mehrere Monate abgekürzt worden. So aber tobte neben dem Krieg der Kanonen und Bajonette ein hoffnungsloser und nachgerade langweiliger Krieg der Federn und Zungen über eine Frage weiter, deren Beantwortung wirklich ein sehr einfaches juristisches Problem war.

* * *

Aus den heute (und damals schon) vorliegenden diplomatischen und allgemein geschichtlichen Beweismaterialien ergibt sich also die unumstößliche Gewißheit, daß dieser entsetzliche Krieg nicht Schicksal und Notwendigkeit, sondern Vorsatz und Wille, auf alle Fälle aber kein heiliger Verteidigungskrieg Deutschlands gegen feindliche Überfälle war.

Ein aufmerksames Studium der deutschen Literatur der damaligen Zeit hat uns zudem die Überzeugung aufgedrängt, daß Deutschland einen offenbaren Eroberungskrieg führte. Wir sehen hier ganz von der geschichtlichen Tatsache ab, daß Preußen niemals einen siegreichen Krieg ohne Land- oder Gelderwerb geführt hat. Obgleich dies eine Merkwürdigkeit ist, die Preußen mit keinem anderen Lande teilt, gilt sie uns hier nicht als Beweis. Wenn aber, wie dies im Weltkrieg der Fall war, ein „tatsächlich angegriffenes" Land gleichzeitig mit seinen Beteuerungen, es sei schmählich überfallen worden, ungeheure Annexionsprojekte zutage fördert, die großen Anklang im Volk finden und sich des offenbaren Wohlwollens der leitenden Staatsmänner erfreuen, so ist das einigermaßen bedenklich. Wer, wie die deutschen Intellektuellen und Politiker der damaligen Zeit, im gleichen Atemzuge von Verteidigung und Eroberung spricht, für den ist die Idee der Verteidigung offenbar nur ein Vorwand.

Kaum waren die ersten Schläge gegen das arme Belgien gefallen, als auch schon die maßgebendsten Leute in Deutschland die Annexion Belgiens forderten. Die ersten dreißig Monate des Weltkrieges waren in einem gewissen Sinne zwar siegreich für Deutschland verlaufen, aber aus guten Gründen hatte die deutsche Regierung die Diskussion der Kriegsziele verboten. Erstens konnte sie ihre sowieso schon recht mühsam aufgebaute Fabel vom Verteidigungskrieg nicht gleich durch die Bekanntgabe ihrer Eroberungsabsichten selbst als Fabel hinstellen; zweitens aber sah sie klar, daß der Krieg nicht zu Ende sei und daß Deutschland, nachdem einmal der erste Anhieb mißglückt war, nie in die Lage kommen würde, überhaupt etwas zu annektieren. Es half nichts. Je mehr sich die deutschen Scheinerfolge häuften, um so mehr häuften sich die Stimmen, die den armen Reichskanzler um Freigabe der Kriegszieldiskussion bestürmten. Und da ihm die elementarste Klugheit Schweigen gebot, weil der Bär, dessen Fell jene in ihrer

Siegesgewißheit beständig verteilten, ja noch gar nicht erlegt war, so verdächtigten und beschimpften sie ihn in der niedrigsten Weise. Es war ein zugleich lächerliches und beschämendes Schauspiel, das Deutschland damals der Welt bot.

Das deutsche Volk glaubte einen heiligen Verteidigungskrieg gegen einen ruchlosen Überfall des „Länderverteilungssyndikats" zu führen (so nannte man den Dreiverband in Deutschland) und mußte volle zwei Jahre lang (solange die Kriegslage für Deutschland günstig war) zusehen, wie sich jeden Tag neue Länderverteilungssyndikate in Deutschland bildeten. Die einen träumten von einem „größeren Deutschland" von Antwerpen bis Bagdad, die anderen von der „Befreiung" der Flämen, Balten, Polen und Letten, die dritten von dem Erwerb reicher Kohlen- und Eisengruben in Nordfrankreich, von den französischen Kolonien in Nordafrika, von einem seebeherrschenden deutschen Weltreich und vielen anderen herrlichen Dingen *). Zum Segen Europas wurde ihnen schließlich durch den Ausgang des Krieges das gefräßige Maul gestopft. Denn wären ihre Pläne verwirklicht worden, dann hätten wir statt des friedlichen Europas, das wir seit fünfzig Jahren besitzen und das wir für die kommenden Generationen mit immer sichereren Friedensgarantien zu umgeben bestrebt sind, wieder denselben Zustand der Riesenrüstungen und Gewaltpolitik

*) Bereits im Sommer 1915 forderten die sechs namhaftesten deutschen Wirtschaftsverbände (Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Westfälischer Bauernverein, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen und Reichsdeutscher Mittelstandsverband) in einer Eingabe an den Reichskanzler die Annexion Belgiens, Nordfrankreichs, der baltischen Provinzen usw. usw. — Eine Eingabe der deutschen Hochschullehrer stellte ähnliche Forderungen. — Eine vom März 1916 datierte Eingabe an den Bundesrat („Richtlinien für Wege zum dauernden Frieden") fordert die Annexion Belgiens, die „Erwerbung einer militärisch möglichst günstigen Grenze unter Einbeziehung der für uns unentbehrlichen Grubengebiete" gegenüber Frankreich, die „möglichste Zurückdrängung Rußlands aus den nicht von Großrussen bewohnten Gebieten", die „Einräumung eines möglichst zusammenhängenden Kolonialbesitzes in Afrika" usw. usw. — Eine zusammenfassende Darstellung der deutschen Annexionsforderungen ist im Verlage Payot & Co., Lausanne (Das annexionistische Deutschland, bearbeitet von S. Grumbach) erschienen. Das in diesem Band zusammengetragene authentische Material ist in seiner Überfülle erstaunlich und für jeden demokratisch gesinnten Deutschen beschämend.

in Europa bekommen, wie er von 1871 bis 1914 zum Unheil der Völker bestanden hatte. Denn das sicherste Mittel zur Vorbereitung und „Unvermeidbarkeit" der Kriege sind Annerionen gegen den Willen der Annektierten.

Die Eroberungspläne der damaligen sogenannten Pangermanisten waren so ungeheuerlich, daß ein Finanzminister, der auf die Idee gekommen wäre, den pangermanistischen Größenwahn zu besteuern, indem er etwa für jeden Quadratmeter Land, den die Herren zu annektieren wünschten, eine Mark verlangt hätte, mit dieser Annerionssteuer sämtliche deutschen Kriegskosten gedeckt und Leute wie Rohrbach, Bassermann, Chamberlain, Reventlow, Harden und hundert andere zu armen Teufeln gemacht hätte.

Es bedurfte der deutschen „Siege" der ersten 30 Kriegsmonate, um uns die erschreckende Maßlosigkeit der pangermanistischen Ländergier voll vor Augen zu führen. Gewisse Bücher, die die tollsten Annerionsforderungen aufstellten, erlebten Auflagen von 200 000 Exemplaren und mehr. Selbst zahlreiche und bis dahin als normal geltende deutsche Sozialisten erlagen dieser Kinderkrankheit. Leute wie Lensch, Kolb, Geck, Adelung, Quark, Landsberg, Südekum, Heine, Hänisch und viele andere sogenannte Sozialisten bespuckten zynisch das Vermächtnis ihrer großen Vorväter Marx und Bebel und sprachen wie die erstbesten Pangermanisten von „Grenzverbesserungen", „Sicherheiten für unsere Existenz", „Garantien gegen künftige Überfälle" usw. usw.*). In einer Zeit, als der Krieg schon eine bedenkliche Wendung für Deutschland genommen hatte, verlangten Fürstlichkeiten wie der König von Bayern,

*) So schreibt zum Beispiel der Abgeordnete Hänisch (Vorwärts, 6. Sept. 1916): „Was aber die vielberufenen Annerionen anbetrifft, habe ich für meine Person nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft eine weitgehende Hinausschiebung unserer Grenzen gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte, etwa bis zur Narewlinie." Und einige Sätze weiter: „Darum erkläre ich rund heraus, daß nach meiner Auffassung die Friedensziele der Sozialdemokratie etwa in derselben Richtung zu liegen haben, wie diejenigen Friedensziele, welche der Reichskanzler in seiner bekannten Rede vom 9. Dezember 1915 und später entwickelt." — Ähnliche Äußerungen bekannter führender Sozialdemokraten finden sich in den „Sozialistischen Monatsheften," im „Hamburger Echo", in der „Chemnitzer Volksstimme" und anderen Parteiorganen.

angeſehene Induſtrie- und Wirtſchaftsverbände, führende Zeitungen und Politiker noch immer mit einer Selbſtverſtändlichkeit Eroberungen und Machtzunahme, die uns beweiſt, daß das Lächerliche und Barbariſche damals in Deutſchland offiziell noch als das Patriotiſche galt *).

Heute, wo wir das glücklich-unglückliche Ende dieſes Weltkrieges für Deutſchland kennen, wirft dieſe ganze ungeheure Literatur nicht nur ein bedauerliches Licht auf die Lächerlichkeit und Großmäuligkeit der damaligen Sprecher der deutſchen Nation, ſondern ſie iſt vor allen Dingen, wie geſagt, auch das klarſte Dementi, das dieſe Leute ſelbſt der offiziellen Theſe eines heiligen Verteidigungskrieges gegeben haben. Wer an der Hand dieſer ungeheuren Literatur, in der der Länder- und Geldraub als ein ganz ſelbſtverſtändliches Ergebnis eines „uns aufgenötigten heiligen Verteidigungskrieges" behandelt wird, noch länger über den wahren Sinn dieſes Krieges Zweifel hegt, deſſen Einfalt muß man belächeln.

Es gab damals, ſo weit wir blicken können, nur einen angeſehenen Mann in Deutſchland, Maximilian Harden, der den Mut hatte, ſich offen zu ſeinen alten Ideen zu bekennen, das heißt, der den lange herbeigeſehnten Eroberungskrieg auch ſo nannte, als er endlich ausgebrochen war:

„Endet drum die bärmiglichen Verſuche, Deutſchlands Tat zu entſchuldigen. Endet auch das niedrige Geſchimpf auf die Feinde.

„Nicht als willenlos Übertölpelte haben wir das ungeheure Wagnis dieſes Krieges auf uns genommen. Wir haben es gewollt. Weil wir wollen mußten und durften. Der Teutonenteufel würge die Winsler, deren Bitte um Entſchuldigung uns, in den Wundern hohen Erlebniſſes, lächerlich macht. Wir ſtehen nicht, ſtellen uns nicht vor Europens Gericht. Unſere Macht ſoll in Europa neues Recht ſchaffen. Deutſchland ſchlägt. Wenn es ſeinem Genius neue

*) Selbſt als die Kriegslage ſchon ſo hoffnungslos geworden war, daß der Reichskanzler in ſeiner vorerwähnten Rede vom 9. November 1916 bereits erklären mußte, er habe „die Annexion Belgiens nie als unſere Abſicht bezeichnet", verlangten die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und Konſervativen noch immer, daß Belgien politiſch, militäriſch und wirtſchaftlich in deutſcher Hand bleibe.

Bezirke erobert, preist die Priesterschaft aller Götter den guten Krieg . . . . . .

„Wir führen den Krieg nicht, um Sünder zu strafen, auch nicht um geknechtete Völker zu befreien und uns dann am Bewußtsein uneigennützigen Edelsinns zu rösten. Wir führen ihn vom Fels der Überzeugung aus, daß Deutschland nach seiner Leistung weiteren Erdenraum und weitere Wirkensmöglichkeit fordern darf und verlangen muß. Spanien und die Niederlande, Rom und Habsburg, Frankreich und England besaßen, beherrschten, besiedelten große Strecken des fruchtbarsten Bodens. Nun schlug die Stunde deutscher Vormacht." (Zukunft, 17. Oktober 1914).

In der Tat: Der diplomatische Ursprung dieses Weltkrieges, die von der deutschen Regierung selbst aufgestellten und zugegebenen Widersprüche und Fälschungen in Sachen des „tatsächlichen Angriffs", sowie die nach Annexionen verlangende Riesenliteratur und die bis in die Reihen der deutschen Sozialisten hinein grassierende Annexionswut, nötigen uns zu der für uns Deutsche gewiß betrübenden, aber historisch unumstößlich bewiesenen Tatsache, daß noch kein Krieg der Neuzeit deutlicher den Stempel eines Eroberungskrieges trug als der, den Deutschland am 1. August 1914 gegen die halbe Welt begann.

II.

Von den Dynastien im allgemeinen und der deutschen Reichsverfassung im besonderen.

Wie war es möglich, daß die deutsche Regierung ihrem Volke den wahren Charakter dieses Krieges verbergen und ihm auf die eben geschilderte Weise kriegerische Möglichkeiten als Wirklichkeiten, Rechtsbrüche als Notwehr, frei erfundene als „tatsächliche" Angriffe hinstellen konnte? Mit welchem Recht konnte sie die Hingabe des Lebens ihrer Bürger fordern, wenn es geschichtlich erwiesen ist, daß die wahren Kriegsursachen und -ziele anders aussahen als die, wofür der deutsche Bürger sein Leben herzugeben bereit war?

Diese Frage stellen (und gestellt muß sie werden) heißt ein Problem aufrollen, das merkwürdigerweise bisher in Deutschland noch nicht aufgerollt worden ist. Ich sage, „merkwürdigerweise in Deutschland nicht", weil Deutschland als ein Kulturstaat ersten Ranges gilt und weil ohne eine vernunftgemäße Diskussion und Lösung dieses Problems ein Staat eigentlich kein Kulturstaat ist. Seit England, Frankreich und Italien vorbildlich für die Lösung dieses Problems geworden waren, sind die meisten übrigen Kulturstaaten ihrem Beispiel gefolgt. Sogar die kleinen, noch als wenig kultiviert geltenden Balkanstaaten haben dieses wichtigste aller politischen Probleme erkannt und ihm, je nach ihrer nationalen Eigenart, eine Lösung gegeben.

Dieses in Deutschland sozusagen unbekannte, auf alle Fälle aber von jeder öffentlichen Diskussion ausgeschlossene Problem findet seine Zusammenfassung in dem Worte: D y n a s t i e.

In meinem Buche: „Gerade weil ich Deutſcher bin!“ *) habe ich in bezug auf die Entſtehung der Kriege geſagt: „Der Krieg iſt niemals eine ‚logiſche Folge‘, oder ein ‚notwendiges Ergebnis‘, ſondern der Krieg iſt ein Wille. Nicht der Wille eines rächenden Gottes oder ſonſt irgendeiner überirdiſchen Gewalt, ſondern der Wille zur Macht einzelner Menſchen ... Der Macht- und Mutwillen einzelner, auf Grund rückſtändiger Verfaſſungen mit abſoluter politiſcher Macht ausgeſtattet gebliebener Perſönlichkeiten: D a s iſt der Kriegsvirus, der allein imſtande iſt, den latenten Kriegswahn gewiſſer Bevölkerungsſchichten in eine akute Kriegskriſe zu verwandeln.“

Es iſt klar, daß damit die Dynaſtien gemeint ſind. So wie es keine Religion ohne Götter, keine Kunſt ohne Ideale geben kann, ſo kann es auch keine Kriege **) ohne Dynaſtien geben. Die Dynaſtien ſind die Götter der Kriege und die Seele des kriegeriſchen Gedankens in der Welt. «Cherchez la femme!» ſagte Dumas für die Ergründung von Verbrechensurſachen. «Cherchez la dynastie!» muß man allen denen zurufen, die ehrlich nach den wahren Urſachen der Kriege forſchen.

Alle Welt fühlt zwar inſtinktiv, daß ein enger Zuſammenhang zwiſchen Dynaſtie und Krieg beſteht, aber noch hat ſich dieſes inſtinktive Gefühl in der Menſchheit nicht zu einem klaren, eine Nutzanwendung in ſich ſchließenden Bewußtſein durchgerungen. Aus leicht erklärlichen Gründen. Denn da die Dynaſtien zugleich Geſetzgeber und Richter in eigener Sache ſind und zudem über mächtige Armeen gebieten, ſo ſind alle pazifiſtiſchen, wiſſenſchaftlichen und philoſophiſchen Forſchungen über den Gegenſtand nur ſo lange zuläſſig, als ſie den Intereſſen der Dynaſtien nicht zuwiderlaufen. Da aber im Gebiete der politiſchen Wahrheitsforſchung ſozuſagen alles den Intereſſen der Dynaſtien zuwiderläuft, ſo mag dies wohl die Urſache ſein, weshalb die ſonſt ſo vielſeitigen deutſchen Gelehrten und Politiker ein vorurteilsloſes Eingehen auf dieſes Problem bisher vermieden haben. Beſonders bedauerlich iſt hier die Tatſache, daß die meiſten deutſchen „wiſſen-

*) Bei Art. Inſtitut Orell-Füßli, Zürich 1916.

**) Der Begriff „Krieg“ iſt in dieſem Buche als blutiger Konflikt zwiſchen ganzen Völkern verſtanden. Dieſer Kriegsbegriff hat alſo als Vorausſetzung das Vorhandenſein und die v o l l e Auswirkung der allgemeinen, nationalen W e h r p f l i c h t. Bürger- und Kolonialkriege ſcheiden aus unſerer Betrachtung aus.

ſchaftlichen" Pazifiſten in vielen, allzuvielen Büchern von den Urſachen der Kriege geſprochen haben, ohne dabei auch nur mit einem Wort die Dynaſtien zu erwähnen. Wir kommen noch auf dieſe Eigentümlichkeit zurück.

Zunächſt: Was iſt eine Dynaſtie?

Das Wort ſtammt aus dem Griechiſchen und heißt Machthaber, Herrſcher. Im griechiſchen Staatsweſen nannte man Dynaſten diejenigen, die ſich durch einen Gewaltakt der Regierung bemächtigt hatten. Im modernen Sprachgebrauch verſtehen wir unter Dynaſtien Herrſcherfamilien, die den Geſchicken eines Landes vorſtehen, deren Herrſcherrecht von den Göttern der chriſtlichen, heidniſchen oder mohammedaniſchen Religion als erblich und abſolut beglaubigt iſt und daher von menſchlichen Gewalten weder angefochten noch überhaupt mit ſonſtigen menſchlichen Einrichtungen verglichen werden darf.

Die Dynaſtien entſtanden und beruhen auf dem Verteidigungs- und Führerbedürfnis der Völker. Überall in der Geſchichte treten ſie zunächſt als Beſchützer, Befreier oder glückliche Eroberer, dann als die Geſalbten Gottes und ſchließlich als Tyrannen und Bedrücker auf. Die Geſchichte jeder Dynaſtie beginnt mit Volksbegeiſterung und endet mit Volksempörung. Es iſt die Geſchichte, die die Brüder Grimm uns ſo anſchaulich in dem Märchen von der Frau Ilſebill erzählen: die ewige Geſchichte des wachſenden Hochmuts, die mit einer Kataſtrophe endet.

Bei den Naturvölkern, die noch keinerlei rechtliche oder politiſche Organiſation beſitzen und die perſönliche Freiheit über alles lieben, wurden die Führer meiſtens nur für die Dauer des Krieges gewählt und verloren nachher wieder ihre Macht. Aber wo die Naturvölker ſeßhaft werden und die erſten Laute völkiſcher und nationaler Zuſammengehörigkeit von ſich geben, dort werden die Führer, wo ſie im Kriege ſiegreich waren, auch im Frieden ſeßhaft. Sie üben, meiſtens in Geſellſchaft mit dem Medizinmann und dem Älteſten des Stammes, die Autorität über ihre Volksgenoſſen aus und ihre Herrſchaftsrechte greifen allmählich auf alle Gebiete über. Wo ſolche Führer nicht nur als Kriegsmänner ſtark und erfolgreich, ſondern auch als Geſetzgeber verſchlagen, organiſatoriſch und allgemein ehrgeizig veranlagt waren, dort verdrängen ſie allmählich den Medizinmann, machen ſich ſelbſt

zum Zauberer und Prieſter, proklamieren ſich als die Abgeſandten Gottes und üben eine Alleinherrſchaft aus, die um ſo unbegrenzter iſt, je überlegener ſie auftreten, je abſoluter ſie die Sympathien der kriegsfähigen Männer des Stammes für ſich haben und je abergläubiſcher das Volk iſt. So war Moſes nicht nur der oberſte Kriegsherr der Juden, ſondern bereits ein Geſetzgeber, der direkt mit dem lieben Gott verkehrte.

Die Abſtammung und der Verkehr mit der Gottheit ſind das weſentliche Merkmal jeder Dynaſtie. Götter und Könige ſind Kollegen. Die Könige ſtehen entweder, wie ehedem bei den Chineſen, in direkter Verwandtſchaft mit dem lieben Gott und nennen ſich Söhne des Himmels, oder ſie betrachten ſich, wie noch heute bei den Deutſchen, als von Gottes Gnaden und üben ihre Funktionen als auserwählte Inſtrumente des Himmels. (Rede Wilhelms II., 25. Auguſt 1910.) — Wie ihre Abſtammung, ſo ſind auch ihre Vollmachten göttlicher Natur. Bei den Inkas ließen ſie die Sonne aufgehen, bei den Ägyptern und Perſern geboten ſie über alle guten und ſchlechten Geiſter des Himmels und der Erde, bei den Chineſen ſogar über den Glückſeligkeitsrang nach dem Tode und bei uns Deutſchen über den Herrn der Heerſcharen als Vernichter der Feinde. (Rede Wilhelms II. vom 5. Juni 1916 in Bremerhaven.)

Etwas unwiſſenſchaftlich, aber mit pſychologiſcher Feinheit ſchildert uns Anatole France in ſeiner „Inſel der Pinguine" die Entſtehung des Königtums und Majeſtätsbegriffs: Ein intelligenter Mann verkleidete ſich als Drache, machte als ſolcher den Bewohnern der umliegenden Dörfer Angſt, ſtahl nächtlicherweile ihr Vieh und übte dergeſtalt eine unheimliche Schreckensherrſchaft über die Gegend aus. Da ihm aber ſeine dunkle, ungeſetzliche Exiſtenz auf die Dauer mißfiel, kam er auf die begreifliche Idee, ſie rechtmäßig zu geſtalten. Er ließ durch ſeine Helfershelfer im Volke die Idee verbreiten, jener Drache ſei ein verzauberter Gott, der nur durch eine Jungfrau erlegt, das heißt befreit werden könne, kombinierte mit beſagter Jungfrau einen theatraliſchen Aufzug, wo dieſe den Drachen auf offenem Felde erlegt und die Gegend endlich von dem Ungeheuer befreit. Dabei nimmt der Drache Menſchengeſtalt an und gibt ſich als höheres Weſen aus. Folglich wird ihm das, was er bisher heimlich ſtahl, fortan von den

glücklichen Bewohnern der befreiten Gegend als freiwilliger Tribut bezahlt. So wurde er ihr König, umgab seine, durch eine Jungfrau geheiligte Majestät mit den nötigen Schutzgesetzen, sorgte für seine Kinder, indem er seine Würde erblich gestaltete, und regierte, von allen geliebt, bis an sein seliges Ende.

Wenn wir das Altertum beiseite lassen und uns an die christliche Ära halten, dann können wir auch für die Dynastien eine ähnliche „Verelendungstheorie" aufstellen, wie Marx sie uns im Gebiete der Wirtschaft gelehrt hat. Nachdem der Sieg des Christentums und die Völkerwanderung die heidnische Kultur in Trümmer geschlagen hatten, gab es eine lange Periode der Rechtlosigkeit und Willkürherrschaft in Europa. Jeder reiche, starke und unternehmungslustige Gauführer, Patrizier, Kirchenfürst, Grundbesitzer oder Banditenchef besaß die Möglichkeit, durch Gewalt, List, Heirat oder Erbschaft die absolute Herrschaft über ein Gebiet und seine Bewohner an sich zu reißen, das heißt eine Dynastie zu begründen. Die ersten Jahrhunderte der christlichen Ära werden ganz beherrscht von den Kämpfen dieser zahllosen Dynastien um die Oberherrschaft. Naturgemäß mußten in diesen Kämpfen die Kleinen den Großen weichen, und mancher stolze Gottgesandte büßte seinen Machttraum in den Burgverließen eines stärkeren Gottgesandten. Bis ins elfte Jahrhundert hinein war die Königswürde in Europa infolge der zahllosen Konkurrenten, die sie auf jeder Ritterburg besaß, weder mit besonderen Schutzgesetzen umgeben noch erblich. Der König wurde gewählt und in vielen Fällen bedurfte diese Wahl nicht nur der Zustimmung der Fürsten, des Adels und der Geistlichkeit, sondern auch der des Volkes.

Das erste Land, in dem die Königswürde erblich und absolut wurde, in dem also die kleinen Fürsten allmählich zugunsten der großen verelendeten, war Frankreich. Die Merowinger hatten in harten Kämpfen gegen die kleinen Dynastien und den Adel das Königtum so wohl begründet, daß ihre Erben, die Capetinger, die erste, in jedem Sinne allmächtige Dynastie in Europa werden konnten. Ihre ursprünglich segensreiche Tätigkeit (Vereinheitlichung der Nation, Schaffung der ersten Ansätze einer geregelten Verwaltung usw.) wandelte sich bald zu einem Unheil für das Land und nahm mit der großen französischen Revolution ein ruhmloses Ende. Im übrigen

Europa, so namentlich in Italien und Deutschland, blieb die Teilung der dynastischen Macht bestehen; tausend und eine Dynastie rivalisierten um die Oberherrschaft. Die Versuche der Habsburger und der Hohenstaufen zur Begründung einer Weltmacht scheiterten ebenso am Widerstand der päpstlichen und der kleinen deutschen Dynastien, wie die Versuche zur Weltherrschaft der Päpste und zur Selbstherrlichkeit der kleinen Dynastien am Widerstand des deutschen Kaisertums scheiterten. Doch nach der Reformationszeit und namentlich nach der Durchführung des allgemeinen deutschen Landfriedens sehen wir auch in Deutschland und Italien die kleinen Dynastien allmählich verelenden.

In Frankreich war zwar zum ersten Mal in der modernen Geschichte die Göttlichkeit und Allmacht der Dynastien durch eine nationale Gewissensrevolte in Frage gestellt worden, aber diese Revolution hatte nur die Bahn für den neuen dynastischen Stern erster Größe frei gemacht, der mit Napoleon am europäischen Himmel aufgetaucht war. So sehen wir bei Beginn des letzten Jahrhunderts insgesamt fünf mächtige Dynastien über das europäische Festland und seine Bewohner herrschen: Die Bonaparte in Frankreich, Italien usw., die Habsburger in Österreich-Ungarn, die Hohenzollern in Preußen, die Romanow in Rußland und die Osmanen in der Türkei.

Die Hohenzollern hatten sich in Europa seit der Schlacht bei Fehrbellin als überlegene, unternehmungslustige Eroberer gezeigt. Sie hatten es meisterhaft verstanden, ihre Besitztümer beständig zu vergrößern, mit neuer Kultur auszustatten und sparsam zu verwalten. Seit 1701 waren sie Könige von Gottes Gnaden geworden, obgleich ihnen der damalige Inhaber aller göttlichen Vollmachten, der Papst, seinen Segen vorenthielt. Mit Friedrich II. war die Hohenzollerndynastie eine achtbare Macht in Deutschland und sogar in Europa geworden. Bereits 1813 war die Verelendung der übrigen deutschen Dynastien so weit vorgeschritten, daß die deutschen Stämme lebhaft nach einer Zentralisierung der Staatsmacht unter der Führung der Hohenzollern verlangten. Die Dynastie der Habsburger widersetzte sich diesem deutschen Nationalwunsch, der, wie jedermann weiß, erst 1866 durch die Besiegung des Hauses Habsburg und 1870/71 durch die Vernichtung der Bonaparte vorbereitet und verwirklicht werden konnte.

Heute gibt es noch drei mächtige Dynastien in Europa, die trotz aller Revolutionen, Erfindungen und Fortschritte des letzten Jahrhunderts noch so ziemlich alle göttlichen Vorrechte und Sondervollmachten der absoluten Dynastien des Altertums besitzen. Dies sind erstens die Hohenzollern, die infolge ihrer glänzenden Siege und ihres erstklassigen Heeres gegenwärtig wohl die mächtigste Dynastie in Europa sind; zweitens die Habsburger, die auf Grund ihrer Niederlagen von 1866 und ihrer Haltung in diesem Weltkrieg mehr oder weniger bereits von den Hohenzollern abhängen; und drittens die Romanow, zugleich Kaiser und Päpste, die reichsten Leute und größten Grundbesitzer der Erde. Als vierte könnte man die Osmanen anführen. Doch hat deren Selbstherrlichkeit im letzten Jahrhundert so stark gelitten, daß man sie als Dynastie und Großmacht zweiten Ranges behandeln darf.

Um jedem Mißverständnis gleich hier die Spitze abzubrechen, bemerke ich ausdrücklich, daß überall, wo in diesem Buche von „Dynastien" die Rede ist, nur die von Gottes Gnaden, das heißt unverantwortlich regierenden Dynastien gemeint sind. Dagegen sind Dynastien, wie beispielsweise die über England herrschende Dynastie Braunschweig-Lüneburg-Hannover oder die über Italien herrschende von Savoyen, in diesem Buche deshalb von dem Begriff „Dynastie" ausgeschlossen, weil sie in dieser oder jener Form unter der Kontrolle von Volksparlamenten stehen, das heißt also nicht mehr mit göttlichen und absoluten Machtvollkommenheiten ausgestattet sind Da die über England, Italien, Spanien, Schweden usw. herrschenden Dynastien kein göttliches Recht mehr besitzen, souverän über Krieg und Frieden zu entscheiden und wir uns in diesem Buch ein Bild machen möchten von dem Einfluß der Dynastien auf Krieg und Frieden, so kann also das Wort „Dynastie" hier nur auf jene Großmachtregierungen Anwendung finden, die keiner Volkskontrolle unterstehen und ihre Handlungen nur vor dem lieben Gott zu verantworten haben.

Ferner möchte ich gleich hier ausdrücklich betonen, daß sich das Wort „Dynastie" in diesem Buche nicht auf einzelne Personen und direkte Angehörige der Herrscherfamilien beschränkt. Es gilt vielmehr für alle, die im Verein mit den von Gott gesetzten Herrschern die Ge-

ſchicke eines Volkes beſtimmen. Wo ich alſo „Dynaſtie" ſchreibe, kann man nach Belieben auch „Oligarchie" oder „Kamarilla" leſen. Da ich nie an dem Hofe eines abſoluten Herrſchers gelebt habe und alſo nicht wiſſen kann, ob dieſer oder jener Regierungsakt durch eine Oligarchie (das heißt einer Klaſſe von Privilegierten zuliebe) oder durch eine Kamarilla (das heißt durch einflußreiche Günſtlinge in der Nähe des Throns) beſtimmt wurde, ſo erſcheint mir der Ausdruck „Dynaſtie" für die Zwecke dieſer Unterſuchung auf alle Fälle genauer.

Denn die Perſonen der Herrſcher ſind zwar göttlichen Urſprungs und erfüllen die Wünſche der Vorſehung auf Erden, aber ſie ſind trotzdem nicht allwiſſend und allgegenwärtig im Sinne der Gottheit. So ſehr zum Beiſpiel Ludwig XIV. oder Friedrich Wilhelm IV. (und bis zu einem gewiſſen Grade auch Wilhelm II.) als ſeltene Vollendungen der dynaſtiſchen Univerſalität gelten können, ſo wenig konnten ſie wirklich allein regieren. Sie waren zwar in ihren Ländern zugleich Kanzler und Generalſtabschefs, Biſchöfe der Landeskirche, letzte Autorität in allen Fragen der Wiſſenſchaft und Kunſt, Sachverſtändige für Induſtrie, Handel, Landwirtſchaft, Erziehung, Sport, Architektur und andere Dinge; ſie ſetzten zwar ihre Umgebung beſtändig in maßloſe Bewunderung, weil ſie juſt dort als genaue Kenner und Beurteiler auftraten, wo ſie nach menſchlicher Vorausſicht Laien hätten ſein müſſen; aber trotz alledem konnten ſie in ihren großen Ländern nicht alles ſehen und ordnen wie ſie wohl gewollt hätten. Wie alle ihre Kollegen von Gottes Gnaden, brauchten auch ſie Miniſter, Beamte, Ratgeber, Höflinge, auf die ſie ihre Vollmachten ganz oder teilweiſe übertragen mußten und die in ihrem Namen das Land verwalteten.

Überall entſteht dergeſtalt um die Sonne der dynaſtiſchen Macht eine Ariſtokratenklaſſe von Herren- und Gewaltmenſchen, die entweder im Verein mit dem Herrſcher, oft aber auch mit Ränken und heimlichen Intereſſenkämpfen gegen den Willen des Herrſchers, Land und Leute nach ihrem Gutdünken regieren. „Die Patrizier bildeten einen Stand höherer Art, der von den Göttern abſtammte, allein die wahren Kulthandlungen vollziehen konnte, die richtigen Auguren beobachten und natürlich dadurch auch von Gottes Gnaden berufen war, die Maſſe zu

regieren.“*) So war es nach Professor Delbrücks Schilderung schon im alten Rom und so ist es im modernen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland noch heute; nur daß wir im modernen Deutschland nicht mehr von Patriziern, sondern von Junkern sprechen.

Es kam zwar häufig vor (jüngst noch in Serbien), daß eine Dynastie auf diese Weise in aller Stille eine andere neben sich großzog, die, sobald sie sich stark genug fühlte, um ihrerseits als göttlich aufzutreten, die andere einfach verjagte und sich an ihre Stelle setzte. Der normale Entwicklungsgang aber war meistens der, daß die Herrscher im Drange der Geschäfte etwas von ihrer Macht abgeben mußten. So entstanden die verschiedensten Formen alter und moderner Staatswesen: vom Despotismus asiatischer Staaten, in denen die Person des Herrschers so heilig ist, daß kein Sterblicher sie anschauen darf und wo seine Stellvertreter die alleinigen Machthaber im Lande werden, bis zur feudalen Monarchie, die bereits eine Ständeverfassung und vom König angestellte Minister besitzt.

Dort, wo die Dynastien nicht immer glücklich in ihren kriegerischen Unternehmungen waren und folglich an Ansehen verloren, oder dort, wo sie sich trotz ihrer Göttlichkeit allzu menschlich, das heißt egoistisch benahmen und wo dem Volke zuletzt Zweifel aufstiegen an der Unentbehrlichkeit dieser von Gott gesetzten Einrichtung, entsteht alsbald ein Konflikt zwischen Dynastie und Volk, der je nach Land und Leuten bald bittend, bald fordernd, bald offen revoltierend auftritt und ein beständiges Mene Tekel für die Dynastien ist. Nachdem die Griechen, die in vielen Dingen eine uns Modernen noch unbekannte Vollkommenheit erreicht haben, der Welt die ersten Beispiele von reinen Volksregierungen gegeben hatten, sehen wir die Idee der Mitregierung des Volkes nirgendwo mehr ganz verschwinden. Sie lebt in Athen und Rom, in den Anfängen des Christentums, in den Bauern- und Religionskriegen des Mittelalters, bis sie endlich in der großen französischen Revolution ein ganzes Volk begeistert und mit spontaner Gewalt an Stelle der dynastischen Göttlichkeit und Willkür das moderne Staats-

*) Prof. Hans Delbrück: „Regierung und Volkswille“, Berlin 1913, S. 96. Diese Delbrückische Schilderung enthält die genaue Definition dessen, was wir in diesem Buch als „Dynastie“ bezeichnen. Ich bitte den Leser dringend, das nicht zu übersehen.

prinzip der souveränen Nation, das heißt die Regierung des Volkes durch das Volk, setzt.

Fast sämtliche europäische Dynastien ergriffen damals gegen diese Gefährdung ihrer göttlichen Vorrechte die Waffen *). Aber sie waren nur insofern siegreich, als ihre Angriffe auf das neue weltlich-republikanische Staatsideal an der Geburt der neuen Dynastie der Bonaparte half, deren Betätigung den Anfang und die Mitte des letzten Jahrhunderts mit Kriegen, Siegen und Niederlagen erfüllte und schließlich damit endigte, daß die europäischen Dynastien (mit Ausnahme Rußlands bis 1905) das Prinzip der Mitregierung des Volkes annehmen mußten.

So entstand unter tausend Geburtswehen und gegen den Willen der Götter auf Erden der moderne Rechtsstaat, der eine Verfassung besitzt und dem Volke in dieser oder jener Form einen Einfluß auf die Regierung bewilligt.

Aber nur in Frankreich und früher schon in England war dieser Sieg des demokratischen Gedankens ein wirklicher Sieg. In andern Ländern überwanden die Dynastien die revolutionäre Strömung, paßten sich den neuen Forderungen einer neuen Zeit nur scheinbar an und blieben was sie früher waren: göttlich, absolut und erblich. Heute besitzen wir, wie schon erwähnt, in Europa noch drei resp. vier Dynastien, deren Machtvollkommenheiten, im Vergleich zur vorrevolutionären Periode, sich höchstens der Form, nicht aber der Wirklichkeit nach geändert haben.

* * *

Daß auch die Dynastie der Hohenzollern zu diesen gehört, wird von den meisten meiner Landsleute empört abgeleugnet werden. Wenn

*) Der bekannte deutsche Historiker Heinrich von Sybel meint freilich, die Kriege der französischen Revolution seien keine Kreuzzüge der Dynastien gegen die moderne Idee der Volkssouveränität gewesen, sondern im Gegenteil Propaganda- und Eroberungskriege der damals ausschlaggebenden Girondisten-Partei. Aber Heinrich von Sybel gleicht insofern den meisten deutschen Geschichtschreibern, als er infolge seiner Ernennung zum Wirklichen preußischen Geheimrat immer eine Rechtfertigung der Dynastien herauszurechnen wußte. Daß ihm und seinen offiziellen Kollegen eine andere Darstellung gar nicht erlaubt war, kann man bedauern, aber nicht ändern.

Sie sich unterfangen, einem Durchschnittsdeutschen gegenüber zu behaupten, daß die Dynastie der Hohenzollern gegenwärtig fast ebenso absolut über Deutschland herrscht, wie seinerzeit etwa Ludwig XIV. über Frankreich, dann wird er, wenn er höflich ist, überlegen lächeln und Ihnen von der Höhe seiner politischen Genügsamkeit herab begreiflich machen, daß Sie besser täten, nicht über Dinge zu reden, von denen Sie nichts verstehen. Erstens nämlich ist bei uns der König nicht absolut, sondern verfassungsgemäß (konstitutionell), das heißt er wird in seiner Willkür gehemmt durch Landtag, Herrenhaus, Bundesrat und Reichstag. Zweitens ist für unseren Durchschnittsdeutschen der reine Parlamentarismus, wie Frankreich, England, Italien usw. ihn besitzen, ein „längst überwundener Standpunkt", sintemalen er nur zur Korruption und zum Cliquenwesen führt; gerade weil Deutschland diesen Parlamentarismus nicht besitzt, konnte es sich zum fortgeschrittensten aller Kulturländer entwickeln. Und schließlich schickt sich eines nicht für alle; was sozusagen alle Kulturvölker als Basis ihres Staatswesens betrachten, das taugt nicht für die Eigenart der deutschen Kultur.

Dergestalt wird Ihnen unser Durchschnittsdeutscher mit tausend guten Gründen beweisen, daß wir die idealste Verfassung, die einheitlichste Politik, das vornehmste Kulturideal und viele andere Dinge besitzen, die andere Völker uns so sehr mißgönnen, daß wir ihnen den Krieg erklären mußten.

Wenn Sie aber in einem Anfall von verzeihlicher Bosheit noch weiter gehen und Ihrem Durchschnittsdeutschen sagen, daß Deutschland, verfassungsgemäß betrachtet, überhaupt keine Nation, sondern nur eine Dynastie ist, das heißt also, daß das deutsche Vaterland gar nicht dem deutschen Volke gehört, dann wird er, auch wenn er sonst höflich ist, unwirsch und wütend werden. Haben wir Deutschen nicht die schönste Preß-, Rede-, Versammlungs-, Koalitions- und Religionsfreiheit auf Gottes Erdboden? Wo gibt es einen anderen Staat in der Welt, der die Bildung in gleicher Weise demokratisiert hätte? Wo gibt es ein besser organisiertes Volksheer, eine besser funktionierende Volksschule, ein gerechteres Steuersystem in der Welt? Sind wir im Gebiete der Wissenschaften, des Verkehrswesens, der Sozialgesetzgebung, der öffentlichen Hygiene und vieler anderer Dinge nicht tonangebend in der Welt geworden? Was haben alle diese deutschen

Kulturerrungenschaften mit der Form der deutschen Regierung zu tun? Nichts; sie existieren und entwickeln sich offenbar in vollster Unabhängigkeit von der dynastischen Regierung.

Zuletzt wird diese Verteidigungsrede unseres Durchschnittsdeutschen derartig lebhaft geworden sein, daß er selbst, ohne es zu wissen und zu wollen, als lebender Beweis dafür vor Ihnen stehen wird, daß das heutige Deutschland in der Tat seine Verkörperung in einer Dynastie findet. So oft ich mit meinen Landsleuten über diesen Gegenstand geredet habe, habe ich Widerspruch und Empörung in ihnen erregt. Mit einem Russen, Türken oder Asiaten kann man ruhig über seine Dynastie reden. Mit einem Deutschen nur höchst selten. Wenn er nicht überhaupt sprachlos darüber ist, daß man von der Dynastie wie von anderen Dingen spricht, dann wird er doch meistens ängstlich werden.

Dieser Zug geht durch das ganze deutsche Volk. Jene Verfassungsfragen, die seit hundert Jahren alle übrigen europäischen Kulturvölker begeistert und bis in die Tiefen aufgewühlt haben, sind in Deutschland nie recht populär gewesen. Unsere Verfassungskämpfe waren schon immer entschieden, noch ehe sie begannen, und die besonderen Vorrechte der von Gott gesetzten Dynastie sind dabei niemals ernsthaft in Frage gestellt worden. Vom Geheimrat bis zum Arbeiter, von der Gräfin bis zum Dienstmädchen weiß man in Deutschland entweder überhaupt nichts von dem Vorhandensein eines dynastischen Problems oder man schweigt sich darüber aus. Es gibt freilich Hunderttausende von Deutschen, die einige durchgreifende Reformen gern sehen würden; und es gibt Millionen sozialistisch denkender deutscher Arbeiter, die die Dynastie instinktiv als eine ihnen feindliche Macht empfinden und nur deshalb ungern über sie sprechen, weil sie den Majestätsbeleidigungsparagraphen fürchten. Aber es gibt in ganz Deutschland kaum hundert Köpfe, die die Dynastie so sehen wie sie wirklich ist. Und unter diesen hundert gibt es kaum ein Dutzend ernsthafter Demokraten, die die dynastische Seite dieses Weltkrieges voll begriffen hätten. Selbst diejenigen, die gestern noch als Bekämpfer der Dynastie auftraten, zum Beispiel die deutschen Sozialdemokraten, haben sich in der Stunde der Gefahr beeilt, Abbitte zu leisten und der Welt zu beweisen, daß ihre antidynastische Haltung von ehedem nur Getue war.

Werfen wir zunächst, um uns von den Machtvollkommenheiten der deutschen Dynastie ein Bild zu machen, einen kurzen Blick auf die deutsche Verfassung.

Das Gesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches trägt das Datum des 16. April 1871. Danach bildet das deutsche Reich einen „ewigen Bund". Inhaber der Reichsgewalt sind die verbündeten Fürsten und deren Organ, der Bundesrat. Der Bundesrat setzt sich aus den Bevollmächtigten der 22 deutschen Fürsten und der Senate der drei Hansastädte zusammen. Er ist also eine Art von Kollektivsouverän. Seine Machtbefugnisse sind aber mehr theoretisch denn praktisch. Der deutsche Kaiser als Präsident des Bundes ist ihm gegenüber völlig unabhängig. Er wird Kaiser nach Erbrecht. Den deutschen Bundesfürsten, dem Bundesrat wie dem deutschen Volke gegenüber ist er frei von jeder rechtlichen Verantwortung. Die hauptsächlichsten kaiserlichen Gewalten, vor allem die militärischen, werden ihm nicht delegiert, sondern er besitzt sie unmittelbar kraft der Verfassung. Der Bundesrat ist nur ein beschließendes Organ, die Vollziehung der Bundesratsbeschlüsse ist Sache des deutschen Kaisers.

Den Vorsitz des „ewigen Bundes" führt Preußen, dessen König den Titel „Deutscher Kaiser" trägt. Nach Artikel 6 der Reichsverfassung besitzt Preußen im Bundesrat von insgesamt 58 Stimmen (die drei elsaß-lothringischen Stimmen haben nur „beratende Mitwirkung") 17 Stimmen. In welcher Weise Preußen den Bundesvorsitz führt, erhellt deutlich aus Artikel 78 der Reichsverfassung: „Veränderungen der Verfassung erfolgen im Wege der Gesetzgebung. Sie gelten als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben." Da Preußen, wie gesagt, über 17 Stimmen in dieser Versammlung verfügt, kann also keine Verfassungsänderung ohne Preußens Zustimmung erfolgen. Und da andererseits eine einigermaßen wichtige Reform im Staatsleben ohne eine Verfassungsänderung undenkbar ist, so ersehen wir schon hier, wie resolut der Vorsitzende des Bundes alle Fäden des politischen Lebens der Nation in seine Hand gebracht hat. Dieser Artikel 78 ist zudem die deutlichste Illustration zu unserer oben erwähnten Verelendungstheorie der kleinen Dynastien zugunsten der großen, denn er ist ein Abdankungsakt der kleinen deutschen Fürsten in die Hände des preußischen Königs und deutschen Kaisers.

Überhaupt wird die rechtliche Stellung des deutschen Kaisertums weder durch Bundesrat und Reichstag, noch durch die Reichsgesetze bestimmt, sondern durch das preußische Landrecht. Verfassungsgemäß erscheint also das deutsche Kaisertum durchaus nicht als eine grunddeutsche Sache, sondern mehr als Zusatz und Erweiterung des preußischen Königtums und der preußischen Staatsgewalt. So zum Beispiel ist die Tatsache bemerkenswert, daß die Kosten des Kaisertums vom König von Preußen bestritten werden. Gegen den Reichsfiskus hat der Kaiser keinen Anspruch auf Gewährung seiner Zivilliste, der Reichsetat stellt dem Kaiser alljährlich nur eine Dispositionssumme zur Verfügung.

Laut Artikel 11 vertritt der deutsche Kaiser das Reich völkerrechtlich, besitzt das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und Verträge einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu ernennen. Für den Verkehr nach außen hin ist also das Deutsche Reich ein ganz monarchisch-absolutistischer Staat. Dieser Artikel 11, der die Leitung der deutschen Außenpolitik der souveränen Entscheidung des deutschen Kaisers überträgt, ist der Schlüssel zur deutschen Geschichte der letzten vierzig Jahre. Er ist auch der Schlüssel zum Weltkrieg. Wer als Bekämpfer des Krieges die Entstehung der gegenwärtigen Katastrophe ohne diesen Artikel 11 diskutiert, der handelt ebenso unmännlich wie ein Arzt, der vor einer rettenden Operation nur deswegen zurückschreckt, weil er den Kranken allzusehr respektiert. Wenn unter tausend deutschen Schriftstellern, die vom Kriege sprechen, kaum einer den Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung erwähnt, so ist das nur ein Beweis, daß unsere „große Zeit" wahrlich ein kleines Geschlecht gefunden hat.

Eine absolutistische Vervollständigung des Artikels 11 ist der Artikel 68 der deutschen Reichsverfassung: „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiet bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären." Für die Verhängung und Wirkung eines solchen Zustandes gelten die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851. — Hiernach steht dem deutschen Kaiser das absolute Recht zu, in jedem ihm notwendig erscheinenden Augenblick die Zivilbehörden, die Preß-, Rede-, Versammlungs-, Vereins- und sogar die Reisefreiheit auszuschalten und Militärbehörden mit der

Überwachung des gesamten Staatslebens zu betrauen. Das heißt also, daß der Artikel 68 dem deutschen Kaiser das souveräne Recht verleiht, alle übrigen Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung für eine beliebige Zeit einfach wertlos zu machen. Der Artikel 68 ist die verfassungsgemäße Möglichkeit, den deutschen Staat verfassungslos zu regieren. — Dieser Belagerungs- oder Kriegszustand (poetisch „Burgfrieden" genannt) herrscht in Deutschland seit dem 31. Juli 1914. Zwar gab der deutsche Reichskanzler bei Kriegsbeginn die formelle Zusicherung, der Belagerungszustand werde die Dauer der Mobilisation nicht überschreiten, aber niemand kann ihn zwingen, aus diesem Versprechen Ernst zu machen; denn hier ist, wie gesagt, alles dem souveränen Belieben des deutschen Kaisers unterstellt. — Man sieht, in welch enger Wechselwirkung der Artikel 68 zum Artikel 11 steht. Und deshalb steht auch diese Bestimmung der deutschen Reichsverfassung in direkter Beziehung zum Ausbruch des Weltkrieges.

Artikel 18 macht den deutschen Kaiser zum Chef der gesamten Reichsverwaltung. Er ernennt die Reichsbeamten, läßt sie vereidigen und verfügt nötigenfalls deren Entlassung (kaiserliche Behörden und Beamte).

Artikel 19 setzt den deutschen Kaiser zum Exekutor gegen Bundesmitglieder ein, die ihre verfassungsgemäßen Bundespflichten nicht erfüllen. „Die Exekution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden." Der deutsche Kaiser ist also auch im Hause seiner kleineren deutschen Kollegen absoluter Herr.

Die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches sind Bundesrat und Reichstag. Der Bundesrat ist, wie wir gesehen haben, kein Parlament, sondern der theoretische Ausdruck der Souveränität der verbündeten deutschen Fürsten; seine Verhandlungen sind geheim und unterstehen keinerlei Kontrolle der Öffentlichkeit. Vom Reichstag ausgearbeitete Gesetze werden vom Bundesrat angenommen oder verworfen. Der deutsche Kaiser selbst besitzt kein Sanktions- oder Vetorecht, das heißt also, daß er in der Theorie gezwungen werden kann, das Reich mit Gesetzen zu regieren, die ihm unerträglich scheinen. Da der Bundesrat aber in der Praxis kaum mehr als eine Versammlung von Angestellten des deutschen Kaisers ist, die sich nie erlauben würden, anderer Mei-

nung zu sein als ihr Präsident und Exekutor, so kann dieser Fall nicht eintreten. Die Artikel 19 und 78 genügen in jedem Falle zur Unterdrückung etwaiger Oppositionsgelüste.

Den Vorsitz des Bundesrats führt der vom Kaiser ernannte Reichskanzler, der zugleich der Vertreter des Kaisers im Bundesrat und die Verkörperung der kaiserlichen Gewalt im Lande ist. In der Wahl und Entlassung seines Kanzlers ist der Kaiser völlig frei. Der Reichskanzler wiederum hat nur dem Kaiser Rede und Antwort zu stehen. Der Reichskanzler ist also insofern eine dem deutschen Volke fremde Person, als er in keinem direkten, verfassungsrechtlichen Verhältnis zu ihm steht. Er wird gemacht, nicht gewählt. Wenn die Verfügungen und sonstigen Willensakte des deutschen Kaisers der Gegenzeichnung des Kanzlers bedürfen, so hat dies nur einen formalen Wert, denn der Reichskanzler ist eigentlich nur der Ausführer kaiserlicher Befehle und Ideen. Ginge der Reichskanzler aus dem Parlament hervor, stände er also vor dem Kaiser als Vertreter des Volkswillens, dann könnte er dem kaiserlichen Willen im Notfalle widersprechen, denn er würde sich vor dem Volke und seinen Abgeordneten verantwortlich fühlen und müßte seine Politik auf eine Parlamentsmehrheit stützen. So aber ist die Stellung des Reichskanzlers und seine Gegenzeichnung nur eine Verweltlichung der Göttlichkeit der Dynastie. Da die Person des Kaisers von Gott gesetzt und undiskutierbar ist, andererseits aber doch entscheidend in die Politik eingreift, so braucht sie einen weltlichen Vertreter. Der deutsche Reichskanzler ist also vor dem Lande nur das Symbol des Kaisers; wenn die deutschen Politiker und Zeitungen ihn fälschlicherweise als verantwortlichen Leiter der deutschen Staatsgeschäfte behandeln, so tun sie es nur aus Respekt vor der Person des wahren Lenkers der deutschen Geschicke. Wer den Kanzler kritisiert, kritisiert in Wahrheit den Kaiser.

Die deutsche Verfassung kennt keine eigentlichen Reichsminister. Der Reichskanzler ist nicht etwa zugleich der deutsche, sondern der preußische Minister des Äußern. Den einzelnen Verwaltungsabteilungen des Reiches stehen Staatssekretäre vor, die nur als Stellvertreter des Reichskanzlers fungieren.

Die deutsche Reichsverfassung kennt unter diesen Umständen natürlich kein Verantwortlichkeitsgesetz für die Minister resp. Staatssekretäre.

Die Meinung des Reichstags ist für den Reichskanzler und seine Sekretäre nicht bestimmend; die Meinung des Kaisers ist alles. Dem Reichskanzler und seinen Sekretären gegenüber befindet sich der Reichstag in der Lage eines Mannes, der jeden Augenblick erwarten darf, von seinem Hausbesitzer daran erinnert zu werden, daß er eigentlich nur zur Miete wohnt. Der deutsche Reichstag besitzt, wie sich unter diesen Umständen von selbst versteht, keinerlei Anklagerecht gegen die Organe der Regierung.

Praktisch besitzt also das Deutsche Reich nur *einen* verantwortlichen Minister. Doch ist seine Verantwortung vor dem Volke rein theoretischer Natur; tatsächlich verantwortlich ist er nur vor dem Kaiser, das heißt also, er ist in Wahrheit ebenso unverantwortlich als der Herrscher selbst, nur daß er infolge seiner weltlichen Herkunft in eine Besprechung der Politik seines Herrn mit den Volksvertretern willigt. An der verantwortlichen Stelle des deutschen Reiches steht also nicht, wie in andern Kulturstaaten, ein leitender Staatsmann, sondern ein *angestellter Beamter*.

Bis hierher war die deutsche Reichsverfassung eigentlich nur eine Zusammenfassung der absoluten Gewalten des deutschen Kaisers. Man kann in der Tat die ersten 19 Artikel der deutschen Reichsverfassung streichen und sie durch einen einzigen Satz ersetzen: „Der deutsche Kaiser ist der von Gott gesetzte, absolute Herr in Deutschland", und das praktische Ergebnis wäre das selbe.

Mit Artikel 20 beginnt eine Einschränkung der kaiserlichen Selbstherrlichkeit durch den Reichstag. Dieser Reichstag, der 1867 von Bismarck zunächst nur für den Norddeutschen Bund gegründet worden war, wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches die einheitliche Vertretung des deutschen Volkes. Da er aus allgemeinen, direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgeht, ist er eine so demokratische Einrichtung, daß Bismarck am Ende seines Lebens seine große Liberalität lebhaft bedauerte und ernsthaft mit dem Gedanken umging, „den größten Fehler seines Lebens, die Schaffung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, wieder gutzumachen" *), das heißt also, den Reichstag wieder zu beseitigen.

---

*) Siehe Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 61—65.

Noch alle unsere Staatsmänner haben in der beständigen Furcht gelebt, sie seien zu liberal gewesen; fast immer raubten sie uns wieder, was sie uns einen Augenblick vorher gegeben hatten. Kaum hatte Bismarck mit der Schaffung des Reichstags die liberalste Tat begangen, die wir in Preußen seit dem Freiherrn von Stein erlebt haben, so beging er auch schon mit dem Sozialistengesetz die denkbar größte Verletzung der von ihm selbst geschaffenen neuen deutschen Staatsbürgerrechte. Und kaum war das Sozialistengesetz gefallen, da brachte auch schon unsere Regierung eine sogenannte Umsturzvorlage ein, die eine Wiederholung des Sozialistengesetzes war und der wir nur durch ein Wunder entwischt sind.

Von Anfang an hatte der Reichstag keine souveräne, sondern eine beständig geduldete, bedrohte und geschmälerte Existenz. Das heißt, er galt unserer Regierung niemals als verfassungsgemäße Regierungsnotwendigkeit, als Kontrolle und Milderung des absolutistischen Regimes, sondern als Unterstützung und Popularisierungsmittel der Regierung. „Der Soldat und die Armee, nicht Parlamentsmajoritäten und -beschlüsse haben das Deutsche Reich zusammengeschmiedet. Mein Vertrauen beruht auf der Armee," sagte Wilhelm II. am 18. April 1891 in Berlin; und am 18. Oktober 1894 wiederholte er: „Die einzige Säule, auf der unser Reich besteht, war das Heer. So auch heute." Die politische deutsche Wissenschaft ist natürlich derselben Meinung: „In Deutschland ist die Volksvertretung entstanden, indem die Regierung sie berief und neben sich stellte," sagt Professor Delbrück mit einem Anflug von Stolz auf den Respekt der Deutschen vor ihrer Dynastie. Und Professor Lamprecht fügt hinzu *): „Für die zukünftige Zentralgewalt in preußischen Händen mit ihm und durch seine Anwendung die breiten Massen der Einheitsenthusiasten zu gewinnen, das war die Absicht." Für Bismarck war also das demokratische Reichstagswahlrecht kein modernes Regierungsprinzip, sondern mehr eine Art gelegentlichen Referendums für die Begründung des deutschen Reiches; populär ausgedrückt: der demokratische Speck, mit dem man die demokratischen deutschen Südstaaten für die deutsche Einheitsidee unter preußischer Führung fing. Sobald das Wahlrecht diese Rolle

*) Karl Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 215.

erfüllt hatte, wurde es als unliebsame Einschränkung der dynastischen Gewalt langsam wieder ungefährlich gestaltet (Sozialistengesetz, Kulturkampfgesetz, Verlängerung der Mandatsdauer, sogenanntes Septennat, Nichteinteilung der Wahlkreise, Versuche der Beschränkung der Redefreiheit, wiederholte Auflösungen, Drohungen der Abschaffung usw. usw.). Bismarck war Meister in diesen Dingen. Sein Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 und das Wahlreglement von 1871 besagen, daß jeder Deutsche vom 25. Jahre an Wähler ist und daß auf durchschnittlich 100 000 Seelen je ein Abgeordneter gewählt werden soll. Und in der Tat wurde das Deutsche Reich damals in so viele Wahlkreise eingeteilt, als je 100 000 Seelen vorhanden waren; das ergab eine Abgeordnetenzahl von 382, die sich später (nach der Annexion von Elsaß-Lothringen) auf 397 erhöhte. Nun heißt es zwar in der Reichsverfassung, Artikel 20: „Bis zur gesetzlichen Regelung, welche im § 5 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 vorbehalten ist", aber bescheiden wird in einem Absatz zu Artikel 20 hinzugefügt: „Die gesetzliche Regelung ist noch nicht erfolgt". Das heißt, daß das Deutsche Reich heute, wo es 66 Millionen Einwohner zählt, nicht etwa 660 Abgeordnete besitzt, sondern immer noch 397 wie anno 1871, als es kaum 40 Millionen zählte. Das heißt weiter, daß aus den 100 000 Seelen infolge des Anwachsens der Städte und Industriezentren in manchen Fällen 500 000 geworden sind (Berlin zum Beispiel wählt bei einer Einwohnerzahl von mehr als 2 Millionen nur 6 Abgeordnete), während in anderen Fällen infolge der Landflucht und ähnlicher Erscheinungen die 100 000 Einwohner auf 50 000 und weniger zusammengeschrumpft sind und doch ihren Abgeordneten behalten. Woraus sich die bemerkenswerte Tatsache ergibt, daß die rückständigsten Landbezirke eine im Verhältnis zur aufgeklärten Großstadt lächerliche Begünstigung erfahren. Da auf diese Weise ein hinterpommerscher oder oberbayrischer Dörfler dieselben Rechte besitzt als zehn fortschrittlich gesinnte deutsche Großstadtbewohner zusammengenommen, so darf es uns nicht wundern, daß unsere Regierung mit Hilfe dieser verfassungswidrigen Wahlkreiseinteilung immer auf eine konservative und klerikale Mehrheit im Reichstag zählen kann. Ohne diese glückliche Möglichkeit würde der Reichstag wahrscheinlich schon längst nicht mehr bestehen, denn er ist, wie gesagt, von vornherein kein souveränes, sondern ein geduldetes

Organ der Regierung. Wo dieſe zufällig einmal keine Mehrheit im Reichstag mehr findet, löſt ſie ihn entweder auf (der Kaiſer bedarf dazu nur der Zuſtimmung des Bundesrates, deren er im voraus ſicher iſt), oder ſie ſetzt ſich einfach über ſeine Wünſche hinweg. Profeſſor Delbrück möchte uns zwar glauben machen, daß Fürſt Bülow 1908 von der Regierung zurücktreten mußte, weil er keine Reichstagsmehrheit für ſeine Erbſchaftsſteuer gefunden hatte *), aber wir wiſſen, daß Bülow nicht gehen mußte, ſondern aus ganz anderen Gründen ſelbſt gehen wollte. Am 4. Dezember 1913 erhielt der Reichskanzler von Bethmann Hollweg gelegentlich der Zaberndebatte mit 293 gegen 54 Stimmen die mehr als deutliche Einladung, den Geſchicken der deutſchen Nation nicht länger vorzuſtehen. Sogar in Staaten wie Serbien und Bulgarien (vielleicht ſelbſt im modernen China) hätte ein von der Volksvertretung ſo ſcharf getadelter Miniſter gehen müſſen. Nichts von alledem in Deutſchland. Derſelbe Reichskanzler, der offenbar nicht mit, ſondern gegen die öffentliche deutſche Meinung regierte, erklärte acht Monate ſpäter im Namen des Deutſchen Reiches den Krieg an Rußland, Belgien und Frankreich.

Von allen Rechten, die der Reichstag beſitzt, iſt das der Budget- und Steuerbewilligung ohne Zweifel das wichtigſte. Inſofern der Reichstag laut Artikel 69 der Verfaſſung die Ausgaben der Regierung kontrolliert und ihre Forderungen bewilligt oder verwirft, ſchiebt er dem abſolutiſtiſchen Regime der ſchrankenloſen Finanzwillkür einen Riegel vor. Dieſe ſchöne Theorie der Finanzkontrolle wird leider durch eine lückenhafte Praxis ſehr mißachtet. Da iſt zunächſt der Artikel 62, der den Militärausgabeetat von den übrigen Reichsfinanzen trennt und ſo ziemlich jeder Parlamentskontrolle entzieht. Da iſt ferner die Praxis **) der Budgeteinbringung und Beratung im Reichstag ſelbſt,

*) Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 60.

**) So zum Beiſpiel wurde die Militärexpedition nach China (1900), deren Koſten ſich auf über 150 Millionen Mark beliefen, ganz ohne Befragung und Genehmigung des Reichstags beſchloſſen und durchgeführt. Nachdem alles erledigt war, durfte auch der Reichstag nachträglich ſeine Genehmigung dazu geben. Als er ſich über dieſe Verfaſſungsverletzung beſchweren wollte, wurde der „verantwortliche" Reichskanzler v. Hohenlohe plötzlich entlaſſen und durch Herrn v. Bülow erſetzt, der natürlich von gar nichts wußte.

die aus dem Budgetrecht (namentlich in Rüstungsfragen) eigentlich nur ein Bewilligungsrecht macht. Das Problem der staatlichen Rechnungskontrolle durch Volksparlamente ist zwar (hauptsächlich infolge der Rüstungspolitik) in allen Staaten noch sehr reformbedürftig, in Deutschland aber mehr denn anderswo. Schon deshalb, weil eben der Reichstag im Prinzip keine Souveränität besitzt.

Der Reichstag hat außerdem das Recht, Gesetze vorzuschlagen und dem Bundesrat resp. Reichskanzler Petitionen zu überweisen. Aber da die deutsche Regierung bei ihrer Unnahbarkeit und Unfehlbarkeit die leidige Gewohnheit besitzt, an den Beratungen der vom Reichstag ausgehenden Initiativanträge nicht teilzunehmen, so ist auch hier wieder die Theorie schöner als die Praxis. — Ebenso werden vom Reichstag eingebrachte Petitionen von der Regierung zumeist ignoriert. Erst im Laufe des Weltkrieges hat sie da und dort begonnen, diese feudalen Gewohnheiten etwas zu ändern.

Laut Reichsverfassung steht dem Reichstag kein Interpellationsrecht zu. Es ist wahr, daß er sich dieses Recht selbst genommen und daß die Regierung es stillschweigend gebilligt hat. Aber in der sehr richtigen Erkenntnis, daß ohne Ministerverantwortlichkeit auch das Interpellationsrecht überflüssig ist, antworten die verantwortlich-unverantwotlichen Männer auf die Anfragen der Abgeordneten (wenn sie überhaupt antworten) nur immer als Leute, die es eigentlich nicht nötig hätten.

Aus alledem geht zunächst hervor, daß das allgemeine Wahlrecht in Preußen-Deutschland keine Wahrheit, sondern eine fromme Lüge ist. Der Reichstag ist kaum mehr als ein Diskutierklub und eine gewollt mißlungene Nachäffung anderer Parlamente; ein Schein, keine Wirklichkeit.

Von der Dynastie beständig bemaulkorbt und bedroht, konnte er sich niemals zu einem wahren Parlament entwickeln. Fürst von Bülow sagt uns zwar *), daß „das Staatsleben der modernen Monarchie eine Arbeitsgemeinschaft von Krone und Volk ist, wie sie bei uns durch die Verfassungen geschaffen ist", aber für solche schöne Redensarten sind wir nachgerade unempfindlich geworden. Was soll uns eine „Arbeitsgemeinschaft", in der die Volksvertreter von vornherein nicht in der

*) Fürst von Bülow, „Deutsche Politik", Berlin 1916, S. 339 u. fgde.

Rolle von gleichberechtigten Mitarbeitern, sondern von Untergebenen aufzutreten gezwungen sind? Was soll uns ein Recht, an der Ausarbeitung der Gesetze mitzuarbeiten, wenn wir kein Recht haben, die Ausführung der Gesetze zu überwachen, Mängel zu rügen und Verstöße zu bestrafen?

Fürst von Bülow belehrt uns weiter, daß es nicht so sehr auf verfassungsgemäße Reformen ankomme, sondern daß es uns „vielfach noch zu sehr an politischem Urteil und politischer Schulung" fehle *). Das heißt, Herr von Bülow versichert uns abermals (zwar höflicher als seinerzeit Hegel und Bismarck, aber nicht minder deutlich), daß wir noch immer zu dumm seien für die Benützung neuer politischer Rechte. Auch Fürst von Bülow schlägt nicht aus der preußischen Art. Auch er behandelt uns wie einen Mann, dem man erst das Geld stiehlt, ihn dann damit tröstet, daß er ja doch nicht mit Geld umzugehen wisse, und den man schließlich, wenn alles nichts hilft, grob anfährt, daß das Geld überhaupt nicht den Wert habe, den die dumme Welt ihm gemeinhin beimißt. Ganz treuherzig versichert uns Herr von Bülow: „Es ist ein alter Irrtum, den Grad der Anteilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften allein an der Summe der Rechte messen zu wollen, die der Volksvertretung gegeben ist." *) Sie sagen uns nichts Neues, Durchlaucht: Beten, gehorchen, Steuer zahlen, oder: Gott, König und Vaterland! Das ist nach eines alten deutschen Demokraten Meinung für uns Deutsche vernünftiger als alle politischen Rechte, von denen wir doch nichts verstehen. Was uns dabei wurmt, ist nicht so sehr die Behauptung, daß wir als Dummköpfe ja doch nicht mit Geld umzugehen wissen, sondern mehr die demokratische Lüge, mit der unsere Dynastie ihren Geldbesitz als „Arbeitsgemeinschaft von Krone und Volk" umgibt. Glauben Sie mir, Durchlaucht: Diese Heuchelei ist schlimmer als der Absolutismus selbst, den sie verbirgt.

Denn in Wahrheit hat Bismarck nie an eine ernsthafte „Arbeitsgemeinschaft zwischen Krone und Volk" gedacht. Für ihn handelte es sich nur darum, der von Gott gesetzten Dynastie alle Rechte zu belassen und dem neuen deutschen Reich doch das Ansehen eines modernen Staatswesens zu geben. Deutschland konnte und wollte im Rate der europäischen Nationen nicht ohne eine Konzession an die

*) Fürst von Bülow, „Deutsche Politik", Berlin 1916, S. 339 u. fgde.

modernen Ideen des 19. Jahrhunderts auftreten. Aber mag auch das Reichstagsgebäude prächtiger und mächtiger dreinschauen als etwa die „Chambre des Députés" am Seineſtrand, drinnen herrſcht nicht der Wille des Volkes, ſondern der der Dynaſtie. Die deutſche Regierung braucht den Reichstag als Parade und Beweis ihrer Modernität. Zum Regieren ſelbſt hat ſie ihn ebenſo wenig nötig als ein Geſchäftsinhaber die Meinung ſeiner Angeſtellten für die Führung ſeiner Geſchäfte.

Im übrigen beſteht zwiſchen Regierung und Reichstag in Deutſchland nicht nur eine verfaſſungsrechtliche, ſondern auch eine ſtrenge patriarchaliſche Rangabſtufung. Nur der mit göttlichen Einſichten ausgeſtattete Adel iſt in Preußen-Deutſchland befähigt, die wichtigſten Ämter zu übernehmen und die ſchwierigſten politiſchen Aufgaben zu löſen. Folglich werden alle leitenden Stellen der Regierung, Verwaltung und Armee durch Mitglieder des Adels beſetzt *). Wird von dieſer Regel da und dort einmal eine Ausnahme gemacht, ſo wird der zum Miniſter oder General beförderte Bürgerliche meiſtens alsbald in den Adelsſtand „erhoben". Wie ein deutſcher Abgeordneter unter dieſen Umſtänden faſt niemals Miniſter wird, ſo kann andererſeits auch ein geweſener Miniſter nach ſeiner Entlaſſung kaum wieder Abgeordneter werden; er würde damit eine Entweihung des ihm verliehenen Ranges begehen, der ihn in Hof- und Regierungskreiſen unmöglich machen würde. Da folglich kein einziger deutſcher Abgeordneter jemals effektiv an den Regierungsgeſchäften teilgenommen hat, ſo fehlen im Reichstag alle ſachkundigen Kritiker der Regierung. In anderen Parlamenten gibt es wenigſtens ein Dutzend Abgeordnete, die einmal Miniſter geweſen und daher in der Lage ſind, geſunde Kritik an ihren Nachfolgern zu üben. Im Reichstag iſt dieſer Fall nicht denkbar; alle Abgeordneten kennen alſo nur immer die Theorie, nicht aber die Praxis des Regierens; die Geſchichte von dem Mann, der nicht mit Geld umzugehen weiß, iſt, wie wir ſehen, auch die Geſchichte unſerer Volksvertreter **).

*) Siehe hierzu Fußnote S. 41.

**) Während ich dies ſchreibe, kommt die Nachricht aus Rußland, daß man dort einen Vizepräſidenten der Reichsduma (Protopopow) als Miniſter des Inneren berufen habe. — Ein derartiger Fall iſt in der 44 jährigen Geſchichte des deutſchen Reichstags noch nicht vorgekommen. Wenn man hinzurechnet, daß Rußland erſt ſeit 1905 eine Verfaſſung beſitzt, dann kann man daraus ſchließen, daß es ſich ſchneller zum parlamentariſchen Regime hin entwickelt als Preußen-Deutſchland.

Dem allen entspricht die Auffassung, die unsere Reichstagsabgeordneten von der Würde einer Volksvertretung haben (haben müssen). Zwischen einem französischen oder englischen und einem deutschen Abgeordneten besteht ungefähr ein Abstand wie zwischen dem Eigentümer eines Geschäftshauses und einem Angestellten. Wo der eine selbständig leitet, dort erlaubt sich der andere kaum eine bescheidene Einsprache. Wo der eine von dem Gefühl durchdrungen ist, die Volksgeschäfte zu besorgen, dort kennt der andere nur das beklemmende Gefühl der Ohnmacht und ist auf Schacher und sogenannten Kuhhandel angewiesen, um nur einige Konzessionen von der Regierung zu erlangen (Liebesgabenpolitik). Klassisch ist die Bewilligung der ersten, großen Flottenvorlage, die Caprivi aus den Händen der — Polen erhielt; dadurch, daß er ihnen einige liberale Versprechungen in Sachen der brutalen Polenpolitik machte, gewann er sie für eine Sache, die den Polen im Grunde ihres Herzens zuwider war.

Das Gefühl, daß sie die deutsche Regierung nur von weitem kontrollieren, statt sie zu führen, raubt unseren Abgeordneten jenes stolze Verantwortungsgefühl, das ihre Kollegen anderer Länder zur Schau tragen. Nur in Deutschland kann es vorkommen, daß ein Reichstagspräsident in offener Sitzung sagt: „Der Kaiser hat seine Zeit verstanden, er hat gesagt: Ich lebe in der Zeit der Öffentlichkeit und Mündlichkeit und ich will auch kein sogenannter konstitutioneller Monarch sein, der da herrscht und nicht regiert. Ich glaube, das würde unserem herrlichen Kaiser nicht zusagen, wenn man ihm diese Rolle zuteilte ... Meine Herren, das muß uns mit Bewunderung erfüllen und wir müssen der Vorsehung danken, daß sie uns in diesen Zeiten einen solchen Kaiser gegeben hat, und das muß uns anspornen, daß wir den großen Intentionen des Kaisers nach Möglichkeit, soweit unsere Überzeugung es zuläßt, immer entgegenkommen und sie immer fördern" *).

Solchen byzantinischen Äußerungen darf nicht laut widersprochen werden. Sobald ein Abgeordneter Miene macht, die Person des Kaisers zu kritisieren, wird er zur Ordnung gerufen. Als der Abgeordnete Liebknecht sen. bei einem im Reichstag ausgebrachten Kaiserhoch sitzen blieb, wurde von der Regierung der Antrag gestellt, ihn

*) Rede des Reichstagspräsidenten Graf v. Ballestrem, 27. Januar 1900.

wegen Majestätsbeleidigung zu belangen; dieses Verlangen wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Wie es im allgemeinen mit der Redefreiheit und Kompetenz des Reichstags bestellt ist, ersehen wir aus dem Buche „Unser Kaiser und sein Volk", das 1906 erschien und viel Aufsehen in Deutschland erregte *). Es heißt dort: „Der in Demut und Gehorsam vor dem Thron „ersterbende" Präsident des deutschen Reichstags hat es für zweckmäßig befunden, um die sehr angreifbaren Äußerungen des Kaisers der Kritik des Parlamentes zu entziehen, nur die Reden zur Diskussion zuzulassen, welche im Reichsanzeiger veröffentlicht werden. Seit diese Taktik Gesetz geworden ist, vermeidet das amtliche Blatt es ängstlich, von allen irgendwie anfechtbaren Kaiserreden Notiz zu nehmen. Tut in schnurriger Naivetät, als ob die Reden des Staatsoberhauptes nicht gehalten worden wären, obgleich das offiziöse Telegraphenbureau sie in Tausenden von Abzügen an die kleinsten Provinzblätter ausgibt."

Daß sich seither an den byzantinischen Gewohnheiten der Reichstagspräsidenten wenig geändert hat, beweist uns der gegenwärtige „liberale" Reichstagspräsident Kämpf, der dem Kaiser gelegentlich der zweijährigen Wiederkehr der Kriegserklärung telegraphierte: „Des Himmels Segen ruhe auch ferner auf Euer Majestät, unserem ganzen Vaterlande und unseren treuen Verbündeten," womit er die Wohlfahrt des Kaisers untertänigst der Wohlfahrt des Landes voranstellt.

Wenn man bedenkt, daß des Reichstags Gründung ein Gnadenakt und seine Betätigung von jeher nur eine Duldung unserer Dynastie war, dann versteht man, warum ihm immer ein Geruch von Dienstbarkeit und Byzantinertum angehaftet hat, den er selbst am wenigsten riecht. Des Reichstags ohnehin schon beklagenswerte verfassungsmäßige Ohnmacht wird dadurch ohne Not ins grellste Licht gesetzt und macht unser deutsches Parlament zu einem Gelächter für jeden ernsthaften Demokraten.

*) Leipzig 1906 bei Paul Waetzel. Dieses „von einem Schwarzseher" verfaßte Buch ist der Not- und Verzweiflungsschrei eines deutschen Patrioten. Der „Schwarzseher" ist kein Sozialdemokrat und protestiert just deshalb so lebhaft gegen das „persönliche Regiment", weil es fortwährend Wasser auf die Mühlen der „vaterlandslosen" Sozialdemokratie treibe.

Wenn trotz aller dieser verfassungsgemäßen und selbstverschuldeten Übelstände unsere Intellektuellen und Politiker krampfhaft an der Illusion einer demokratischen deutschen Volksregierung und „Arbeitsgemeinschaft" festhalten, so mag das der Welt beweisen, daß auch wir Deutschen die demokratischen Eroberungen des 19. Jahrhunderts ganz instinktiv so sehr lieben, daß wir uns gern einbilden, wir besäßen welche und nicht leiden mögen, wenn jemand uns diese schöne Illusion an Hand der Tatsachen zerstören will.

III.

Die Basis der dynastischen Macht.

Deutschland besitzt also weder ein parlamentarisches, noch ein wirklich konstitutionelles, sondern im besten Falle ein mit demokratischer Fassade verziertes, autokratisches Regierungssystem. Säße im Reichstag eine Mehrheit von weitschauenden, charakterfesten Demokraten, dann könnten sie allerdings einige Regentenrechte des deutschen Kaisers durch Reichsgesetze einschränken, nicht aber seine von Gott gegebenen Monarchenrechte. Da uns jedoch durch den Ratschluß Gottes und seiner irdischen Vertreter ein solcher Reichstag nie beschieden war (nie beschieden sein konnte), so gibt es in Deutschland nur liberale Einrichtungen ohne liberalen Geist, Volksrechte ohne Volksregierung, Minister ohne Verantwortlichkeit, Abgeordnete ohne Machtvollkommenheit; und auf der anderen Seite unantastbare Rechte der Krone, weiteste Möglichkeit für die Durchsetzung dynastischer Willkür, Aufseherstellung und Herrschaft des Königs von Preußen über Bundesfürsten und Bundesrat, Artikel 5 und 37 der Reichsverfassung, kraft welcher Preußens Stimme in der Gesetzgebung über Militärwesen, Kriegsmarine, Zölle und Verbrauchssteuern im Bundesrat überall dort ausschlaggebend ist, wo sie sich „für die Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände" ausspricht. Alles in allem also ein Staatswesen, dessen politischer Grund und Geist so sehr mit den Forderungen und anderswo vorhandenen Wirklichkeiten der modernen Zeit in Widerspruch geraten ist, daß es genötigt war, die Kultureinrichtungen dieser modernen Zeit wenigstens als Aufputz und Phrase anzunehmen.

Daß Preußen in Deutſchland nicht nur über „die Aufrechterhaltung der beſtehenden", ſondern ſogar der feudalen „Zuſtände" eiferſüchtig wacht, das geht mit zwingender Deutlichkeit aus dem Verhältnis unſerer Dynaſtie zur Armee hervor. „Wo liegt zuletzt die wahre Macht? Sie liegt in den Waffen. Die entſcheidende Frage für den inneren Charakter eines Staates iſt daher immer: Wem gehorcht die Armee?" *)

Dieſe Frage iſt, wie Profeſſor Delbrück mit Recht betont, die Frage aller politiſchen Fragen, und vielleicht wird ſie gerade deshalb in Deutſchland am ſeltenſten diskutiert. Die Armee iſt in der Tat die Baſis und das unentbehrlichſte Hilfsmittel einer Dynaſtie. Jede Dynaſtie iſt aus einer Armee hervorgegangen, kann ſich nur mit Hilfe einer Armee zu Macht und Anſehen emporarbeiten und könnte ohne militäriſche Schutzmacht nicht fortbeſtehen. „Wie die lebenden Kräfte des Parlaments in den Parteien ſtecken, von denen in der Verfaſſung kein Wort zu finden iſt, ſo beruht das Weſen des Königtums nicht in den Funktionen, die ihm die Verfaſſung zuweiſt, ſondern in Kräften, die weit jenſeits aller formalen Rechtsſätze in den Jahrtauſenden wurzeln: in den Beziehungen zum Heer" **).

Dieſes höchſt perſönliche und ſeiner ganzen Geſtaltung nach etwas eigennützige Verhältnis, in dem die Armee zur Dynaſtie ſteht, wird in der modernen Welt und ganz beſonders in Deutſchland nicht nur nicht beachtet, ſondern dem Volke nach Möglichkeit auch verſchleiert.

Wenn Sie zum Beiſpiel einen Deutſchen mit politiſcher Durchſchnittsbildung fragen, ob Deutſchland eine „nationale Armee" beſitzt, dann iſt tauſend gegen eins zu wetten, daß er dieſe Frage nicht nur abſolut bejahen, ſondern auch ernſthaft empört darüber ſein wird, daß Sie ſie überhaupt ſtellen konnten. Für die meiſten Deutſchen beſteht kein Zweifel, daß wir nicht nur die beſte, ſondern eben auch die nationalſte Armee der Welt beſitzen. Iſt denn nicht jeder erwachſene geſunde Deutſche wehrpflichtig? Kann es eine nationalere Armee geben als die, welche mit demokratiſch verteilten Steuerlaſten erhalten und unterſchiedslos aus allen Bürgern der Nation zuſammengeſetzt wird?

---

*) Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 133.

**) Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 141.

Bildet infolgedeſſen die deutſche Armee nicht ein Volk in Waffen in des Wortes ſchönſter Bedeutung?

Daß ſich im Gebiet des Heerweſens im Laufe der letzten hundert Jahre eine tiefgreifende Umgeſtaltung vollzogen hat, die nicht nur die allgemeine Wehrpflicht, ſondern eben auch Kontrollrechte der Bürger über Organiſation und Verwendung der Armee in ſich ſchließt, das weiß unſer Deutſcher entweder überhaupt nicht, oder — er will es nicht wiſſen. Den Begriff „nationale Armee" beſchränkt er auf die allgemeine Wehrpflicht und hütet ſich aus Reſpekt vor ſeiner Dynaſtie, ihn auch auf den Oberbefehl, den Geiſt und die Organiſierung der Armee auszudehnen.

Vor der großen franzöſiſchen Revolution waren alle Armeen nur die Werkzeuge dynaſtiſcher Intereſſen. Allerdings finden wir ſchon bei den Griechen und Römern nationale Armeen, das heißt Soldaten, die nicht mehr der Dynaſtie, ſondern dem Lande dienten. Mit dem Verfall dieſer Reiche aber verlor ſich die Idee der nationalen Landesverteidigung vollſtändig. Im Mittelalter gibt es keine Vaterlandsidee und folglich auch keine Idee der Landesverteidigung; die Kriegsheere ſind ausgeſprochene Spiel- und Werkzeuge der Fürſten. Das heißt, ſie ſetzen ſich aus Mietlingen und Abenteurern zuſammen, ſtehen in keinem Verhältnis zum Volk und gehorchen nur dem Willen ihrer fürſtlichen Beſitzer. Das vollendetſte Muſter dieſer ſtehenden, dynaſtiſchen Armee hat der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. geſchaffen. Seine Armee der „langen Kerle" iſt eine rein perſönliche Schöpfung ohne jeden nationalen Charakter. Alle Nationen der Welt ſind in ihr vertreten. Friedrich Wilhelm I. hätte es ſich ſchönſtens verbeten, wenn jemand ihm die Zuſammenſetzung ſeiner Armee kritiſiert hätte. Er ſtand zu ſeiner Armee wie ein Künſtler zu ſeinem Werk. Niemals hätte er begriffen, daß er einen langen Kerl deshalb nicht anwerben dürfe, weil er Franzoſe oder Engländer war und als ſolcher unmöglich mit Luſt und Liebe für Preußen fechten könne.

Dieſe Armee, die Friedrich II. von ſeinem Vater übernahm, ging nicht etwa aus Liebe zu einem Vaterland ins Feuer (der Begriff war, wie geſagt, mit den Griechen geſtorben), ſondern aus Pflichtgefühl und weil ſie dafür von ihrem Herrn bezahlt wurde. Preußens militäriſche Überlegenheit über ſeine damaligen Gegner beſtand in der

ſcharfen Diſziplin dieſer königlichen Mietlinge. Es war eine Überlegenheit des Drills und der Methode, die in keiner Beziehung zu irgendwelcher volkstümlich-nationalen Idee ſtand *).

Mit der franzöſiſchen Revolution wurden zwei Dinge geboren, die dem Armeeweſen der modernen Zeit das Gepräge geben: die Vaterlandsliebe und die aus ihr hervorgehende nationale Heeresorganiſation. Die triumphierende Revolution erklärte die Nation als in jedem Sinne ſouverän. Die dynaſtiſche Armee, die aus Pflichtgefühl und für Geld gefochten hatte, wurde durch die nationale Armee erſetzt, die aus Liebe zu ihrem Land focht. Der Soldat ſteht fortan nicht mehr in einem Mietverhältnis zu ſeinem Anführer, ſondern er wird auf die Verfaſſung des Landes vereidigt. Nicht mehr Königstreue, ſondern Vaterlandsliebe wird jetzt die treibende Kraft und Idee einer Armee. Der Soldat der modernen, nationalen Armee iſt alſo der waffentragende Bürger des Landes, an deſſen Verteidigung er ſchon deshalb ein Intereſſe haben muß, weil er effektiven Anteil an ſeiner Landesregierung beſitzt.

So wie Friedrich II. in der Muſterarmee ſeines Vaters ein überlegenes Werkzeug für ſeine dynaſtiſchen Eroberungskriege gefunden hatte, ſo fand jetzt Napoleon I. in dieſer auf ganz neuen Grundlagen ruhenden Volksarmee der Revolution eine den übrigen Armeen überlegene Kriegswaffe vor. Die preußiſche Überlegenheit der Diſziplin und Pflichttreue ging verloren vor der neuen moraliſchen Überlegenheit des Soldaten, der in heiliger Begeiſterung für ſein Vaterland focht. Und erſt als Stein, Scharnhorſt und Gneiſenau auch für Preußen die erſte nationale Armee nach franzöſiſchem Muſter organiſiert hatten, wurde der Sieg Preußens über Napoleon möglich.

Napoleon I. war der erſte, der mit dem von der franzöſiſchen Revolution errungenen neuen Prinzip der nationalen Armee Miß-

*) Wenn Fürſt v. Bülow in ſeinem Buch „Deutſche Politik", S. 142 ſagt: „Die brandenburgiſch-preußiſche Wehrkraft ward von Anfang an gegründet auf die beiden tragenden Kräfte nationalſtaatlichen Lebens: auf die Vaterlands- und Heimatsliebe und auf den ſtaatlichen Machtgedanken", ſo widerſpricht er dieſer Behauptung (S. 147—49) zum Teil ſelbſt, denn er ſagt, daß erſt „Scharnhorſt der Meiſter" war, der „in den Freiheitskriegen die preußiſche Armee zum Volk in Waffen" machte.

brauch trieb. So wie die dynastischen Armeen der Feudalzeit mehr oder weniger immer auf Angriff und Eroberung hin dressiert waren, ebensosehr mußte die neue nationale Armee nur noch von dem vornehmen Gedanken der reinen Landesverteidigung belebt sein. Die Verfassung von 1791 Absatz VI läßt in dieser Hinsicht keinen Zweifel: „Die französische Nation erklärt ausdrücklich, daß sie darauf verzichtet, irgendwelche Kriege in der Absicht zu unternehmen, Eroberungen zu machen und daß sie ihre Macht niemals gegen die Freiheit eines anderen Volkes richten wird."

Der Nationalkonvent wurde, als er den König verjagt und gegen alle göttlichen Rechte der Dynastien offen revoltiert hatte, von fünf Seiten zugleich mit Krieg überzogen. Valmy und Jemappes waren die Siege des neuen nationalen Gedankens über die dynastische Welt der Feudalzeit. Ahnungsvoll ruft Goethe am Abend der Schlacht von Valmy aus: „Von hier und heute an beginnt eine neue Ära, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen."

Napoleon behielt die allgemeine Wehrpflicht bei (denn sie verschaffte ihm, wie gesagt, eine enorme Überlegenheit über seine Gegner), aber er fälschte als erster den Lebenszweck der nationalen Armee, denn von der nationalen Landesverteidigung ging er in seinem Hochmut wieder zum dynastischen Eroberungskrieg der Feudalzeit über. Seine Armee war der Form nach national geblieben, ihrer Bestimmung nach aber waren die Soldaten von Jena, Austerlitz und Friedland wieder jene königliche Leibwache geworden, die nur noch der Willkür des Herrschers gehorcht.

Nach dem Sturze Napoleons kam Frankreich wieder mehr oder weniger deutlich auf die Prinzipien der dynastischen Armee zurück. Denn wenn auch die Armee Napoleons III. nicht mehr aus Ausländern und Mietlingen bestand, so bestand sie doch aus Soldaten mit siebenjähriger Dienstzeit, und die allgemeine Wehrpflicht war durch allerhand Einschränkungen, Loskaufmöglichkeiten usw. fast aufgehoben worden. Napoleons Feldzüge dienten so sehr seinen dynastischen Interessen, daß sie dasselbe Ergebnis zeitigten wie die Kriege seines großen Vorfahren: den Einzug der Feinde in Paris, verbunden mit einem enormen Land- und Geldverlust und dem Fall der Dynastie.

Kommen wir auf Preußen zurück: Die Siege Friedrichs II. waren

die Glanzleiſtung der dynaſtiſchen Armeen geweſen. Die Niederlagen von Valmy bis Auerſtädt hatten den Beweis erbracht, daß das dynaſtiſche Prinzip für eine moderne Armee nicht mehr taugte. Preußen ſah ſich vor die Notwendigkeit geſtellt, ſeinerſeits eine nationale Armee zu ſchaffen, und in dem bekannten Aufruf „An mein Volk" verſprach der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. jene grundlegende Reform, ohne die keine nationale Armee geſchaffen werden kann: die Mitwirkung des Volkes an der Regierung des Landes. Es iſt klar, und die franzöſiſche Revolution hatte es allen Dynaſtien vernehmlich genug in die Ohren geſchrien, daß der Soldat nur dann ein Vaterland haben kann, wenn er berufen wird, an ſeiner Regierung mitzuwirken. Wie könnte er für ein Land zu ſterben bereit ſein, in dem er nur Pflichten und keine Rechte beſitzt?

Das königliche Verſprechen einer demokratiſchen Verfaſſung wurde zwar vom preußiſchen Miniſter von Hardenberg 1815 vom Wiener Kongreß aus verdeutlicht, ja es wurde ſogar mit dem Geſetz vom 22. Mai 1815 betreffend eine Repräſentativverfaſſung dem preußiſchen Volke formell zugeſichert. Aber dieſes Verſprechen wurde nicht nur nicht gehalten, dieſes Geſetz wurde nicht nur nicht ausgeführt, ſondern die dankbare Dynaſtie ging ſo weit, daß ſie jeden, der den König Friedrich Wilhelm III. oder ſeinen Nachfolger daran erinnerte, als Hochverräter und Demagogen grauſam verfolgen ließ. So wie alle Bemühungen Wilhelm von Humboldts auf dem Wiener Kongreß zur Erringung einer einheitlichen und freiheitlichen Verfaſſung für Deutſchland am Widerſtand der öſterreichiſchen Diplomatie geſcheitert waren, ſo ſcheiterten auch nachher alle ſeine wiederholten Verſuche dieſer Art beim König von Preußen. Schon 1819 fiel dieſer ewige läſtige Mahner in Ungnade. Nur das von Goethe beeinflußte kleine Sachſen-Weimar hielt damals das gegebene Verſprechen einer freiheitlichen Verfaſſung.

In Preußen blieb alles beim alten. Das heißt, Preußen hatte zwar ſeine Armee moderniſiert, das preußiſche Volk hatte dank dieſer Moderniſierung ſeiner Dynaſtie zwar die Krone gerettet, im übrigen aber hatte es damit nur ſeine Pflichten vermehrt. Fortan beſaßen wir Preußen zwar eine nationale Armee im Sinne der allgemeinen Wehrpflicht, was aber die Verwaltung, Ausſtattung und Zweckbe-

ſtimmung dieſer Armee anging, ſo hatten wir nach wie vor nur das Recht, dem Könige nicht dreinzureden. Aus den neuen Pflichten, die der preußiſche Bürger übernommen hatte, leitete die preußiſche Dynaſtie nur neue Rechte für ſich her.

Profeſſor Delbrück belehrt uns *), daß, als die alten römiſchen Könige ihre Bauernſchaft zur Kriegstüchtigkeit erzogen hatten, als „unausweichliche Folge" dieſer kriegeriſchen Volksorganiſation ein demokratiſches Element in die bisher abſolutiſtiſche Regierungsform kam. Ja, als ſich das Königtum zu ſehr gegen eine Demokratiſierung des Staatsweſens ſtemmte, da wurde es von dem Volke, das zur allgemeinen Wehrpflicht gezwungen wurde, überhaupt aufgehoben und durch das Konſulatsweſen erſetzt. Nietzſche hat ſich getäuſcht: Die Geſchichte iſt n i c h t eine ewige Wiederkehr. Wenigſtens hatte der preußiſche König, als er ſeine Bauern und Bürger zum allgemeinen Heeresdienſt verpflichtete, zu ſeinem Glück keine römiſchen Bauern vor ſich. Was Profeſſor Delbrück eine „unausweichliche Folge" der kriegeriſchen Volksorganiſation nennt, das mag für Frankreich und vielleicht gar für das moderne China zutreffen. In Preußen blieb das alles zwar ein mehrfach wiederholtes, aber ebenſo oft nicht gehaltenes Verſprechen. Profeſſor Delbrück hat gut reden: Was bei den Römern, den Griechen, den Franzoſen, Schweizern und neuerdings ſogar bei den Chineſen zur Demokratie führte, nämlich die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, das führte in Preußen-Deutſchland im Gegenteil zu einer Vermehrung der dynaſtiſchen Selbſtherrlichkeit. Denn in Preußen begann nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und den dadurch möglich gewordenen Siegen über Napoleon anſtatt einer demokratiſchen Ära im Gegenteil jene furchtbare Reaktion, die mit Metternich einſetzte, mit der gewaltſamen Aufzwingung der autokratiſchen preußiſchen Verfaſſung von 1850 ihren höchſten Triumph feierte und ſchließlich mit Bismarck die geſetzlichen Formen des Sozialiſtengeſetzes uſw. annahm.

Ja, die Römer hatten es beſſer als wir. Es iſt wohl wahr, daß Friedrich Wilhelm IV. 1848 abermals das feierliche Verſprechen abgegeben hatte, die Armee fortan auf die Verfaſſung des Landes zu

*) Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 100.

vereidigen. Aber dieſes Verſprechen wurde wiederum nicht gehalten. Das aus der Revolution von 1848 hervorgegangene Parlament wurde im November 1848 gewaltſam unter dem Vorwande aufgelöſt, „es habe ſeine Befugniſſe überſchritten“ (?), und Preußen erhielt jene Feudalverfaſſung aufgezwungen, die es noch heute regiert. In einer Zeit, wo ſich ſogar die Chineſen von der dynaſtiſchen Weltanſchauung emanzipiert haben, leiſten die preußiſch-deutſchen Soldaten nach wie vor den Fahneneid noch immer nicht auf die Verfaſſung des Landes, ſondern dem König und Kaiſer als ihrem oberſten Kriegsherrn. Sie ſchwören, laut Artikel 64 der deutſchen Reichsverfaſſung, „den Befehlen des Kaiſers unbedingte Folge zu leiſten“. Und damit kein Zweifel beſtehe, fügt § 108 der preußiſchen Staatsverfaſſung ausdrücklich hinzu: „Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfaſſung findet n i c h t ſtatt.“

Daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein demokratiſches Mitbeſtimmungsrecht des Volkes zur Folge haben müſſe und dadurch die Ära der Angriffskriege beenden werde, iſt eine ſo einleuchtende Idee, daß ſie von den meiſten deutſchen Schriftſtellern und Politikern von jeher mit einer gewiſſen Selbſtverſtändlichkeit behandelt wurde, So ſetzte zum Beiſpiel Guſtav Freytag 1870 mit großer Seelenruhe auseinander, daß Preußen berufen ſei, Frankreich die Ziviliſation in Form der allgemeinen Wehrpflicht zu bringen. „Mit dieſer höchſten und edelſten Form des Kriegsdienſtes hört die Möglichkeit frecher Eroberungskriege und der Wahnſinn militäriſcher Eitelkeit, dieſe widerlichen Leiden der Franzoſen, ganz von ſelber auf.“ Und mit Beſtimmtheit verſichert er: „Allgemeine Wehrpflicht macht nicht nur im Kriege ſtark, ſie macht eine Nation auch im Frieden friedfertig“ *).

Dieſelbe Idee findet ſich auch heute noch unter der Feder derjenigen deutſchen Schriftſteller wieder, die es unternommen haben, Deutſchlands Unſchuld an dieſem Kriege zu beweiſen. So ſagt zum Beiſpiel Profeſſor Ernſt Troeltſch: „Vor allem aber ergibt ſich aus dieſer allgemeinen Volksbewaffnung die wichtige Folge, daß ein wirk-

*) Guſtav Freytag, „Der Kronprinz und die deutſche Kaiſerkrone“. 8. Auflage, Leipzig 1889, S. 43/44.

ſamer Krieg nur bei wirklicher Zuſtimmung und Begeiſterung des Volkes geführt werden kann, alſo ſtets ein Defenſivkrieg ſein muß" *).

Eine derartige Auffaſſung wirkt im Lichte der deutſchen Verfaſſung und der im erſten Kapitel dieſes Buches erwähnten Tatſachen geradezu komiſch. Guſtav Freytag konnte 1870 freilich noch nicht wiſſen, was man einſt aus der allgemeinen Wehrpflicht in Deutſchland machen würde; Profeſſor Troeltſch aber, der doch gewiß unſere Verfaſſung und den wahren Tatbeſtand über den Ausbruch des Weltkrieges kennt, ſollte wiſſen, wie leicht man im Lande der Emſer Depeſche und des Treitſchkeſchen Staatsrechts die „Zuſtimmung und Begeiſterung des Volkes" unter falſchen Vorausſetzungen erzeugen kann. Wo, wie in Deutſchland, die allgemeine Wehrpflicht kein effektives Mitregierungsrecht des Volkes als Ergänzung beſitzt, dort wird ſie nicht nur kein Hindernis für Angriffskriege, ſondern im Gegenteil eine Ermutigung dazu.

Daß die allgemeine Wehrpflicht ohne Volksſouveränität zu Angriffskriegen reizen muß, das muß ſogar derſelbe Profeſſor Delbrück indirekt zugeben, der uns eben noch die verheißungsvolle Geſchichte der römiſchen Bauern erzählte. Mit naivem Stolz auf den prätorianiſchen Aufbau der deutſchen Armee berichtet er uns in der Tat**), daß das preußiſche Offizierskorps noch heute von dem Geiſt der alten Germanen belebt iſt, die n i ch t für das Land kämpften, ſondern für den Fürſten, und ſich niemals um den Zweck eines Krieges, um die politiſche Idee ihres Fürſten kümmerten, ſondern ihm nur durch den Treueid perſönlich verpflichtet waren. „Der König iſt noch heute das Haupt ſeines Gefolges; er iſt der Kamerad ſeiner Offiziere und zu ihm als ihrem Kriegsherrn halten ſie ſich, und das iſt das Fundament unſeres Staatsweſens. In der preußiſchen Verfaſſung ſteht nur, der König führe den Oberbefehl über das Heer, und ebenſo ſteht es in der deutſchen Reichsverfaſſung."

Ja, ſo ſteht es in der Tat geſchrieben und ſo iſt es: Die deutſchen Offiziere ſind das Gefolge ihres Königs; ſie ſind ihm durch den Treueid zu perſönlicher Dienſtleiſtung verpflichtet und kümmern ſich nicht um die politiſche Idee ihres Fürſten. Der deutſche Kaiſer beſitzt eine

*) Deutſchland und der Weltkrieg". Berlin 1915, S. 72.

**) Delbrück, „Regierung und Volkswille", S. 137.

Armee, und diejenigen, die diese Armee zusammensetzen und bezahlen, nämlich die deutschen Bürger, haben nicht das geringste Recht, ihm in die Organisation und Zweckbestimmung dieser Armee etwas dreinzureden. Nicht einmal der Reichskanzler, nicht einmal der Kriegsminister. Verfassungsgemäß besteht in Deutschland zwischen Armee und Volk kein rechtlicher Zusammenhang. Die deutsche Armee ist nicht um des Landes willen, sondern um des Kaisers willen da, denn „eine Vereidigung auf die Verfassung findet nicht statt". Im Frieden wie im Krieg ist der deutsche Kaiser der persönliche und unumschränkte Gebieter seiner Armee und seiner Marine. In dieser Beziehung hat sich seit zweihundert Jahren in Preußen nichts geändert. Zwischen Wilhelm II. und dem Begründer der preußischen Militärmacht, Friedrich Wilhelm I., bestehen nur zwei wesentliche Unterschiede: Erstens braucht Wilhelm II. keine Werber mehr in aller Herren Länder zu senden und für schweres Geld lange Kerle anwerben zu lassen; er erhält seine Soldaten vom Reichstag bewilligt und vom Volke bezahlt; wo dieser Reichstag sich etwa gegen Militärforderungen sträubt, dort wird er aufgelöst *). Zweitens aber fechten die heutigen deutschen Soldaten nicht mehr wie die langen Kerle mürrisch für Sold; ihre Tapferkeit ist nicht mehr bedingt durch Stockschläge. Sondern die modernen Feldgrauen sind belebt von jener Vaterlandsliebe, die von der französischen Revolution geschaffen und deren moralische Vorteile von der preußischen Dynastie ohne Gegenleistung übernommen wurden. Im übrigen besteht, wie gesagt, zwischen damals und heute kein Unterschied. Denn damals wie heute gehorcht die Armee nur dem königlichen Willen; damals wie heute untersteht die Ernennung, Beförderung, Bestrafung oder Entlassung der Offiziere nur der persönlichen, unverantwortlichen Entscheidung des Königs. Damals wie heute kümmert sich der preußische Offizier nicht um die politische Idee seines Fürsten, er ficht „wie die alten Germanen" nicht für sein Land, sondern „er hält sich nur zu seinem ‚Kriegsherrn'". Damals wie heute ist der König der erste Offizier des Landes, geht in den Uniformen seiner

*) So zum Beispiel am 6. Mai 1893, bei welcher Gelegenheit Wilhelm II. rundweg erklärte, er werde „die Opposition zerschmettern", was in der Tat geschah, da der neue Reichstag bereitwilligst alle Soldaten bewilligte, die er gefordert hatte.

Soldaten einher, widmet seiner Armee seine Haupttätigkeit und räumt ihr überall im Staatsleben die erste Stelle ein. Zwar verheiratet er seine Offiziere nicht mehr wie Friedrich Wilhelm I. durch einen bloßen Befehl und stellt sich auch nicht mehr persönlich in Potsdam auf Wache; aber er verpflichtet seine Offiziere zur Einhaltung besonderer Ehrbegriffe, verteidigt sie gegen etwaige Übergriffe der Zivilisten, schreibt ihnen standesgemäße Heiraten vor und gewährt ihnen an seinem Hofe Vorrechte, deren sich der berühmteste Universitätsprofessor nicht rühmen darf, wenn er nicht zufällig Reserveoffizier ist. Damals wie heute ist der Geist der Armee derselbe: Pflichtgefühl, blinder Gehorsam, absolute Treue für den Landesfürsten. Geändert hat sich wie gesagt nur die Zusammensetzung und die Kostenbestreitung der Armee, die infolge der allgemeinen Wehr- und Steuerpflicht der Bürger keine Privatsachen des Königs mehr, sondern Angelegenheiten der Nation geworden sind. Alles andere (einbegriffen die zur Erziehung des preußischen Soldaten gehörenden Brutalitäten) ist im Prinzip ungeändert geblieben und die Idee der Landesverteidigung ist bei alledem nur eine stille Voraussetzung patriotischer Bürger.

* * *

Ich höre die empörten Einwände meiner deutschen Leser und bin darauf gefaßt, daß mir die 93 Unterzeichner des berühmten Aufrufs an die Kulturwelt zurufen werden: „Es ist nicht wahr! Es ist nicht wahr!"

Aber es ist doch wahr! In dieser schweren Zeit ist es sogar doppelt wahr und muß in alle Welt hinausgeschrien werden: Die preußisch-deutsche Armee ist feudal, nicht national; sie ist dynastisch, nicht demokratisch. Nur in der Voraussetzung des deutschen Steuerzahlers, nur in der Gutgläubigkeit des deutschen Volkes existiert eine „nationale Armee", die der Landesverteidigung dient. Preußens Tradition, der verfassungsgemäße Aufbau, der in ihr herrschende Geist und die im Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung ruhende Machtvollkommenheit des deutschen Kaisers stempeln diese Armee in erster Linie zu einer königlichen und kaiserlichen Leibwache, das heißt zu einem Schutzinstrument der Dynastie.

Wem hierüber noch Zweifel bleiben, der lese die Erlasse und Reden Wilhelms II. Gleich bei seiner Thronbesteigung, am 15. Juli 1888,

wandte er sich mit einem Erlaß an die Armee, worin es heißt: „So gehören wir zusammen, Ich und die Armee, so sind wir füreinander geboren und so wollen wir unauflöslich fest zusammenhalten, möge nach Gottes Wille Friede oder Sturm sein." Überall finden wir in den Reden Wilhelms II., die sich auf die Armee beziehen, das besitzanzeigende Fürwort der ersten Person: Meine Armee, Meine Garde, Meine Pioniere, Meine Offiziere, Meine Soldaten, Meine Kriegsschiffe usw. usw. Dabei betont er bei jeder Gelegenheit, daß die Haupteigenschaft des deutschen Soldaten der unbedingte, blinde, eiserne Gehorsam sein müsse. Und nicht nur im Kriegsfall, sondern in jedem Fall, das heißt auch bei inneren Ereignissen. Wilhelm II. fühlt sich so sehr als persönlicher Besitzer der deutschen Armee, daß er bei jeder Rekrutenvereidigung immer wieder hervorhebt: „Ihr habt Mir den Treueid geschworen!" und daß er am 23. November 1891 den neu vereidigten Soldaten zurief: „Mehr denn je hebt der Unglaube und Mißmut sein Haupt im Vaterlande empor, und es kann vorkommen, daß ihr eure eignen Verwandten und Brüder niederschießen oder -stechen müßt. Dann besiegelt die Treue mit Aufopferung eures Herzbluts!" Am 2. Dezember 1896 sagt er in Breslau: „Und je mehr man sich hinter Schlagworten und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne ich auf Meine Armee und desto bestimmter hoffe ich, daß Meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, Meiner Wünsche und Meiner Winke gewärtig sein wird." — „Ihr habt die Ehre, zu Meiner Garde zu gehören und in und um Meinen Wohnsitz, Meine Hauptstadt zu stehen. Ihr seid berufen, Mich in erster Linie vor dem äußeren und inneren Feind zu schützen," sagte Wilhelm II. zu den neu vereidigten Rekruten in Berlin am 16. November 1893. Und am 15. Juni 1898 im Lustgarten zu Potsdam: „Mit schweren Sorgen übernahm ich die Krone; überall wurde an mir gezweifelt, überall stieß ich auf falsche Beurteilung. Nur eine hatte zu mir Vertrauen, eine glaubte an mich, das war die Armee; und auf sie gestützt, im Vertrauen auf unseren alten Gott übernahm ich mein schweres Amt, wohl wissend, daß die Armee die Hauptstütze meines Landes, die Hauptsäule des preußischen Thrones sei, auf den mich Gottes Ratschluß berufen."

Wer die innere Entwicklung der Dinge in der Regierungszeit Wilhelms II. kennt, wird außerdem wissen, daß sich der persönliche Besitz-

und Machtwille des Kaiſers nicht nur auf die Armee als Ganzes erſtreckt, ſondern ſogar den Generalſtab und das Kriegsminiſterium in eine untergeordnete Rolle gedrückt hat. Wie Wilhelm II. ſtets ſein eigener Kanzler war, ſo war er, der leidenſchaftliche Soldat, noch viel mehr ſein eigener Generalſtabschef.

„Eine viel beſcheidenere Rolle noch als der Kanzler ſpielt neben Wilhelm II. der Mann, welcher den verantwortlichen Poſten eines Generalſtabschefs der Armee bekleidet. Es iſt bezeichnend für die erſchreckende Bedeutung, welche unſer Kaiſer rein äußerlichen Momenten einräumt, daß auf dieſen Poſten ein Moltke berufen wurde, ſobald einer zu haben war. Einen Mann wie den „großen Schweiger" hätte Wilhelm II. auf die Dauer ebenſowenig als erſten militäriſchen Berater neben ſich geduldet, wie er ſich mit der Kanzlerſchaft eines Bismarck abzufinden wußte. Aber ‚ſeinen Moltke' wollte er haben." *)

Alſo auch auf dieſem Gebiete beſaß Wilhelm II. ein ſo unbeſchränktes perſönliches Beſitzgefühl über die Armee, daß er ihren Oberbefehl ganz nach Belieben verteilte, auch wenn der Erwählte, wie im Falle Moltke, offenbar unfähig war und die Meinung aller kompetenten Generäle gegen ſich hatte (des kleinen Moltkes Unfähigkeit iſt in dieſem Kriege ſo offenbar geworden, daß er uns ſiegreich bis zur Marne führte und dann — in Ungnade fiel).

Wem alſo die deutſche und die preußiſche Verfaſſung nicht genügt, dem werden die Reden und Handlungen Wilhelms II. unzweideutig beſtätigen, daß wir keine nationale, ſondern eine dynaſtiſche Armee beſitzen, die ganz dem ſubjektiven Ermeſſen des ſouveränen Herrſchers unterſteht und von dieſem als „Hauptſäule des preußiſchen Thrones" betrachtet wird. Man zeige mir eine Stelle der kaiſerlichen Reden, wo Wilhelm II. den Schutz unſeres Vaterlandes vor den Schutz ſeiner Perſon, ſeines Hauſes und ſeiner perſönlichen Macht geſtellt hätte! Man zitiere mir eine deutſche Miniſterrede, wo vom Mitbeſtimmungsrecht des Volkes in militäriſchen Dingen anders als mit Spott die Rede iſt! Man wird vergebens ſuchen. Dafür wird man auf Schritt und Tritt Äußerungen begegnen, daß das deutſche Volk es als Ehre betrachten muß, des Kaiſers Rock zu tragen und des Kaiſers Haus zu

*) „Unſer Kaiſer und ſein Volk" von einem Schwarzſeher, Leipzig 1906, S. 10.

verteidigen. „Mit Gott für König und Vaterland!", dieſe von Friedrich Wilhelm III. ausgegebene, ſeit 1871 „Mit Gott für Kaiſer und Reich!" lautende Parole bezeichnet klar und deutlich, was Wilhelm II. immer wieder nachdrücklichſt betont hat, daß nämlich in Deutſchland erſt der Kaiſer und König und dann erſt das Vaterland kommt.

Dieſe Tatſache iſt, wie geſagt, in der modernen Welt derartig peinlich für jeden Deutſchen, daß er ſie gern überſieht oder überhaupt fortleugnet. Immer wieder ſprechen die deutſchen Zeitungen von „unſerem Volksheer", von „unſeren tapferen Feldgrauen", „unſeren braven Truppen" uſw., das heißt ſie ſtellen mit einer gewiſſen Selbſtverſtändlichkeit die Dinge ſo dar, als ſei die deutſche Armee die Sache des deutſchen Volkes. Ja, es gibt ſogar eine Menge deutſcher Sozialdemokraten, die der Welt ganz ernſthaft verſichern, die deutſche Armee ſei das Volk und das Volk ſei die deutſche Armee.

Das alles ſind leider, im Lichte der Verfaſſung und der Tatſachen geſehen, nur fromme Lügen, die in Unkenntnis und gutem Glauben vorgebracht ſein mögen, deren unglaubliche Naivetät aber nur ein neuer Beweis dafür iſt, daß wir Deutſchen das Unglaubliche in der Politik einfach ins Normal-demokratiſche umlügen. Hier mehr denn anderswo iſt uns die wahre Wahrheit in ihrer ganzen Mittelalterlichkeit ſchier unerträglich.

Die fromme Legende vom deutſchen Volksheer wird auch dann keine Wahrheit, wenn ſie unter der Feder ſehr angeſehener deutſcher Männer wiederkehrt. So verſichert uns zum Beiſpiel der ehemalige deutſche Reichskanzler Fürſt von Bülow ganz ernſthaft: „Die deutſche Armee iſt heute das, was ſie geworden iſt in der Geſchichte: der ſtarke Ausdruck der Einheit von Reich, Staat und Volk" *). Und mit großer Seelenruhe fügt er hinzu: „Das iſt ſie auch in Frankreich, der republikaniſche Staat und die franzöſiſche Nation ſind verwachſen in der Armee" *). Da Herr von Bülow es gefliſſentlich vermeidet, vom verfaſſungsgemäßen Aufbau dieſer Armee zu ſprechen und nur immer ihre Tüchtigkeit und vorzügliche Haltung im Laufe der Geſchichte hervorhebt, ſo wird ihm die Verſicherung leicht, daß ſich „Offiziere und

*) Fürſt von Bülow: „Deutſche Politik", S. 157 u. fgde.

Mannschaften in Nord und Süd in erster Linie als Angehörige der deutschen Armee, als Glieder des deutschen Volkes in Waffen fühlen". Indirekt kann man zwar aus seinen Ausführungen herauslesen, daß dieses angebliche „Volk in Waffen" doch eigentlich nur eine monarchische Armee ist, die „jenseits aller inneren Politik, des Partikularismus und der Parteien" lebt, aber er wünscht doch beim Leser den Eindruck zu machen, als sei die deutsche Armee, ganz wie die französische, der starke Ausdruck des nationalen Willens und Charakters.

Es tut uns leid, Durchlaucht: Die Zeiten sind für solche Taschenspielereien wahrlich zu ernst! Die Frage ist erstens nicht, als was die deutschen Offiziere und Mannschaften sich „fühlen", sondern was sie der Verfassung nach wirklich sind. Und gerade unsere Verfassung ist es ja, die ein Ineinanderwachsen von Armee und Volk in Deutschland schnurstracks verbietet und unmöglich macht. Indem sie die Offiziere und Mannschaften ausdrücklich auf die Person des Königs vereidigt statt auf die Wohlfahrt der Nation, reißt sie eine unüberbrückbare Kluft auf zwischen Armee und Nation. Beide leben ohne rechtlichen Zusammenhang neben- und nicht miteinander. Unsere Verfassung, das heißt der in ihr verwirklichte dynastische Willen zur Macht ist es, die aus der Armee einen Staat im Staate, ein unantastbares, über dem Bürger und seiner Moral stehendes, dynastisches Ding an sich macht. Wem noch Zweifel übrig bleiben, der lasse sich durch die Kaiserreden belehren, daß Heer und Volk in Deutschland scharf getrennt sind durch den klar und mehrfach ausgesprochenen Willen des Kaisers, seine Armee nach seinem Belieben auch gegen den „inneren Feind" zu verwenden. — Und zweitens gefällt es Herrn von Bülow, sich und uns zu täuschen. Denn die deutschen Offiziere „fühlen" sich durchaus nicht so wie er meint. Professor Delbrück betont in seinem Buche „Regierung und Volkswille" geradezu hochmütig den tiefen Abstand zwischen der deutschen und der französischen Armee: „Nun übertragen wir das einmal auf Deutschland-Preußen (nämlich das französische System der Armeekontrolle durch das Parlament, ohne die es doch kein Volksheer geben kann). Stellen wir uns ein parlamentarisches Regiment vor und nehmen wen Sie wollen aus dem Abgeordnetenhaus oder Reichstag und lassen ihn bei uns Kriegsminister sein. Wer auch nur die geringste Fühlung mit unserem Offizierskorps und unserer Generalität

hat, weiß, daß dies eine Unmöglichkeit iſt, daß unſere Armee auch erſt ein Sedan von der anderen Seite erlebt haben müßte, um *das über ſich ergehen zu laſſen*."

Fürſt von Bülow kennt doch wohl den Artikel 64 der deutſchen und § 108 der preußiſchen Verfaſſung, er kennt ebenſo die zahlreichen, auf die Armee bezüglichen Reden Wilhelms II. und den Geiſt unſeres Offizierskorps und weiß, daß die Delbrückſche (ein Jahr vor dem Kriege verfaßte) Schilderung genau den Tatſachen entſpricht. Wenn er auch den Ruf genießt, die Dinge gewohnheitsmäßig im roſigſten Licht zu ſehen und wenn wir auch begreifen, warum er jetzt mitten in den Nöten des Weltkrieges mehr denn je das Bedürfnis hat, die Dinge roſig zu verſchleiern, ſo iſt das Problem doch wohl zu ſchwerwiegend für Deutſchlands Zukunft, als daß wir ihm diesmal nicht auf das allerentſchiedenſte widerſprechen müßten: Nein, Durchlaucht! Die deutſche Armee iſt *nicht* „der ſtarke Ausdruck der Einheit von Reich, Staat und Volk", ſondern ſie iſt der verfaſſungsgemäß und traditionell verbürgte Ausdruck des Machtwillens der deutſchen Dynaſtie. Sie iſt, was der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. aus ihr gemacht und was der Soldatenkaiſer Wilhelm II. wiederholt und deutlich beſtätigt hat: die Hauptſtütze des preußiſchen Throns!

Das iſt die deutſche Armee! Wer Frankreichs Volksheer mit dieſer, ganz auf dynaſtiſche Prinzipien aufgebauten Armee zu vergleichen wagt und hier von einem „Volksheer" ſpricht, der muß in den Verdacht der wiſſentlichen Fälſchung kommen.

Aber es geht mit unſerer Armee wie mit unſerem Reichstag. Die demokratiſchen Ideen des 19. Jahrhunderts haben heute eine derartige Macht über die Geiſter erlangt, ſie werden von jedem vernünftigen Menſchen derartig als ſelbſtverſtändlich gefühlt, daß auch wir Deutſchen ganz inſtinktiv die Demokratie in Dinge hineinlügen, die noch immer zwei Jahrhunderte von ihr entfernt ſind. Deshalb auch ſprechen Bülow und die deutſchen „Kulturträger", einbegriffen die Mehrheit unſerer Sozialdemokraten, immer wieder von einem „Volk in Waffen", vom „Volksheer" und von anderen demokratiſchen Schönheiten, die nur in der Einbildung unwiſſender oder abſichtlich blinder Patrioten leben und bewußt oder unbewußt das deutſche Volk über den wahren Sachverhalt hinwegtäuſchen. Denn der wahre Sachver-

halt ist in seiner ganzen Mittelalterlichkeit so beschämend, daß man sich ihn in Deutschland gar nicht einzugestehen wagt.

Es steht in der Tat wohl einzig da in der Weltgeschichte, daß eine Dynastie es fertig brachte, nicht nur ihre sämtlichen feudalen Machtvollkommenheiten in die moderne Welt herüberzuretten, sondern sie obendrein noch mit den Fortschritten der modernen Welt (allgemeine Wehr- und Steuerpflicht der Bürger) enorm zu vergrößern, ohne dafür dem dienenden und zahlenden Teil der Nation eine demokratische Gegengabe zu machen. Dieses Wunder dynastischer Regierungskunst konnte nur in einem Staate verwirklicht werden, wo wie in Preußen-Deutschland tausend servile und gelehrte Sophisten jederzeit bereit sind, dem Volk mit pompösen Redensarten fromme Wünsche als Wirklichkeiten hinzustellen.

Es ist wohl nicht unbescheiden, wenn wir heute im Angesicht des Weltkrieges endlich erklären: Wir haben genug davon! Man sage dem deutschen Volke ehrlich, wie die Dinge liegen. Man sage ihm, daß es verfassungsgemäß *nicht* für sein Land, sondern für seinen Kaiser kämpft. Man erkläre ihm, daß es verfassungsgemäß kein Recht hat, nach dem Warum und Wohin eines Krieges zu fragen und daß der wahre Sinn des Burgfriedens in der Verschleierung der dynastischen Machtpolitik gesucht werden muß.

Dann wollen wir sehen, was das deutsche Volk, das diese Dinge nicht kennt (höchstens ahnt) in Wahrheit denkt. Ob es etwa mit Professor Delbrück ein Ideal darin sehen wird, „wie die alten Germanen" zu kämpfen, nicht für das Land, sondern für den Fürsten, ohne Kenntnis seiner politischen Idee und ihm nur blindlings durch den Treueid verpflichtet. Oder ob sich das deutsche Volk noch länger von den Bülowschen und Scheidemannschen Redensarten betören lassen und glauben wird, daß wir ein „Volksheer" und eine „nationale Armee" besitzen.

Was Professor Delbrück 1913 hochmütig als Unmöglichkeit belächelte, daß nämlich einst jenes Sedan über die deutsche Armee kommen könne, womit die französische Armee demokratisiert wurde, das steht übrigens bevor und wird das gleiche Ergebnis zeitigen wie in Frankreich. Es ist das Verhängnis der Völker und Völkerführer, daß sie erst immer im Kriege lernen, daß sie nichts vom Kriege gelernt

haben. Professor Delbrück und die übrigen Tenore des deutschen Kaiserreichs ahnten nicht, was sie mit ein wenig mehr Bescheidenheit schon aus der Weltgeschichte hätte lernen können: daß nämlich derselbe Geist, aus dem heraus sie so hochmütig gegen das französische Militärsystem polemisieren, auch der Geist war, der den Weltkrieg heraufbeschwören und eben dasselbe Sedan vorbereiten half, das ihnen so viel unpassendes Mitleid für Frankreich und seine Armee einflößte.

Ja, das deutsche Volk wird die bittere Lehre aus diesem Kriege ziehen. Auf die Frage: Wem gehorcht die Armee? wird es fortan antworten: Dem deutschen Volk!

IV.

Die Prinzipien der deutſchen Politik. Zugleich eine politiſche Vorgeſchichte des Weltkrieges.

Erſcheinungsformen des deutſchen Militarismus.

Wir haben geſehen, über welche verfaſſungsgemäßen Machtvollkommenheiten die deutſche Dynaſtie verfügt und wie ſie zur deutſchen Volksvertretung und Armee ſteht. Statt der Bülowſchen „Arbeitsgemeinſchaft von Krone und Volk" herrſcht in Wahrheit die Auffaſſung des alten Blücher vor, der einſt den ſtändiſchen Beirat mit ſeinem Hintern verglich, der in Geſellſchaft zwar auch einen Sitz, aber keine Stimme haben dürfe, um nicht mißliebig zu werden.

In der Tat. Wo immer der Reichstag in einer ernſten Angelegenheit die Stimme zu erheben verſuchte, dort wurde er entweder nicht gehört, oder man erklärte ihm, daß ein Polizeileutnant mit zwölf Mann genügen würde, ihn aufzulöſen (Oldenburg-Januſchau), oder man löſte ihn tatſächlich auf. Jedesmal triumphierte Blücher über Bülow.

Unſer Reichstag hat ſich alle Mühe gegeben, etwas aus ſich zu machen. Und er wäre trotz der oben ſkizzierten, verfaſſungswidrigen Zuſammenſetzung ein guter, hausbacken fortſchrittlicher Reichstag geworden, wenn man ihn nur gelaſſen hätte. Aber ließ man ihn je? Er hatte 1878 gegen die Schmach des Sozialiſtengeſetzes proteſtiert;

er wurde aufgelöst und das Sozialistengesetz blieb 12 Jahre lang wie ein Hohn auf Deutschland lasten.

Er hatte 1887 die Frage: Kaiserliches oder Parlamentsheer? zu stellen gewagt und die Heerespräsenzziffer nur für drei statt für sieben Jahre bewilligt; er wurde aufgelöst und wagte nie wieder, von einer Parlamentskontrolle über das Heer zu sprechen.

Er hatte sich 1893 wiederum erlaubt, gegen die immer zunehmenden Rüstungen zu protestieren; er wurde wiederum aufgelöst und durfte fortan nicht nur die Rüstungen zu Lande, sondern auch die ganz neue Flottenpolitik Wilhelms II. bewilligen.

Er hatte sich 1907 gegen die Kolonial- und Weltpolitik ausgesprochen; und wieder wurde er aufgelöst und wieder setzte die Dynastie (trotzdem die Zahl der oppositionellen Wähler zugenommen hatte) ihm gegenüber ihren Willen durch.

Mehr als einmal tadelte er lebhaft die Soldatenmißhandlungen; die Soldatenmißhandlungen wurden bedauert, aber nicht abgeschafft, denn sie gehören zum eisernen Bestand des preußischen Militärsystems. Er hatte sich (Mai 1912) gegen den Duellzwang der Offiziere ausgesprochen; aber trotzdem das eine kaiserliche Kabinettsorder (1. Januar 1897) auch getan hatte, bestätigte eine neue Kabinettsorder dem Parlament zum Trotz, was ihm der Reichskanzler schon persönlich gesagt hatte, daß nämlich der Offizier kein Offizier mehr wäre, wenn er nicht jederzeit bereit sei, mit der Waffe in der Hand für seine Ehre einzutreten, die eine besondere Ehre sei.

Der Reichstag hatte sich in der Angelegenheit des Daily Telegraph mit Nachdruck gegen das allzu geräuschvolle, die Staatssicherheit gefährdende Auftreten der kaiserlichen Person ausgesprochen (November 1908) *); aber Herr von Bülow, der es gewagt hatte, dem Herrscher

*) Am 29. Oktober 1908 veröffentlichte der Daily Telegraph Äußerungen des deutschen Kaisers über sein Verhältnis zu England. Wilhelm II. drückte darin seinen Unwillen aus, daß die Engländer seinen Friedensversicherungen nicht glauben. „Lüge und Falschheit sind mir fremd. Meine Handlungen sprechen für sich selbst. Ihr aber hört nicht auf sie, sondern auf jene, die sie mißdeuten und entstellen." Der Kaiser versicherte, es sei ihm schwer, ein freundschaftliches Verhältnis zu wahren, denn die Stimmung des deutschen Volkes sei vorwiegend gegen England eingenommen; er sei zu seinem Leidwesen sozusagen bei seinem eigenen Volke in der Minderheit. Wie friedliche Gefühle er gegen England hege, habe er

die beſcheidenen Wünſche der Volksvertretung vorzutragen, mußte bei der nächſten paſſenden Gelegenheit gehen, und Wilhelm II. bekräftigte in ſeiner Königsberger Rede (25. Auguſt 1910) aufs neue, daß des Königs Gewalt „von Gottes Gnaden allein ihm verliehen ſei und nicht von Parlamenten, Volksverſammlungen und Volksbeſchlüſſen". Deutlicher hat noch kein Souverän der Neuzeit das Prinzip der Mitregierung des Volkes abgelehnt. Man weiß nicht, ob Ludwig XIV. oder Eliſabeth von England das berühmte „l'Etat c'est moi!" geſprochen hat; aber man kann nicht leugnen, daß im Anfang des 20. Jahrhunderts Wilhelm II. wiederholt und nachdrücklich dieſes „Ich, der Staat!" zum Leitmotiv ſeiner Reden gemacht hat.

Armer Reichstag! Wiederholt hatte er durch Initiativanträge ein Verantwortlichkeitsgeſetz für den Reichskanzler gefordert; die Regierung kümmerte ſich nie darum. — Wie viele Male wollte er nicht ſeine Geſchäftsordnung ändern und beiſpielsweiſe den Reichskanzler verpflichten, Interpellationen binnen beſtimmter Friſten zu beantworten; die Regierung blieb taub. — Der Reichstag forderte mehrere Male einen Ehrenſold für die Kriegsteilnehmer von 1870/71; aber längſt hatte die Regierung einen Teil der fünf, aus Frankreich geholten Milliarden an Moltke und ſeinen Generalſtab verteilt, und für die Soldaten, die gekämpft und geblutet hatten, war nichts übrig geblieben.

Und ſchließlich hatte der Reichstag im Dezember 1913 mit aller Schärfe dagegen proteſtiert, daß in einem Rechtsſtaat die Militärgewalt brutal über die Zivilgewalt herrſche und daß ein Leutnantchen mehr Recht im Lande haben ſolle als eine deutſche Zivilbehörde. Armer Reichstag! Die Dynaſtie ignorierte nicht nur vollſtändig das Mißtrauensvotum des Reichstags, der Reichskanzler, der die unmög-

im Burenkriege bewieſen, als er den Empfang der Burengeſandtſchaft und die von Frankreich und Rußland vorgeſchlagene Intervention abgelehnt und ſogar einen Feldzugsplan zur Unterwerfung der Buren ausgearbeitet und an die Königin geſchickt habe. (Wilhelm II. vergaß die famoſe Krügerdepeſche zu erwähnen und erklärte ſeinen Wunſch nach einer kräftigen Flotte nur mit der Notwendigkeit, Deutſchlands weltumſpannenden Handel zu ſchützen.) — Dieſe Äußerungen ließ Wilhelm II. ohne vorherige Beratung mit ſeinem Kanzler veröffentlichen. Es ſtellte ſich heraus, daß der Reichskanzler die Veröffentlichung zwar gebilligt, merkwürdigerweiſe aber ihren Inhalt gar nicht gekannt hatte.

liche Aufgabe übernommen hatte, aus dem ſchreiendſten Unrecht Recht zu machen, blieb nicht nur feſter denn je im Amt, ſondern die Dynaſtie bewies auch deutlich, daß ſich des Reichstags Stimme im Blücherſchen Sinne mißliebig gemacht habe; ſie dekorierte und beglückwünſchte die Schuldigen von Zabern und zeigte dem deutſchen Volke zum ſo und ſovielten Male, daß es in Deutſchland nur einen Willen gibt, und das iſt der dynaſtiſche Wille.

So iſt des deutſchen Reichstags Geſchichte eine lange, traurige Kette von Vergewaltigungen, Auflöſungen und unfreiwilligen Niederlagen des Volkswillens vor dem Machtwillen der Dynaſtie. Nur in nebenſächlichen Dingen ließ man ihm da und dort die Zügel ſchießen. Ja, als Bülow infolge der Ablehnung der Erbſchaftsſteuer von der Leitung der Staatsgeſchäfte zurücktrat, waren wir ſchon heidenfroh und bildeten uns ein, in einem parlamentariſchen Vollſtaat zu leben. Die Freude war von kurzer Dauer. An die Stelle von Bülow geriet ein Mann, der ſchnell mit der „liberalen Ära" Schluß machte, die Sozialreform kategoriſch als abgeſchloſſen erklärte und in allem und jedem wieder die Blücherſche Auffaſſung zu Ehren brachte, die Bülow nicht genügend beachtet zu haben ſchien.

Es iſt dem deutſchen Michel mit ſeinem Reichstag ergangen wie dem Hans im Glück des Märchens, der ſeinen Goldklumpen gegen ein Pferd, dieſes gegen eine Kuh, dieſe gegen einen Eſel und ſo fort eintauſchte, bis er zuletzt nichts mehr beſaß und ſich trotzdem vorrechnete, daß er der reichſte und glücklichſte Menſch der Welt ſei. So glichen auch die Verheißungen, die man dem deutſchen Volke mit den Siegen von 1866 und 1870/71 gemacht hatte, einem wahren Goldklumpen demokratiſcher Rechte und Freiheiten. Aber Bismarck und mehr noch der „neue Kurs" Wilhelms II. zwangen unſere Volksvertretung ein über das andere Mal zum Abtauſchen. Als Michel mit der bekannten Zabernaffäre gewiſſermaßen die 40jährige Bilanz ſeiner demokratiſchen Rechte und Freiheiten ziehen konnte, da bemerkte er, daß ihm von ſeinem Goldklumpen nur ein ſchönes Gebäude geblieben war, vor deſſen Eingang eine Siegesſäule und ein eiſerner Rieſenbismarck ſteht, das heißt ein von militäriſchen Symbolen umgebenes, militäriſchen Werten und Zwecken dienendes glänzendes Nichts. Seine intellektuellen Obermichel tröſteten ihn; ſie bewieſen ihm ein über das andere

Mal, daß er ja doch nicht mit Gold umzugehen wisse, daß er aber trotzdem der reichste und glücklichste Europäer sei, sintemalen man, wie Herr von Bülow meint, „den Grad der Anteilnahme des Volkes an den Staatsgeschäften nicht allein an der Summe der Rechte messen darf, die der Volksvertretung gegeben ist".

Und Michel tröstete sich. Konnte er denn anders? Ihm blieb ja, wie Herr von Bülow das so elegant ausdrückt, „das politische Talent versagt". Er überzeugte sich, um weiter mit Herrn Bülow zu reden, „daß wir kein politisches Volk sind". Michel begrub seinen Ekel und Ärger an der Politik in der Philosophie und Sozialwissenschaft. Und hier, wo er endlich, solange er nur Theorie trieb, von der dynastischen Bevormundung frei war, wurde er der revolutionärste Mensch der Welt.

Niemand hat so brutale Papierrevolutionen inszeniert wie Kautsky und die übrigen Apostel der Marrschen Wirtschaftswissenschaft. Niemand wertete so energisch alle Werte um und philosophierte so unerbittlich gegen den lieben Gott mit dem Hammer wie Nietzsche und seine Jünger. Und während das deutsche Rätsel jeden Tag drohender vor uns lag, lösten die Häckel, Ostwald und Eucken mit kühnem Schwunge schon die Rätsel des Weltalls, kündigten den himmlischen Göttern die Freundschaft und bauten ein „monistisches" Kulturideal zusammen, dessen Kühnheit höchstens noch von der revolutionären Phrase der sozialdemokratischen Maulhelden übertroffen wurde. Ach, und diese radikalen Theorien über freie Liebe und Kindererziehung, diese reformerischen Kühnheiten in der Literatur und Kunst, im Theater, in der Schule und im Verein! An allen Ecken und Kanten schien die Revolution auflodern zu wollen! Eine Wolke der Unzufriedenheit lag über Deutschland und leuchtende Blitze schienen dem aufhorchenden Ausland das Heraufkommen eines neuen Deutschlands zu verkünden.

Aber ach: dieser selbe Michel, der eben noch alle Götter besiegt, alle bürgerlichen Rechts- und Wirtschaftsordnungen in Grund und Boden kritisiert und im Ätherblau die idealste Freiheit konstruiert hatte, wurde rot wie ein Schuljunge, wenn ihn an der nächsten Straßenecke ein Schutzmann mißtrauischer denn sonst ansah; die revolutionärste Weltanschauung knickte vor einer Offiziersuniform zusammen und die schönsten Freiheitsideale zerflatterten wie Verbrecher-

launen, sobald ein Regierungsorgan sie von nah oder fern zu mißbilligen schien. Ein unüberbrückbares Etwas trennte die freiheitliche Idee von der befreienden Tat. Revolutionäre Gedanken und reaktionäre Wirklichkeiten! Was nutzte Micheln die Respektlosigkeit vor den Göttern im Himmel, wenn die Götter der Erde ihn auf Schritt und Tritt zum Respekt zwangen?

Herr von Bülow hat recht: Wir sind kein politisches Volk! Nirgendwo, nicht einmal in den Freimaurerlogen, nicht einmal in den Gewerkschaften durften wir von Politik sprechen. Die Statuten jedes ehrbaren Vereins enthielten die Bestimmung, daß politische (und religiöse) Unterhaltungen untersagt seien. Wo drei Deutsche von Politik sprachen, dort hatten die Wände Ohren. Fragen wie: Republik oder Monarchie? Wem gehorcht die Armee? Wer entscheidet über Krieg und Frieden, über unsere Zukunft und Entwicklung als Volk? Fragen um Tod und Leben und Recht und Freiheit, die sich wie rote Fäden durch die politische Geschichte aller Kulturvölker ziehen und schon im alten Athen und Rom den Dynastien mehr zu schaffen gemacht hatten, als alle äußeren Feinde zusammengenommen, durften bei uns grundsätzlich nur im monarchischen Sinne besprochen und beantwortet werden. Es hagelte Vereinsverbote, Preßprozesse und Anklagen wegen Majestätsbeleidigung gegen alles, was irgendwie nach „Umsturz" und Freiheit roch; jeder, der eine Zeile Wahrheit über politische Dinge schreiben oder sprechen wollte, war seiner Freiheit nicht mehr sicher.

Wir sind wirklich kein politisches Volk. Uns fehlte ein politisches Ideal. Da im 19. Jahrhundert politische Volksideale notgedrungen demokratisch sind, so verbot uns unsere Dynastie der Einfachheit halber die Politik mit der Behauptung, wir seien zu dumm dafür. Sie fühlte instinktiv, daß sie im freien Konkurrenzkampf der Meinungen in unserem Zeitalter nicht mehr bestehen könnte. Also ließ sie uns alle Freiheiten, die es gibt, ausgenommen die eine, die der Schlüssel zu allen ist: die politische Freiheit.

So erklärt sich die von Herrn von Bülow seitenlang besprochene Eigentümlichkeit, daß wir ein unpolitisches Volk geblieben sind. Und das verschafft uns auch die Genugtuung, von unseren Professoren einstimmig als „monarchisch gesinntes Volk" gelobt zu werden.

Michel fühlte zwar instinktiv, daß in den politischen Vorkommnissen der letzten vierzig Jahre eine Gefahr und Reaktion stecke, aber er durfte und konnte sich nicht den geheimen Widerspruch klar machen, der in einem feudalen Militärstaat wie Preußen-Deutschland notwendig zwischen den Rechten und Freiheiten der Dynastie und der bürgerlich-zivilrechtlichen Weltanschauung des 19. Jahrhunderts entstehen muß. Niemals hat daher das deutsche Volk die tieferen Ursachen für die Gewaltakte begriffen, die in der inneren deutschen Politik fortwährend sein Rechtsempfinden beleidigten. Die Ungeheuerlichkeit, die darin liegt, daß man überall dort, wo das Prestige der Dynastie, die Hoheitsrechte des Offiziers oder Beamten, in Frage standen, jede zivilrechtliche Rechtsauffassung einfach ausschaltete und eine dynastisch-militärische an ihre Stelle setzte, wurde ihm nach Möglichkeit verschleiert. Immer wieder ließ Michel sich von seinen Obermicheln vorrechnen, daß unsere Regierung die fortschrittlichste aller Regierungen sei, daß alles was geschah einem wohldurchdachten Plane entsprach und daß man nur immer das Beste des Volkes wollte.

Wandte sich der Kaiser bei seiner Thronbesteigung erst an seine Armee, dann an seine Marine und dann erst an „Mein Volk", just als sei das Volk um der Armee willen und nicht die Armee um des Volkes willen da? Michel sah darin nur eine Tradition, die gewiß volksfreundlicher gemeint war als sie aussah.

Steckte sich irgendein Schuster in eine Offiziersuniform, raubte mit Hilfe dieser in Deutschland allmächtig machenden Verkleidung einem Bürgermeister die Stadtkasse und verhaftete ihn obendrein mitsamt seinem Sekretär? Michel sah nur das Urkomische an der Geschichte und bedachte nicht, welch beängstigender Beweis für die militarisierte Geistesverfassung der deutschen Zivilbehörden dieser Vorfall in Köpenick war.

Sagte Wilhelm II. zu seinen Soldaten: „Ihr tragt des Kaisers Rock, ihr seid darum den anderen Menschen vorgezogen!" (Kiel, 3. Dezember 1894). Michel erblickte auch darin nur zufällige Redensarten, die ihn zwar ärgerten, die ihm aber seine Freude an der stolzen deutschen Armee nicht nehmen konnten.

Daß der Kaiser öffentlich nur immer als Soldat auftrat und zu den Bürgern des 20. Jahrhunderts niemals im Bürgerkleid sprach,

daß der preußische Kriegsminister und andere Staatsbeamte in der Volksvertretung nur immer in Uniform erschienen, daß sogar der Reichstagspräsident in der Uniform des Reserveleutnants einherschritt, wenn es ihm vergönnt war, im Gefolge Seiner Majestät zu erscheinen, das alles hatte für Michel keinen tieferen Sinn. Diese Dinge fielen ihm nicht auf; er betrachtete sie als Mode und konnte sich gar nicht vorstellen, daß es anders sein könne.

Wenn bei allen offiziellen Empfängen, Paraden und Festtafeln die Militärpersonen stets den Vortritt vor den Zivilpersonen hatten, wenn bei allen kaiserlichen Gnadenakten nur immer Militärpersonen berücksichtigt wurden, wenn alles am Berliner Hofe so sehr von Uniformen blitzte, daß sich seinerzeit der englische Kriegsminister Haldane inmitten dieses Glanzes ordentlich schämte und die kaiserliche Einladung zu den Manövern bescheiden ablehnte; wenn aus diesen und hundert anderen Gewohnheiten und Vorkommnissen immer wieder ersichtlich war, daß der Offizier in Deutschland den ersten Rang einnimmt, während der Bürger sozusagen nur als Zusatz und Ergänzung der Soldateska gedacht ist, dann hatte Michel nie den richtigen Begriff für die Bedeutung dieser Tatsache. Einerseits war ihm jede gesunde Betätigung in der Politik verboten und verekelt worden, andererseits aber hatte er sich durch Erziehung und Gewohnheit so sehr in eine militärische Auffassung des Staatslebens hineingelebt, daß er ehrlich glaubte, das alles gehöre zur Aufrechterhaltung eines modernen Rechtsstaates. Ja, er erblickte wohl gar einen Beweis für höhere Kultur in alle dem. In dieser Annahme wurde er, wie gesagt, durch Leute bestärkt, die ihm, wie beispielsweise Herr von Bülow, treuherzig versicherten: „Die Stimme unseres nationalen Gewissens sagt uns, was in Wahrheit der deutsche Militarismus ist: das beste Stück unserer staatlichen, unserer nationalen, unserer Volksentwicklung" *). Oder auch durch Chemiker, die zu Deutschlands Unheil durchaus allgemeine Ideen haben müssen, wie Professor Ostwald, der von der Höhe seiner Wissenschaft herab die Behauptung aufstellt, daß der deutsche Militarismus „tatsächlich den höchsten Grad der bisher entwickelten Kultur darstellt" **).

---

*) Fürst von Bülow, „Deutsche Politik", S. 155.

**) Prof. Wilh. Ostwald, Monistische Sonntagspredigten, 1. Dezember 1914.

An sich ist freilich nichts dagegen einzuwenden, daß Michel und seine Obermichel just das als normal und kulturfördernd empfinden, was in allen übrigen modernen Staatswesen als Volksverhöhnung und Beweis für politische Leibeigenschaft gilt. Wenn die politische Idee des deutschen Volkes in der Tat auf einen Punkt gelangt war, wo es die Armee nicht mehr als Dienerin, sondern als Herrin der Nation empfand, so läßt sich das zwar bedauern (denn es beweist, daß wir aus Respekt vor unserer Dynastie um hundert Jahre in der Kultur zurück sind), aber andererseits doch verstehen. Man hat uns Deutschen nun einmal den Glauben aufgenötigt, daß die Hohenzollern durch ihre soldatische Tüchtigkeit Deutschland gerettet und geeint haben, man hat uns so lange von der ungünstigen Lage Deutschlands, von den dadurch bedingten Verheerungen des dreißigjährigen Krieges, von der heillosen Zersplitterung der deutschen Stämme und anderen Dingen gesprochen, daß wir schließlich glauben mußten, ein straffer Militarismus sei unser einziges Heil.

Man kann und muß daher den deutschen Militarismus als ein geschichtliches Produkt bezeichnen und verstehen, daß das deutsche Volk allmählich nicht nur eine militärisch organisierte, sondern eben auch eine militaristisch empfindende und denkende Nation geworden war.

* * *

Wir könnten also in schönster Harmonie mit den deutschen Kulturträgern den deutschen Militarismus als Basis der deutschen Kultur loben und beweisen, daß er keine Bedrohung, sondern eine Sicherung des Weltfriedens ist. Leider aber sind die Prinzipien, die einen Staat im Inneren regieren, auch maßgebend für seine Außenpolitik. Und leider wird das, was im Inneren nur den Bürger ärgert oder freut, nach außen auch für die Nachbarn ärgerlich oder erfreulich.

Und da zudem die Außenpolitik weit weniger der Volkskontrolle untersteht als die Innenpolitik, so kann dasselbe Prinzip, das im Inneren nur eine Komik wie Köpenick oder eine Tragik wie Zabern schafft, eine Gefahr für die ganze Welt werden. Wenn selbst ein Mann wie Bülow zugeben muß: „Die Geschichte unserer inneren Politik war, von wenigen lichten Epochen abgesehen, vor dem Weltkriege eine Geschichte politischer Irrtümer" (Deutsche Politik, S. 169), so kann man

ſich vorſtellen, was die von denſelben Prinzipien beherrſchte deutſche Außenpolitik war.

Denn wo die Dynaſtie in der Innenpolitik die Frage: „Wem gehorcht die Armee?" noch oft mit allerhand demokratiſchen Redensarten verſchleiern muß, dort hört dieſe Beſchränkung ihrer Willkür für die Außenpolitik ganz auf. Zudem haben die Dynaſtien im Gebiete der Außenpolitik eine völlig unverantwortliche Geheimdiplomatie als Hilfe, die aus Gründen „höherer Staatsintereſſen" niemand Rede ſteht. Selbſt in einem ſo demokratiſchen Staatsweſen wie Frankreich ſchließt dieſe Geheimdiplomatie Verträge und Bündniſſe über den Kopf des Parlamentes ab. Wie viel mehr muß dies in einem Staate wie Deutſchland der Fall ſein, wo, wie wir geſehen haben, der Verfaſſungsartikel 11 der Dynaſtie in allem und jedem den ſouveränen Entſcheid überträgt.

Jedermann weiß, daß die Außenpolitik aller Staaten bisher nur von militäriſchen Wertungen beherrſcht war. Die Menſchheit erwartet noch das Genie, das die Regierungen zwingen wird, in ihrer Außenpolitik dieſelbe bürgerliche Rechtsmoral anzuwenden, wie ſie ſie (von Ausnahmen abgeſehen) bereits für ihre Innenpolitik verwenden müſſen. Bisher iſt im Gebiete der internationalen Politik alles eine militäriſche Machtfrage geweſen. Ohne die Herren Diplomaten beleidigen zu wollen, darf man ſagen, daß ſie Anarchiſten in Glacéhandſchuhen ſind, die mit der größten Liebenswürdigkeit und Diskretion in ihren Unterhaltungen fortwährend auf bereitliegende Bomben anſpielen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Das Auftreten eines Staates, die Forderungen, die er ſtellt, die Drohungen die er ausſpricht oder die Konzeſſionen die er macht, iſt alſo der bewaffneten Macht angemeſſen, die als letzter Beweisgrund für die Berechtigung ſeiner Haltung hinter ihm ſteht. Eine Ausnahme von dieſer ſchönen Praxis machen nur die kleinen Staaten, wie die Schweiz, Holland, Belgien uſw., die ſich in ihrer Außenpolitik weniger auf eine Militärmacht ſtützen, ſondern mehr von der Ausnützung der Rivalitäten der Großmächte leben.

Im Lichte der Außenpolitik betrachtet ſind alſo die Armeen keine paſſiven Inſtrumente der Landesverteidigung mehr, ſondern ſie werden in der Hand der Diplomaten Drohungen und Rechtsgründe.

Bis zur französischen Revolution war es eine ausgemachte Sache, daß der liebe Gott die Völker nur um der Könige willen geschaffen hatte. Immerhin waren die Dynastien der Feudalzeit so rücksichtsvoll, daß sie ihre Politik nur mit Soldaten trieben, die sie mieteten, wie etwa ein Afrikaforscher eine Begleiterschaft mietet. Wenn also die Außenpolitik der damaligen Zeit offen und ehrlich nur den Dynastien diente, wenn sich die Dynastien nach Belieben und unter den nichtigsten Vorwänden bekriegten und dabei nicht die geringste Rücksicht auf das Wohl ihrer Völker nahmen, so ist das noch einigermaßen verständlich. Denn sie benutzten zu alledem, wie gesagt, nur solche Soldaten, die sich freiwillig dafür hergaben. Von Vaterlandsliebe, Landesverteidigung, Kulturgütern usw. war damals keine Rede. Die Politik und „ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln", das heißt der Krieg, war keine nationale, sondern eine Privatangelegenheit der Dynastie. Als Soubise bei Roßbach geschlagen wurde, da machte die Pariser Bevölkerung aus ihrer Freude darüber, daß man den Großsprechern in Versailles endlich eins ausgewischt hatte, kaum ein Hehl. Als Preußen und Österreich 1792 gegen Frankreich marschierten, kümmerten sich die preußisch-österreichischen Völker kaum darum; die Niederlagen von Valmy und Jemappes wurden von niemand als nationales Unglück empfunden; Goethes „Kampagne in Frankreich" behandelt diesen Krieg als rein dynastische Angelegenheit; vergebens sucht man in seinen Beschreibungen nach patriotischen Tönen.

Dieses Zeitalter des absoluten Herrentums und der honetten Kabinettpolitik, wo also der Krieg offenbar noch kein Verbrechen gegen die Völker, sondern nur ein Abenteuer hoher Herrschaften war, führte zur großen französischen Revolution, die der Herrlichkeit ein jähes Ende bereitete.

Die Geburtsurkunde der modernen Gesellschaft, die von der französischen Revolution erklärten Menschen- und Bürgerrechte, besagte in Artikel 3: „Das Prinzip jeder Souveränität beruht im wesentlichen in der Nation. Keine Körperschaft, kein Individuum darf eine Autorität ausüben, die nicht aus ihr hervorgegangen ist." Damit übernahm das Volk selbst die Leitung seiner Geschicke; die bewaffnete Macht beruhte fortan auf der allgemeinen Wehrpflicht und wurde von der heiligen Idee der Landesverteidigung geführt. Das moderne Vater-

land, das heißt der nach immer größerer Gerechtigkeit und Freiheit strebende Rechtsstaat, war geboren.

Es ist einleuchtend, daß damit auch die Außenpolitik von Grund auf umgestaltet wurde. Politik, Armee, Verwaltung und Regierung des neuen Staatswesens stellten ihre Kräfte fortan nur noch in den Dienst des Allgemeinwohls.

Diese neuen und vornehmen Ideen wurden zwar von Frankreich selbst am wenigsten in die Praxis umgesetzt (der Nationalkonvent eroberte das linke Rheinufer und Napoleon I. bekriegte ganz Europa); nichtsdestoweniger wurde diese grundlegende Umwertung der Ziele der Außenpolitik wenigstens in der Theorie für alle Staaten vorbildlich. Die Dynastien wurden gezwungen, sich der Volkswohlfahrt zu beugen. Aus einer rein dynastischen Angelegenheit wurde die Politik und alles was mit ihr zusammenhing (namentlich das Heerwesen) eine nationale Sache. Wollte eine Dynastie fortan noch Kriege führen, so mußte sie ihren Völkern erst beweisen, daß sie damit nicht mehr bloß ihre Hausmacht und Privatschatulle, sondern eben das Wohl des Volkes als Ganzes erhöhen wollte.

Aber hier wie überall unterwarfen sich die Dynastien nur unwillig und scheinbar den neuen Forderungen. Dasselbe Frankreich, das der Welt jene vornehmen Ideen verkündet hatte, kam mit seiner Außenpolitik (trotzdem die Revolution von 1848 jene Prinzipien abermals betont hatte) wieder deutlich auf dynastische Gesichtspunkte zurück. Mit dem Krimkrieg und dem merikanischen Feldzug vernichtete Napoleon III. die letzten Reste der Heiligen Allianz und hob die Dynastie der Bonaparte in den Zenith ihrer Macht. Frankreich war damit zwar wieder die „grande nation" und die gefürchtetste Militärmacht Europas geworden, aber das französische Volk mußte dieses patriotische Vergnügen (ganz wie das deutsche nach 1871) mit dem Verluste aller jener politischen Freiheiten bezahlen, die es mühsam im Laufe von drei Revolutionen erobert hatte. Gleiche Ursachen erzeugen gleiche Wirkungen. Das Frankreich von 1850 bis 1870 war ein Vorläufer des Deutschlands von 1871 bis 1914: Nach außen hin gefürchtet und gehaßt, in der ganzen Welt als kriegslustig, prahlerisch und eitel verschrien, war das zweite Kaiserreich nach innen hin reaktionär bis auf die Knochen. Es ist eben ein Gesetz der Weltgeschichte (das leider nicht beachtet wird), daß jede

Erhöhung der dynastischen Macht vom Volke mit einer entsprechenden Verringeruug seiner Rechte und Freiheiten bezahlt werden muß und von den Nachbarn als Drohung und Kriegsgefahr empfunden wird. Napoleon III. hat zwar eine Menge Bücher geschrieben (wie Wilhelm II. eine Menge Reden gehalten hat), in denen er sich krampfhaft bemüht, nachzuweisen, daß seine Außenpolitik nur immer dem Wohle des französischen Volkes diente, aber dynastisches Wohl und Volkswohl sind ähnliche Gegensätze wie Kapital und Arbeit: sie können nur mit frommen Redensarten und Lügen überbrückt werden. Napoleons Frau hat mit einem einzigen Satz sein ganzes Schriftstellerwerk zuschanden gemacht: „C'est ma guerre!" sagte sie mit großer Seelenruhe bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Man weiß nicht, ob ihr die gähnende Langeweile der Hoffeste diesen Wunsch nach Zerstreuung diktierte, aber man ersieht aus diesen Ausspruch recht deutlich, daß die Erklärung der Menschenrechte und die demokratischen Strömungen des 19. Jahrhunderts spurlos an der hohen Frau vorübergegangen waren. In den Augen der Dynastien haben die Völker nur das Recht, „höheren Interessen" zu dienen, das heißt auf blutigen Schlachtfeldern Lorbeern für ihre Herren zu pflücken.

In Preußen-Deutschland war seit dem Tode Friedrichs II. nicht viel von Außenpolitik die Rede gewesen. Erst die sogenannten Freiheitskriege und der ihnen folgende Wiener Kongreß (die Heilige Allianz) verschafften Preußen wieder einiges Ansehen in Europa. Wie wenig aber, trotz der Revolution, Preußens Außenpolitik von Rücksichten auf das Volkswohl diktiert war, das bewies Friedrich Wilhelm III. seinem Volke sofort durch jene furchtbare Reaktion, die den Freiheitskriegen folgte und bis 1848 dauerte. Nach dem kurzen Lichtblick von 1848 übernahm Bismarck das Erbe Metternichs.

Bismarcks Reden und Briefe, seine „Gedanken und Erinnerungen" enthalten tausend Beweise für die Tatsache, daß er sich, wie er selbst sagte, nur als „Diener seines Herrn" fühlte. Er hat es meisterhaft verstanden, uns Deutschen klarzumachen, daß das Wohl der Dynastie auch immer das Wohl des Volkes ist. Wir hatten unrecht, ihm zu glauben. Denn Bismarck war, obwohl in der Jugend selbst von republikanischen Idealen erfüllt, die krasseste Verneinung aller jener demokratischen Ideen, die in Westeuropa bereits mehr oder weniger in die

politische Praxis übergegangen waren und ohne die nun einmal eine volksfreundliche Regierung nicht mehr denkbar ist.

Bismarcks Außenpolitik, die zunächst gegen die Habsburger, dann gegen die Bonaparte gerichtet war, brachte uns, nachdem sie auf der ganzen Linie triumphiert hatte, ein einiges Deutsches Reich mit einer Verfassung, die, wie wir gesehen haben, alle Gewalten in die Hand des deutschen Kaisers legte und es von vornherein zu keinem fortschrittlich-liberalen, sondern zu einem autokratischen Staat mit demokratischer Maske stempelte.

Man kann freilich die These aufstellen, daß Bismarcks Außenpolitik uns auch als Volk Nutzen gebracht hat. In der Tat haben fast alle deutschen Historiker und Politiker ausgerechnet, daß Deutschland aus den Siegen von 1864, 1866 und 1870/71 jenes moralische Ansehen zog, das uns erlaubte, unsere kaufmännischen und technischen Fähigkeiten zu entwickeln und Deutschland zu einem Welthandelsstaat erster Ordnung zu machen.

Nun gehören aber zum Allgemeinwohl nicht nur materielle, sondern eben auch ideelle Güter, deren größtes und unentbehrlichstes die politische Freiheit ist. Und dann muß man, selbst wenn man nur den materiellen Aufschwung Deutschlands nach 1870 auf das Konto der Bismarckschen Kriege setzen will, beachten, daß Frankreich in der gleichen Zeit fast die gleiche Leistung vollbracht hat. Der staunenswerte wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands in den letzten vierzig Jahren muß also wohl andere Ursachen gehabt haben, als die Außenpolitik Bismarcks; sonst hätte das besiegte und ruinierte Frankreich nicht die gleiche Entwicklung zeigen können.

Hier ist nicht der Ort, den Nachweis zu erbringen, daß siegreiche Kriege niemals die Ursache für materiellen Volkswohlstand werden können. Aber ganz allgemein kann man sagen, daß, wenn Bismarck die deutschen Stämme ohne Kriege zur nationalen Einheit verschmolzen hätte, Deutschlands Nationalwohlstand dank dem Genie des deutschen Kaufmanns und Technikers ebenso glänzend, auf alle Fälle aber in größerer Sicherheit zur Entwicklung gelangt wäre als mit der Bismarckschen Annexions- und Rüstungspolitik, die uns vierzig Jahre Unrast, drückende Steuern und schließlich den Weltkrieg brachte.

Der Krieg von 1870/71 wurde, ganz wie der heutige, mit einem

hohlen Wortschwall eingeleitet. Damals wie heute sprach man viel von Fortschritt, Freiheit und Einheit. Aber wie so oft, verbargen auch hier die großen Worte nur kleine Interessen. Wo das deutsche Volk zugleich mit seiner Einheit auch seine politische Emanzipation zu erkämpfen hoffte, dort mußte es bald gewahren, daß der Krieg in Wahrheit nur der Rangerhöhung seiner Dynastie gegolten hatte. Kaum waren die Schlachten bei Weißenburg und Wörth geschlagen, da stellte der Kronprinz Friedrich auch schon die Frage: „Und welche Stellung soll der König von Preußen nach dem Kriege einnehmen?" Und er antwortete selbst: „Er muß Kaiser werden!" *) — Und warum muß er Kaiser werden? Gustav Freytag setzte seinem hohen Herrn die Gefahren des Kaisertums auseinander: Der Glanz der Majestät, des Hoflebens, der Kostüme usw. werde den einfachen, blauen Rock der Hohenzollern verdrängen. Mit dem Selbstgefühl der Fürsten werde das Selbstgefühl des Adels steigen; nicht nur im Beamtentum und Heer, auch im Volke werde sich allmählich ein höfisches und serviles Wesen einschleichen, man werde die hohen Kommandos im Heer nicht mehr der erprobten Tüchtigkeit, sondern der hohen Geburt zuliebe verteilen; die starke, demokratische Unterströmung unserer Zeit werde überhört werden usw. usw. Und wie begründet der Kronprinz diesen richtigen Einwänden gegenüber (sie lesen sich heute wie Prophezeiungen) dennoch seinen Anspruch auf die Kaiserkrone? „Hören Sie an. Als ich während der französischen Ausstellung mit meinem Vater in Paris war, sandte Kaiser Napoleon die Anfrage: da der Kaiser von Rußland seinen Besuch angekündigt habe, so wünsche er von dem König zu erfahren, wie dieser es mit den Rangverhältnissen der hohen Gäste gehalten haben wolle; er, Napoleon, werde alles nach dem Wunsche des Königs einrichten. Da antwortete mein Vater: Dem Kaiser gebührt immer der Vorrang. — Das soll kein Hohenzollern sagen und das darf für keinen Hohenzoller gelten, schloß er h e f t i g." Und dieser Mann, den man inmitten des Feldzuges ganz mit Feldzugsplänen beschäftigt glauben

*) Gustav Freytag, „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone", Leipzig 1889, 8. Auflage, S. 21 und folgende. — Freytag begleitete den Kronprinzen auf dem Feldzuge nach Frankreich und bestätigt uns in der Vorrede zu diesem Buch, daß „der hohe Herr in seiner Herzensgüte dem Verfasser seinerzeit bestätigt hat, daß er die wohlmeinende Absicht verstanden habe".

könnte, hat mitten im Strudel der Ereigniſſe nichts Wichtigeres zu tun, als ſich hinzuſetzen und eine Denkſchrift an den Grafen Bismarck auszuarbeiten, worin er als Siegespreis energiſch den Kaiſertitel für die Hohenzollern fordert.

D a s alſo war des Pudels Kern. Vor der unendlich wichtigen Frage, ob der Kaiſer von Rußland den Hohenzollern noch länger im Range voranſtehen ſolle, zerflogen alle ſonſtigen Bedenken und demokratiſchen Strömungen des Jahrhunderts wie Spreu. Im Range nicht mehr dem Kaiſer von Rußland nachſtehen: das war in der Gedankenwelt des Kronprinzen die Frage aller Fragen. Damit „d a s für keinen Hohenzoller mehr gelte", war das deutſche Volk in den Krieg gezogen.

Welch grelles Schlaglicht wirft das nicht auf die heimlichen Urſachen zum Kriege! Freytags Plauderei „aus der Schule" beweiſt aufs neue, was uns die Weltgeſchichte Seite für Seite beſtätigt, daß ſich nämlich hinter dem ſchönen Gerede von Volkswohl und Freiheit zumeiſt nur erſchreckend kleinliche dynaſtiſche Intereſſen verſtecken. Wenn Bismarck in ſeinen „Gedanken und Erinnerungen" gern als derjenige auftritt, der als erſter den Kaiſerplan gefaßt und ſozuſagen gegen eine Welt von Widerſtänden allein durchgeſetzt hat, ſo iſt das unrichtig. Die Hohenzollern waren weniger beſcheiden als die Bismarckſche Ehrfurcht und die deutſche Profeſſorenſervilität ſie uns ſchildern. Das „Tagebuch" *) des damaligen Kronprinzen, ſeine gleich bei Beginn des Krieges ausgearbeitete Denkſchrift an Bismarck, die Aufzeichnungen Guſtav Freytags und andere Dokumente beweiſen zur Genüge, daß die Idee des deutſchen Kaiſertums von Gottes Gnaden immer ein heimlicher Ehrgeiz der Hohenzollern war. Sie hatten die Kaiſerkrone des demokratiſchen Deutſchtums von 1848 zurückgewieſen, weil ihnen der liebe Gott, der Kriegsruhm und eine ſiegreiche Armee ſicherere Garantien zu bieten ſchienen als der demokratiſche Boden der politiſchen Volksfreiheit.

Die Behauptung alſo, der deutſch-franzöſiſche Krieg ſei dem Volks-

*) Als der Profeſſor Geffken Ende der 80er Jahre dieſe Tagebücher veröffentlichte, war Bismarck darüber ſo empört, daß er einen Immediatbericht an den Kaiſer ſchickte, ein Unterſuchungsverfahren gegen Geffken eröffnen und ihn verhaften ließ. Aber die Echtheit der Tagebücher konnte nicht beſtritten und Profeſſor Geffken mußte im Januar 1889 wieder aus der Haft entlaſſen werden.

wohl und der Freiheit zuliebe unternommen worden, ist eine der vielen frommen Legenden, denen wir in Deutschland überall begegnen, wo man zum Volke spricht. Sie wird nicht nur durch die nun folgenden vierzig Jahre deutscher Innenpolitik widerlegt, sondern erhielt auch gleich nach dem Krieg ein brutales Dementi durch die erstaunliche Tatsache, daß sich die leitenden preußischen Männer unbedenklich *auch materiell* am Kriege bereicherten. Sofort nach Friedensschluß wurde im Reichstag eine sogenannte Dotationsvorlage eingebracht. Moltke nahm für seine ruhmreiche Tätigkeit ein Geschenk von 900 000 Mark an, viele andere Generäle 300 000 Mark und mehr. Bismarck ließ sich den Sachsenwald schenken. Und so fort. Für die Soldaten, die wirklich geblutet hatten, um der Dynastie die Kaiserkrone, fünf Milliarden, Elsaß-Lothringen und universelles Prestige aus Frankreich zu holen, blieb nichts übrig; noch 1910 wurde ein Ehrensold für die Kriegsteilnehmer von 1870 von der Regierung abgelehnt.

Was Aristoteles schon gelehrt hatte, daß nämlich der Krieg gleich der Jagd und Landwirtschaft zu den natürlichen Erwerbsquellen gehöre (während Handel und Geldgeschäft unnatürliche seien), das wurde, allen neuzeitlichen Ideen zum Trotz, mitten im Jahrhundert der Kultur von Preußen brutal bestätigt. Die Dynastie der Hohenzollern war mit ihren Siegen nicht nur aus einer kleinen Macht plötzlich in den Rang der ersten europäischen Militärmacht aufgestiegen, sie war auch materiell reicher geworden: Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Hannover, Elsaß-Lothringen, fünf Milliarden, Staatsmänner und Generalstäbler *), die den Krieg zu einer persönlichen Einnahmequelle machten. Dabei die beste Armee der Welt, ein geknebeltes Volk und eine Verfassung, die der dynastischen Allmacht nur eine Maske aber keine Zügel anlegte: das waren die Gewinne der Bismarckschen Politik. Es waren, wie jeder Unbefangene zugeben wird, *rein dynastische* Gewinne, die sich sehr bald sogar zu schmerzlichen Verlusten für das Volk auswachsen sollten. Einer der wenigen deutschen Demokraten der damaligen Zeit, die sich von dem Phrasengedresch der Soldschreiber und -redner nicht irre führen ließen, der Naturwissenschaftler Karl Vogt, schrieb schon im Oktober 1870 die prophetischen Worte:**) „Meines

*) Siehe Fußnote S. 41.

**) Karl Vogt, Politische Briefe an Fr. Kolb, Biel 1870, S. 18.

Erachtens steckt hinter dem ganzen Bismarck-Moltkeschen Apparat weiter gar nichts, als das Verlangen, den eisernen Militär-Etat in Deutschland zu verewigen und durch bewunderungswürdige Maschinerie Gesamtdeutschland in ‚strammer preußischer Zucht', in Gehorsam gegen den angestammten Herrscher und in demütiger Unterwerfung unter die Vorsehung zu erhalten, welche auf Erden durch die Regierung repräsentiert ist."

Diese Beurteilung eines maßgebenden deutschen Mannes ist durch die letzten vierzig Jahre deutscher Entwicklung vollauf bestätigt worden. Preußen wurde Vorbild und Meister und machte aus Deutschland ein modernes Sparta, von vielen bewundert, von den meisten gefürchtet, von niemand recht geliebt. Und Schritt für Schritt ging es seinen eisernen Weg: Von der Bildung des Dreibunds zur Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik, von der Bedrohung Frankreichs 1875 bis nach Tanger, Agadir und Serajewo, mit immer vermehrten Rüstungen, mit immer großmäuligeren Zeitungsschreibern, immer servileren Professoren und immer undemokratischeren Sozialdemokraten. Ein junges Volk, ein starkes Volk, aber leider auch ein Volk, das durch eine, von keiner demokratischen Erfahrung gemilderte, politische Knechtschaft verständnislos geblieben war für die Gefahren des Despotismus. Ein unfreiwillig unpolitisches Volk der friedlichen Arbeit und Organisation, das in seinem Bedürfnis nach Dankbarkeit die nunmehr einsetzende staunenswerte Entwicklung des deutschen Handels und Reichtums gedankenlos als Ergebnis der Bismarckschen Politik pries. Von jeder politischen Mündigkeit gewaltsam ferngehalten, freute es sich seines materiellen Aufschwungs und hielt zuletzt die „stramme preußische Zucht" als gottgegebene Kulturüberlegenheit.

Wilhelm II. und der Weltfrieden.

Als Wilhelm II. an die Regierung kam, ging ihm der schlechte Ruf eines kriegerisch gesinnten Prinzen voraus. (Die meisten Hohenzollernprinzen haben diesen Ruf genossen, vom nachmaligen Kaiser Wilhelm I. angefangen, der 1848 vom Volk der „Kartätschenprinz" genannt wurde, bis zum gegenwärtigen Kronprinzen des deutschen Reichs, der mit seinen Äußerungen über den „frisch-fröhlichen Krieg" usw. die Verzweiflung jedes ernsthaften Pazifisten war.)

Wilhelm II. beeilte sich zu zeigen, daß er besser war als sein Ruf. Gleich in seiner Antrittsthronrede vom 25. Juni 1888 sagte er: „In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, soviel an mir liegt. Meine Liebe zum deutschen Heer und meine Stellung zu demselben werden mich niemals in Versuchung führen, dem Lande die Wohltaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist. Unser Heer soll uns den Frieden sichern und, wenn er uns dennoch gebrochen wird, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Das wird es mit Gottes Hilfe vermögen nach der Stärke, die es durch das von Ihnen einmütig beschlossene jüngste Wehrgesetz erhalten hat. Diese Stärke zu Angriffskriegen zu benutzen, liegt meinem Herzen fern. Deutschland bedarf weder neuen Kriegsruhms, noch irgendwelcher Eroberungen, nachdem es sich die Berechtigung, als einiger und unabhängiger Staat zu bestehen, endgültig erkämpft hat."

Diese Rede wurde vom deutschen Volke freudig aufgenommen und vom Auslande sympathisch begrüßt. Zwar erweckten die weiteren Äußerungen des Herrschers gar bald Widerspruch und Unwillen im Volke, so namentlich jene berüchtigte Rede bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam (23. November 1891), worin er die Soldaten unter deutlicher Anspielung auf die Sozialdemokratie auffordert, auf seinen Befehl im Notfall auf Vater und Mutter zu schießen; aber unser Volk ist, wie alle Völker, optimistisch. Die Kaiserreden in Hamburg und bei der Grundsteinlegung des Nordostseekanals (18. und 21. Juni 1895), die wiederum deutliche Kundgebungen des kaiserlichen Friedenswillens waren, erweckten allgemeine Begeisterung in Deutschland.

Bei dem großen Redetalent Wilhelms II. könnte man ein ganzes Buch mit den Reden füllen, die er in seiner langen Regierungszeit gehalten und in denen er immer wieder seinen Willen zum Frieden betont hat (namentlich die Reden in Aachen vom 19. Juni 1902, worin er die geistige Art des deutschen Weltimperiums betonte, sowie die vom 22. März 1905 in Bremen sind in dieser Hinsicht bemerkenswert).

Für uns Demokraten und Pazifisten aber ist nicht die Tatsache beachtenswert, daß eine Dynastie den Frieden will (das fordern wir

von ihr in der modernen Welt als eine Selbstverständlichkeit), sondern w i e sie ihn zu wahren gedenkt und ob ihre Taten mit ihren Reden übereinstimmen. Schon in der oben zitierten Thronrede heißt es, daß „unser Heer" uns den Frieden sichern soll. Am 5. Oktober 1899 sagt Wilhelm II. zum Prinzen von Wales: „Deutschland besitzt eine seinen Bedürfnissen entsprechende Armee; und wenn die britische Nation eine ihren Bedürfnissen entsprechende Flotte hat, so wird dies von Europa ganz allgemein als ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung des Friedens betrachtet werden." In der Bremer Rede von 1905 wird zwar gesagt, daß wir „niemals nach einer öden Weltherrschaft streben", aber es wird hinzugefügt, „daß mit jedem neuen Kriegsschiff, das den Stapel verläßt, eine Gewähr mehr für den Frieden auf der Erde gegeben wird" und „daß wir stehen können, die Hand am Schwertknopf, den Schild vor uns auf die Erde gestellt und sagen: Tamen! komme was wolle." Des Kaisers Idee, daß der Frieden nur durch starke und immer stärker werdende Armeen gesichert werden könne, kommt noch deutlicher zum Ausdruck in der berühmten Königsberger Rede (25. August 1910), in der es heißt: „. . . so wollen auch wir stets bereit sein, um vor allem unsere Rüstung lückenlos zu halten, im Hinblick darauf, daß unsere Nachbarmächte so gewaltige Fortschritte gemacht haben. Denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede."

Und wie ein Echo hallt es aus dem vom Kronprinzen bevorworteten Buche „Deutschland in Waffen" zurück, daß „das Schwert bis zum Untergang der Welt immer der letzten Endes ausschlaggebende Faktor sein und bleiben wird".

Worauf also beruht die Sicherung des Weltfriedens nach des deutschen Kaisers Meinung? Auf Heeren, Schlachtschiffen, Rüstungen, das heißt auf einem immer weiter gehenden Ausbau der Kriegsmittel, des Militarismus und der dadurch erreichten Furchteinflößung. Man kann die Friedensliebe des deutschen Kaisers nicht besser illustrieren als durch die Gegenüberstellung folgender Tatsachen:

Wilhelms II. gesamte Politik gegenüber Frankreich war immer von einer gewissen Liebenswürdigkeit durchzogen. Besonders die Berufung der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz in Berlin (1890) erweckte allgemeine Zustimmung in Frankreich, wo man soeben die boulangistische Gefahr überwunden hatte und in Wilhelm II. den Schirm-

herrn des europäischen Friedens begrüßte. Jules Simon, den Wilhelm II. mit seiner besonderen Freundschaft beehrte, veröffentlichte 1894 in der „Revue de Paris" die Eindrücke, die ihm sein längerer Aufenthalt am Berliner Hofe gelassen hatte; es war eine begeisterte Beschreibung des jungen Monarchen, die ihm in Frankreich viele Freunde warb. Jules Simon berichtet unter anderem folgende Bemerkung Wilhelms II., die dieser zu ihm in bezug auf eine Kriegsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich machte: „Deshalb halte ich denjenigen für einen Narren und Verbrecher, welcher es unternehmen wollte, die beiden Völker in einen Krieg hineinzutreiben . . ." Wo immer Frankreich von einem schmerzlichen Ereignis überrascht wurde (die Ermordung Carnots, der Tod Jules Simons, der Brand des Pariser Wohltätigkeitsbasars, der Untergang der „Bourgogne", das Grubenunglück von Courrière usw. usw.), dort benutzte der Kaiser die Gelegenheit zu Beileidstelegrammen, die zwar dem gespannten deutsch-französischen Verhältnis Rechnung trugen, aber vom französischen Volke doch als Beweis der kaiserlichen Sympathie und Friedensliebe empfunden wurden. Der Kaiser ging so weit, daß er den Hinterbliebenen des Marschalls von Canrobert sein Beileid ausdrückte, als dieser heldenmütige Verteidiger von St. Privat starb. Er wünschte damit den Franzosen zu beweisen, daß er ritterlich und ehrlich pazifistisch gesinnt war.

Dieser Kundgebung nun stelle man die Tatsache gegenüber, daß Wilhelm II. weder beim Ableben der großen Pazifistin Bertha von Suttner, noch bei sonst irgendeinem Anlaß eine Aufmunterung an jene Pazifisten richtete, die den Frieden nicht länger durch militärische Furchteinflößung, sondern durch zivilrechtliche Maßnahmen, das heißt durch den Ausbau des Völkerrechts, zu sichern bestrebt waren. Für den Verteidiger von St. Privat hatte er so große Bewunderung, daß er seinen Tod zu einer pazifistischen Kundgebung benutzte, für die geniale Verfechterin des neuen Rechts- und Friedensideals aber hatte er, trotzdem sie einem hochadeligen österreichischen Geschlecht entstammte, kein Wort.

Nun kann man zwar mit Bestimmtheit behaupten, daß des Kaisers Friedensliebe ehrlich war, man muß aber hinzufügen, daß sie mit den Forderungen der modernen Menschheit in Widerspruch stand und so

wenig in unsere Zeit paßte, daß sie dem Weltfrieden auf die Dauer gefährlich werden mußte.

Denn wer den Frieden nur auf militärische Machtmittel, das heißt auf Gewalt, Drohungen und abschreckende Rüstungen gründet, der muß notwendig zuletzt das Gegenteil von dem erreichen, was er ursprünglich bezweckte. Dadurch, daß er seine Militärmacht andauernd erhöht, verdächtigt er die Friedensliebe der Nachbarn, die ihrerseits durch Erhöhung ihrer Militärmacht das gleiche tun (tun müssen). Jeder sucht den andern an Stärke und Kriegsbereitschaft zu übertrumpfen, denn in diesem System beruht die Sicherheit eines jeden in einer Rüstung, die stärker ist als die des Nachbarn. Die Folge ist allgemeines Mißtrauen, Unsicherheit, Unruhe und (um diese zu bannen) ein immer weiter gehender militärischer Kraftaufwand. Das also, was ich zuerst als Friedenssicherung gepriesen hatte, wird zuletzt eine quälende Drohung für mich. Denn weil ich den Nachbarn gezwungen habe, ebenso zu handeln, bedroht seine Friedenssicherung die meinige ganz ebenso, wie ich, ohne es zu wollen, zuerst die seinige bedroht hatte.

So entstand in Europa jene Periode des Wettrüstens und der allgemeinen Unruhe, die ihren Abschluß in einer Katastrophe finden mußte, wenn nicht beizeiten eingelenkt wurde.

Es wäre falsch, Deutschlands, das heißt Bismarcks und Wilhelms II. Politik allein für den entnervenden Zustand verantwortlich zu machen, der damit über Europa hereinbrach. Aber der Wahrheit gemäß muß festgestellt werden, daß unsere Regierung daran die Hauptschuld trägt. Denn Deutschland war nicht nur an sich die stärkste Militärmacht Europas, sondern es hatte sich auch infolge seines Bündnisses mit Österreich und Italien wahrlich so unangreifbar gemacht, daß es wie eine Herausforderung wirken mußte, wenn es seine Rüstungen trotzdem so fieberhaft vermehrte. Eine Militärvorlage jagte die andere. Die Heeresvermehrungen von 1874, 1886, 1888, 1890, 1893, 1897, 1899, 1902, 1905, 1911 und 1912 wurden schließlich 1913 durch jene Riesenmilitärvorlage übertrumpft, die jeden Einsichtigen erkennen ließ, daß die dynastische Idee der Friedenssicherung Europa in eine Katastrophe führen mußte *).

*) Die Tatsache, daß Deutschland mit seinen Rüstungen den anderen Ländern nicht folgte, sondern ihnen beständig v o r a u f g i n g, ist unseren Geschicht-

Dieſe Kataſtrophe war ſeit langem vorausgeſagt worden. Leute wie Tolſtoi und Iwan Bloch in Rußland, Frédéric Paſſy, d'Eſtournelles de Conſtant und Jean Jaurès in Frankreich, Bertha von Suttner, A. H. Fried und Bebel in Deutſchland, Herbert Spencer, Norman Angell in England uſw. uſw. hatten immer wieder betont, daß Europa in einem unhaltbaren Zuſtand lebe, daß die Rüſtungen, die uns angeblich den Frieden ſichern ſollten, den Frieden in Wahrheit unterwühlten und daß die Zeit gekommen ſei, wo ſich das ziviliſierte Europa endlich von der barbariſchen Friedensſicherung durch Gewaltmittel befreien und, durch den Ausbau des Völkerrechts, zu einem wirklichen Frieden mit zivilrechtlicher Grundlage durchringen müſſe. Dieſe modern-pazifiſtiſche Lehre, von dem Holländer Grotius und dem

---

ſchreibern ſo peinlich, daß ſie zu offenbaren Lügen ihre Zuflucht nehmen müſſen, um ſie aus der Welt zu ſchaffen. So behaupten zum Beiſpiel Prof. Schiemann (Deutſchland und die große Politik, S. 169 und folgende) und Prof. Oncken (Deutſchland und der Weltkrieg, S. 523) und alle, die ſich auf dieſe „Autoritäten" ſtützen, die Reiſe Poincarés nach Petersburg (Auguſt 1912) habe der Vereinbarung gedient, in Frankreich die dreijährige Dienſtzeit wieder einzuführen, ſo daß die deutſche Regierung leider im Frühjahr 1913 ihrerſeits gezwungen war, mit ihrer Milliardenvorlage auf den Plan zu treten. Die Herren ſtützen dieſe Behauptung auf einige Zeitungsartikel der damaligen Oppoſition in Frankreich. Sie iſt aber nichts, als eine durch ihre Verlegenheit diktierte dreiſte Erfindung. Und geſetzt ſelbſt, Poincaré hätte wirklich „noch vor dem Balkankrieg" dieſe Verpflichtung Rußland gegenüber übernommen, ſo wäre ihre Verwirklichung dennoch in Frankreich ganz unmöglich geweſen, hätte Deutſchlands große Militärvorlage der franzöſiſchen Regierung nicht das einzige Argument geliefert, mit dem ſie unter tauſend Widerſtänden die dreijährige Dienſtzeit zum Geſetz machen konnte. Aber gegen das von Deutſchland gelieferte Argument war die franzöſiſche Oppoſition ſchier machtlos, ſo daß das neue Geſetz am 19. Juli reſp. 10. Auguſt 1913 (volle zwei Monate n a ch der Annahme der Milliardenvorlage durch den Reichstag) mit 358 gegen 204 Stimmen zur Annahme gelangte. Der damalige Sozialdemokrat Scheidemann ſagte bei der dritten Leſung der großen Wehrvorlage ſehr richtig: „Wenn Sie dieſe Vorlage ablehnen, wird es keine 24 Stunden dauern und Frankreich verzichtet auf den dreijährigen Dienſt." — Das alles wird die Schiemann, Oncken und Genoſſen nicht abhalten, weiter mit dreiſter Stirn zu behaupten: „So und nicht anders iſt der chronologiſch nachweisbare urſächliche Zuſammenhang beſchaffen." Die Herren erreichen eben einen Beweis für ihre Theſe (Deutſchland ſei ruchlos überfallen worden) nur durch plumpe Lügen.

franzöſiſchen Abt de Saint Pierre begründet und von dem Deutſchen Kant zu einer Rechtswiſſenſchaft erhoben, hatte allmählich trotz aller Kriege und Kaiſerreden einen enormen Anhang in der Welt gefunden und wurde zum freudigen Erſtaunen des Weltalls im Jahre 1898 der Kulturmenſchheit von — einer Dynaſtie zur praktiſchen Beratung vorgelegt.

Die Tatſache, daß der Zar aller Reußen, Nikolaus II., am 24. Auguſt 1898 den Regierungen aller Staaten eine Einladung zu einer internationalen Konferenz zwecks Beſprechung der Möglichkeiten einer allgemeinen Abrüſtung und Schiedsgerichtsbarkeit vorlegte, ſteht ſo ſehr in Widerſpruch mit der Grundtheſe dieſes Buches, daß ich ſie gerade darum hier als löbliche Ausnahme von der allgemeinen Regel beſonders hervorheben muß. Ja, es war nicht die franzöſiſche Republik und nicht die engliſche Demokratie, die der Welt dieſe freudige Verheißung brachte, ſondern es war eine Dynaſtie von Gottes Gnaden, die ihrer ganzen Tradition nach als die reaktionärſte in Europa galt und von der wir dieſen Schritt am allerwenigſten erwartet hätten. Daß wir Demokraten und Pazifiſten einen tiefen Abſcheu vor der ruſſiſchen Politik der Sibirienverſchickung, der Progrome und Galgen haben, brauche ich kaum hervorzuheben. Wir ſind die erſten, die von den Leiden des ruſſiſchen Volkes ſchmerzlich berührt werden und dieſe Leiden auf das Konto der ruſſiſchen Dynaſtie ſetzen. Das alles aber hindert uns nicht, in Nikolaus II. den Mann anzuerkennen, der in Anlehnung an die Ideen Tolſtois und Blochs in klarer Erkenntnis der Weltlage und allen dynaſtiſchen Überlieferungen zum Trotz ehrlich *)

*) Der unverwüſtliche „Geſchichts"profeſſor Schiemann, deſſen Orakelſprüche von der geſamten nationalen deutſchen Preſſe nachgeſchwätzt werden, beweiſt natürlich von der Höhe ſeiner „Wiſſenſchaft" herab, daß der Zar dieſe Konferenz nur aus Angſt vor England einberufen hat (ſiehe „Ein Verleumder", Berlin 1915, S. 9 und folgende). — Ich ſchlage vor, in den kommenden Friedensvertrag eine internationale Vereinbarung aufzunehmen: „Wer als öffentlicher politiſcher Schriftſteller oder Redner in Sachen der Außenpolitik wiſſentlich und nachweisbar die Wahrheit fälſcht, wird im Namen des Friedens mit .... beſtraft." Man würde damit den Giftmiſchern und planmäßig arbeitenden Hetzern das Handwerk legen und Europa im Intereſſe des Friedens von einer Gefahr befreien, die unter dem Deckmantel der Gelehrtheit eine Schande für die Kulturmenſchheit iſt.

versucht hat, dem Frieden eine andere Grundlage zu geben als lückenlose Rüstungen, geschliffene Schwerter und trockenes Pulver.

Der Vorschlag des Zaren rief in der ganzen zivilisierten Welt und nicht zuletzt auch im deutschen Volke laute Begeisterung hervor. Nur nicht bei der deutschen Regierung. Wie denn? Es sollte eine andere Grundlage für den Frieden geben als schlagfertige Armeen und Panzerschiffe? Preußens ganze Tradition und Staatsidee brach zusammen, wenn das wahr war. Und deshalb schienen unserer Dynastie die Vorschläge des Zaren so absurd, daß sie aus ihren Gefühlen vom ersten Tage an kein Hehl machte. Kaum zwei Wochen nach Erscheinen des Zarenmanifestes, am 7. September 1898, sagte Wilhelm II. in Dynhausen: „Der Friede wird aber nie besser gewährleistet sein, als durch ein schlagfertiges, kampfbereites deutsches Heer... Gebe uns Gott, daß es uns immer möglich sei, mit dieser stets schneidigen und gut erhaltenen Waffe für den Frieden der Welt zu sorgen." Das war eine kategorische Ablehnung der Idee des Zaren; die deutsche Presse mußte sie umsomehr als solche verstehen, als schon im Dezember 1898 im neuen Reichstag eine neue Wehrvorlage eingebracht wurde. Als Antwort auf den Vorschlag des Zaren forderte die deutsche Regierung die Bewilligung von rund 27 Millionen Mehrkosten für den Ausbau der Armee. Es liegt ein beinahe komisch wirkender Widerspruch darin, daß in der kaiserlichen Eröffnungsrede des Reichstags (6. Dezember 1898) erst „die dringende Notwendigkeit" dieser neuen Heeresvermehrung betont und dann (in zweiter Linie) von „der warmen Anteilnahme" gesprochen wird, mit der Wilhelm II. „die hochherzige Anregung meines teuren Freundes, Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, zu dem Zusammentritt einer internationalen Konferenz begrüßt".

Getreu der in der Dynhausener Kaiserrede enthaltenen Weisung begann die deutsche Presse die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsidee als kindische Utopie oder hinterlistige Falle für Deutschland zu behandeln. Als trotz aller Hintertreibungsversuche die vom Zaren vorgeschlagene Konferenz im Mai 1899 dennoch zustande gekommen war, da erhielten die deutschen Delegierten von ihrer kaiserlichen Regierung die Anweisung, den grandiosen Plan zum Scheitern zu bringen. Diese Delegierten, die, nochmals sei es betont, im Haag nicht

die Meinungen und Wünsche des deutschen Volkes, sondern als persönlich Beauftragte des deutschen Kaisers diejenigen der deutschen Dynastie vortrugen, waren der Graf Münster, Gesandter in Paris, der Münchener Professor und Baron von Stengel, der Geheime Justizrat Dr. Zorn, Professor in Königsberg, ferner der Oberst Groß von Schwarzhoff und der Schiffskapitän von Siegel.

Schon in der Wahl dieser Leute lag eine Verhöhnung der Abrüstungsidee, denn wenige Wochen vorher hatte Professor Stengel eine wütende Broschüre gegen den Vorschlag des Zaren veröffentlicht.

Die Haltung der deutschen Delegierten erregte das allgemeine Mißfallen der übrigen Konferenzmitglieder.

In der fünften Kommissionssitzung (26. Juni 1899) erwiderte Oberst Groß von Schwarzhoff auf den russischen Vorschlag, die Mächte sollten sich verpflichten, bis auf weiteres keine Armeevermehrungen mehr vorzunehmen und alsdann eine Vereinbarung abzuschließen, die bestehenden Heeresstärken für eine bestimmte Zeitdauer nicht zu vermehren:

„Das deutsche Volk wird nicht von der Last der Rüstungen und Steuern erdrückt; es gleitet nicht auf einer schiefen Bahn abwärts, es geht nicht der Erschöpfung und dem Ruin entgegen. Im Gegenteil: der öffentliche und private Reichtum nimmt zu, das Allgemeinwohl, der standard of life, wächst von einem Jahr zum andern." Und er versteift sich hinter technische Fragen, behauptet, daß ein großer Unterschied zwischen dem inneren Gesetz der Heeresbewilligung auf fünf Jahre und einer zu schließenden internationalen Konvention bestehe usw. und schließt zuletzt kategorisch, daß er den Vorschlag nicht annehmen könne.

In Sachen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit setzt Professor Zorn seinen Kollegen der dritten Kommission in der siebenten Sitzung (20. Juli 1899) auseinander: „Auf diese bedeutungsvolle Weise ohne genügende Erfahrung handeln, scheint gefährlich und könnte eher zur Zwietracht denn zur Eintracht führen. Ich glaube, die deutsche Regierung ist nicht die einzige, die die Frage von diesem Gesichtspunkte aus sieht." Und um keinen Zweifel zu lassen, fügt Professor Zorn hinzu: „Wenn der Artikel (über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit) einen formellen juristischen Charakter hätte, wäre er unannehm-

bar für mich gewesen. In diesem Falle hätte ich vollkommen die Einwände der Herren Vertreter der Balkanstaaten geteilt. Aber er besitzt keinen formell juristischen Charakter, er schließt nur eine Empfehlung rein moralischen Charakters in sich." Das heißt: die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit lehne ich ab, die fakultative dagegen nehme ich gern an, denn sie verpflichtet zu nichts.

Professor Zorn betonte in der Prüfungskommission weiter, daß die deutsche Regierung sich über die Organisation eines permanenten Schiedsgerichtshofes erst aussprechen könne, nachdem sie vorher Erfahrungen mit einem „gelegentlichen" Schiedsgerichtshof gemacht haben werde. Vergebens antworteten die anderen Delegierten, daß man ja diese Erfahrungen schon gemacht habe. Zorn, der seine Vorschriften hatte, ließ sich nicht beirren und betonte nochmals, daß er für heute nur einen „temporären" permanenten Schiedsgerichtshof annehmen könne *).

Professor Zorn war es auch, der durchaus auf der Ausmerzung des Wortes „Tribunal" bestand und den Titel forderte: „Cour permanente d'arbitrage", statt des ursprünglichen „Tribunal permanent d'arbitrage". Wir sehen hier denselben Geist am Werke, der fünfzehn Jahre später hochfahrend zu schreiben wagt: „Es ist uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen" (Weißbuch Anl. 12). Die Handlungen

*) Im Laufe des Weltkrieges hat Professor Zorn in einer Polemik mit dem französischen Senator d'Estournelles de Constant und dem Schweizer Professor O. Nippold zugeben müssen, daß die Haltung der deutschen Vertreter in Haag zu wünschen übrig ließ. (Nr. 1134, 1171 und 1278 der Neuen Zürcher Zeitung 1916.) Professor Zorn, der heut noch wie damals in offizieller Stellung ist, kann begreiflicherweise nicht zugeben, daß d'Estournelles und Nippolds Behauptung (die Vertreter der deutschen Regierung hätten anweisungsgemäß die Bemühungen der Konferenzen zu Fall gebracht) in allen Punkten richtig ist und durch tausend Dokumente erhärtet werden kann. Aber seinen gegenteiligen Beteuerungen fehlt der Ton der Aufrichtigkeit. — Im übrigen müssen wir, bei aller Hochachtung vor dem Wissen des Professors Zorn, seine Vorurteilslosigkeit stark anzweifeln. Professor Zorn ist nicht frei. Wer es fertig bringt, Artikel zu schreiben, wie der in der „Woche" („Unserm Kaiser", Nr. vom 23. Januar 1915) von ihm veröffentlichte (ein Muster untertänigster Gesinnungstüchtigkeit und Katzbuckelei), der hat das Recht verwirkt, in der Republik der Gelehrten mitzusprechen.

der von Gott gesetzten Dynastien unterstehen nicht der Gerichtsbarkeit gewöhnlicher Sterblicher.

Es ist unmöglich, hier auf alle Einzelheiten der Verhandlungen einzugehen. Aber ich kann nicht umhin, einige Stellen aus einem Buche *) des Vorsitzenden der amerikanischen Delegation im Haag anzuführen. Sie haben den Wert geschichtlicher Dokumente. Herr Andrew D. White schreibt unterm 24. Mai:

„Ich begegnete dem Grafen Münster, der hier nächst Baron de Staal allgemein für die bedeutendste Persönlichkeit gilt, und besprach mit ihm die Schiedsgerichtsfrage. Zu meinem Leidwesen machte ich die Bemerkung, daß er durchaus dagegen oder doch wenigstens gegen den Plan permanenter Schiedsgerichte ist. Er sagte nicht gerade, daß ihm die Idee eines nicht obligatorischen Schiedsgerichts widerstrebe, behauptete jedoch, Schiedsgerichte wären für Deutschland nur schädlich. Deutschland wäre auf den Krieg vorbereitet wie kein anderer Staat; Deutschland könnte sein Heer in zehn Tagen mobil machen, wozu weder Frankreich, noch Rußland, noch irgend ein anderer Staat imstande wäre. Das Schiedsgericht würde aber jeder feindlichen Macht Zeit geben, sich in Bereitschaft zu setzen, demnach brächte es Deutschland nur Nachteil."

Unterm 12. Juni:

„Mehr noch überraschten mich einige Bemerkungen des Grafen Münster. Wie ich mich noch lebhaft erinnerte, hatte Kaiser Wilhelm in der Unterredung kurz vor meiner Abreise von Berlin ausdrücklich betont, er hätte Graf Münster auf den Kongreß beordert, weil „gesunder Menschenverstand", der dem Grafen in reichlichem Maße zur Verfügung stände, dort ganz besonders vonnöten sein würde. Infolgedessen setzten mich verschiedene Äußerungen des Grafen sehr in Erstaunen. Wie schon tags zuvor, erklärte er sich auch heute als einen Gegner der Schiedsgerichte, meinte, diese wären nichts anderes als „Humbug", sagte, wir hätten kein Recht, diesen Antrag zu begünstigen, da er in dem Originalprogramm Rußlands nicht aufgeführt wäre usw. Unbestritten ist Graf Münster trotz all seiner hervorragenden Eigenschaften (er ist tatsächlich das glänzende Beispiel eines vornehmen, alten deutschen Edelmannes und im diplomatischen Dienste für sein Vaterland in Ehren grau geworden) gesättigt mit Ideen, die vor fünfzig Jahren maßgebend waren."

Unterm 13. Juni:

„Heute morgen trafen in bezug auf Deutschland abermals beunruhigende Nachrichten ein. Es scheint allerdings kein Zweifel mehr zu sein, daß der Kaiser nicht

*) Andrew D. White, „Aus meinem Diplomatenleben", Leipzig 1906, S. 379 u. folg. White war der damalige amerikanische Botschafter in Berlin und, wie man aus seinem Buche ersehen kann, ein persönlicher Freund Wilhelms II. und guter Kenner und Bewunderer Deutschlands.

nur gegen Schiedsverträge, sondern überhaupt gegen die gesamte Tätigkeit des Kongresses eingenommen ist und an seine Hauptverbündeten, Österreich und Italien, die Anforderung stellt, ihm darin zu sekundieren ... Ehe ich Berlin verließ, hörte ich von einem hohen Staatsbeamten, der Kaiser erblicke in einem Schiedsgericht eine Beeinträchtigung seiner Souveränität; auch merkte ich es seinen eigenen Worten an, daß ihm die Kongreßidee durchaus nicht sympathisch ist. Trotz alledem hatte ich in Anbetracht seiner Wiesbadener Rede und der Proteste, die in Bayern laut geworden waren, gehofft, der Kaiser hätte inzwischen seine Ansicht geändert. Möglicherweise wäre er auch anderer Meinung geworden, hätte nicht Graf Münster*) dafür Sorge getragen, ihn unausgesetzt gegen jeden Schritt des Kongresses aufzuhetzen ... Es ist nicht vorauszusehen, was für Steine Deutschland und seine Alliierten uns in den Weg werfen können. Und zu guter Letzt wird die Welt dann jedenfalls einen Kongreß, dem sich diese drei Mächte nicht angeschlossen haben, als einen Mißerfolg, als eine Farce ansehen. Das ungebildete russische Volk wird seinen Zaren für einen Gott halten, die Welt wird den deutschen Kaiser mit Haß verfolgen und die Sozialdemokraten, diese auf dem europäischen Kontinent am meisten gefürchtete Partei, werden damit starke Waffen gegen die Dynastien in die Hände bekommen. — Vor einigen Tagen bemerkte ich gegenüber einem namhaften Diplomaten: ‚Seine Minister sollten doch dem Kaiser darüber die Augen öffnen, daß er durch seinen Widerstand gegen ein Schiedsgericht eine Unsumme Groll gegen sich heraufbeschwört, wie sie kein Minister dulden dürfte.‘ ‚Sie haben recht‘, entgegnete mir der Diplomat, ‚nur existiert in Deutschland kein Minister, der den Mut besäße, dem Kaiser so etwas zu sagen‘.“

Unterm 15. Juni:

„Nun machte ich ihm (dem Grafen Münster) ernstlichere, eindringlichere Vorstellungen denn je über die augenblickliche Lage der Dinge. Ich sagte ihm, die Berater, denen der Kaiser sein Vertrauen schenkte (Männer wie er selbst und Sr. Majestät nächste Ratgeber), sollten niemals den jungen Herrscher den Schmähungen, den Vorwürfen und den Feindseligkeiten aussetzen, mit denen alle Völker ihn überhäufen würden, sobald es bekannt würde, daß er es gewesen wäre, der den Kongreß zu Fall gebracht und die Schiedsgerichtspläne vereitelt hätte. Ich nahm mir sogar die Freiheit, dem Grafen wiederzuerzählen, wie sich der Kaiser über ihn geäußert, wie er gemeint hätte, gesunder Menschenverstand würde auf dem Kongreß vonnöten sein. Als ich merkte, daß ihm diese Worte zu gefallen schienen, fuhr ich fort und sagte, er vor allen anderen hätte die Pflicht, alles aufzubieten, den Kaiser vor diesem Schicksal zu bewahren. Ich hob die geistigen Gaben und Talente des Herrschers hervor, hielt mit meiner tiefgefühlten Bewunderung für des Kaisers hohe Bestrebungen, für seinen Scharfblick und für seine staatsmännischen Fähigkeiten, von denen er erst neuerdings wieder einmal einen Beweis abgelegt hätte, nicht zurück. Ich lobte seinen Takt in öffentlichen Angelegenheiten, seine liebenswürdige Art, alle Klassen der Gesellschaft zu sich heranzuziehen, und schloß

*) Siehe die Fußnote S. 41.

dann mit dem Bedauern, daß solch ein Monarch dem Haß der ganzen Welt sich aussetzen sollte. — Meine Worte schienen auf den Grafen einen tiefen Eindruck gemacht zu haben; er sagte aber nur, die Einberufung des Kongresses wäre ein politischer Trick, der verabscheuungswürdigste Trick, der jemals verübt worden wäre. Mit diesem Trick bezwecke man Deutschland Verlegenheiten zu bereiten, dem jungen russischen Kaiser jedoch zu einem Glorienschein zu verhelfen, Deutschland aber und jene Staaten, die Rußland antipathisch wären, in eine falsche Lage zu bringen. Darauf entgegnete ich ihm: ‚Und wäre das wirklich der Fall, warum sollten wir den russischen Trick nicht übertrumpfen? Oder, wie die Pokerspieler sagen, ‚einen höheren draufsetzen'? Warum sollten wir ihn nicht festnageln und ein Schiedsgericht ins Leben rufen, das noch viel durchgreifendere Maßnahmen verfolgte, als es den Russen in den Sinn gekommen ist? Veranlassen Sie Ihren jungen Herrscher, sich der Strömung anzuschließen; sorgen Sie dafür, daß er von aller Welt als die erste Kraft und Stütze des Kongresses anerkannt wird! Wir alle stehen für ihn ein, ihm aber soll das Verdienst und die Anerkennung der Welt werden.‟

Unterm 16. Juni:

„Heute morgen suchte Graf Münster mich auf und schien sehr erregt über ein offizielles Schreiben aus Berlin, in dem sich die deutsche Regierung — worunter natürlich der Kaiser zu verstehen ist — endgültig und energisch gegen jedes Schiedsgericht ausgesprochen hat. Er war ganz außer Fassung über diese zu buchstäbliche Annahme seiner eigenen früheren Ansichten ... Einige Zeit später sagte mir Graf Münster, er hätte sich entschlossen, Professor Zorn nach Berlin zu entsenden, um die Angelegenheit dem Auswärtigen Amt vorzutragen und die betreffenden Autoritäten zu veranlassen, die Instruktionen zu modifizieren. Natürlich billigte ich diesen Entschluß von ganzem Herzen; darauf riet mir der Graf, auch meinerseits irgendeine Initiative zu ergreifen. Die Folge ist, daß Dr. Holls (einer der amerikanischen Delegierten im Haag) den Professor Zorn nach Berlin begleitet.‟

Herr White schreibt persönlich einen langen Brief an Herrn von Bülow (der damals schon persona grata bei Wilhelm II. war), worin er ihm abermals die Wichtigkeit des Problems auseinandersetzt und ihn in bewegten Worten beschwört, doch seinen ganzen Einfluß aufzubieten, den Kaiser umzustimmen:

„Ich sprach zu Ihnen als Mensch zu Mensch, nicht nur im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, sondern im Interesse des Gemeinwohls aller Nationen der Welt, in der Hoffnung, dem Verlangen nach einem Schiedsgericht, von dem alle Völker ergriffen sind, Aussichten zu eröffnen.‟

Alles vergebens.

Unterm 21. Juni muß Herr White folgende Eintragung in sein Tagebuch machen:

„Bülow hat dem Kaiser meine lange Epistel eingeschickt, in der ich Deutschland so angelegentlich für unseren Schiedsgerichtsentwurf zu gewinnen versuchte. Fürst Hohenlohe scheint unseren Ideen sehr geneigt zu sein, hat Holls seine Karte gegeben, um sich beim Kaiser zu legitimieren, und auch an den Kaiser telegraphisch die Bitte gerichtet, Holls zu empfangen. Der Kaiser ist jedoch noch auf seiner Jacht und Holls hat ihn nicht erwarten können. Bülow will versuchen. Ende der Woche eine Zusammenkunft mit dem Kaiser zu vermitteln."

Der Kampf ist verloren. Unterm 29. Juli macht White folgende ironische Eintragung über die feierliche Schlußsitzung der Haager Konferenz:

„Graf Münster, der Präsident der deutschen Abordnung, antwortete in französischer Sprache, sichtlich aus dem Stegreif. Die Rede muß ihm recht fatal gewesen sein; denn erstens war er genötigt, gegenüber dem Kongreß, den er nur wenige Wochen vorher geschmäht und herabgesetzt hatte, Worte zu wählen, die seine größte Hochachtung ausdrückten, zweitens muß er die Schiedsgerichtsfrage, die er für Humbug erklärte, gutheißen, und drittens mußte er de Staal, dem er seine Abneigung keinen Augenblick verhehlt hatte, huldigen! Wenn man alle diese Nebenumstände berücksichtigt, so entledigte er sich seiner Aufgabe recht geschickt . . ."

Kein fortschrittlich gesinnter deutscher Leser wird diese Schilderungen eines („neutralen") hochherzigen Amerikaners ohne stillen Schmerz lesen können. Sie sind ein Blick hinter die Kulissen der Weltgeschichte. Während vorn auf der Bühne eine Komödie des guten Willens gespielt wird, ringen hinten die Mächte des Fortschritts verzweifelnd und ohnmächtig gegen die Gewalten der Finsternis. Da sich der dynastischen Gewalt gegenüber niemand entwaffnen darf, so siegt die dynastische Auffassung auf der ganzen Linie. Die erste Haager Konferenz verzichtet erstens auf die Idee der Abrüstung und zweitens auf die der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Ihr ganzes Ergebnis ist eine, mit vielen Vorbehalten umgebene, fakultative Schiedsgerichtsbarkeit, die für die Praxis bedeutungslos ist.

Mit kleinlichen, bürokratischen Einwänden hatten die deutschen Delegierten, den ihnen erteilten Weisungen gemäß, eine Frage von weltumfassender Bedeutung zu Fall gebracht, und Graf Münster erhielt zum Lohn für diese verdienstvolle Tätigkeit vom Kaiser den Fürstentitel.

Vor die Wahl gestellt, zwischen Mittelalter und Neuzeit, das heißt zwischen der überkommenen faustrechtlichen und der modernen zivilrechtlichen Friedenssicherung zu wählen, entschied sich unsere Dynastie

auch hier wieder der Reichsverfassung gemäß „für die Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände". Wie konnte sie anders? Zum ersten Male in der Weltgeschichte versuchten die Haager Konferenzen jenen „Völkerbund" zu schaffen, den Kant schon als Grundbedingung für den „ewigen Frieden" gefordert hatte. Nun hatte aber schon Kant mit aller Klarheit gesagt: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein!" In der Tat kann die Idee vom Frieden im Recht nur dort verwirklicht werden, wo alle Staaten eine mehr oder weniger republikanische Staatsverfassung besitzen. Diese selbstverständliche Voraussetzung einer Völkerverständigung ist zwar (aus begreiflichen Gründen) bisher von keinem führenden Vertreter der „pazifistischen Wissenschaft" betont worden, aber sie liegt in der Logik der ganzen Idee. Denn das Hauptziel der Haager Konferenzen war doch wohl die endgültige Ausmerzung des göttlichen Rechtes der Dynastien über Krieg und Frieden.

Wir wissen nicht, wie Nikolaus II. sich gegebenenfalls zu dieser Kantschen Grundforderung gestellt hätte. Aber wir haben aus dem Verhalten der deutschen Delegierten im Haag ersehen, daß Wilhlem II. sie lebhaft mißbilligte. Niemals hat Wilhelm II. das Recht der Volksvertretungen anerkannt. Und gesetzt selbst, er wäre persönlich bereit gewesen, im Interesse des Weltfriedens auf einen Teil seiner Selbstherrlichkeit zu verzichten, das heißt, in Sachen der Außenpolitik die Mitarbeit und Kontrolle des Reichstags anzunehmen — hätte er es denn gekonnt? Er war ja der Gefangene jener Kamarilla, die sich in Ermangelung einer souveränen Volksvertretung überall um absolute Herrscher bildet. Wo, wie in Preußen-Deutschland, die verantwortlichen Ratgeber und Volksvertreter zu bloßen Statisten herabgedrückt werden, dort gewinnen die unverantwortlichen die Macht im Lande.

Die auf Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung basierte Allmacht jener unverantwortlichen Ratgeber, die Ohnmacht der deutschen Volksvertretung und der überzeugte Glaube Wilhelms II. an seine göttliche Berufung: das waren, hier wie überall, die bestimmenden Faktoren für „unsere" Haltung im Haag. Hand in Hand mit den Türken hatten wir der Welt gezeigt, daß wir diejenige Nation in Europa waren, die sich allen demokratischen Strömungen zum Trotz eigensinnig nur auf ihre „schimmernde Wehr" und „lückenlose Rüstung" berief, das heißt,

ihre militärische Macht gegen die vornehmsten Kulturhoffnungen der Menschheit zu setzen bereit war. — Ein Mann von dem Weltruf eines Mommsen konnte unter dem Beifall der Regierungspresse die Haager Konferenzen als einen „Druckfehler der Weltgeschichte" verhöhnen. Der nationalliberale Führer Bassermann erklärte im Reichstag, daß sich eine „friedlichere Beurteilung der Lage" erst wieder einstellen werde, wenn die Haager Konferenzen „glücklich überwunden" sein werden. Nicht minder ironisch und wegwerfend waren die Äußerungen des damaligen preußischen Kriegsministers *). Was in Deutschland Ruf und Einfluß besaß, das hielt sich mit wenigen Ausnahmen für verpflichtet, der Regierungsparole zu folgen und die Haager Konferenzen als eine Utopie oder als eine erbärmliche List unserer Feinde hinzustellen **).

Damit hatte sich Deutschland inmitten einer von neuen Ideen und Hoffnungen durchdrungenen Welt künstlich selbst isoliert. Anstatt gerade *hier* die Führung zu übernehmen (was dem Vaterlande Kants wohl angestanden hätte) und dergestalt ein Bindeglied zwischen west- und osteuropäischer Kultur zu werden, wollte unsere Dynastie, daß nach wie vor der Rhein und nicht die Weichsel die Grenze bilde zwischen Demokratie und Autokratie. Im sicheren Gefühl ihrer militärischen Unbesiegbarkeit betonte unsere Regierung unter Hinweis auf die geographische Lage Deutschlands die Aufrechterhaltung einer Politik, die just infolge dieser geographischen Lage die denkbar gefährlichste für Deutschland war.

Denn was war die Folge der Haager Konferenzen? Ein unüberwindliches Mißtrauen aller anderen Staaten gegen Deutschland und, daraus hervorgehend, ihr natürlicher Wunsch nach Zusammenschluß und Schutz. So schuf unsere Dynastie selbst die Drohung, über die sie sich heute so lebhaft beklagt:

*) Siehe A. H. Fried, Handbuch der Friedensbewegung, Bd. II, S. 174.

**) Im übrigen war schon damals die deutsche Presse und das deutsche, über die Haager Konferenzen veröffentlichte Weißbuch, gezwungen, die Verhandlungen im Haag zu *fälschen*, da sonst der deutsche Leser die schroff ablehnende Haltung der deutschen Delegierten nicht verstanden hätte. (Vergl. Schücking, „Die Organisation der Welt" (bei Alfr. Kröner, Leipzig 1909), S. 605, und O. Nippold, „Die zweite Haager Friedenskonferenz (bei Duncker & Humblot, Leipzig 1908, Bd. II, S. 201.)

Nichts verband das republikaniſche Frankreich mit dem zariſtiſchen Rußland. Das eine war die Geburtsſtätte der Menſchen- und Bürgerrechte, die Erde der Freiheit und das Land der Volksregierung; das andere ein noch halb barbariſcher Polizei- und Beamtenſtaat ohne Verfaſſung und Kultur, der ſchreiendſte Gegenſatz zu Frankreich. Es war Bismarck trotz der Bildung des Dreibunds zwei Jahrzehnte lang gelungen, den ſogenannten Rückverſicherungsvertrag mit Rußland aufrecht zu erhalten. Mit Wilhelm II. begann der „neue Kurs", der ſich zunächſt in der Entlaſſung des ruſſenfreundlichen Kanzlers zeigte. Kaum zwei Jahre waren vergangen, da waren die Romanow, die von jeher die Verbündeten der Hohenzollern geweſen waren, die Bundesgenoſſen des republikaniſchen Frankreichs geworden. Dieſes naturwidrige Bündnis entſtand, wie man den Bejammerern der „Einkreiſung" immer wieder ſagen muß, erſt zehn Jahre *nach* der Bildung des Dreibunds. Bis gegen 1900 war es mehr oder weniger loſe geweſen. Als aber Deutſchland ſeine Karten im Haag aufgedeckt hatte, nahm es ſo feſte Formen an, daß Frankreich jetzt im Gefühl ſeiner erhöhten Sicherheit eine längſt verlangte Volksforderung verwirklichen und 1905 zur zweijährigen Dienſtzeit übergehen konnte.

Noch viel deutlicher wirkte die Lehre vom Haag auf Englands Politik: Nichts hätte die Engländer mit den Franzoſen zuſammenbringen können. Sie waren durch Jahrhunderte alte Zerwürfniſſe getrennt. Sowohl die Kolonialpolitik Ludwigs XIV. wie die Napoleons I. war von den Engländern grauſam vernichtet worden. Sie hatten mit Preußen im Bunde die Weltherrſchaftsidee der Capetinger wie diejenige des großen Korſen zerſtört. Der Transvaalkrieg und die Demütigung von Faſchoda hatten Ende der neunziger Jahre den engliſch-franzöſiſchen Gegenſatz derartig verſchärft, daß zahlreiche angeſehene franzöſiſche Politiker bereits die Parole ausgeben konnten: Mit Deutſchland gegen das perfide Albion! Ja, Profeſſor Oncken belehrt uns ſogar *), daß Frankreich und Rußland „auf der Höhe des Burenkrieges .. das Erſuchen an die deutſche Regierung richteten, mit ihnen gemeinſchaftlich das Ende des Krieges zu erzwingen, um die Buren zu retten und England in den Staub zu demütigen". Nun war es zweifellos

*) Deutſchland und der Weltkrieg, S. 478.

richtig, daß Wilhelm II. dieses französisch-russische Ansinnen ablehnte, um, wie Professor Oncken sagt, „nicht mit einer Seemacht wie England in Konflikt zu kommen". Aber Oncken sagt uns leider nicht, warum Wilhelm II. diese glänzende Gelegenheit nicht wenigstens benützte, unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland zu verbessern und Englands gefährliche „splendid isolation" wenigstens moralisch durch eine Milderung des deutsch-französischen Gegensatzes zu erhöhen.

Wilhelm II. hatte hier, wie überall, seine eigenen Pläne. Längst schon hatte er durch seine plötzlich einsetzende großzügige Flotten- und Kolonialpolitik die Jahrhunderte alten Sympathien Englands für Preußen in stilles Mißtrauen gewandelt. Dieses Mißtrauen wurde Zorn, als er am 3. Januar 1896 jenes Telegramm an den Präsidenten der südafrikanischen Republik absandte, das ihn dazu beglückwünschte, „die bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer ins Land eingebrochen sind, vernichtet und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" gewahrt zu haben. Wilhelm II. versuchte zwar, diese offenbare Beleidigung dadurch wettzumachen, daß er dem General Roberts den schwarzen Adlerorden verlieh, im September 1897 in Hannover seine Truppen ein Hoch auf die Königin von England ausbringen ließ usw. Aber als er am 23. September 1898 in Stettin jenes Wort gesprochen hatte, das seither in Deutschland zum geflügelten Wort wurde: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!" da merkte auch der dümmste Engländer, daß der „neue Kurs" zwar ein Zickzackkurs war, dessen eigentlicher Zweck dem gewöhnlichen Sterblichen verborgen blieb, daß er aber auf alle Fälle ein englandfeindlicher Kurs war.

Doch vergebens sah sich Tommy nach Freunden in der Welt um. Er hatte die Russen in Ostasien und Persien, die Franzosen in Marokko und Ägypten gegen sich. Die Sympathien der ganzen Welt waren damals auf der Seite des kleinen Burenvolkes, das so heldenmütig für seine Unabhängigkeit kämpfte. Niemand wollte mit dem Engländer etwas zu tun haben; seit Napoleons Zeiten war er als egoistischer, brutaler Krämer verschrien, und seine Überseepolitik brachte ihn mit der ganzen Welt in Widerstreit. Da — kam die erste Haager Konferenz. Was zehn Jahre englischer Liebenswürdigkeit bei Frankreich nicht vermocht hätten, das vollbrachte die Haltung der deutschen Re-

gierung im Haag in wenigen Monaten: nämlich die englisch-französische Annäherung und, damit Hand in Hand gehend, die Festigung der französisch-russischen Allianz.

Das Weltbild war plötzlich umgestaltet worden: Gestern isoliert und verhaßt, besaß England heute zwei mächtige Freunde; „wir" hatten sie ihm fast gewaltsam in die Arme getrieben. Gestern noch in der Lage, russisch-französische Sympathien zu erwerben oder doch mindestens die alten englischen Sympathien zu wahren, war Deutschland heute plötzlich isoliert, von der ganzen Welt bemißtraut und gefürchtet.

* * *

Die deutsche Dynastie sah in dieser bedrohlichen Gestaltung der Dinge durchaus nicht die Frucht ihrer militaristischen Machtpolitik. Wer über die stärkste Armee der Welt verfügt, kann keine Fehler begehen. Als 1907 die zweite Haager Konferenz einberufen wurde, um trotz der ersten deutlichen Absage der deutschen Regierung das fragile Werk der demokratischen Friedenssicherung doch fortzuführen, da benutzte Wilhelm II. die Gelegenheit nicht etwa um einzulenken und die demokratische Koalition Europas gegen sich zu entwaffnen (es wäre so leicht und so überaus dankbar für ihn gewesen), sondern er beharrte auf seinem Standpunkt. Zwar entsandte er nicht mehr dieselben raubbeinigen Vertreter nach dem Haag, sondern diesmal Leute von größerer Höflichkeit und scheinbar bestem Willen; aber von seiner faustrechtlich-militärischen Friedensidee ließ er sich nicht einen Zentimeter weit abbringen *).

Ganz wie 1899 war auch 1907 Deutschland wieder der einzige Großstaat, der die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbar-

*) Schon vor der Eröffnung wurde die zweite Haager Konferenz im Reichstag mit Spott und Hohn abgetan (Sitzungen vom 23., 24. und 30. April 1907). Der preußische Kriegsminister von Einem spottete: „Die Regierungen werden jedenfalls noch mit weiteren Forderungen kommen." Der Antisemit Liebermann von Sonnenberg höhnte: „Diese ganze Friedensbewegung ist eine Sache für alte Weiber und Degenerierte. Wir vertrauen auf Gott und unser gutes Heer .... Noch haben wir unsere eiserne Hand — sie sollen nur kommen." Der Agrarier Oldenburg von Januschau sagte: „Wenn es nach uns Konservativen ginge, dann müßte nach dem Haag der Kriegsminister geschickt werden." (Bravo rechts.) Usw. usw.

keit formell ablehnte und damit die Hauptaufgabe der zweiten Haager Konferenz wiederum zu Fall brachte. Baron Marschall von Bieberstein, der Vorsitzende der deutschen Abordnung, antwortete in der vierten Sitzung der ersten Kommission (5. Oktober 1907) auf die Vorschläge, die Schiedsgerichtsbarkeit auf dem Wege der permanenten Schiedsverträge für alle Welt obligatorisch zu gestalten (Weltvertrag): er müsse es zunächst bedauern, daß eine gewisse Einstimmigkeit in der Versammlung herrsche, die Schiedsgerichtsbarkeit obligatorisch zu gestalten; es tue ihm leid, daß er diesem allgemeinen Wunsche gegenüber in der Minderheit sei. Aber dem System eines obligatorischen Weltschiedsvertrags könne er nun einmal nicht zustimmen. Deutschland habe mit der 1899 aufgestellten fakultativen Schiedsgerichtsbarkeit die besten Erfahrungen gemacht und bereits zwei Verträge dieser Art abgeschlossen. Es werde auch fernerhin bei diesem „individuellen System" bleiben, das heißt, nur solche Schiedsverträge abschließen, die es wünsche. Aber Deutschland lasse sich nicht zwingen, mit aller Welt solche Verträge abzuschließen. Ein solcher Zwang könne eher aufreizend denn beruhigend auf die Weltlage wirken. Man dürfe nicht nur immer nach moralischen Effekten und Augenblickserfolgen haschen, man müsse vielmehr praktische Ergebnisse suchen usw. usw.

Nicht minder kategorisch drückte sich Regierungsrat Kriege in der Prüfungskommission (Sitzung vom 6. August 1907) aus: Deutschland könne keinem der vorliegenden Projekte, die Schiedsgerichtsbarkeit für Rechtsstreitigkeiten auf universeller Basis obligatorisch zu gestalten, seine Zustimmung geben. — Wie seit hundert Jahren in der innerdeutschen Politik, so kehrte auch im Munde der deutschen Delegierten im Haag 1899 und 1907 beständig die Behauptung wieder, die Frage sei noch nicht reif, man dürfe nichts übereilen, müsse noch Erfahrungen sammeln, ein zu schnelles Vorgehen könne die gegenteilige Wirkung der beabsichtigten haben usw. In den Augen der Dynastien sind die Völker *nie* reif, über ihre Schicksale selbst zu beschließen.

Infolge dieses Verhaltens der deutschen Delegierten konnte die zweite Haager Konferenz an den Beschlüssen der ersten nicht viel ändern. Sie hat sie in der Tat nur in einigen Punkten (so namentlich durch die Aufstellung einer Art von Prozeßordnung) nur unwirksam ergänzt.

Es ist beachtenswert, daß sogar der Vertreter einer asiatischen Despotie wie Persien erklärte, die Vorteile eines Weltschiedsvertrages seien so groß und die dadurch für die ganze Welt gebotenen Garantien so beträchtlich, daß es Pflicht der Konferenz sei, die verhältnismäßig minimalen Hindernisse zu beseitigen.

Alles vergebens.

Bei der Endabstimmung über dieses Projekt stimmten 32 Staaten dafür, 9 dagegen und 3 (darunter Italien) enthielten sich der Stimme. Dagegen stimmten: Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei (aus Prinzip), Rumänien (aus Freundschaft für Deutschland), Bulgarien, Griechenland, Montenegro (wohl weil sie damals schon ihren Befreiungskrieg gegen die Türkei vorbereiteten), und schließlich noch (aus rein formalen Gründen) die Schweiz und Belgien. — Da solche Konferenzen nicht wie Parlamente arbeiten, das heißt, die Mehrheiten den Minderheiten nicht einfach ihren Willen aufzwingen, sondern nur auf der Basis einer Einstimmigkeit beschließen können, so war „das große zentrale Problem der ganzen Konferenz" (wie Professor Zorn die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit selbst nannte) wiederum zu Fall gebracht.

Für die deutsche Dynastie handelte es sich, hier wie überall in ihrer Außenpolitik, darum, die Idee des Völkerrechts im Prinzip zu diskreditieren. Dieselbe Idee, die die Annexion wider den Willen der Annektierten gutheißt und die in der Außenpolitik den Volkswillen systematisch übersieht, verlangte auch bei einer diplomatischen Diskussion dieser Völkerrechtsidee ihre grundsätzliche Ablehnung.

Über das Ergebnis dieser zweiten Haager Konferenz sagt Professor O. Nippold recht deutlich*): „Vom Stundpunkt der Staatskunst will es mir scheinen, als ob die deutsche Reichsregierung gerade zu einem gegenteiligen Entscheid hätte gelangen müssen ... Denn ein nicht ganz zu unterschätzender Faktor war doch der Eindruck, den die ‚unversöhnliche Opposition' der deutschen Delegation auf die anderen Staaten unvermeidlich hervorbringen mußte ... So viel steht jedenfalls fest, daß die deutsche Delegation in der vorliegenden Frage die allgemeine Meinung im Haag gegen sich hatte und daß sie sich hierdurch nicht im

*) Die zweite Haager Konferenz, Leipzig 1908, S. 213/14.

mindeſten beeinfluſſen ließ. Dieſen Eindruck haben die Delegierten der Kulturmächte mit nach Hauſe genommen. Wird er ſich nicht politiſch fühlbar machen?" — Und weiter S. 217: „Man mag die gegen die Schiedsſprechung vorgebrachten Bedenken drehen und wenden wie man will, ſie waren es einfach nicht wert, daß man um ihretwillen ſeine internationale politiſche Poſition in ſo handgreiflicher Weiſe verſchlimmerte."

Sie war ohnehin ſchon durch die erſte Haager Konferenz ſtark genug kompromittiert worden! hätte Profeſſor Nippold hinzufügen können. Denn die politiſche Iſolierung Deutſchlands infolge der erſten Haager Konferenz war bereits eine Tatſache. Statt mit Hilfe der zweiten Konferenz einzulenken, vollendete unſere Regierung das „Einkreiſungswerk" Eduards VII.: Die franzöſiſch-ruſſiſch-engliſche Verſtändigung wurde jetzt zu einem deutlichen Abwehr- und Verteidigungsbündnis gegen Deutſchland. Rings um Deutſchland bildete ſich eine Welt von „ſtillen Feinden", weniger belebt von dem Wunſche einer militäriſchen Demütigung Deutſchlands, als vielmehr von dem univerſellen Verlangen, endlich mit jener Ära des nutzloſen und doch ſo koſtſpieligen Wettrüſtens ein Ende zu machen, die ſeit Bismarck über Europa hereingebrochen war und jeden geſunden Fortſchritt im Keim erſtickte.

Warum alle Verſtändigungsverſuche erfolglos blieben.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Chauviniſten und Kriegshetzer in Frankreich, England und Rußland ſich dieſe neue, durch das Verhalten der deutſchen Dynaſtie geſchaffene Weltlage zunutze machten und daß infolge ihrer Treibereien die kriegeriſche Stimmung in jenen Ländern ebenſo zunahm wie in Deutſchland ſelbſt. Deutſchland hat nicht das Monopol der kriegeriſchen Geſinnung. Zwar kann ſich kein modernes Staatsweſen eines Moltke rühmen, der den Krieg als zur göttlichen Weltordnung gehörend betrachtete und die Idee vom ewigen Frieden als einen Traum „und nicht einmal einen ſchönen" verhöhnte. Zwar gibt es in keinem Lande der Welt „Denker", die wie Hegel, Treitſchke, Mommſen, Laſſon, Schiemann, Frymann, Liman, Lamprecht, Bernhardi, Harden uſw. uſw. den Krieg als höchſten Staatszweck loben; und noch weniger beſitzen andere Länder Berühmtheiten, die wie Clauſewitz, Hartmann, Bronſart von Schellendorf, von der Goltz,

Hindenburg und andere, den grausamen Krieg als den menschlichsten predigen, weil er angeblich der kürzeste sei. Aber wenn auch andere Länder in der intellektuellen Kriegsverherrlichung weit hinter dem Vaterlande Kants und Goethes zurückstehen, so gab und gibt es doch auch in ihnen eine Menge Leute, die aus diesem oder jenem Grunde ein Interesse am Kriege haben. Frankreich, England und Rußland besitzen so gut wie Deutschland eine „nationale Presse", die nachgewiesenermaßen im Dienste der Rüstungsfabrikanten steht und die öffentliche Meinung methodisch zugunsten der Kriegsidee bearbeitet. Sie besitzen ein Kriegsbudget, mächtige für den Krieg arbeitende Industrien, einflußreiche Beamte, Industrielle und Finanzleute, deren Gewinnsucht mit der steigenden Kriegslust steigt; kurzum, sie besitzen dieselben Einrichtungen, Auswüchse und Triebkräfte, die in allen Großmächten jene Erscheinungen und Wirkungen zeitigen, die wir zusammenfassend Chauvinismus, Nationalismus oder so ähnlich nennen.

Es wäre gewissermaßen unnatürlich gewesen, wenn diese Leute und diese Presse jetzt, nachdem die deutsche Dynastie zweimal die Anbahnung einer den Frieden sichernden internationalen Rechtsordnung schroff abgelehnt hatte, nicht lauter denn je aufgetreten wären. Aber gegenüber den Behauptungen der deutschen Regierung, der Dreiverband sei ein zynisches Länderverteilungssyndikat, die Ursache des Krieges sei der Neid auf Deutschlands Wachstum usw. usw., muß doch gesagt werden, daß die in Frankreich, England und Rußland zum Kriege hetzenden Energien erstens eine verschwindende Minderheit ohne Rückhalt im Volk waren und, zweitens, nirgendwo einen nachweisbar effektiven Anteil an der politischen Macht besaßen. — Besonders Frankreich war ängstlich bemüht gewesen, Deutschland keine Veranlassung zu geben, seiner Politik zu mißtrauen. Es hatte schon 1905 Delcassé aus der Regierung entlassen, weil die Bildung des Dreiverbandes ihn übermütig und kriegslustig gemacht zu haben schien. Insgleichen war es nicht nur bereitwilligst auf alle deutschen Vorschläge in Sachen Marokkos eingegangen, sondern es hatte wiederholt selbst welche gemacht, so namentlich im Juli 1911, als Deutschland durch die Entsendung des „Panther" nach Agadir seine Ansprüche auf Marokko geltend machte. — Es gibt übrigens in Deutschland kaum einen ernsthaften Politiker, der ernsthaft behaupten und beweisen

wollte, Frankreichs Politik der letzten zehn Jahre sei herausfordernd und kriegerisch gewesen. Selbst unsere Regierung ist niemals so weit gegangen, zu behaupten, Frankreich sei am Ausbruch des Krieges schuld.

Vielmehr macht man in Deutschland *England* für das Zustandekommen des Dreiverbandes und den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich. Es ist aber leicht nachweisbar, daß auch in England die kriegslustigen Elemente nirgendwo einen nennenswerten Einfluß auf die öffentliche Meinung oder gar auf die Regierung gehabt haben. Wenn es richtig ist, daß der Dreiverband namentlich auf Englands Betreiben hin entstand, so ist es ebenso richtig, daß England sich diese Verständigung immer nur als Abwehrbündnis gedacht hat. — Englands Bemühungen, mit Deutschland zu einer Verständigung in Sachen der Seerüstungen zu gelangen, sind just im Laufe der letzten zehn Jahre so zahlreich, so energisch und entgegenkommend gewesen, daß man an ihrer Ehrlichkeit nicht zweifeln kann und sich wundern muß, wie ernsthafte deutsche Politiker sie einfach übersehen. 1908 hielt Lloyd George auf dem Weltfriedenskongreß in London eine begeisterte Rede für eine deutsch-englische Verständigung, desgleichen Premierminister Asquith beim Lord Mayorfest in London. Noch deutlicher war die Rede Asquiths vom 16. März 1909 im Unterhaus, die zwar ein Echo im Reichstag fand, aber von unserem Reichskanzler mit der Bemerkung abgetan wurde, er verspreche sich keine wirklichen Erfolge von Verhandlungen über die Einschränkung des Flottenbaus. Mc Kenna, der Lord der britischen Marine, betonte im Juli 1909 im Unterhaus, daß England seit drei Jahren nicht nur Worte, sondern auch Taten im Sinne einer deutsch-englischen Verständigung vorzeigen könne*).

Die unausgesetzten Bemühungen Englands, eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen, sind von Herrn von Bethmann Holl-

*) England hatte im Juli 1906 sein Flottenprogramm um 25 % für Schlachtschiffe, um 60 % für Zerstörer und um 33 % für Unterseeboote freiwillig herabgesetzt und dabei ausdrücklich erklärt, es tue diesen Schritt, um vor dem Zusammentritt der zweiten Haager Konferenz aller Welt zu beweisen, daß es in Sachen der Abrüstung voranzugehen bereit sei, in der Hoffnung, andere Mächte würden folgen. (Vergleiche hierzu die Darstellung im Buche «J'accuse» bei Payot & Co., Lausanne 1915, S. 78—89.)

weg in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember 1910 offen anerkannt worden: „Über unsere Beziehungen zu England und angeblichen Verhandlungen mit diesem über eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen zur See, muß ich zunächst hervorheben, daß es wohl publici juris ist, daß die großbritannische Regierung wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine vertragsmäßige Beschränkung der Flottenrüstungen herbeizuführen. Diesen Gedanken hat die englische Regierung bereits in der Konferenz im Haag geäußert. Seitdem hat England diesen Gedanken wiederholt erneuert, ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns einen Anlaß zur Annahme oder Ablehnung geben konnten." (Es ist durchaus charakteristisch, daß dieser Wortlaut der Reichskanzlerrede vom Wolffschen Telegraphenbureau dahin „abgeändert" wurde, daß man die Worte „Beschränkung der Rüstungen" durch „Festlegung der Flottenstärke" ersetzte *).

Je mehr aber die englischen Minister unsere Regierung zu einer offenen Besprechung des Problems zu drängen versuchten, um so kühler wurden sie von der deutschen Regierung empfangen und um so lauter von unserer alldeutschen Presse verhöhnt. In der Reichstagsverhandlung vom 30. März 1911 erklärte Herr von Bethmann Hollweg in Beantwortung einer abermaligen Aufforderung von Sir Edward Grey mit aller Deutlichkeit, die Frage der Abrüstung sei unlösbar, „solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind". Das klang schon fast wie Spott auf die ewigen englischen Anträge zur Verständigung. — Aber Englands liberale Minister ließen sich noch immer nicht bekehren. Anfang Februar 1912 sandten sie ihren Kriegsminister Lord Haldane mit der privaten Mission nach Berlin, persönlich mit dem Kaiser und Kanzler über die Möglichkeit einer Verständigung zu sprechen. Man weiß heute, infolge der Reichskanzlerrede vom 19. August 1915, daß unsere Regierung damals das Ansinnen an England stellte, im Falle eines kontinentalen Krieges auf alle Fälle neutral zu bleiben, das heißt sich vom Dreiverband loszumachen. England war erbötig, Deutschland die formelle Zusicherung zu geben, es nicht anzugreifen, Deutschland aber verlangte obendrein noch die Zusicherung

*) Vergl. Bertha v. Suttner, „Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges" Bd. II, S. 295 (bei Orell Füßli, Zürich 1917).

der engliſchen Neutralität in jedem Falle. Ohne Verrat an ſeinen Bundesgenoſſen zu begehen, konnte England dem nicht zuſtimmen.

England machte neue Verſuche. Der neue Lord der engliſchen Admiralität, Winſton Churchill, betonte am 18. März 1912 im Unterhaus, England ſei bereit, das Experiment der freiwilligen Flottenverringerung von 1906 zu wiederholen; wenn Deutſchland in ſeinen Rüſtungen innehält oder gar zurückgeht, werde England auf alle Fälle das gleiche tun, „was für beide Länder eine Wohltat wäre".

Und ſchließlich ſchlug Churchill am 26. März 1913 Deutſchland einen Flottenfeiertag von zunächſt einem Jahr vor, während welcher Zeit beide Länder die Verpflichtung übernehmen ſollten, keine neuen Kriegsſchiffe zu bauen.

Alles vergebens. Die engliſchen Miniſter wurden insgeheim in Berlin belächelt. Wie konnten ſie, nach den im Haag gemachten Erfahrungen, im Ernſt ſo hartnäckig der Utopie nachhängen, Deutſchland ſuche eine andere Friedensſicherung als nur immer wuchtigere Rüſtungen? Vor der Logik unſerer führenden Junker und Pangermaniſten brach die Logik der beſten engliſchen Köpfe kläglich zuſammen: Baute England Schiffe, dann ſchrien die Reventlow, Rohrbach, Chamberlain und Genoſſen: Achtung! Die Engländer rüſten! Warum rüſten ſie? Es iſt klar, ſie wollen uns überfallen. Wir ſind verloren, wenn wir nicht auch rüſten. — Baute aber England keine Schiffe, verringerte es freiwillig ſein Marinebudget, ſchlug der Zar eine Friedenskonferenz, die engliſche Admiralität einen Flottenfeiertag vor oder verringerte Frankreich ſeine Dienſtzeit? Dann ſchrien dieſelben Herren noch vernehmlicher: Achtung! Man will uns überliſten! Dieſe Engländer, Franzoſen und Ruſſen ſind ſo tückiſch, daß ſie uns ins Geſicht vom Frieden ſprechen und hinten herum nur noch mehr rüſten. Sie wollen den dummen Michel wieder einmal übers Ohr hauen. Wir ſind verloren, wenn wir auf dieſe hinterliſtigen Tricks nicht mit immer mehr Rüſtungen antworten!

Wenn ſchließlich die verantwortlichen Leiter der Dreiverbandmächte vor dieſer großartigen Logik, die beſtändig in den Kaiſerreden ihr lautes Echo fand, mutlos die Waffen ſtreckten, wenn die belgiſchen Geſandten in Petersburg, London und Paris ihrer Regierung folglich von der Zunahme einer gewiſſen Nervoſität und kriegeriſchen Stim-

mung zu berichten wußten*), an wem lag dann die Schuld? Wer hat uns in Wahrheit „eingekreist"? Die Diplomatie des Dreiverbandes, die „uns" nicht eine, sondern hundert Gelegenheiten bot, die Dinge anders zu gestalten? Oder unsere Dynastie, die im Bewußtsein ihrer militärischen Macht, im Vertrauen auf ihren alten, deutschen Gott mit Nachdruck auf ihrem mittelalterlichen Standpunkt beharrte und den Frieden nur als Frucht unaufhörlicher Rüstungen pries?

Und welche tatsächlichen Beweise besitzt eigentlich die deutsche Geschichtschreibung dafür, daß diese Einkreisung den heimtückischen Plan verfolgte, uns militärisch zu demütigen? Ich gestehe, ich habe lange und ehrlich nach wirklichen, das heißt von den Regierungen der Dreiverbandländer ausgehenden kriegerischen Gesten und Drohungen gesucht; ich habe zu diesem Zwecke eine Unmenge deutscher Schriften gelesen, die alle versprachen, diesen Beweis zu erbringen. Es ging mir hier leider wie mit den serbischen Umtrieben, den Kosakeneinfällen, den Nürnberger Bomben und anderen Untaten des Dreiverbandes. Das heißt, ich fand nur immer Behauptungen; daneben einige Meinungen und Bücher, Reden und Kundgebungen der Chauvinisten in

*) Hier ist die Bemerkung nicht überflüssig, daß die in Brüssel gefundenen und inzwischen bei Mittler & Sohn in Berlin erschienenen, belgischen Dokumente in der Tat ein starkes Belastungsmaterial für die Politik des Dreiverbandes darstellen. Die meisten Schriftsteller, die Deutschlands Unschuld an diesem Kriege beweisen möchten, lassen geflissentlich die Haager Konferenz und die Schilderungen des Amerikaners White beiseite und sprechen nur immer von den „belgischen Akten", mit deren Hilfe sie ganze Bücher zusammenstellen. — Offenbar hat aber die deutsche Regierung nicht alle in Brüssel gefundenen Dokumente veröffentlicht. Daten und Numerierungen beweisen, daß eine sorgsame Auswahl stattgefunden hat. — Zudem handelt es sich hier, wie in den meisten Diplomatenberichten, nur um die Schilderung von Augenblicksstimmungen ohne Rücksicht auf ihre Ursachen. Diplomaten sind keine Geschichtschreiber. Wären sie es, dann hätten sie im vorliegenden Falle betonen müssen, daß die nervösen Stimmungen und Strömungen in Paris, London und Petersburg die logischen Nachwirkungen des Verhaltens der deutschen Regierung auf den Haager Konferenzen waren. Wie die engere Vorgeschichte des Krieges mit dem 23. Juli 1914 beginnt, so beginnt die weitere, allgemeine Vorgeschichte mit dem 24. August 1898, das heißt mit dem Konferenzvorschlag des Zaren. Wer die Geschichte der „Einkreisung" schreibt, ohne auf die Haager Konferenzen zurückzugehen, schildert Wirkungen ohne Ursachen. Auch die belgischen Gesandtenberichte erhalten ihren geschichtlichen Wert erst mit dieser Vorrede.

Frankreich, England und Rußland, die aber niemals von verantwortlichen, an den maßgebenden Stellen sitzenden Leuten ausgegangen waren. — Wenn Bücher, Zeitungen, Reden und Kundgebungen von Privatleuten überhaupt etwas für die Kriegslust einer Regierung beweisen, dann fällt dieser Beweis erdrückend zu unserem Nachteil aus. Denn kein Land der Welt besitzt eine so zahlreiche, so hahnebüchene, so „wissenschaftlich" und systematisch begründete Kriegsliteratur wie das Deutschland der letzten vierzig Jahre. Was die Presse und die Stimmung gewisser Kreise anbelangt, so stehen wir ebenfalls stark im Schatten. Noch ein Jahr vor dem Kriege konnte Professor Nippold eine kleine Schrift herausgeben*), die eine geradezu beängstigende Zusammenstellung von Pressestimmen und Zitaten der angesehensten deutschen Politiker und Zeitungen enthält, die deutlich von der Notwendigkeit eines Eroberungskrieges sprechen. — Wenn es in Frankreich eine Patriotenliga gab, so gab es in Deutschland einen an Mitgliederzahl und Einfluß wohl zehnmal stärkeren Alldeutschen Verband, einen Wehrverein, einen Flottenverein, einen Ostmarkenverein, einen Bauernbund und andere mächtige Verbände, die, mit offiziellem Wohlwollen umgeben, die Popularisierung der Eroberungsidee zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hatten und die seit Beginn des Weltkrieges einstimmig nach Annexionen schreien.

Wahrhaftig: die Leute, die einen Kronprinzen, einen Bernhardi, einen Alldeutschen Verband und ihre enormen intellektuellen, finanziellen und moralischen Hilfsmittel übersehen, um über einen Delcassé, Lansdowne oder Iswolsky zu schimpfen und auf die Hetzarbeit der französischen Patriotenliga hinzuweisen, machen den Eindruck, als stolperten sie auf der Straße über einen Strohhalm, während in ihrem Zimmer ein Balken liegt, den sie nicht sehen wollen**).

Einen Augenblick schien es zwar, als habe die deutsche Dynastie begriffen, daß eine neue Zeit angebrochen sei, in der man die Kon-

*) Otfried Nippold, Der deutsche Chauvinismus, Stuttgart 1913.

**) Als Deutsche haben wir keine Ursache, die Politik des Herrn Delcassé zu loben. Als Pazifisten aber dürfen wir vielleicht daran erinnern, daß der Minister Delcassé am 23. Januar 1899 in der Kammer sagte, Frankreich sei das erste Land gewesen, das dem Abrüstungsvorschlag des Zaren beistimmte. Und er fügte hinzu:

flikte der Staaten ebensogut vor einen bürgerlichen Richter tragen könne wie die Konflikte zwischen Personen. Am 25. September 1908 hatten sich französische Militärpersonen unter Anwendung von Gewalt einiger Deserteure der Fremdenlegion bemächtigt, die unter dem Schutze des deutschen Konsulats in Casablanca standen. Aus diesem Vorkommnis drohte ein ernster Konflikt mit Frankreich zu entstehen. Zur allgemeinen Zufriedenheit Europas wurde der Streit durch einen Schiedsspruch des neuen Haager Schiedsgerichts restlos geschlichtet (22. Mai 1909).

Damit schien der Beweis geliefert, daß die deutsche Dynastie sich trotz ihres ablehnenden Verhaltens im Haag dem neuen Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit anzupassen bereit sei. — Auch die friedliche Beilegung des ungleich schwereren deutsch-französischen Konflikts in Sachen des Agadirschiffes (Anfang Juli 1911) schien zu beweisen, daß Deutschlands Außenpolitik etwas von dem modernen Geist angenommen hatte, den die ganze Welt ihr so sehnlichst wünschte.

Leider aber waren just diese Vorkommnisse für unsere alldeutschen Hetzer nach Art der Reventlow und Harden die Veranlassung, die „Ängstlichkeit" der Politik Wilhelms II. scharf zu kritisieren. Die Geister, die die Dynastie mit ihrer Behandlung der Volksvertretung und des internationalen Problems gerufen hatte, wurde sie nicht mehr los. Ohne Rückhalt an einer starken Volksvertretung wurde Wilhelm II. was alle Herrscher werden, die, ohne Genies zu sein, souverän über mächtige Staaten regieren wollen: der Spielball seiner aus Junkern, Pangermanisten und Militaristen bestehenden Kamarilla. Leute wie Harden, Schiemann, Liman, Rohrbach, Chamberlain, Reventlow, Bernhardi, Frobenius und viele andere deutsche „Berühmtheiten" führten nicht nur das große Wort in der deutschen Bourgeoisie, sie wurden namentlich auch in jenen Hofkreisen viel gelesen und bewundert, die sich über „Wilhelm den Friedfertigen" offen lustig machten. — Unter offizieller Begünstigung schossen die Flotten-, Wehr-,

„Differenzen müssen leider immer zwischen großen Staaten entstehen, aber ich glaube (die Friedensfreunde glauben es längst!) daß es keine gibt, welche nicht durch versöhnlichen Sinn gelöst werden könnten. Und in diesem Sinne habe ich auch die Faschodafrage gelöst." Hat ein deutscher Staatsmann der letzten Jahrzehnte je so gesprochen? Ich gestehe, ich habe lange gesucht und nichts gefunden.

Luftschiff-, Kolonial- und Ostmarkenvereine wie giftige Riesenpilze aus der deutschen Erde und entfalteten eine, von der großen Tagespresse wirksam unterstützte, ungeheure Propaganda im Lande, der gegenüber die pazifistischen und sozialistischen Proteste ungehört verhallten (trotzdem diese und nicht jene die deutsche Volksmehrheit hinter sich hatten).

In den letzten Jahren vor dem Weltkrieg war der deutsche Reichstag nur noch ein schwacher Schatten der dynastischen Sonne geworden. Noch im Frühjahr 1912 hatte ihm der Kriegsminister feierlich versprochen, daß nach der eben erfolgten Annahme der kleinen Wehrvorlage in absehbarer Zeit keine neue Heeresverstärkung mehr verlangt werden würde. — Wie eine Verhöhnung des gegebenen Worts kam kaum ein Jahr später die größte Militärvorlage aller Zeiten zur Abstimmung; sie erhöhte plötzlich die Armee um nicht weniger als 25 vom Hundert ihres bisherigen Bestandes und verlangte vom deutschen Bürger, trotz aller schon bestehenden Steuern, noch einen Extrawehrbeitrag von einer Milliarde. Mitten im Frieden stellte man damit eine Forderung an das deutsche Volk, die nicht einmal das besiegte und ruinierte Frankreich an seine Bürger gestellt hatte, als es fünf Milliarden an Deutschland bezahlen mußte. Mitten im Frieden sprach diese Militärvorlage eine deutliche Sprache. Sie zeigte allen Einsichtigen, daß Wilhelm II. auf der einen und der Reichstag auf der anderen Seite den maßlosen Forderungen der Militaristen und Pangermanisten willenlos ausgeliefert waren (trotzdem diese nur eine Minderheit im Volke hinter sich hatten). Nach der Annahme der großen Wehrvorlage konnte ein führendes pangermanistisches Blatt laut triumphieren: „Man macht amtlich die Forderungen der Chauvinisten oder Überpatrioten zu den seinigen. Man billigte diese Forderungen seitens der Parteien, die sich ein halbes Jahr vorher mehr oder minder über die Mehrforderer entrüstet hatten. Man wurde, kurz gesagt, logischerweise selbst Chauvinist, gemessen an dem, was man früher als solchen gekennzeichnet hatte." (Tägliche Rundschau, 23. Mai 1913.)

Das klang wie Spott und Hohn auf die „zögernde" Regierung, wie laute Freude über die Tatsache, daß jetzt die Regierung selbst „Chauvinist" geworden war. Geradezu tragisch muten einen unter diesen Umständen die Worte an, die Wilhelm II. am 4. Mai 1891 in

Düsseldorf sprach: „Ich wollte nur, der europäische Friede läge allein in meiner Hand. Ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er nimmer gestört würde." Wenn er damit zweifellos ausdrücken wollte, daß er nicht allein in Europa zu bestimmen habe, so ließ man ihn j e t z t fühlen, daß er in Wirklichkeit auch keine Macht mehr im Innern besaß und der Gefangene der von ihm selbst instinktiv geschaffenen und unterstützten Militärpartei geworden war.

Vorzeichen des Sturms.

Von nun an gab es kein Halten mehr. Das Jahr 1913 verging im Jubel einer mit großem Pomp inszenierten Jahrhundertfeier der „Freiheits"kriege. Ach, als ich in diesem Jahr eine Reise durch Deutschland machte und vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig stand, da wurde mir klar, was Deutschland war und wollte. Dieses massiv und klotzig in die Welt hineinschauende Symbol des Imperialismus war die Fortsetzung jener Siegesallee, in der ein Luther und ein Kant so klein neben der Majestät ihrer Landesfürsten auftreten, daß sie wie ihre Handlanger dreinschauen. Die Siegesallee galt der Vergangenheit, das Völkerschlachtdenkmal der deutschen Gegenwart und Zukunft. Alles an diesem Denkmal ist eckig, klobig, kolossal und drohend. Vergebens sucht das Auge nach einer freien, edlen oder gar zierlichen Linie. Vergebens möchte man inmitten dieser Quadern und Kolossalfiguren aufatmen und sich der „Befreiung" freuen, die es versinnbildlichen soll. Man kann es nicht. Man fühlt etwas Bedrückendes, Unnatürliches, Drohendes um dieses Denkmal schleichen. — Als mir der Führer die ungeheuren Dimensionen und Ideen dieser Granitmassen vorrechnete, da wurde mir ganz traurig zumute. Ich sah nur noch die klobige Traurigkeit dieses Denkmals, das in Stil und Absicht eine Herausforderung an die freie Menschlichkeit, eine Verherrlichung der Gewalt, eine Verhöhnung der freien Kunst und eine furchtbare Drohung für die deutsche Zukunft enthielt. Jener platte, kolossale Quaderstein, der obendrauf liegt, benahm mir den Atem; ich meinte, er müsse jeden Augenblick herabstürzen und das bißchen Geistesfreiheit, das wir in Deutschland noch besitzen, vollends erdrücken. Keine Freiheit, keine Menschenliebe, keine Vornehmheit, keine aufwärts weisenden Kuppeln und freistrebenden Pfeiler; nur noch Kolossal-

figuren, Totenwächter, Ecken, Quader- und Leichensteine, zusammengefügt ohne Grazie und Menschlichkeit. Das Ganze ein Ergebnis von 40 Jahren Imperialismus, ein Symbol der finsteren Militärgewalt und ein sprechender Ausdruck für die Tatsache, daß wir unsere deutsche Seele jetzt ausgeliefert hatten an die preußische Idee, daß Gewalt vor Recht und Nützlichkeit vor Schönheit gehe.

Was nützte es, daß Herr von Bethmann Hollweg in der Reichstagssitzung vom 30. Mai 1913 klagend ausrief: „Der Nationalismus ist der ärgste Feind ... unserer gesamten Politik, und jede Maßregel, die bezweckt, diesem Nationalismus sein Handwerk zu erschweren, befördert das Wohl des Landes und des Reichs." Es war zu spät! Das offene Geständnis des Reichskanzlers, daß Deutschland in Gefahr war, vom Nationalismus vergewaltigt zu werden, mutet komisch an, wenn man bedenkt, daß er es doch war, der im Auftrage seines kaiserlichen Herrn am meisten dazu geholfen hatte, den Reichstag zu entrechten, der die einzige Möglichkeit bot, diese Gefahr zu beschwören.

Nachdem in der 25jährigen Regierungszeit Wilhelms II. die nationale Phrase offiziell gefordert und gefördert, nachdem der Wahlspruch einer Herrenkaste „Gewalt geht vor Recht" sozusagen in nationale Energie umgewandelt und als Grundsatz der deutschen Politik aufgestellt worden war, nachdem man innen und außen alle Kulturinteressen den militärischen Anforderungen untergeordnet, im Haag und anderswo die Möglichkeiten einer friedlichen Völkerverständigung schroff abgelehnt, die Praxis der Majestätsbeleidigungen verschärft, alle militärischen Gewaltakte gutgeheißen und auf jede nur denkbare Weise den Geist des Dünkels und Größenwahns herangezüchtet hatte, war es ganz logisch, daß allmählich eine gewissen- und verantwortungslose Partei von primitiven Gewaltmenschen das große Wort im Lande und am Hofe führte und mit allen Mitteln systematisch auf den Krieg hinarbeitete.

Es wird von niemand geleugnet, daß der deutsche Kronprinz der offene Wortführer eines Eroberungskrieges am Berliner Hofe geworden war. Seine Haltung in der Marokkokrise 1911, sein Verbot des Hauptmannschen Friedensfestspieles in Breslau, sein Auftreten in der braunschweigischen Frage 1913, das von ihm bevorwortete Buch „Deutschland in Waffen", seine Äußerungen vom „frisch-fröhlichen

Krieg", sein „Donnerwetter, wenn das doch ernst wär!", sein Verhalten im Reichstag gelegentlich der Zaberndebatte und seine famose Depesche „Immer feste druff!" an die Schuldigen von Zabern, das alles und sein ganzes direkt demonstratives Eintreten für die pangermanistische Idee*) hatten aus ihm den Mittelpunkt der zum Krieg treibenden Partei am Berliner Hofe gemacht. Hardens „Zukunft" und die von seinem Vertrauten Paul Liman geleiteten „Leipziger Neuesten Nachrichten" galten mit ihrer kriegerischen Sprache allgemein im Lande als Sprachorgane des Kronprinzen. Bücher wie: „Der Kronprinz" von Paul Liman, „Wenn ich der Kaiser wär!" von Daniel Frymann, „Des deutschen Reiches Schicksalsstunde" von Frobenius, „Deutschland und der nächste Krieg" von Bernhardi (um nur die wichtigsten zu nennen) wurden mit offizieller Empfehlung in Hunderttausenden von Exemplaren ins deutsche Volk geschleudert und kritisierten mehr oder weniger deutlich die „maßlose Friedensliebe" des Kaisers, der sie das „kühne" Draufgängertum des jungen Kronprinzen lobend entgegenstellten.

Ahnungsvoll schrieb die Frankfurter Zeitung am 12. Februar 1914: „Zwar wird die Friedensliebe des jetzigen Kaisers allgemein anerkannt, aber wer bürgt für die Dauer dieser Gesinnung und wer bürgt für den Nachfolger?"

Mit ungeduldigem Zynismus konnte der intellektuelle Führer der deutschen Militärpartei, der General von Bernhardi, schreiben: „Warten dürfen wir keinesfalls . . . Die Weltlage bietet Punkte genug, an denen wir den Hebel ansetzen können" **). Und Professor Delbrück schrieb 1913 die ebenfalls zynisch-ungeduldigen Worte: „Die öffentliche Stimmung ist ja heute bei uns mit großer Ungeduld erfüllt und

*) So zum Beispiel sprach der Kronprinz dem Verfasser des Buches „Des deutschen Reiches Schicksalsstunde" (Oberstleutnant Frobenius) telegraphisch seine warme Anerkennung aus. Und was steht in diesem Buch? So ziemlich dasselbe wie in Bernhardis „Deutschland und der nächste Krieg". Neben vielen anderen haarsträubenden Dingen versichert Frobenius auf das bestimmteste, daß „Frankreich auf den Beginn des Krieges gegen Deutschland im Jahre 1915 oder 1916 unter allen Umständen drängen muß" und fordert folglich, daß Deutschland ihm sofort zuvorkomme. — Natürlich benutzte der Verleger die kronprinzliche Reklame sofort in geschicktester Weise und verschaffte dem Hetzbuche eine Riesenverbreitung.

**) General v. Bernhardi: Deutschland und der nächste Krieg, S. 343.

will verzweifeln, ob überhaupt irgendwelche Ziele verfolgt werden. Nun iſt aber das eine ſicher, daß wenn man ſolche Ziele überhaupt hat, ſie darum doch nicht immer von heut auf morgen erfüllt werden können, daß dafür nicht bloß die Rüſtungen ausreichen müſſen, ſondern vor allem der rechte Augenblick gewählt werden muß. Und daß dieſe Politik leichter durchführbar iſt, wenn wie bei der unſrigen die Autorität an einer Stelle liegt, die die Dinge weit vorausſieht und nicht aller Welt mitteilt, das leuchtet ja ohne weiteres ein." *)

Das heißt alſo, daß die geſamte deutſche Außenpolitik und der Frieden ganz von den „Geſinnungen", Stimmungen und Impulſen einzelner, nur vor Gott verantwortlicher Menſchen abhing und daß die Frankfurter Zeitung nirgendwo eine Bürgſchaft für die Beſtändigkeit der friedlichen Geſinnungen dieſer Menſchen ſah. Das heißt, daß wir nach Bernhardis Meinung den Krieg „als ein unentbehrliches Mittel der Politik und Kultur ... mannhaft ins Auge faſſen müſſen". Das heißt weiter, wie Profeſſor Delbrück mit patriotiſchem Zynismus hervorhebt, daß dank der Großartigkeit unſerer Verfaſſung das deutſche Volk Gott ſei Dank nichts dreinzuſchwatzen hat, wenn ſeine Herren über Tod und Leben, über Freiheit und Lebensglück der deutſchen Nation hinter geſchloſſenen Türen beſchließen.

Ich glaube, wenn ein Engländer oder Franzoſe auftreten und behaupten wollte, es ſei ein Hauptvorzug der nationalen Politik, daß ſie nicht vom Volkswillen, ſondern von den unberechenbaren Geſinnungen einer von Gott geſetzten Dynaſtie beſtimmt wird, er würde ſchnell der allgemeinen Verachtung anheimfallen und müßte ſeine mittelalterliche Proſa in irgendeinem Winkelblättchen verzapfen. Nichts von alledem in Deutſchland. Wir Deutſchen ſind ſolchen, im Talar der Wiſſenſchaft auftretenden Barbaren gegenüber ohnmächtig. Denn dank der Dynaſtie bekleiden die Delbrücks in unſerem Staatsweſen die erſten Ämter, erziehen die königlichen Prinzen, tragen die höchſten Orden und verzapfen ihr imperialiſtiſches Gift in den erſten Hörſälen der Nation.

*) Prof. H. Delbrück: Regierung und Volkswille, S. 186.

Welches Geſamtbild alſo erhalten wir, wenn wir den Mut haben, den beſtimmenden Einflüſſen der deutſchen Innen- und Außenpolitik nachzuſpüren und die Dinge ſo zu ſehen, wie ſie wirklich ſind?

Ein für jeden demokratiſch denkenden Deutſchen wahrhaft erſchütterndes Bild: Nach innen hin einigermaßen maskiert durch eine an ſich zwar ohnmächtige, immerhin aber demokratiſch ausſehende Volksvertretung, nach außen hin dagegen in ſchrankenloſer Willkür waltend, wird die deutſche Politik weniger von Rückſichten auf das wahre Volkswohl geführt, ſondern mehr von den Gewaltprinzipien des dynaſtiſchen und militariſtiſchen Machtwillens.

Deutſchlands Politik iſt wie Deutſchlands Armee nicht national, ſondern dynaſtiſch. Nicht Staatsmänner und Politiker ſtehen unſeren Geſchicken als Volk vor, ſondern von Gott berufene Herrſcher und Berufsſoldaten. Deutſchland beſitzt keine verantwortliche Regierung; alles entſteht aus Stimmungen, Impulſen und Improviſationen der Dynaſtie. Die Förderung des von den vornehmſten Geiſtern der Menſchheit erträumten bürgerlichen Allgemeinwohls, die Rückſichtnahme auf den Willen des Volkes, das Anhören der öffentlichen Meinung der Nation, das heißt Faktoren, die heute ſogar in Staaten wie China beſtimmend für die Politik des Landes ſind, werden in Deutſchland überall der Erreichung und Förderung einer immer größeren Machtentfaltung des Staates nach innen und außen hin untergeordnet.

Das moderne Deutſchland iſt kein Bürger- und Volksſtaat, ſondern ein Militärſtaat; kein Rechtsſtaat, ſondern ein Machtſtaat. Das Ringen der dynaſtiſchen Gewalt nach Alleinherrſchaft gegen die Freiheitsneigungen des Volkes zieht ſich wie ein roter Faden durch unſere politiſche Geſchichte und endete, wie wir geſehen haben, mit dem vollen Siege der Dynaſtie auf der ganzen Linie. Überall unterſteht der deutſche Bürger dem Offizier; er beſitzt nur ſo viele Rechte und Freiheiten, als dieſer ohne Schädigung ſeines Preſtiges dulden kann.

Faſt alle Staaten der Welt (China einbegriffen) werden heute mehr oder weniger von der Rückſicht auf den Bürger regiert, das heißt, in faſt allen Kulturſtaaten gilt der Soldat heute nur noch als Schutz des Landes. In Deutſchland dagegen iſt er der Vormund des bürger-

lichen Lebens, leitet souverän die Geschicke des Landes und ordnet die gesamte Politik seinen Zwecken und Bedürfnissen unter.

Man kann diesen Gegensatz, in dem sich das moderne Deutschland zur übrigen Kulturwelt befindet, auch so charakterisieren: Außerhalb Deutschlands ist der „Militarismus" eine militärische Bereitschaft zur Landesverteidigung, das heißt, er untersteht der Kontrolle und den Befehlen des Bürgers. In Deutschland aber ist er eine Geistesrichtung, eine Staatsphilosophie, das heißt ein mit göttlichen Vorrechten ausgestattetes, über jede Bürgermoral erhabenes, souveränes Regierungsprinzip *).

Es gibt zwar einen Haufen sogenannter „Antimilitaristen" (darunter auch etliche Sozialisten), die der Meinung sind, alle Militarismen seien einander gleich und man müsse alle zusammen aus der Welt schaffen, wenn man wirklich Frieden haben wolle. Aber diese „Revolutionäre" scheinen keine Ahnung von dem Unterschied zu haben, der zwischen einem vom Volkswillen kontrollierten und einem von Gott gesetzten, souverän über ein ganzes Volk herrschenden Militarismus besteht.**)

Der Militarismus der ersten Art wird die Bremsen seines Wagens beständig überprüfen (überprüfen müssen, denn seine Fahrgäste haben ein Recht, das zu verlangen); der Militarismus der zweiten Art dagegen reist für eigene Rechnung, vertraut das Wohl der Fahrgäste dem Allerhöchsten an und rühmt sich dabei, keiner Bremsen zu bedürfen (wer unter den Fahrgästen welche verlangt, beleidigt den Wagenführer

*) Mehr als einmal sind im Reichstag Äußerungen gefallen, wie: Die Kadettenhäuser beruhen auf dem Glauben an den dreieinigen Gott und hätten den Zweck, die deutsche Nation vor Entartung zu schützen; der Offizier sei der Stellvertreter Gottes auf Erden usw. usw.

**) Führende Schweizer Sozialisten (zum Beispiel Robert Grimm) verlangen die sofortige „Abschaffung" jedes Militarismus und betonen überlaut, daß zwischen dem preußischen, französischen und schweizerischen Militarismus kein Unterschied bestehe. Sie sprechen als Dogmatiker, nicht als Kenner. Der Unterschied zwischen dem preußisch-deutschen und dem Militarismus demokratisch regierter Länder läßt sich für Schweizer Sozialisten deutlich an dem Fall de Loys nachweisen: Ein hochgestellter Offizier der Schweizer Armee hatte im August 1916 öffentlich die Meinung ausgedrückt, die Schweiz könne die ihr angetanen „Demütigungen" nicht länger dulden (berufsmäßig sehen sehr viele Offiziere in der Politik nur immer Demütigungen für ihr Land); sie habe eine Armee; auf diese gestützt müsse sie Politik treiben usw. usw. Was war die Folge? Das gesamte Schweizer Volk protestierte lebhaft gegen diese zum Krieg hetzende Auffassung; der betreffende

und wird eingesperrt). Solange beide auf ebenen Wegen fahren, mag alles gut gehen. Sobald sie aber auf einen Abhang kommen (die in der Politik unvermeidlich sind), wird und muß der eine bremsen, während der andere im Gefühl seiner göttlichen Mission und Unverantwortlichkeit es weder kann noch will. — So bietet der eine allerhand Garantien für die Vermeidung von Katastrophen, während bei dem anderen die Katastrophe jeden Augenblick möglich ist, sintemalen sie immer eine stille Voraussetzung seiner Abenteuerlust war.

* * *

Viele meiner deutschen Leser werden geneigt sein, mir Übertreibung vorzuwerfen. Klingt es nicht ungeheuerlich, zu behaupten, ein ganzes modernes Staatswesen wie Deutschland unterstehe dem persönlichen Machtwillen weniger, nur vor Gott verantwortlicher Menschen? In unserer Zeit der Öffentlichkeit, wo von der größten Aktiengesellschaft bis hinunter zum kleinsten Verein das demokratische Mitbestimmungsrecht der zahlenden, dienenden und anteilhabenden Mitglieder sozusagen eine Selbstverständlichkeit ist, sollte es möglich sein, daß ein ganzes großes Volk, das sich rühmt, das erste Kulturvolk der Erde zu sein, ganz ohne Einfluß auf die Politik seines Landes ist?

Aber die Dinge sind wie sie sind. Und der Weltkrieg gibt uns ein heiliges Recht, sie endlich zu zeigen *wie* sie sind.

Ach, lieber deutscher Leser: Die Dinge sind bei näherer Unter-

Offizier erhielt von der obersten Armeeleitung einen „scharfen Verweis" mit der deutlichen Bemerkung, daß in der Schweiz die Politik von der *Zivil*gewalt gemacht werde, daß die Armee nur ein Instrument der Zivilgewalt sei und nicht umgekehrt. Ein anderes Beispiel aus Frankreich: Der General Bailloud, der Kommandierende von Nancy, hatte im März 1907 in einer Rede prophezeit, daß der ersehnte Revanchekrieg kommen werde. Er wurde dafür zur Strafe sofort nach Montpellier versetzt. — Der Unterschied zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Militarismus ist nun der, daß der gleiche Oberst in Deutschland statt eines Verweises, vom Kronprinzen, ganz wie der Oberstleutnant Frobenius oder der Held von Zabern, wahrscheinlich eine Glückwunschdepesche erhalten hätte. Im Handumdrehen hätte de Loys Freunde und Nachahmer gefunden; die Proteste des Volkes wären verstummt; Herr Grimm hätte entweder geschwiegen oder er säße längst im Gefängnis usw. usw. Also: In der Schweiz sofortige, offizielle, verfassungsgemäße Zurückweisung aller auftauchenden Kriegsgelüste, in Deutschland dagegen Ermunterung dazu von oben herab mit allem was sich daraus ergibt. „Antimilitaristen", die diesem fundamentalen Unterschied nicht Rechnung tragen, sind borniert.

ſuchung noch viel ſchlimmer als die Verfaſſung und Vermutung. Unter der Regierung Wilhelms II. iſt es im modernen Deutſchland dahin gekommen, daß ſelbſt unſer Reichskanzler, ſelbſt unſere Miniſter häufig nicht wußten, wohin der Kurs gehe und was dieſer oder jener Akt der Dynaſtie zu bedeuten habe. Mehr als einmal iſt es im erſten Kulturland der Welt vorgekommen, daß der Reichskanzler Dinge „verantworten" mußte, die ihm erſt — durch die Preſſe bekannt wurden. Ausdrücke wie „Zickzackkurs", „Schaukelſtuhlpolitik" uſw. wurden in Friedenszeiten geprägt und hatten einen mehr humoriſtiſchen denn tragiſchen Sinn. Wilhelm II. war darüber empört und erklärte kategoriſch: „Schwarzſeher dulde ich nicht!" „Wer ſich mir entgegenſtellt, den zerſchmettere ich!" „Es iſt in mir ein unbeugſamer Wille, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerſtand zum Trotz unbeirrt weiterzugehen!" (Telegramm an Geheimrat Hinzpeter). Das waren keine Redensarten, ſondern Wirklichkeiten. Die Nichtbeachtung des Reichstags und die Verletzung aller verfaſſungsgemäßen Vorausſetzungen gehören in Deutſchland ſozuſagen zu den Alltäglichkeiten der Politik. Zum Beiſpiel wurde der Chinafeldzug, der 1900 gemeinſam mit anderen Mächten unternommen wurde und über 150 Millionen Mark koſtete, beſchloſſen und ausgeführt, ohne daß man es für nötig hielt, den Reichstag, der in den Ferien war, einzuberufen und, den Vorſchriften der Verfaſſung gemäß, um ſeine Genehmigung zu fragen. Sogar der Bundesratsausſchuß für auswärtige Angelegenheiten wurde erſt nach der ſchon getroffenen Entſcheidung einberufen. Als der Reichstag dieſe Verfaſſungsverletzung rügen und den „verantwortlichen" Reichskanzler zur Verantwortung ziehen wollte, wurde der Verantwortliche plötzlich entlaſſen und der neue wußte von nichts.

In einem anderen Fall hatte ein kaiſerlicher Erlaß die Mitglieder des Kriegsgerichts in Sachen Bilſe (1. Dezember 1903) ſcharf gerügt, weil ſie — die Öffentlichkeit nicht ausgeſchloſſen hatten (Verfehlungen deutſcher Offiziere gehören nicht vor die Öffentlichkeit). Da der Kaiſer es aber nicht für nötig befunden hatte, ſeinem Kanzler von dieſem Erlaſſe Mitteilung zu machen, erklärte dieſer zum Ergötzen des Reichstags neun Tage ſpäter, es ſei nützlich und gut, wenn in dergleichen Dingen nichts vertuſcht würde, die Öffentlichkeit der Kriegsgerichte ſei ein Zeichen für die moraliſche Geſundheit der Armee uſw. uſw.

Noch kraſſer trat die dynaſtiſche Willkür zutage, als 1908 der „Daily Telegraph" Äußerungen des deutſchen Kaiſers über die auswärtige Politik veröffentlicht hatte und es ſich herausſtellte, daß das betreffende Schriftſtück dem Auswärtigen Amt wohl vorgelegt und vom Reichskanzler genehmigt worden war, daß dieſer aber — deſſen Inhalt gar nicht kannte.

Es iſt ſchwer, ſich d a s in der modernen Welt vorzuſtellen, aber es iſt doch eine Tatſache: Unſere Miniſter ſind eben keine leitenden Staatsmänner, ſondern gehorchende Angeſtellte. Zwiſchen einem königlich preußiſchen Miniſter und einem königlich preußiſchen Kammerdiener beſteht nur ein Unterſchied des Ranges und Titels, nicht aber der Machtvollkommenheit. Beide ſind Bediente. Wie der Kammerdiener für die Koſtüme uſw., ſo iſt der Miniſter für die Politik ſeines Herrn da. Unter Wilhelm II. hat ſich dieſes ſtrikte Dienſtbarkeitsverhältnis beſonders ſtark herausgebildet. Wilhelm II. hat ſtets die ſouveräne Entſcheidung in allen Dingen beanſprucht. Er duldete keinen Widerſpruch und keine Schwarzſeherei. Nicht raiſonnieren! Dieſe von ſeinem Urahn Friedrich Wilhelm I. beſtändig im Munde geführte Drohung war auch ſein Prinzip. Es gab in Deutſchland keinen Menſchen, der imſtande war, des Kaiſers Aufmerkſamkeit länger als zehn Minuten auf einen Gegenſtand zu feſſeln, der ihm nicht behagte. „Wenn er mich nur einmal zu ſich aufs Schiff einladen wollte!" klagte der ehemalige Finanzminiſter Miquel. Aber weder zu Waſſer noch zu Lande liebte Wilhelm II. je die finanztechniſchen Vorträge ſeiner Miniſter.

„Sie ahnen nicht, wie viel ich noch verhindere!" ſeufzte in einer ſtillen Stunde der Reichskanzler von Bülow zu einem Vertrauten, der ihn fragte, wie es möglich ſei, daß Wilhelm II. ſo wenig auf ſeinen Kanzler höre. Und Herr von Bülow hat in der Tat manches verhindert; er war derjenige unter den deutſchen Reichskanzlern, der ſeit Bismarck noch die größte Mannhaftigkeit zeigte und am eheſten fähig war, die oftmals widerſpruchsvollen Handlungen ſeines Herrn da und dort zu mildern. Wenn ein Witzbold ſagen konnte, Herr von Bülow habe ſich mindeſtens ein dutzendmal die Rettungsmedaille des Weltfriedens verdient, ſo ſteckt darin mehr als ein Witz.

Wie ein Not- und Warnungsruf mutet uns heute das bereits oben

erwähnte Buch „Unter Kaiser und sein Volk" (von einem Schwarzseher 1906) an. Es heißt dort S. 30 u. ff.:

„Es ist bei uns heute tatsächlich nicht anders mehr als in der Türkei, wo die Pforte ein Scheindasein fristet, wo alle Fäden im Serail zusammenlaufen, wo die Stimmungen und Verstimmungen im Yildiz maßgebend sind in der inneren wie in der äußeren Politik, wo die Kamarilla triumphiert und die Minister nicht mehr unter einheitlicher Leitung nach einem festen Regierungsprogramm arbeiten, sondern nur noch vom Antlitz der Herrschers dessen Wünsche abzulesen suchen, nichts mehr fürchten, als sich mit *seinen* Intentionen in Widerspruch zu setzen. Auch zu Abdul Hamids ersten Regierungshandlungen gehörte die Einschränkung der Befugnisse des Großvesiers, auch Abdul Hamid wollte sein eigener Kanzler, sein eigener Generalstabschef sein. Auch er will vor allem gehorsame Diener, schätzt gute Umgangsformen und Grillen verscheuchende Unterhaltung über Gebühr, läßt sich von liebedienernden Schranzen Weihrauch streuen, ohne zu bedenken, daß die Düfte, die ihn so lieblich umschmeicheln, der großen Masse des Volkes auf die Nreven gehen, zu immer schärferer Opposition reizen."

Und weiter, S. 47: „Der persönliche Wille des Herrschers als Anfang und Ende! — Der Kanzler als Konkurrent der höfischen Kamarilla, um nur die gefährlichsten Extravaganzen verhindern zu können! — Das Beamtentum über ihn hinweg unablässig nach der höchsten Instanz schielend! — Die Bureaukratie korrumpiert und zum Teil verlottert! — Das Parlament charakterlos bis zur Selbstvernichtung! Nirgend ein Gegengewicht gegen Kamarilla und Kabinettregime! — So wird in Deutschland regiert im ersten Lustrum des zwanzigsten Jahrhunderts!"

Das schrieb ein deutscher Patriot (der kein Sozialdemokrat ist) im Jahre 1906.

Es ist also nicht ganz richtig, wenn man sagt: Deutschland hat gerüstet, Deutschland hat die Haager Konferenzen zu Fall gebracht, Deutschland hat die Neutralität Belgiens verletzt usw. usw. Nachdem wir uns überzeugen mußten, daß Deutschland als Volk und Nation nirgendwo zu Worte kam, daß infolge der „noch nicht erfolgten Wahlkreiseinteilung" und anderer Verfassungswidrigkeiten der Reichstag nur die Karikatur des deutschen Volkswillens ist und daß er trotzdem

mehr als einmal lebhaft gegen das dynaſtiſche Machtregiment proteſtiert hat, müſſen wir (wenigſtens in Sachen der deutſchen Außenpolitik) das Wort „Deutſchland" überall durch das Wort „Dynaſtie" erſetzen und ſagen: Die deutſche Dynaſtie hat gerüſtet, die deutſche Dynaſtie hat die Haager Konferenzen zu Fall gebracht; die deutſche Dynaſtie hat die Neutralität Belgiens verletzt uſw. uſw. *)

Wir ſuchen hier nur die geſchichtliche Wahrheit. Und die geſchichtliche Wahrheit iſt, daß die Mehrheit des deutſchen Volkes mehr als einmal nicht mit der Politik ſeiner Dynaſtie einverſtanden war, ſondern dagegen Verwahrung eingelegt hat. Dieſe Wahrheit feſtzuſtellen iſt in der gegenwärtigen Stunde die Pflicht derjenigen Deutſchen, die, frei von jedem Haß und Parteidogma, ihr Vaterland höher ſtellen als ihre Dynaſtie. Wenn wir daher das Wort Dynaſtie in dem erwähnten Sinne an die Stelle des Wortes Deutſchland ſetzen, ſo lehnen wir für unſer Vaterland eine Verantwortung ab, die ihm nicht zukommt und geben als ehrliche, ſtreng objektive Geſchichtſchreiber der Dynaſtie nur, was der Dynaſtie gehört und was ſie von jeher nachdrücklich für ſich beanſprucht hat.

*) Ich verweiſe hier nochmals auf die S. 41 von Prof. Delbrück gegebene Definition des Wortes „Dynaſtie". — Im übrigen wird der Leſer aus den Abſchnitten VII und VIII dieſes Buches erſehen, daß ich weder Jakobiner noch überhaupt Parteimenſch, ſondern Demokrat und Geſchichtſchreiber bin. Als ſolcher ſtelle ich feſt: Schuld am Kriege ſind Perſonen (für die wir in dieſem Buch den Kollektivbegriff Dynaſtie gebrauchen). Aber dieſe Perſonen konnten nur ſchuldig werden vermöge des Syſtems, das ſie erzog, handeln hieß und handeln ließ. Der Krieg iſt Menſchenwille und Menſchenwerk; folglich können nicht Syſteme an ihm ſchuld ſein, ſondern nur Menſchen, die ſolche Syſteme ausbauten und anwandten.

Geſetzt nun, das Rechtsgewiſſen der Menſchheit verlangt gebieteriſch die objektive Feſtſtellung der Schuld am Weltkrieg und die Beſtrafung der Schuldigen. Dann bleibt nur zu ermitteln übrig, inwieweit die zum Kriege treibenden „Syſteme" (Staatsverfaſſungen, Chauvinismus, Geheimdiplomatie, Rüſtungswettſtreit uſw.) als mildernde Umſtände für dieſe Menſchen gelten können oder nicht. Das iſt reine Auffaſſungsſache. Es gibt Richter, die die Trunkenheit des Verbrechers als mildernden Umſtand auffaſſen; andere ſind im Gegenteil der Meinung, der Rauſch entſchuldige den Verbrecher nicht nur nicht, ſondern mache ſein Verbrechen noch widerwärtiger.

So oder ſo befinden wir uns hier nicht im Gerichtsſaal, ſondern im Geſchichtſaal; deswegen haben alle hier gemachten Feſtſtellungen keinen anklägeriſchen, ſondern einen rein protokollariſchen Sinn.

V.

Die deutſche Dynaſtie und der deutſche Kulturbegriff. Zugleich eine intellektuelle Vorgeſchichte des Krieges.

Deutſche Philoſophen, Profeſſoren und Geſchichtſchreiber.

Trotz ihrer militäriſchen und politiſchen Macht könnten aber die Dynaſtien niemals die Verkörperung großer Staatsweſen werden, wenn nicht auch geiſtige Mächte hinter ihnen ſtänden. Die eiſerne Militärdiſziplin würde für ſich allein in unſerer Zeit der Volksſchule, des Wahlrechts und der Wehrpflicht einen allzu deſpotiſchen Eindruck erwecken.

Da außerdem die Götter längſt geſtorben, das heißt in ihr eigentliches Reich, den Himmel, verwieſen worden ſind, ſo kann ſich die Dynaſtie auch nicht mehr mit einem bloßen Hinweis auf die göttliche Weltordnung begnügen.

Aus dieſen und anderen Gründen braucht ſie eine philoſophiſche und wiſſenſchaftliche Rechtfertigung ihrer Herrſchaft, die um ſo wirkſamer ſein wird, je geſchickter ſie die Anſchauungen der modernen Welt den heimlichen Ehrgeizen der irdiſchen Götter dienſtbar zu machen verſteht.

In Preußen-Deutſchland war ſeit Kant, Fichte, Schleiermacher und Feuerbach die Göttlichkeit der Dynaſtie ganz wie anderswo mehr und mehr eine Fiktion geworden, zu der ſelbſt das Volk kein Vertrauen mehr fühlte. Aber zum Unterſchied von Frankreich, wo die von Vol-

taire, Diderot und Rouſſeau gelehrten Ideen konſequent in die Tat umgeſetzt wurden, drangen bei uns die Lehren der Philoſophen nirgendwo über das Gebiet der blaſſen Theorie hinaus. In Frankreich mißlang die Wiederaufrichtung der göttlichen Weltordnung vollſtändig. Karl X. mußte 1830 erfahren, daß die Götter die Abſicht hatten, mit dem erſten der zehn Gebote endlich Ernſt zu machen. Ludwig Philipp, der Nachfolger des letzten Bourbonen, war nicht mehr von Gottes Gnaden, ſondern „citoyen-roi", Bürgerkönig. Auch Napoleon III. hielt ſich, obwohl er ſein Kaiſertum auf einem Staatsſtreich baſiert hatte und nachdrücklich die Herrſchaft Roms förderte, mit der Betonung ſeiner göttlichen Herkunft in beſcheidenen Grenzen. Selbſt in der Zeit der ſchärfſten Reaktion, von 1851 bis 1869, herrſchte in der franzöſiſchen Geiſteswelt doch immer der Geiſt Voltaires vor. Napoleon beſaß zwar das ſtärkſte Heer der Welt, er regierte zwar über das klerikalſte Land Europas, aber er beſaß keine Macht mehr über die Gewiſſen der damaligen franzöſiſchen Denker. Das heißt, er regierte nicht die Rechtsauffaſſung der Nation und war unfähig, der freien Wiſſenſchaft bonapartiſtiſche Geſetze aufzuzwingen.

Anders in Preußen-Deutſchland. Die Stürme der Revolutionen waren bei uns nur Stürme in Gelehrtenköpfen und Studentenkneipen geweſen. Folglich konnte das natürliche Beſtreben aller Machthaber (durch die Beherrſchung der Geiſter populär zu werden) im Vaterland der reinen Vernunft und der kritiſchen Methoden brutaler und ſyſtematiſcher zum Ausdruck kommen als anderswo. Schon Kant, der einen Augenblick als Republikaner geſprochen hatte, wurde deswegen vom König gerügt und verſprach Beſſerung. Fichte, der ſeine republikaniſchen Ideen nur in der Franzoſenzeit hatte vortragen dürfen, ſchwieg ſich nach den Freiheitskriegen aus. Staatsmänniſche und militäriſche Demokraten, wie der Freiherr von Stein, Wilhelm von Humboldt, Jahn, Scharnhorſt, Gneiſenau uſw., waren juſt gut geweſen, dem Könige bei der Wiedereroberung ſeiner Macht zu helfen und fielen nachher in Ungnade. Die deutſchen Republikaner Schiller und Klopſtock waren zur rechten Zeit geſtorben, um die der „Befreiung" folgende Geiſtesſchmach nicht mehr zu erleben. Goethe, der als Miniſter ſelbſt dynaſtiſche Macht ausübte, ſchwieg ſich klug über alle politiſchen Probleme aus, machte aber aus ſeiner Abneigung gegen Preußen kaum

ein Hehl. Goethe, die beiden Humboldts, Jean Paul, Uhland und einige andere waren die letzten Strahlen der untergehenden Sonne des klassischen Deutschtums. Von nun an übernahm Metternich die politische und Hegel die geistige Führung des Deutschtums.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel heißt der große Mann, dem das Verdienst gebührt, die dynastische Idee verweltlicht, das heißt modernisiert zu haben. Er versuchte nicht, die von den französischen Enzyklopädisten und Kant gestürzten Götter auf Erden wieder heimisch zu machen. Er schaffte eine neue Gottheit, die den Errungenschaften der französischen Revolution und den Lehren Kants scheinbar Rechnung trug: den Staat. Hegels Lehre, daß der Staat göttlicher Essenz sei, daß der Mensch nicht Selbstzweck, sondern nur Baustein zum Staate ist und daß das Volk derjenige Teil des Staates ist, der nicht weiß was er will, wurde die Grundidee jenes Preußentums, das mit Bismarck endgültig triumphieren sollte. Mit seiner obskur-eleganten, gelehrten Schreibweise ergänzte Hegel die etwas brutalen und mittelalterlichen Prinzipien Metternichs so glücklich, daß er zum preußischen Staatsphilosophen erhoben und mit Ehren überhäuft wurde.

Nicht mit Unrecht hat man Hegels Philosophie eine geistige Macht genannt. Eine Lehre mag noch so obskur und pedantisch sein, sie wird, wenn sie sich offiziellen Wohlwollens erfreut, alsbald einen Schwarm von Jüngern finden und in allen Zeitschriften, Universitäten und Salons als der Weisheit höchster Schluß gepriesen werden. Das war mit der Hegelschen Philosophie in Preußen der Fall. Alle, die fortan in Deutschland nicht in dieser oder jener Form den Hegelschen Grundsatz anerkennen, daß der Staat alles und der Mensch an sich nichts ist, das heißt alle jene deutschen Geistesarbeiter, die irgendwie an die große Revolution anknüpfen, den Menschen als Selbstzweck und die politische Freiheit als Grundlage jeder Kultur betrachten, werden geächtet und verfolgt, wandern ins Ausland oder verzichten auf jede politisch-wissenschaftliche Betätigung. Heine und Börne, Herwegh und Freiligrath, Prutz und Pfau und hundert andere deutsche Denker und Dichter flüchten vor der preußisch-deutschen Reaktion und richten vom Auslande aus ihre mit Spott und Hohn gemischten Revolte- und Schmerzensschreie nach Deutschland. Uhland, der letzte in Deutschland gebliebene Sänger des demokratischen Freiheitsgedankens,

ſchweigt bis zum Jahre 1848. „Jung-Deutſchland" erlebt kein Mannesalter. Metternich, der unbarmherzige Aufſeher des Ideenkerkers dreier Dynaſtien, triumphiert auf der ganzen Linie. Er zwingt der deutſchen Intelligenz einen Maulkorb auf, wie ihn ſelten ein Volk getragen und wie Bismarck ihn nach der verunglückten Revolution von 1848 für ſeine Zwecke juſt brauchen konnte.

* * *

Schon Schopenhauer hat mit feiner Ironie darauf hingewieſen, daß eine Regierung niemals Profeſſoren anſtellen wird, die das Gegenteil von dem lehren, worauf ihre Regierungsmacht beruht. Und mit beißendem Spott fügt er hinzu, daß unſere offiziellen Philoſophieprofeſſoren nach Art der Hegel und Schelling „nicht *für*, ſondern *von* der Philoſophie leben", daß ſie alſo von vornherein als vorurteilsloſe Wahrheitsforſcher nicht in Betracht kommen.

Schopenhauer hätte hinzufügen können, daß es in der Tat nirgendwo ein ſo eng überwachtes Profeſſoren- und Gelehrtentum gibt wie in Preußen-Deutſchland. Der preußiſche Staat beſaß von jeher das unbeſtrittene Monopol des Bildungsweſens. Freie Schulen und Univerſitäten, wie ſie in Frankreich, Belgien, England, der Schweiz uſw. beſtehen, wurden bei uns nie recht geduldet. Alle Lehrſtühle werden ausſchließlich vom Staat beſetzt. Die deutſchen Profeſſoren ſind Staatsbeamte. Noch im Jahre 1898 wurde ein ſogenanntes Privatdozentengeſetz für Preußen geſchaffen, das ſogar die Privatdozenten unter die miniſterielle Diſziplin ſtellte. Im gleichen Jahre wurde ein Diſziplinarverfahren gegen den Profeſſor Delbrück (den wir bereits als kaiſertreuen Mann kennen gelernt haben) eingeleitet. Er hatte — als preußiſcher Beamter — in ſeinen „Preußiſchen Jahrbüchern" die brutale Ausweiſungspolitik gegen die däniſchen Untertanen getadelt und wurde dafür im März 1899 vom Diſziplinarhof zu einem Verweis und zu 500 Mark Geldſtrafe verurteilt. Königlich preußiſche Beamte oder ſolche, die es werden wollen, haben eben kein Recht auf unabhängige Meinungen in der Politik. (Man vergleiche hierzu die Fälle Löhning, Willich, Arons, Michels, Delitzſch, Traub, Jatho uſw.)

Für die Ausübung ihres Berufes beſitzen die deutſchen Profeſſoren alle nur denkbaren Freiheiten, nur nicht die Freiheit, anderer Meinung

zu ſein als die Regierung. Wofern ſie den preußiſchen Staat als Modell, die Dynaſtie als von Gott geſetzt und die beſtehende Verfaſſung als Höchſtausdruck des Bürgerglückes anerkennen, haben ſie ſogar die Freiheit, gegen den lieben Gott zu revoltieren (Häckel, Oſtwald, Eucken) oder die beſtehende Wirtſchaftsordnung im ſozialiſtiſchen Sinne zu kritiſieren (Schmoller, Sombart uſw.). Es gibt daher unter den deutſchen Profeſſoren enorm kühne Männer, Freigeiſter, Freihändler, Reformpädagogen, Katheder-ſozialiſten, Sexualreformer und wohl gar intellektuelle Anarchiſten; aber es gibt unter ihnen keine aufrechten Demokraten, Republikaner oder Apoſtel der Volksfreiheiten. Anderswo werden die Profeſſoren, wenn ſie vom Lehrſtuhl herabſteigen, wieder Bürger und betätigen ſich als ſolche in der Politik ohne Rückſicht auf die Regierung. Profeſſoren, die der ſozialiſtiſchen Partei angehören und offen als deren Mitglieder auftreten, ſind in England, Frankreich, Italien, der Schweiz uſw. keine Seltenheiten. In Deutſchland iſt dergleichen unmöglich, weil bei uns die Profeſſoren auch im Privatleben Staatsbeamte bleiben. Ein jahrhundertelanger Geiſtesdrill hat ſie in eine ſo abſolute Abhängigkeit vom Brotgeber Staat gebracht, daß unſere Dynaſtie ſich blindlings auf ſie verlaſſen kann. Sie begehen nie eine Geſetzloſigkeit, bekämpfen pflichtgemäß den „Umſturz", ſchreiben dicke Folianten zum Ruhme der Wiſſenſchaft, bekommen mit den Jahren einen Geheimrattitel und miſchen ſich nur ſelten und nur als Wortführer der Regierung in die Politik*). In der Regel aber bleiben ſie der Politik fern. Ich glaube, es gibt in ganz Frankreich und England keinen Profeſſor, der nicht wenigſtens die Grundelemente der Staatsverfaſſung, die leitenden Ideen der Re-

*) Daß dieſe Regel aber auch löbliche Ausnahmen erleidet, kann man mit einem Hinweis auf den Münchener Profeſſor Ludwig Quidde beweiſen. Dieſer veröffentlichte Anfang der 90er Jahre eine kleine Schrift „Caligula" (eine Studie über römiſchen Cäſarenwahnſinn), worin er die Geſtalt und die Taten des jungen römiſchen Kaiſers in einer Weiſe zeichnete, die kaum einen Zweifel ließ, warum er mit dieſer Studie gerade damals vor die deutſche Öffentlichkeit trat. Die Broſchüre erlebte in kurzer Zeit mehr als 30 Auflagen und erregte ungeheures Aufſehen (ſie iſt übrigens heut leſenswerter denn je). — Wegen Majeſtätsbeleidigung unter Anklage und vor die Frage geſtellt: „Wen meinen Sie mit Caligula?" antwortete Profeſſor Quidde erſtaunt: „Wen meinen Sie denn, Herr Staatsanwalt?" Das Verfahren mußte wegen mangelnder Beweiſe eingeſtellt werden.

gierungspolitik kennt und im gegebenen Augenblick sozusagen aus innerem Drange heraus bereit wäre, eine Lanze für die Unantastbarkeit der bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu brechen. In Deutschland dagegen gibt es unter den Professoren universelle Berühmtheiten (beispielsweise Häckel), die von der Politik nicht die geringste Ahnung haben und sie als eine dem wissenschaftlichen Menschen unwürdige Betätigung empfinden.

Man hat die deutschen Professoren das „intellektuelle Gardekorps der Hohenzollern" genannt. Und sie sind in der Tat, wenn nicht die Zierde der freien Wissenschaft, so doch ein Wohlgefallen für unsere Regierung.

* * *

Diese Eigentümlichkeiten muß man beachten, wenn man Geist und Richtung der deutschen Kulturentwicklung seit hundert Jahren verstehen will. Was zum Beispiel unsere deutsche Geschichtschreibung und Staatsrechtwissenschaft angeht, so sind diese für die Orientierung der kommenden Generationen eminent wichtigen Gebiete in Preußen-Deutschland nur immer in den Händen zuverlässiger Geheimräte und Exzellenzen gewesen. Es darf uns daher nicht wundern, daß die vielen dickleibigen Geschichtswerke, die uns die Hegel, Ranke, Sybel, Treitschke, Mommsen, Lamprecht, Delbrück, Schiemann usw. hinterlassen haben, im Grunde immer dieselbe Idee enthalten: daß nämlich der logische Sinn der Weltgeschichte im Aufstieg der Hohenzollern zur deutschen Kaiserwürde gesucht werden muß. Verschieden in der Anlage, Form und Methode ist das Werk unserer deutschen Geschichtschreiber erschreckend eintönig in bezug auf die Grundidee. Daß der alte deutsche Traum vom Kaiser Barbarossa endlich mit Bismarcks genialer Hilfe zum Segen des deutschen Volkes verwirklicht worden ist, das ist das in allen Varianten wiederkehrende Leitmotiv aller deutschen Geschichtschreiber nach 1870.

Die französischen Geschichtschreiber, die, wie Michelet, Taine, Blanc, Thiers usw., einen Unterschied machten zwischen den Interessen der Dynastie und denen des Volkes und die am Ende so weit gingen, zu behaupten, daß die Interessen einer Dynastie nur immer auf Kosten des Volkes gefördert werden können und umgekehrt, haben unseren

geheimrätlichen Geschichtschreibern immer ein geheimes Grauen eingejagt. Für sie ist die Geschichtschreibung nichts als eine Zusammenfassung der Kriegstaten einer Handvoll Männer, die, über der taten- und gestaltenlosen Masse stehend, ihr mit ihren Kriegen Sinn und Leben geben. Freilich haben unsere Geschichtschreiber auch Vorzügliches in der Erforschung und Erklärung alter Kulturen geleistet; die kulturgeschichtliche Wissenschaft stand in Deutschland von jeher in hoher Blüte. Aber daß es neben den Dynastien auch Völker gibt, daß diese Völker am Ende dieselbe Beachtung verdienen wie ihre von Gott gesetzten Herren, das ist eine Idee, die da und dort zwar auch unseren deutschen Geschichtschreibern aufdämmert, die in bezug auf Deutschland auszusprechen ihnen aber verboten ist. In Frankreich freilich, wo selbst die dynastische Macht des letzten Napoleon nicht imstande gewesen war, die Gewissen der Gelehrten zu vergewaltigen, durften die Geschichtschreiber andere Ideale haben. Michelets ganze Geschichtschreibung zum Beispiel ist eine einzige Lobeshymne auf die Tatkraft und den Freiheitswillen des Volkes. Wenn aber ein Deutscher uns eine Geschichte des deutschen Volkes geschrieben und darin nachgewiesen hätte, daß je mehr das Hohenzollerntum an Macht und Glanz zunahm, das deutsche Volk um so mehr an politischer Würde und Freiheit verlieren mußte, dann hätte er niemals Professor und Geheimrat werden und niemals eine öffentliche Rolle spielen können. — Mit Uhland war der letzte deutsche Geschichtsprofessor demokratischer Tendenz verschwunden. Und Uhland hatte es, trotzdem er nicht in Preußen, sondern in Süddeutschland wirkte, auch nur drei Jahre an diesem Platz ausgehalten. Dann gab er den Kampf auf; sonst hätte auch er, wie so mancher seiner Zeitgenossen, hinter schwedischen Gardinen darüber nachdenken können, daß die Geschichte des deutschen Volkes von Rechts wegen nur eine Verherrlichung der Dynastie sein kann.

Wie Metternich in Hegel einen Philosophen nach seinem Herzen fand, so fand Bismarck in Treitschke einen intellektuellen Vervollständiger seiner Staatskunst. Treitschke wurde ganz wie Hegel mit den höchsten preußischen Ehren und Stellen betraut und zum deutschen Nationalgenie ausgerufen. Der Einfluß dieses Mannes auf das neue Deutschland ist enorm. Was im neuen deutschen Reiche Anspruch auf Bildung machte, das saß zu den Füßen dieser halbtauben Exzellenz.

Man kann ihn ohne Übertreibung den geistigen Vater der heutigen deutschen Generation nennen. Er und seine Schüler (namentlich Delbrück, Lamprecht, Schiemann und der General von Bernhardi) gaben dem Pangermanismus und der Eroberungsidee jene wissenschaftlich-staatsrechtliche Grundlage, die (was man auch sagen möge) der theoretische Nährboden für die Rüstungs- und Kriegspolitik der oben besprochenen Hofkamarilla gewesen ist, die über Deutschland regiert.

Völkerrecht, hüben und drüben.

Wie Bismarck als Nachfolger Metternichs in der Politik, so wurde Treitschke als Nachfolger Hegels in der Geschichts- und Staatsrechtwissenschaft der krasseste Leugner aller demokratischen Ideen und Ideale des 19. Jahrhunderts. „Staat ist Macht!" Dieser Hauptsatz der Treitschkeschen Lehren*) steht im schroffsten Gegensatz zu der von der französischen Revolution proklamierten Idee: Staat ist Recht. Zwar betont auch Treitschke, daß eine der Hauptaufgaben des Staates die Rechtspflege sei, aber wer sich nur ein wenig in seine Ideenwelt vertieft, bemerkt sofort, daß ihm die andere Funktion des Staates, nämlich die Kriegführung, die ungleich wichtigere ist.

In Treitschkes Schriften weht nicht mehr der leiseste Hauch vom Geiste des klassischen Deutschtums. Wilhelm von Humboldts Lehre zum Beispiel, daß die Hauptaufgabe des modernen Staates die Sicherung der persönlichen Freiheit sei, galt im „modernen" Deutschland als „veraltet" und „längst überwunden". Macht und Krieg, Krieg und Macht: das wurde nach 1870 die Losung, die bei Hegel noch Staat und Politik und bei Humboldt noch Recht und Freiheit geheißen hatte.

Die gesamte englische und französische Philosophie der letzten zwei

*) Dieser Satz ist die Grundidee des Treitschkeschen Hauptwerks „Politik", Vorlesungen gehalten in Berlin in den Jahren 1875—1895 und 1898/99 in 2 Bänden veröffentlicht. Diese Vorlesungen sind in Deutschland eine Art von politischem Evangelium geworden. — Treitschkes Grundidee „Staat ist Macht" ergibt erstens die Verwerfung aller völkerrechtlichen Verträge und Verständigungsmöglichkeiten und zweitens, als positives Resultat, die Verherrlichung des Krieges. Die gesamte Innen- und Außenpolitik des deutschen Reiches ist seit Bismarck von diesem Leitmotiv beherrscht worden. Treitschke selbst hätte als Vertreter Deutschlands auf den Haager Konferenzen nicht besser sprechen können als Graf Münster und Marschall von Bieberstein.

Jahrhunderte ist ein Sehnen und Streben nach dem vornehmen Rechtstaat. Recht und Bürgerfreiheit waren auch die Ideale unserer klassischen deutschen Philosophie; Leibniz, Kant, Lessing, Herder, Humboldt, Fichte, Feuerbach und Schleiermacher entwickelten sie jeder nach seiner Weise. Mit Hegel aber beginnt die Philosophie vom Staat und vom Streben nach Macht. Dieser Gegensatz, in die Politik übertragen, äußerte sich darin, daß die französischen und englischen Denker den Krieg mehr und mehr als überwundenen Standpunkt, im schlimmsten Falle noch als schreckliche Notwendigkeit, immer aber als etwas Unmoralisches empfanden, wovon die zivilisierte Welt sich befreien müsse*). Dagegen feierte die mit Hegel eingeleitete deutsche Philosophie den Krieg als Vorbedingung einer immer größeren Machtentfaltung, als Quelle des nationalen Fortschritts, kurzum als göttliches, heiliges, normales und moralisches Entwicklungsgesetz der Menschheit. Treitschke widmet in seiner „Politik" der Heiligkeit des Krieges ein besonderes Kapitel, erklärt ihn als „den mächtigsten Völkerbildner", als „das einzige Heilmittel für krankende Völker" und zeigt seine direkte Verwandtschaft mit Hegel, wenn er sagt: „Darin aber liegt die Hoheit des Krieges, daß der kleine Mensch ganz verschwindet vor dem großen Gedanken des Staates."

Wenn man Hegel mit Treitschke und diesen wiederum mit Bernhardi vergleicht, dann kann man Schritt für Schritt die allmähliche Überhandnahme der Verrohung feststellen, die die deutsche Kulturidee unter preußischer Führung erlitten hat. Wo man bei Hegel noch den weltbürgerlichen Einschlag der Kantschen und Goetheschen Ära bemerkt, dort tritt Treitschke nur noch als engherziger, machttrunkener Nationalist auf, während Bernhardi bereits als vollendeter Barbar erscheint, der sich nur dadurch von einem Feuerländer unterscheidet,

*) Einige Ausnahmen wie Ruskin in England, Jules de Maistre, J. P. Proudhon in Frankreich usw. ändern nichts am allgemeinen Zug der Geistesentwicklung in diesen Ländern. Gewiß verherrlichte der „Vater des Anarchismus" Proudhon in zwei dicken Bänden den Krieg und polemisierte in schärfster Form gegen die „Juristen" Grotius, Vattel, Kant usw. Aber das Endergebnis seiner Untersuchungen ist doch der Satz: Die Menschheit will den Krieg nicht mehr! — Übrigens verstand Proudhon den Krieg ganz als „ritterliches Duell". In diesem Sinne ist er ein direkter Antipode zu Clausewitz und seinen Nachfolgern, die die Idee einer gesetzmäßigen Kriegsführung als Schwäche und Kinderei verlachen.

daß er zu unſerem Unglück leſen und ſchreiben kann und am Hofe eines abſoluten Herrſchers ein- und ausgeht.

Wie Metternich und Bismarck uns politiſch, ſo brachten uns Hegel, Treitſchke und ihre Trabanten geiſtig in einen klaffenden Gegenſatz zum übrigen ziviliſierten Europa. Auch hier fand eine Iſolierung Deutſchlands ſtatt, die freilich nicht ſo kraß zutage trat als etwa in der Politik gelegentlich der Haager Konferenzen, die aber weder unſer deutſches Anſehen noch unſere Beliebtheit in der Welt erhöhte. Dieſer Gegenſatz liegt ganz allgemein in dem bereits oben ſkizzierten Beſtreben der engliſch-franzöſiſchen Philoſophie nach Befreiung vom Kriege und der preußiſch-deutſchen Lehre von der Allmacht des Staates und der Schönheit der Kriege. Er kommt aber noch deutlicher zum Ausdruck in den Begriffen Staatsrecht und Völkerrecht, und wir müſſen, um ihn voll zu verſtehen, hier wiederum auf die franzöſiſche Revolution zurückgreifen, die die Wiege aller modernen Begriffe iſt.

Die franzöſiſche Revolution hatte alle dynaſtiſchen Staatsideen über Bord geworfen und die Selbſtherrlichkeit der Nationen proklamiert. Sie ſchuf das, was man mit Ausnahme deutſcher Profeſſoren und trotz des gegenwärtigen Weltkrieges das Völkerrecht nennt. Im juriſtiſchen Sinne heißt Völkerrecht die Zuſammenfaſſung der Rechtsgrundſätze über das gemeinſame Verhalten und Verhältnis der ziviliſierten Staaten zueinander. Für dieſe Beziehungen von Staat zu Staat nun hatte die franzöſiſche Revolution eine ganz neue Moral aufgeſtellt. Dieſe Moral gipfelt in dem Satz (aber ſagen Sie das keinem deutſchen Profeſſor!), daß jedes Volk das heilige Recht beſitzt, frei über ſich ſelbſt zu verfügen.

Es leuchtet auf den erſten Blick ein, daß ein auf dieſer Grundlage beruhendes Völkerrecht die Verneinung des früheren göttlichen Staatsrechts der Dynaſtien iſt, wie Machiavelli es gelehrt, Hegel und Treitſchke es moderniſiert haben. Waren früher die Völker das abſolute Eigentum ihrer Fürſten, konnten ſie durch Krieg, Kauf, Vertrag oder Heirat beliebig von einer dynaſtiſchen Hausmacht zur anderen übergehen, ſo erklärte jetzt die Revolution die Völker als ſelbſtändige Perſonen und Kollektivſeelen und forderte ſie auf, ſich ſelbſt zu regieren. Mirabeau proklamierte in der konſtituierenden Verſammlung ſtolz, daß fortan das R e ch t der Souverän der Welt ſei; nicht mehr jenes Recht, das

eine Dynastie nur so lange besitzt, als sie es mit genügend Soldaten und Kanonen gegen jedermann verteidigen kann, sondern das heilige, ungeschriebene Recht, das mit jedem Menschen geboren wird und im Kollektivbewußtsein jedes Volkes schlummert.

Die Revolution setzte diese neuen Theorien vom freien Selbstbestimmungsrecht der Völker sofort in die Tat um. Als das Elsaß seine Einverleibung in die französische Republik beantragt, fordert die neue französische Regierung zunächst eine Volksabstimmung der Elsässer. Als Savoyen das gleiche Ansinnen an den Nationalkonvent stellt, übermittelt es ihm einen Volksbeschluß, worin es heißt: „Die Savoyer Nation hat sich, nach der Proklamation der Absetzung von Victor Amédée und seiner Nachkommenschaft, als frei und souverän erklärt", und als frei und souverän „spricht sie den einstimmigen Wunsch aus, mit der französischen Republik vereinigt zu werden". Der Nationalkonvent antwortet, daß er dem Wunsche Savoyens gern entspreche, da es erwiesen sei, „daß der freie und allumfassende, in den Kommunalversammlungen ausgesprochene Wunsch des souveränen Volkes von Savoyen darin besteht, sich der französischen Nation anzugliedern". Der Bürgermeister von Annecy verkündet seinen Volksgenossen, daß sie fortan Bürger der französischen Republik seien und fügt stolz hinzu: „Wir sind kein erobertes, wir sind ein f r e i e s Volk!"

Was „Völkerrecht" ist, das kommt noch deutlicher in einem Bericht zum Ausdruck, den Carnot der französischen Regierung gelegentlich der Angliederung Monacos vorlegte:

„Das unabänderliche Recht jeder Nation ist, isoliert zu leben, wenn es ihr so gefällt, oder sich zur Wahrung gemeinsamer Interessen mit anderen zu vereinigen, wenn sie es wünscht. Wir Franzosen, die wir keine anderen Souveräne als die Völker selbst anerkennen, haben nicht die Herrschaft als System, sondern die Brüderlichkeit. Wir huldigen dem Grundsatz, daß jedes Volk, mag auch das von ihm bewohnte Gebiet noch so klein sein, absoluter Herr bei sich ist, daß es an Rechten den größten gleich geachtet werden muß und daß niemand rechtlicherweise seine Unabhängigkeit antasten darf, wofern nicht die seinige selbst sichtlich in Gefahr steht."*)

*) Vergleiche Gabr. Séailles, „L'Alsace-Lorraine". Paris 1915 (Liga der Menschen- und Bürgerrechte), S. 15—17.

Dieſes neue, ebenſo klar formulierte als vornehm gedachte Recht der Völker auf freie Selbſtbeſtimmung, das die Grundlage der modernen Völkerrechtswiſſenſchaft bildet, wurde zwar von Frankreich mehrfach ſelbſt verletzt, aber es bleibt doch fortan über der Politik als Leitſtern der europäiſchen Völkerhoffnungen ſtehen. Die geſamte europäiſche Geſchichte der letzten hundert Jahre iſt gekennzeichnet durch das Beſtreben der nationalen Staatenbildung. Die Völker wollen nicht länger von fremden Eroberern regiert werden, ſondern ihre Geſchicke ſelbſt leiten.

In einem nahezu hundertjährigen Kampf befreien ſich die Balkanvölker von der vierhundertjährigen Türkenherrſchaft. Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Serbien erobern teils mit franzöſiſcher, teils mit engliſcher, teils auch mit ruſſiſcher Hilfe ihre Selbſtändigkeit. Polen führt einen ebenſo blutig-mutigen als leider ergebnisloſen Kampf gegen die auf ihm laſtende Fremdherrſchaft. Italien, Ungarn und Preußen emanzipieren ſich vom Hauſe Habsburg. Die deutſchen Stämme erringen, nachdem ſie 1848 auf friedlichem Wege vergebens ein demokratiſches Kaiſertum zu erreichen beſtrebt waren, ihre nationale Einheit in zwei blutigen Kriegen. Das Loſungswort der Völkerfreiheit durchhallt Europa von einem Ende zum andern. Aber es wurde nicht überall gleich verſtanden. Die Völker verſtanden darunter zugleich ihre nationale u n d ihre politiſche Freiheit. Die Dynaſtien aber, die ſich (zumeiſt ungerufen) in dieſem Kampfe immer wieder als Volksbefreier und -beglücker aufzuſpielen wiſſen, verſtanden unter „Freiheit" nur die nationale Freiheit ihrer Staaten nach außen hin. Preußens Dynaſtie zum Beiſpiel führt im Namen dieſes neuen Nationalitätenprinzips drei Kriege, tritt aber ſofort nachher mit der Annexion fremder Landesteile und der Behandlung der Annektierten dasſelbe Nationalitätenprinzip brutal mit Füßen.

Nur Frankreich blieb einigermaßen jener Freiheits- und Völkerrechtsidee treu, die es der Menſchheit mit der großen Revolution verkündet hatte. Wir müſſen es Napoleon III. hoch anrechnen, daß er, obgleich er damals der mächtigſte Souverän Europas war, doch überall auf dieſes Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker Rückſicht nahm. Ehe er 1859 Savoyen und Nizza annektiert, fordert er deren Bevölkerungen auf, durch Abſtimmung den Vertrag gutzuheißen, der dieſe Länder

als Folge des italieniſch-öſterreichiſchen Krieges an Frankreich abtritt. Das moderne Italien entſteht, teils mit Napoleons Hilfe, von 1859 bis 1871 nur auf Grund von Volksabſtimmungen. Wenn es juſt wahr wäre, was oft behauptet wird, daß nämlich dieſe Volksabſtimmungen nur Komödien waren, ſo ändert das nichts an der Tatſache, daß Napoleon III. das neue Völkerrecht wenigſtens prinzipiell als politiſche Theorie anerkannte, obgleich er kraft ſeiner dynaſtiſchen Gewalt dies am wenigſten nötig hatte.

Nach dem Kriege von 1866 ging Napoleon III. ſogar ſo weit, daß er in den Prager Vertrag eine Klauſel aufnehmen ließ, wonach Preußen ſich verpflichtete, die däniſche Bevölkerung von Schleswig-Holſtein nur dann in den preußiſchen Staatenbund aufzunehmen, wenn ſie durch freie Abſtimmung dieſer Einverleibung zuſtimmen würde.

Preußen unterſchrieb dieſe Verpflichtung nur mit dem feſten Entſchluß, ſie niemals zu halten. Denn das von der großen Revolution proklamierte Recht der Völker auf freie Selbſtbeſtimmung beſaß in Europa neben Öſterreich-Ungarn, Rußland und der Türkei ſeinen entſchiedenſten Feind in Preußen.

Preußen ſtützte aber dieſe völkerrechtsfeindliche Haltung nicht etwa nur, wie Öſterreich und Rußland, auf die rohe Gewalt der Waffen, ſondern auf ſehr einleuchtende juriſtiſche und philoſophiſche Theorien. Preußen-Deutſchland war und iſt kein roher Eroberungsſtaat, ſondern das Vaterland der Rechtswiſſenſchaft, des Fortſchritts und der Völkerfreiheit. Wie es zum Unterſchiede von Rußland eine Verfaſſung, eine demokratiſche Volksvertretung und Armee beſitzt, ſo beſitzt es auch eine Wiſſenſchaft, die ihm von vornherein den Nimbus eines modernen, fortſchrittlich geſinnten Staatsweſens verleiht.

Preußen erobert nicht; es handelt entweder in Notwehr oder kraft höherer Rechte. Wer eine ſiegreiche Armee hinter ſich hat und den Willen der Vorſehung ausführt, darf eine Rechtsmoral und Wiſſenſchaft für ſich beanſpruchen. Die gleiche Handlung, die bei einem Privatmann als Diebſtahl, Betrug oder Erpreſſung gelten würde, wird dank der ſiegreichen Armee ein ruhmreicher Akt der Exiſtenzſicherung und höheren Gerechtigkeit.

Es war die Aufgabe Treitſchkes und ſeiner Jünger, die Bismarckſche Staatskunſt und Unbeſiegbarkeit der preußiſch-deutſchen Armee zu

einem philoſophiſchen Rechtsſyſtem zu verdichten. Dieſe auf den erſten Blick ſchwierig erſcheinende Aufgabe löſten ſie glänzend.

Im Gegenſatz zum „revolutionären" Recht der Völker auf freie Selbſtbeſtimmung wurden Treitſchke und ſeine Schüler die Verfechter des „hiſtoriſchen" Rechts. Hat ein Land, wie beiſpielsweiſe das Elſaß, einmal jahrhundertelang zu Deutſchland gehört und iſt ihm entriſſen worden, dann beſitzt das beraubte Land ein hiſtoriſches Recht auf den entriſſenen Teil.

Dies iſt noch mehr der Fall, wenn dieſem hiſtoriſchen Recht ein aus der Ethnographie hergeleitetes Recht zur Seite ſteht. Iſt eine Völkerſchaft, wie beiſpielsweiſe die Elſaß-Lothringer, die Schweizer, die Flämen, die Balten uſw., offenbar deutſcher Herkunft, beſitzt ſie deutſche Sprache, deutſche Sitten und Gewohnheiten, dann hat das große Gemeinweſen, zu dem ſie auf Grund dieſer Sprach- und Sittenverwandtſchaft gehört, ein heiliges Recht, ſie im Intereſſe des kulturellen Ganzen aufzuſaugen und zu der großen Stammfamilie zu ſchlagen, zu der ſie gehört.

Dieſem hiſtoriſch-ethnographiſchen Recht wiederum angegliedert iſt ein etymologiſches Recht, mit dem wir noch ein gutes Stück weiter kommen. Nancy zum Beiſpiel iſt eine offenbare Verſtümmeluug der guten alten Kaiſerſtadt Nantzig, Dunkerque kann nur aus Dünkirchen hergeleitet ſein; die Bretonen im Nordweſten Frankreichs gebrauchen noch heute eine Bejahung, die wie das deutſche „Ja" klingt uſw. uſw. Woraus ſich nicht nur ergibt, daß alle Gebiete und Völkerſchaften, deren Sprache, Orts- und Perſonennamen keltiſch-germaniſche Sprachwurzeln zeigen, urſprünglich deutſche Völker und Gebiete waren, ſondern auch, daß wir im Namen der deutſchen Kultur ein heiliges Recht haben, ſie wieder deutſch zu machen.

Der franzöſiſche Völkerrechtslehrer ſagt: Das Elſaß iſt allerdings deutſch; es hat jahrhundertelang zu Deutſchland gehört und Straßburg war ſogar im Mittelalter eine hervorragende Stätte des Deutſchtums. Deswegen aber beſteht noch kein Recht für Deutſchland, das Elſaß für ſich zu beanſpruchen. Alles kommt darauf an zu wiſſen, was das elſäſſiſche Volk will. Da das elſäſſiſche Volk ſich ſeinerzeit aus Sympathie für unſere Republik freiwillig an Frankreich angeſchloſſen hat und jedes Volk ſouveräner Meiſter ſeiner Geſchicke iſt, ſo gibt es hier

kein anderes „Recht" als das Recht des elsässischen Volkes. — Was geht es Preußen an, daß Neuenburg einmal preußisch war? Was kümmert es uns Franzosen, daß der Genfer französisch spricht und daß wir tausend französische Sprachwurzeln in England, Spanien, Italien und bis nach Rumänien hinein entdecken könnten, wenn es uns einfiele, danach zu suchen? Eine vom Nationalitätenprinzip regierte Gesellschaft baut keine Rechte auf Ausgrabungen, Sprachwurzeln, Volkssitten, geschichtliche Ereignisse und Forschungen. Sondern die alleinige Frage ist: Was will der Neuenburger? Was will der Genfer? Er will Schweizer Bürger sein? Sein Wille ist Gesetz und „Recht"; sobald er diesen Willen klar und frei ausgesprochen hat, wird jede weitere Diskussion überflüssig. Für uns Franzosen gibt es keine anderen Rechte als das universelle Recht aller Völker auf freie Selbstbestimmung.

„Es ist schwierig," so schreibt der französische Historiker Ernest Lavisse*), „den Ausländern begreiflich zu machen, warum Frankreich sich nicht in den Verlust seiner Provinzen schicken kann. ‚Das ist Kriegsgesetz', sagen die Deutschen. Im 18. Jahrhundert wäre niemand von dieser Sprache überrascht worden; selbst heute noch erscheint sie den Politikern des alten Regimes als natürlich. Aber Frankreich verkörpert im 19. Jahrhundert eine andere Politik. Unter allen Nationen der Welt ist Frankreich rationalistisch und rechtsempfindlich. Es lehrt, daß es nicht erlaubt ist, eine Bevölkerung von Menschen wie eine Tierherde zu behandeln. Es glaubt an das Vorhandensein von Volksseelen. Es hat die Leiden der Opfer der Gewalt schmerzlich mitgefühlt. Es hat über Athen, Warschau und Venedig geweint und den ‚Unterdrückten' mehr als Tränen gegeben. Der Frankfurter Frieden hat uns nicht nur die Demütigung der Niederlage gelassen; er hat nicht nur unsere Grenzen geöffnet und unser Land in einen Zustand unerträglicher Unsicherheit gebracht. Dadurch, daß uns der Sieger Seelen raubte, die unser waren und bleiben wollten, hat er uns auch in unserem *Glauben* verletzt. Und *das* ist bestimmend für die Eigenart der elsaß-lothringischen Frage. Sie stellt zwei Zivilisationen einander gegenüber, und in unserer Niederlage bleibt uns eine sonderbare Ehre:

*) Zitiert von G. Séailles, „L'Alsace-Lorraine", S. 21.

Daß nämlich die Wiedergutmachung des an uns begangenen Unrechts eine den vornehmſten Gefühlen und der Zeitvernunft gegebene Genugtuung wäre."

„Sie berufen ſich auf das Nationalitätenprinzip, aber Sie verſtehen es anders als ganz Europa," ſchreibt der franzöſiſche Völkerrechtslehrer Fuſtel de Coulanges an Mommſen. „Ihrer Meinung nach erlaubt dieſes Prinzip einem mächtigen Staate, ſich einer Provinz durch Gewalt zu bemächtigen, wobei nur die Behauptung erforderlich iſt, dieſe Provinz ſei von derſelben Raſſe bewohnt als jener Staat. Nach der Meinung Europas und des geſunden Menſchenverſtandes dagegen erlaubt das Nationalitätenprinzip einer Provinz oder Bevölkerung ganz einfach, einem fremden Gebieter nicht wider Willen zu gehorchen. Ich verdeutliche das durch ein Beiſpiel: Das Nationalitätenprinzip erlaubte dem Staate Piemont nicht, Mailand und Venedig mit Gewalt zu erobern, aber es erlaubte Mailand und Venedig, ſich von Öſterreich frei zu machen und ſich freiwillig an Piemont anzuſchließen. Sie ſehen den Unterſchied. — Folglich kann dieſes Prinzip dem Elſaß ſehr wohl ein Recht geben, aber Ihnen gibt es kein Recht über das Elſaß. Es ſchafft ein Recht für die Schwachen, aber es iſt kein Vorwand für die Ehrgeizigen. Das Nationalitätenprinzip iſt keinesfalls das alte Recht der Stärkeren unter einem neuen Namen*)."

Treitſchke und die deutſche Völkerrechtsſchule iſt um die Antwort nicht verlegen:

Die Elſäſſer ſind deutſch; ſie ſind von der großen deutſchen Familie gewaltſam getrennt worden. Wir Deutſchen haben daher nicht nur eine Kulturaufgabe im Elſaß zu erfüllen, ſondern wir haben auch, da wir offenbar die höher organiſierte und ſittlich vollwertigere Raſſe ſind, den Frieden der Welt zu ſichern:

„Wer darf angeſichts dieſer unſerer Pflicht, den Frieden der Welt zu ſichern, noch den Einwand erheben, daß die Elſäſſer und Lothringer nicht zu uns gehören wollen? Vor der heiligen Notwendigkeit dieſer großen Tage wird die Lehre von dem Selbſtbeſtimmungsrecht aller deutſchen Stämme, die lockende Loſung vaterlandsloſer Demagogen,

*) Vergl. Gabr. Séailles, „L'Alsace-Lorraine". Paris 1915, S. 11.

jämmerlich zu Schanden. Diese Länder sind unser nach dem Recht des Schwerts und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem deutschen Reiche zu entfremden *)." Da nun die Völker, gemäß der preußisch-hegelschen Auffassung, nie selbst wissen, was sie wollen, muß man sie gegen ihren Willen glücklich machen. Treitschke proklamiert feierlich: „Wir Deutschen, die wir Deutschland und Frankreich kennen, wissen besser, was den Elsässern frommt, als jene Unglücklichen selber ... Wir wollen ihnen wider ihren Willen ihr eigenes Selbst zurückgeben*)."

Nach dem Recht des Schwertes! Jene Unglücklichen! Wider ihren Willen! Hier stehen wir mitten im neudeutschen Begriff des Staatsrechts und der Kulturpolitik. Hegels Grundidee von der Dummheit des Volkes wird uns von Treitschke glänzend an „jenen unglücklichen" Elsaß-Lothringern demonstriert.

Man sieht auf den ersten Blick, daß dieses „moderne" deutsche Staats- und Völkerrecht für den dynastischen Machtwillen nicht nur äußerst bequem, sondern geradezu nichts anderes als ein wissenschaftlicher Name dafür ist. Man begreift jetzt ohne Mühe den fundamentalen Unterschied in der Rechtsauffassung der beiden feindlichen Nationen und warum dieser Gegensatz (der Europa seit 44 Jahren beunruhigt) nie ausgeglichen werden konnte.

Dort, wo die französische Völkerrechtsauffassung einfach den Volkswillen als oberstes Gesetz und Recht proklamiert und damit jede weitere Diskussion unnütz macht, weil sie überall glatte Lösungen schafft, kann die Dynastie mit Hegels und Treitschkes Hilfe im Gegenteil jederzeit „Rechte" herausrechnen lassen, wie sie sie gerade braucht. Denn der Hauptvorzug dieser Hegel-Treitschkeschen Staats- und Völkerrechtswissenschaft ist ihre schöne Elastizität. Diese Diskussion ist immer ohne Ende und der gesundeste Menschenverstand gerät dabei in Verzweiflung. Gesetzt, die deutsche Dynastie will als Frucht des gegenwärtigen Weltkrieges die baltischen Provinzen und Belgien annektieren, möchte aber vor der Welt und dem eigenen Volke nicht als brutaler Eroberer, sondern als Kulturmissionär auftreten. Nichts leichter als das: Sind

*) Preußische Jahrbücher, Juli 1870. H. v. Treitschke: „Was fordern wir von Frankreich?"

die baltiſchen Provinzen nicht von Germanen bevölkert? Sind ſie nicht, ganz wie geſtern die Elſäſſer (und morgen die Schweizer) verlorene Söhne, die eigentlich zur großen deutſchen Familie gehören? Iſt Belgien etwa nicht zum größten Teil von Flämen bevölkert? Was ſind dieſe Flämen anders als entartete Deutſche? Iſt es Ihnen nicht ſchon aufgefallen, daß Oſtende, Antwerpen, Brügge uſw. ebenſo ſchöne urdeutſche Namen ſind wie Mitau und Riga? Was Volkswille und freie Selbſtbeſtimmung! Vor der heiligen Notwendigkeit dieſer großen Tage .. uſw. uſw. Nein: Da wir genügend Soldaten und Kanonen beſitzen (an ſich ſchon ein Beweis hoher Kultur), um dieſe Länder und „Brüder" gegen alle und jeden zu erobern und feſtzuhalten, da wir uns zudem gegen künftige „tatſächliche Angriffe" ſichern und „reale Garantien" fordern müſſen und uns ganz wie vor 44 Jahren die hehre Aufgabe zufällt, Europa endlich den Frieden zu bringen, ſo ergibt ſich aus alledem mit zwingender Logik, daß jene Länder und Völker unſer ſind kraft des höheren deutſchen Rechts, des urſprünglichen Germanentums jener Gebiete und — nach dem Rechte des Schwerts!

Wer die im Laufe des Weltkrieges in Deutſchland entſtandene Annerionsliteratur lieſt, wird darin auf Schritt und Tritt dieſen und ähnlichen Argumenten begegnen, mit deren Hilfe zahlreiche Leute ſtürmiſch die Annerion jener Länder verlangen. Und wer fühlt denn nicht bei der Lektüre der Reichskanzlerreden vom 9. Dezember 1915 und 5. April 1916, daß dieſe ſelben Argumente, wenn auch auf Grund der Kriegslage etwas verſchämt, nichtsdeſtoweniger doch das Leitmotiv der offiziellen deutſchen Kriegszielidee ausmachen?

* * *

Mitten in einer Welt, in der das freie Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker ein, wenigſtens als Theorie, univerſell anerkanntes Prinzip der internationalen Politik geworden war, hält Preußen-Deutſchland unter neuen Namen das dynaſtiſche Staats- und Eroberungsrecht mit einer Hartnäckigkeit aufrecht, die eine hundertjährige Kulturentwicklung einfach übergeht. Blut und Eiſen! nicht Recht und Freiheit! das war von jeher Preußens Deviſe und iſt es, trotz aller demokratiſchen Entwicklungen, bis auf den heutigen Tag geblieben. Bei der Vorfeier zum achtzigſten Geburtstag Bismarcks ſagte Wilhelm II. (26. März 1895):

„Ich konnte kein besseres Geschenk finden als ein Schwert, diese vornehmste Waffe des Germanen, ein Symbol jenes Instruments, das Euer Durchlaucht mit meinem hochseligen Großvater hat schmieden, schärfen und auch führen helfen, das Symbol jener großen, gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war, dasjenige Mittel, das nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es nottut, auch nach innen, dem Vaterland den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt hat."

Frankreichs und Italiens gesamte Geschichte der letzten hundert Jahre ist ganz von der neuen Rechtsreligion der Völker belebt. England hat allen seinen Kolonien mit weißer Bevölkerung (einbegriffen der von ihm vergewaltigten Burenrepublik) das freie Selbstbestimmungsrecht bewilligt; wenn die Iren noch keine Selbstverwaltung besitzen, dann ist das nicht Englands Schuld, sondern die Schuld der religiösen Zwistigkeiten in Irland selbst*). Sogar Rußland bewilligte

*) Es ist entweder ein Beweis für Unwissenheit oder für Verleumdungssucht, wenn seit Beginn des Weltkrieges in Deutschland häufig behauptet wird, England habe die Irländer nicht besser behandelt als Preußen seine Polen, Elsaß-Lothringer und Dänen. In den letzten Jahrzehnten hat die englische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Irländer im weitestgehenden Sinne respektiert. Irland erhält von der englischen Regierung 1898 das sogenannte Lokal-Regierungsgesetz (local government act), 1899 ein besonderes landwirtschaftliches und technisches Unterrichtsdepartement, 1903 das sogenannte Landankaufsgesetz (Wyndham land purchase act, ein direktes Gegenstück zu den preußischen Polen-Enteignungsgesetzen), 1908 eine nationale Universität (man denke sich nur eine polnische Universität in Posen oder eine französische in Straßburg) und endlich 1911 die Möglichkeit der politischen Selbstregierung (home rule). Warum trotzdem die Mißstimmung in Irland, die sich in der Osterwoche 1916 bis zur offenen bewaffneten Revolte steigerte? Weil ein Viertel Irlands (die Provinz Ulster) von vornherein erklärte, sie wolle lieber sterben, als jenes Home rule-Gesetz annehmen (Freiwilligenheer und Aufstandbewegung 1912/13). Weil eine kleine, sehr rührige Propagandistengruppe (zusammengeschlossen in der gälischen Liga) die vollständige Lostrennung von England, die Wiederbelebung und zwangsweise Einführung der längst toten gälischen Sprache verlangte und weil (o tempora! o mores! Herr v. Bülow) die englische Regierung bis zur Osterwoche 1916 nicht nur nichts tat, dieser Bewegung entgegenzutreten, sondern sie indirekt sogar ermutigte (Hilfsgelder für den Unterricht der gälischen Sprache an irländischen Schulen, Duldung der mehr als revolutionären Propaganda der gälischen Liga, Nichteinschreiten gegen die Bildung eines Freiwilligenheeres in Ulster, das den Zweck hatte, die von

den Finnen und Balten eine Art Selbstverwaltung, die unsere Polen und Elsaß-Lothringer nie gekannt haben; ja Rußland hat sogar diesem neuen Völkerrecht Vorschub geleistet und den Bulgaren und Rumänen zu ihrer nationalen Selbständigkeit verholfen.

Doch in Preußen-Deutschland gab es immer nur eine Politik von „Blut und Eisen in der Hand von Königen und Fürsten"*). Nicht einmal in der Theorie durfte die neue Völkerrechtslehre bei uns laut werden. Es ist beachtenswert, daß nicht einmal unsere deutschen Sozialdemokraten (von wenigen Ausnahmen abgesehen) Verständnis dafür zeigen**).

---

der Regierung vorgeschlagene Home rule zu verhindern usw. usw.). Englands Politik gegen Irland ist also das direkte Gegenstück zur Politik Preußens gegen die Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer. Mag auch die englische Regierung nicht immer fehlerfrei gegen Irland gehandelt haben, die Hauptsünde ist hier von den irländischen Politikern, Pangälisten und Schürern des religiösen Hasses begangen worden.

*) Die Proklamation der verbündeten Kaiser (5. November 1916) betreffend die Autonomie Polens ist eine treffende Illustration des oben Gesagten. Der neue „selbständige Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung" entsteht nicht auf Grund irgendeiner Volksbefragung oder Parlamentsberatung. Er entsteht als Willensakt zweier von Gott gesetzter Dynastien, nach dem Rechte des Schwerts und als Werkzeug dynastischer Interessen. Das Wort „Autonomie" ist hier der modernisierte Ausdruck für „Annexion". Denn um eine solche handelt es sich in Wirklichkeit. Wenn man bedenkt, daß diese Proklamation eines selbständigen Polens nur ein Vorwand für die Aushebung einer polnischen Armee ist, dann kann man vom demokratischen Standpunkt aus nicht umhin, sie als eine direkte Verhöhnung des neuzeitlichen Völkerrechts zu empfinden. Eine solche liegt auch schon in der Art der Proklamation: Um recht deutlich zu zeigen, daß die Völker kein Recht haben, bei der Schaffung von Staaten mitzureden, stellte Wilhelm II. auch hier wieder, seiner Gewohnheit gemäß, den deutschen Reichstag und die Polen selbst vor ein „fait accompli". Er läßt durch Kabinettsbefehl den Reichstag am 4. November vertagen, um am 5. ohne jede Möglichkeit einer öffentlichen Kritik die Schaffung eines neuen Königreichs zu verkünden und gleichzeitig zu betonen, daß die preußischen Polen Preußen bleiben und daß von einer Änderung der brutalen preußischen Polenpolitik keine Rede ist. Mittelalter und Preußen in seiner ganzen Herrlichkeit!

**) Als ich ein Jahr vor dem Weltkriege ein Buch von Gustave Hervé übersetzt hatte, worin dieser zur Sicherung des Weltfriedens die Selbstregierung Elsaß-Lothringens und darauf basierend eine deutsch-französische Verständigung vorschlug, da wurde dieser Vorschlag in Deutschland nicht nur im allgemeinen, sondern

Wie wenig der französisch-englische Begriff vom Völkerrecht in Preußen-Deutschland als Theorie bekannt war, ersehen wir aus dem Briefwechsel von David Friedr. Strauß mit Renan und dem Mommsens mit Fustel de Coulanges. Die französischen Gelehrten konnten ihren deutschen Kollegen tausendmal auseinandersetzen, daß *nicht* der Schmerz über die militärische Niederlage Frankreichs sie veranlaßte, gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen zu protestieren, sondern ihre Ansicht, daß man im 19. Jahrhundert nur noch solche Länder annektieren dürfe, deren Bevölkerungen sich damit einverstanden erklären. Es half nichts. Die deutschen Gelehrten hielten das entweder nur für einen Beweis ihrer Grundidee, daß der Stärkere immer recht habe und daß der französische Standpunkt die Heuchelei des Schwachen sei, der nur so lange im Namen des Völkerrechts spreche, als er sich nicht stark genug fühlt, eine neue Kriegsentscheidung anzurufen. Oder aber, wenn sie die Richtigkeit der französischen These just fühlten, so schwiegen sie sich aus. Bebel, Liebknecht und Jacoby waren im neuen Deutschland die einzigen aufrechten Männer gewesen, die gewagt hatten, im Namen des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker zu sprechen, das heißt die Annexion Elsaß-Lothringens ein Verbrechen gegen das Völkerrecht zu nennen. Für diese Kühnheit mußten sie hinter Schloß und Riegel büßen. Ihr Beispiel wirkte abschreckend auf alle, die die Bismarck-Treitschkesche Modernisierung des dynastischen Gewaltrechts insgeheim mißbilligten.

---

just auch von der deutschen Sozialdemokratie spöttisch abgelehnt. – Das im Laufe des Weltkrieges von dem ehemaligen Erzrevolutionär Paul Lensch erschienene Buch „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück" verhöhnt die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker direkt als „Flause". — Wohl war die deutsche Sozialdemokratie im Prinzip die Verfechterin der Idee des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber programmgemäß behandelte sie sie als „bürgerliche Ideologie" und erwartete ihre Verwirklichung erst von der großen antikapitalistischen Revolution, ohne die sie sich nun einmal keine Besserung der Gesellschaft denken kann. Der Sozialdemokratie ist der Achtstundentag von jeher wichtiger gewesen als alle „kleinbürgerlichen" Ideale der Revolutionen von 1789 und 1848 zusammengenommen. — Eine löbliche Ausnahme von dieser bornierten Parteischablone bildet Marx selbst, der 1870 von London aus im Namen des wahren Völkerrechts Protest gegen die Annexion Elsaß-Lothringens einlegte und mit Scharfblick den heutigen Krieg voraussagte.

Eine Idee also, die in den meisten Kulturländern bereits in die politische Praxis übergegangen war, blieb in Preußen-Deutschland sogar als Theorie strafbar. Und das erklärt uns die Tatsache, warum im Deutschland der letzten vierzig Jahre nirgendwo eine Stimme laut geworden ist, die uns Deutschen gesagt hätte, was es eigentlich mit dem „Völkerrecht" auf sich hat. Auf allen seitherigen internationalen Pazifisten- und Sozialistenkongressen, wo man eine Verständigung der Völker anstrebte, herrschte daher immer ein drückendes Schweigen über dieses Grundprinzip der internationalen Politik. Alle wirklich fortschrittlich gesinnten deutschen Schriftsteller und Politiker der letzten vierzig Jahre, die an solchen Veranstaltungen teilnahmen, waren ja nicht frei. Eine Verurteilung der Hegel-Treitschkeschen Rechtslehre wäre eine Verurteilung der Bismarckschen Eroberungspolitik, das heißt eine Mißbilligung der Dynastie, das heißt also Landes- und Hochverrat gewesen.

Es gab und gibt bei uns Deutschen eine heimliche Grenze für alle Gedankenflüge. Das ist die Furcht vor gewissen Strafbestimmungen unseres Gesetzbuches. Wo wir als Privatleute in traulichen Ecken und Familienzirkeln dieselben Ansichten und Ideale haben dürfen wie die Franzosen und Engländer, dort werden wir, sobald wir öffentlich sprechen und schreiben, gelehrte Metaphysiker und Sophisten, die wahre Eiertänze aufführen, nur um nicht sagen zu müssen was ist. Wie oft haben mir nicht französische Teilnehmer solcher internationaler Kongresse ihr Erstaunen ausgedrückt, daß die Deutschen in Privatunterhaltungen den deutschen Standpunkt selbst als völkerrechtswidrig verwarfen, ihn aber in öffentlichen Sitzungen verteidigten. Als ob wir eine andere Idee vom Völkerrecht haben dürften als die uns durch unsere Verfassung und Gesetzgebung vorgeschriebene.

Aus allen diesen Gründen existiert bis auf den heutigen Tag in Deutschland nur eine Abart des wahren Völkerrechts. Das heißt, die deutschen Gelehrten der heutigen Zeit verstehen unter „Völkerrecht" nur jene vom Geist der Menschlichkeit diktierten Vereinbarungen zur Milderung der Kriegsgreuel, wie sie beispielsweise in der Pariser Seerechtsdeklaration, in der Genfer Konvention oder in den verschiedenen Haager Abkommen ausgedrückt sind. Ein deutscher Völkerrechtslehrer, der unter Völkerrecht das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker

verstehen, das heißt also die Annexion Elsaß-Lothringens, Bosniens oder gar die Vergewaltigung Belgiens als Verbrechen wider das Völkerrecht verurteilen würde, käme als Landesverräter sofort vor Gericht.

Die logische Durchdenkung des von der französischen Revolution proklamierten und von der gesamten Kulturwelt wenigstens als völkerrechtliche Theorie anerkannten Prinzips des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker ist eben, da sie zur Verurteilung der gesamten preußisch-deutschen Politik führt, in Deutschland noch ein Verbrechen. Und darum ist eine solche logische Durchdenkung im Vaterland der Logik niemals öffentlich gewagt worden. Wird eine Regierung etwa Professoren anstellen und bezahlen, die ihre Politik als völkerrechtswidrig brandmarken? Wie die Kollegen Schopenhauers nicht für, sondern von der Philosophie lebten, so leben auch die Kollegen Schückings*) nicht für, sondern vom Völkerrecht. Wes Brot ich esse, des Lied ich singe. Das gilt nicht nur für Zeitungsschreiber, sondern auch für Geheimräte und Exzellenzen.

Die deutsche Rassewissenschaft und ihre Schlußfolgerungen.

Dieses soeben skizzierte deutsche Staats- und Völkerrecht war die wissenschaftliche Vervollständigung der Bismarckschen Eroberungspolitik. Wir stehen hier im Gebiete der Wissenschaft und Philosophie vor einer ähnlichen Erscheinung, wie sie der Reichstag im Gebiete der Politik ist. Wie dieser modern und demokratisch dreinschaut, so erweckt auch diese Wissenschaft mit ihren tausend Fremdworten ein Gefühl des Respekts und der Zeitgemäßheit. Aber ganz wie der Reichstag im Grunde nur die demokratische Maske eines autokratischen Regimes

*) Prof. W. Schücking ist im modernen Deutschland so ziemlich der einzige Völkerrechtslehrer, der den Mut gehabt hat, sich von jeher auf den Boden des wahren Völkerrechts zu stellen und diese Haltung auch seit Kriegsbeginn nicht geändert hat. Schückings Behandlung der Polenfrage in „Das Nationalitätenproblem" (Dresden 1908), seine Ideen über „Die Organisation der Welt" (Leipzig 1909), seine „Neuen Ziele der staatlichen Entwicklung" (Marburg 1913) und schließlich seine grundlegende Abhandlung über „Das Werk vom Haag" (Leipzig 1912) sind sämtlich im Geiste der Demokratie und der wahren Völkerechtswissenschaft verfaßt und haben daher im modernen Deutschland leider nicht die Beachtung gefunden, die sie verdienen.

ist, so ist auch das historische Recht und die Philosophie von der Göttlichkeit des Staates nur eine moderne Übertünchung des mittelalterlichen Gewaltrechts der Dynastien.

Nach der Begründung des deutschen Reiches aber entstand neben dieser Hegel-Treitschkeschen Staats- und Rechtsphilosophie (die immerhin noch eine geschichtliche Überlieferung für sich hat) eine ganz neue Wissenschaft, die ihre Ergänzung ist. Ihre Rückwirkung auf die deutsche Außenpolitik der letzten zwanzig Jahre ist so offensichtlich, daß sie hier nicht unerwähnt bleiben darf. Zudem ist sie ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Kultur.

Diese Wissenschaft hieß ursprünglich arische Anthropologie und verzweigte sich, je weiter sie vervollständigt wurde, in unendlich viele Abarten: Kraniometrie, Germanistik, Etymologie, Ethnographie, Philologie usw. usw. Wenn einzelne dieser Wissenschaften schon früher bestanden hatten, so erhielten sie jetzt nach dem Kriege von 1870/71 einen ganz neuen Sinn und Ausbau.

Der Vater dieser ganz neuen Wissenschaft ist der in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts wirkende Franzose Gobineau, dessen mehrbändiges Werk „Essai sur l'inégalité des races" (1854) in Frankreich ziemlich unbekannt geblieben war, dafür aber in deutscher Übersetzung aufgegriffen und zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht wurde. Dieser Graf Gobineau hat uns Deutschen unschätzbare Dienste erwiesen. Erstens stellte er den Gegensatz der langschädligen, blauäugigen und blondhaarigen Germanen (der Arier) zu den rundschädligen, schwarzäugigen und schwarzhaarigen, ganz vom Judentum verseuchten Lateinern fest; und zweitens die kulturelle Überlegenheit dieser blondhaarigen Arier über die der Dekadenz verfallenen Lateiner.

Diese Lehre, die sich der ideenreiche Franzose mit wahrhaft französischer Leichtigkeit rein aus den Fingern sog, ist zwar der erstaunlichste Unsinn, den die moderne Welt je gesehen hat, und wurde bis 1870 selbst in Deutschland von niemand so recht ernst genommen; aber sie paßte so vorzüglich zu den deutschen Kriegserfolgen von 1864 bis 1871, daß sie fortan in den Rang einer Wissenschaft erhoben wurde. Hatte der Germane mit diesen Kriegen nicht bewiesen, daß die lateinischen „Rassen" in der Tat ihre Rolle in der Welt ausgespielt hatten und daß der blondhaarige Germane stärker, sittlicher, kulturfähiger war

als ſeine weſtlichen Nachbarn? Ja, der Verlauf des Krieges von 1870/71 war ein glänzender Beweis für den Verfall der lateiniſchen Raſſen, und dieſer Gobineau war wahrhaftig nicht nur ein ſcharfer Denker, er war ein Prophet.

Tauſend deutſche Gelehrte begannen jetzt Schädel auszugraben und zu meſſen, ariſche Urſprachen, Religionen und Kulturen zu erfinden, nach dem Urſprungsland dieſer Urgermanen zu forſchen und endloſe Wert- und Wellentheorien über Entſtehung und Verfall der Raſſen aufzuſtellen. Vor 1870 hatte man dieſe „Wiſſenſchaft" ſtill belächeln und Gobineau als einen Spaßvogel betrachten können, der den armen Michel zum Ergötzen der ernſten Wiſſenſchaft an der Naſe herumführte. Jetzt aber bekam das Ganze einen wiſſenſchaftlich-politiſchen Hintergrund, und ſtatt eines Spaßvogels iſt dieſer Gobineau in Wirklichkeit ein ideeller Vater des heutigen Weltkrieges.

Denn wenn fortan die Mommſen, Woltmann, Driesmans, Reimer, Bopp, Chamberlain und tauſend andere „Germaniſten" dieſe Raſſewiſſenſchaft ſo eifrig ausbauten, dann geſchah es in der geheimen Abſicht, nachzuweiſen, daß der Germane tatſächlich der höchſte Typus Menſch und folglich der einzig zuverläſſige Kulturſchaffer iſt.

Der Nachweis gelang glänzend. Die deutſchen Gelehrten ſtellten einmütig feſt, daß die Brachyzephalen (das heißt die Flachköpfe) tatſächlich das minderwertige und die Dolychozephalen (hatſchi!), das heißt die Ovalſchädel, das höhere Kulturelement in Europa ſind. Die erſteren haben, wie der Krieg von 1870/71 klar bewies, ihre Rolle ausgeſpielt, weshalb die Ovalſchädligen das göttliche Recht beſitzen, ſie zu beherrſchen und (falls ſie ſich widerſetzen) auszurotten. Der blondhaarige Germane iſt der geborene, von Gott zum Befehlen berufene Träger der europäiſchen Ziviliſation. Ihm allein gehört die Zukunft und die Welt. Die Wiſſenſchaft beweiſt es! Gott will es!

So entſtanden jene Herrenmenſchen- und Herrenvolktheorien, denen nicht nur ein Richard Wagner zum Opfer fiel, ſondern bis zu einem gewiſſen Grade ſogar Nietzſche, weshalb man dieſen großen Deutſchen im Ausland, ſehr zu Unrecht, in eine Reihe mit Treitſchke und Bernhardi zu ſtellen wagt.

Wie in der deutſchen Politik immer eine Rüſtungsvorlage die andere jagte, ſo jagte auf dieſem Gebiete eine wiſſenſchaftliche Theorie

die andere, und die letzte übertraf an gelehrtem Dünkel immer die voraufgegangene. Reimer, Driesmans, Woltmann und Chamberlain bewiesen der aufhorchenden Welt nicht nur die Überlegenheit des Germanentums in der Gegenwart, sondern auch in der Vergangenheit. Alles nämlich, was bisher Großes in der Menschheit geleistet wurde, ist unweigerlich immer von den Germanen geleistet worden. Woltmanns Werke „Die Germanen und die Renaissance in Italien" und „Die Germanen in Frankreich" werden dereinst als Denkmäler deutscher Gelehrtendummheit angestaunt werden. Jeder Satz dieser Werke ist eine Aufforderung zur Satire; wenn der gute Heine noch lebte, er würde uns mit einer Besprechung dieser Kolossalwissenschaft die dicksten Lachtränen aus den Augen zwingen. Ebenso vorzügliches Material fände sein gesunder Menschenverstand in Reimers „Ein pangermanistisches Deutschland" und in Chamberlains epochemachendem Werk „Die Grundlagen des XIX. Jahrhunderts", für dessen Verbreitung Wilhelm II. sich persönlich verwendet hat.

Wir stehen hier vor einer ähnlichen Entwicklung, wie wir sie oben für die politische Staatsphilosophie feststellen mußten. Hegel war ebensowenig Imperialist wie Gobineau Pangermanist war; Mommsens Rassewissenschaft darf ganz wie Treitschkes Staatsrechtslehre immerhin noch auf Logik und geschichtliche Grundlagen Anspruch erheben. Mit Bernhardi, Reventlow usw. aber stehen wir vor Fanatikern, die Hegel sich kaum hatte träumen lassen. Ganz ebenso wäre Gobineau aufs höchste entrüstet und erstaunt, wenn er sehen könnte, was die Reimer, Woltmann, Driesmans und Chamberlain aus seinen Theorien gemacht haben. Nachdem diese führenden Geister einer im wahrsten Sinne des Wortes weltumwälzenden Wissenschaft nachgewiesen hatten, daß alle namhaften Männer des Mittelalters und der Neuzeit germanischen Ursprungs sind (Lafayette = „ein typischer Vertreter des Germanentums", Murillo = eine offenbare Verstümmelung des deutschen Moerl, da Vincis Ahnen hießen Wincke, Diderot = verdorben aus Tieteroth, Briand = Brandt usw. usw.), begreift man leicht, daß Reimer zu der wissenschaftlichen Erkenntnis gelangte, Jesus von Nazareth müsse, wofern er überhaupt gelebt hat, ein Deutscher gewesen sein.

Unsere deutschen Eier (zum Ruhme der „deutschen" Wissenschaft

von einem Franzosen gelegt und von einem Engländer ausgebrütet) haben eben zum Unterschiede von anderen Eiern zwei Dotter: ein gewöhnliches und ein besonderes, vom lieben Gott für uns geschaffenes, aus dem alle Zivilisation geboren wird und das dem Weltall einen germanischen Sinn gibt.

* * *

Dergleichen hirnverbrannte Theorien blieben nicht etwa, wie man meinen könnte, auf die engen Kreise der Fachgelehrten beschränkt, sondern wurden populärisiert und verallgemeinert. Ihre politischen Schlußfolgerungen fanden zum Beispiel im Alldeutschen Verband eine tatkräftige Auswirkung; dieser Alldeutsche Verband war zwar keine politische Partei, aber er besaß doch seine einflußreichen Vertreter in fast allen Parteien (man spricht sogar von Sozialdemokraten). Blieben auch die Grundideen dieser Afterwissenschaft der großen Masse des Volkes fremd, so genossen sie doch in freimaurerischen, militärischen, intellektuellen und exklusiven Kreisen warme Anerkennung und erfreuten sich, ganz wie die Lehren Hegels und Treitschkes, offizieller Beachtung und Ehrung. Die imperialistische Nutzanwendung dieser Rasse- und Schädelwissenschaft wurde in den Lehrbüchern unserer Schulen und in den allgemeinen Nachschlagewerken populärisiert*) und bildete das heimliche Leitmotiv der deutschen Außenpolitik. Öfter als dem weltbürgerlich gesinnten Deutschen lieb sein kann, kam sie deutlich in den Kaiserreden zum Ausdruck.

Am 24. Februar 1892 sagt Wilhelm II. auf dem Provinziallandtag in Berlin: „Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unserem

*) Zum Beispiel findet man in Meyers Konversationslexikon eine graphische Darstellung der Verbreitung der Deutschen in Mitteleuropa, die ganz Belgien und Holland einschließt (beide Länder somit als von Rechts wegen zu Deutschland gehörend betrachtet). Eine andere Karte der deutschen Mundarten bezeichnet die Volkssprache, die von Antwerpen bis Dünkirchen und von Lüttich bis Brüssel gesprochen wird, als „niederfränkisch", während die in Holland gesprochene Sprache zum Teil „friesisch", zum Teil „westfälisch" ist. Das heißt also: es gibt eigentlich keine Holländer und keine holländische Volkssprache; wenn Verhaeren und Maeterlinck Meisterwerke in französischer Sprache schrieben, dann hatten sie unrecht, sintemalen die wissenschaftlichen Forschungen beweisen, daß Belgien nicht französisch, sondern niederfränkisch spricht.

obersten Herrn dort oben gegenüber und meine felsenfeste Überzeugung, daß unser Alliierter von Roßbach und Dennewitz mich dabei nicht im Stich lassen wird. Er hat sich solche unendliche Mühe mit unserer Mark und unserem Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, daß er dies für nichts getan hat. Nein, im Gegenteil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen." — Bei der Gedenkfeier zur 25jährigen Reichsgründung (18. Januar 1896), sowie in der berühmten Kaiserrede vom 19. Juni 1902 in Aachen wird ebenfalls ein pangermanistischer Unterton hörbar, der das eine Mal mehr auf die kaufmännische, das andere Mal auf die religiös-sittliche Überlegenheit des Germanentums anspielt, beide Male aber die kriegerische Eroberungsidee weit von sich weist und die Notwendigkeit des Friedens betont. — In der Rede an die Berliner Künstlerschaft (18. Dezember 1901), die die Siegesallee unter seiner Leitung gemeißelt hatte, heißt es: „Uns, dem deutschen Volk, sind die großen Ideale zu dauernden Gütern geworden, während sie anderen Völkern mehr oder weniger verloren gegangen sind. Es bleibt nur das deutsche Volk übrig, das an erster Stelle berufen ist, diese großen Ideen zu hüten, zu pflegen, fortzusetzen." — Ganz klar aber treten uns die Woltmann-Chamberlainschen Gedankengänge in der berühmten Bremer Rede vom 22. März 1905 entgegen: „. . . sich der festen Überzeugung hinzugeben, daß unser Herrgott sich niemals eine so große Mühe mit unserem deutschen Vaterlande und seinem Volk gegeben hätte, wenn er uns nicht noch Großes vorbehalten hätte. Wir sind das Salz der Erde, aber wir müssen dessen auch würdig sein." Weniger von der pangermanistischen Wissenschaft, aber deutlich von der sich daraus ergebenden imperialistischen Kriegsidee beeinflußt war der berühmte Trinkspruch zum 105. Geburtstag Moltkes am 26. Oktober 1905 in Berlin: „Das zweite Glas, das gilt der Zukunft und der Gegenwart. Wie es in der Welt mit uns steht, haben die Herren gesehen. Darum: Das Pulver trocken, das Schwert geschliffen, das Ziel erkannt, die Kräfte gespannt und die Schwarzseher verbannt! Mein Glas gilt unserem Volke in Waffen!" — Am 31. August 1907 sagt er in Münster: „Dann wird unser deutsches Volk der Granitblock sein, auf dem unser Herrgott seine Kulturwerke an der Welt aufbauen und vollenden kann. Dann wird auch das Dichterwort sich

erfüllen, das da sagt: An deutschem Wesen wird einmal noch die Welt genesen."*)

Kommentare hierzu sind kaum nötig. Man weiß übrigens, wie lebhaft Wilhelm II. sich für die Forschungen der arischen Anthropologie interessierte. Der aus England gekommene Rassewissenschaftler Houston Stewart Chamberlain war sein Lieblingsschriftsteller. „Ganz besonders empfehle ich Ihnen zu lesen, was Chamberlain in der Einleitung zu seinen ‚Grundlagen des 19. Jahrhunderts' über diesen Punkt in trefflicher Weise sagt," sagte Wilhelm II. am 19. August 1911 zum Lehrerkollegium und zu den Primanern des Friedrichs-Gymnasiums in Kassel. Im vierten Kapitel dieses Buches habe ich bereits gezeigt, daß und wie solche Gedankengänge in die Praxis der deutschen Außenpolitik umgesetzt wurden. Insonderheit war die Haltung unserer Dynastie auf den Haager Konferenzen ein sprechender Beweis dafür, daß die deutsche Außenpolitik nicht nur von der stillen Voraussetzung der germanischen Überlegenheit durchdrungen war, sondern daß sie unter „Überlegenheit" auch immer nur die rohe Gewalt des Stärkeren verstand.

Von der Willensfreiheit der deutschen Kultur.

Man könnte die Frage stellen, ob ich hier nicht Ursache mit Wirkung verwechsle; und andererseits wird es nicht an Leuten fehlen, die mich mit der billigen Redensart widerlegen werden, daß jedes Volk die Kultur besitzt, die es verdient. War wirklich die Dynastie schuld, daß sich im Deutschland der letzten hundert Jahre eine solche Staatsrechts-, Kriegs- und Rassewissenschaft entwickelte, die uns in der ganzen Welt verhaßt machen mußte? Waren es nicht vielmehr die Forschungen

*) Geibel hatte diesen vom Kaiser zitierten Vers schon 1861 geschrieben. Geibel aber war ganz wie sein Vorgänger Hoffmann von Fallersleben (der Dichter des „Deutschland über alles") durchaus kein Pangermanist, sondern ein demokratischer Patriot, der die Genesung der Welt von der Einigung der deutschen Stämme und der daraus entspringenden politischen Freiheit des deutschen Volkes erwartete. Es ist bezeichnend, daß das Lied „Deutschland über alles" zuerst in Hamburg gelegentlich einer Kundgebung zugunsten der ... Preßfreiheit gesungen wurde. — Jetzt aber, nachdem die Einigung der deutschen Stämme so ganz anders erfolgt war als unsere demokratischen Nationaldichter sie erträumt hatten, erhielten auch ihre Worte einen anderen, das heißt imperialistischen Sinn.

und Erkenntniſſe der Hegel, Treitſchke, Chamberlain und Bernhardi, die beſtimmend auf die Haltung der deutſchen Dynaſtie einwirkten? Wenn es in Deutſchland kein wirkſames Gegengift zu dieſen Lehren gab, iſt das nicht ein Beweis für die Mitſchuld des deutſchen Volkes? Wo kam denn der ungeheure Anhang her, den die Lehren der Hegel, Treitſchke, Gobineau und Chamberlain gewannen? Warum konnte ſtatt Hegel nicht der ungleich vornehmere Schopenhauer „eine geiſtige Macht" in Deutſchland werden? uſw.

Wir ſtellen ſolche Fragen nicht und behelfen uns nicht mit der beliebten Redensart, daß jedes Volk nur beſitzt was es verdient. Wenn wir einmal nichts Beſſeres mehr zu tun haben werden, ſind wir bereit, darüber zu ſpintiſieren, ob der Menſch ein Produkt ſeiner Umgebung oder die Umgebung ein Produkt des Menſchen ſei; oder ob die mittelalterliche Scholaſtik ein Diktat des Papſttums oder die Macht des Papſttums ein Erzeugnis der Scholaſtik war. Aber — ob die deutſche Kulturidee des 19. Jahrhunderts ein Diktat der Dynaſtie oder die Macht der Dynaſtie ein Erzeugnis der deutſchen Kulturidee war, darüber herumzuſtreiten haben wir um ſo weniger Luſt, als im vorliegenden Falle die Dinge ſehr klar liegen: So wie offenbar weder die Rieſenrüſtungen, noch Deutſchlands herausfordernde Außenpolitik Folgen des deutſchen Volkswillens ſind, ſo iſt auch die auf Krieg und Eroberung drängende deutſche Kulturidee der Treitſchke, Chamberlain, Bernhardi und Genoſſen keine Folge des in Deutſchland herrſchenden Volksgeiſtes, ſondern eine Folge des Machtwillens der Dynaſtie. Es iſt dieſer dynaſtiſche Machtwillen und nicht irgendein Volksideal, der ſeit Kant, Goethe und Humboldt als belebendes und forderndes Element hinter allen deutſchen Geiſtesarbeitern ſteht. Es war die deutſche Dynaſtie, die ſeit hundert Jahren aus Angſt um ihre Exiſtenz jede freie Meinung, jede geſunde Kritik, jede demokratiſche Geſinnung und Forderung ſyſtematiſch und brutal unterdrückte. Es war die deutſche Dynaſtie, die von jeher wachend und argwöhniſch hinter ihren Profeſſoren ſtand. Vom größten Profeſſoren bis hinunter zum kleinſten Dorfſchullehrer war ſie ſtets eine unerbittliche Aufſeherin.

Man kann als Deutſcher nur mit ſtiller Wehmut an die Tatſache denken, daß ſeit der Goethezeit die Dynaſtie wie ein Leichenſtein auf der deutſchen Intelligenz und Freiheitsſehnſucht gelegen hat. Jeder

Deutsche, der seit jener Zeit ein Recht und Talent in sich fühlte, für die Verteidigung demokratischer Volksfreiheiten einzutreten, stand immer wieder vor der Wahl, entweder in unfruchtbarer Opposition zu verdorren, ins Ausland zu gehen, zu schweigen oder — sich zu fügen, das heißt ein heimlicher oder offener Lobredner der Dynastie zu werden.

In diesem Kampf mit ihrem Gewissen und besseren Selbst sind sehr viele talentvolle deutsche Männer unterlegen. In der Jugend zumeist demokratisch und weltbürgerlich gesinnt, gaben sie den Kampf zuletzt auf und wählten, um ihr Talent und ihr Verlangen nach Anerkennung nicht begraben zu müssen, den Dienst für die Dynastie. Die Dynastie, die in Preußen-Deutschland alle Würden, Titel und Ämter vergibt, übt seit hundert Jahren einen intellektuellen Terrorismus in der Nation aus, den die heutige Generation kaum noch fühlt, der nach außen hin kaum sichtbar wird und für den das Ausland gar kein Verständnis haben kann.

Darum ist auch so ziemlich alles, was man seit Kriegsbeginn in Frankreich, England und Italien über die „deutsche Kultur" gesagt hat, falsch. Da man sich in diesen Ländern gar nicht vorstellen kann, daß die nationale Rechts- und Kulturidee ein Diktat von oben sein könne, ist man dort der Meinung, sie käme aus dem Volk*). Manche französischen und englischen Chauvinisten sind so weit gegangen, zu behaupten, es sei diese aus dem deutschen Volk heraus geborene Kultur

*) Als im Oktober 1914 jener berühmt-berüchtigte „Aufruf an die Kulturwelt" erschienen war, von dem weiter unten die Rede ist, da rief der bekannte französische Sozialist Gustave Hervé in seiner Empörung dem französischen Soldaten zu: „Jetzt schieß ohne Skrupel in den Haufen!" Um seine Meinung befragt, sagte Anatole France, Hervé habe mit diesem Wort die einzig mögliche Antwort darauf gegeben. — Seither ist der Glaube, die in jenem Manifest vertretene Kulturidee sei die Idee des ganzen deutschen Volkes, in Frankreich (und teilweise auch in England, Italien und den neutralen Ländern) fast zu einem Dogma erstarrt, an das zu glauben Pflicht jedes guten Patrioten ist. Im Interesse des deutschen Volkes und des kommenden Friedens muß man diese Auffassung um so mehr bedauern, als es außerordentlich schwer sein wird, unseren heutigen Feinden klar zu machen, wie die Dinge hier in Wahrheit liegen. Denn gesetzt, die deutsche Dynastie wird in diesem Kriege besiegt und morgen stünden in Deutschland tausend neue Kulturarbeiter auf, die einmütig das heutige Regime verurteilen und auf Demokratie und Weltbürgertum schwören. Dann muß man fürchten, daß sie in

des Weltmachtdünkels gewesen, die unsere Regierung zu ihrer gefährlichen Weltpolitik gedrängt habe. In Wahrheit aber liegen die Dinge so, daß wir Deutschen seit hundert Jahren gar nicht sein durften, was wir eigentlich sind und sein möchten: nämlich die Jünger und Fortführer des klassischen Deutschtums der Leibniz, Herder, Goethe, Schiller, Kant, Humboldt, Uhland usw., das heißt eminent friedliche, vielleicht etwas schwerfällige, immer aber weltbürgerlich empfindende Naturen.

Unsere Dynastie war es, die uns zwang, preußisch zu werden. Sogar Bismarck war, wie man auf der ersten Seite seiner „Gedanken und Erinnerungen" lesen kann, in der Jugend Republikaner; aber er wäre nie Bismarck geworden, wenn er seine „Jugendeseleien" nicht rechtzeitig aufgesteckt hätte. — Moltke verteidigte bis in sein Mannesalter hinein die urdeutsche, Kantsche Idee vom ewigen Frieden; doch als er sah, daß Kant und der Frieden in Preußen weniger beliebt waren als Krieg und Eroberung, wurde er unser berühmtester Schlachtendenker und pries den Krieg, der ihm 900 000 Mark und nationales Heldentum eingebracht hatte, als Stahlbad der Völker und Element der göttlichen Weltordnung. — Treitschke wurde noch 1864 bei einem Besuch in Paris von den dortigen Republikanern als temperamentvoller Bekämpfer des preußischen Despotismus gefeiert; aber als er sah, daß dem preußischen Despotismus die Zukunft gehörte, ging er hin, wurde unser schwerhörigster Staats- und Kriegsphilosoph und bekam den ersehnten Wirklich preußischen Geheimrattitel. — Ähnlich erging es dem Geschichtschreiber Sybel, der in jungen Jahren ein heftiger Bekämpfer Bismarcks und später einer der zuverlässigsten Geheimräte war. — So auch dem Schriftsteller Arnold Ruge, der in den vierziger Jahren in Paris eine Revolution gegen Preußen vorbereitete und später ein lauter Bewunderer Bismarcks wurde. — David Friedrich Strauß

Frankreich (und anderswo) ähnlich empfangen werden, wie seinerzeit die Renan, Fustel de Coulanges und andere vornehme Franzosen von den deutschen Gelehrten empfangen wurden. Das heißt, man wird ihnen antworten, daß ihre plötzliche demokratische und weltbürgerliche Gesinnung nur die Heuchelei von Besiegten sei usw. Auf Jahrzehnte hinaus werden die deutschen Geistesarbeiter jeden Kredit in der Welt verloren haben. — Hier liegt eine Tragik, deren ganze Schmerzlichkeit erst unsere Kinder und Kindeskinder spüren werden.

schrieb in jungen Jahren eine gelehrte Abhandlung gegen den „Romantiker auf dem Thron" und verteidigte nach 1870 dem Franzosen Renan gegenüber die Eroberungsromantik der Hohenzollern als göttliches Recht. — Sogar ein Mann wie Ferdinand Freiligrath, der temperamentvolle Vorkämpfer und Sänger der Revolution von 1848, wurde unerwartet von der Gnade der Bismarckschen Sonne beschattet und dichtete 1870, seiner ganzen Vergangenheit zum Hohn, feurige Strophen auf die Herrlichkeit der deutschen Siege.

So ging und geht es in Preußen-Deutschland bis auf den heutigen Tag. Ob der Philosoph Kant vom preußischen König einen strengen Verweis für seine auffässigen Schriften erhält, ob der Altertumsforscher Delitzsch von Wilhelm II. aufs schärfste gerügt wird (Brief an Admiral von Hollmann, 15. Februar 1903), weil er sich erlaubt hatte, die Schlußfolgerungen seiner babylonischen Forschungen im Sinne der echten Wissenschaften zu verallgemeinern; oder ob Majestätsbeleidigungen auf bloße Vermutungen hin konstruiert, Pfarrer wie Traub und Jatho für ein liberales Wort ihrer Ämter entsetzt, banale Lustspieldichter wie Blumenthal dekoriert und wirkliche Dichter wie Hauptmann gerüffelt werden: Es ist immer und überall derselbe Geist und Wille, der systematisch das Große, Männliche und Demokratische nicht ausstehen kann und dafür das Seichte, Streberische und Gehorsame auf den ersten Plan stellt.

Da es nicht einmal in Rußland und China so viele Orden, Titel und Staatsämter gibt wie bei uns, so gibt es dort auch nicht so viele Streber, Ordensjäger und intellektuelle Lakaien. Preußen-Deutschland ist das Eldorado für Titel, Uniformen und Orden. Vom eisernen Kreuz zweiter Klasse bis zum roten Adler erster Klasse mit Brillanten ist ein weiter, weiter Weg. Unsere Regierung könnte mit den ihr zur Verfügung stehenden Dienstbarkeitszeichen (genannt Orden) sämtliche Wandelgänge des Reichstags bekleben und so unseren Volksvertretern in passender Weise jede Oppositionslust verleiden. Viel Scharfsinn ist nötig, um bei uns keine Verstöße gegen die Etikette zu begehen. Allein die Zahl der Räte macht einen Neuling ganz verwirrt. Es gibt Land-, Regierungs-, Bau-, Justiz-, Rechnungs-, Sanitäts-, Hof-, Legations-, Kommerzien- und andere Räte, die in treuer Pflichterfüllung die Beförderung zum Geheimen und von da zum Wirklich Geheimen Rat

erwarten. Hat der Neuling alle dieſe Rangunterſchiede begriffen und wird er zuletzt gar einem Vertreter des Reiches der Exzellenzen vorgeſtellt, dann iſt er inzwiſchen klein und beſcheiden geworden und fragt ſich im ſtillen, ob es wohl noch etwas Vornehmeres auf der Welt gibt, als ſo einen Wirklichen Geheimen Legationsrat mit dem Prädikat Exzellenz. Aber auch dieſe Vornehmheit wird ausgeſtochen vom — Leutnant der Reſerve; denn dieſer allein iſt hoffähig, hoffähiger ſogar als der Adel ſelbſt.

„Wie weit die Überſchätzung des Offiziers an der allerhöchſten Stelle geht, davon macht man ſich im Volke gar keinen Begriff. Von allen Ambitionen, die ſich in tauſendfältiger Geſtalt an den Hof herandrängen, gelten nur die „militäriſchen" für ſo gut wie unerfüllbar. Herr Friedländer zum Beiſpiel konnte Geheimer Kommerzienrat, konnte geadelt werden; er kann ſchließlich noch den roten Adler zweiter Güte mit Brillanten erhalten, aber nimmer würde man ihn — zum Reſerveleutnant machen. Herr Dernburg iſt ohne Beſinnen zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Exzellenz ernannt worden; aber er wird in der neuen Stellung ſehr Großes zu leiſten haben, ehe er vom Vizefeldwebel zum Leutnant der Reſerve aufrücken darf." *) „Fürſt Bülow, der ſo ganz und gar nichts Militäriſches an ſich hat, mußte Huſarengeneral werden, um vor den Schranzen beſtehen zu können." **)

Niemand in Deutſchland kann ſich rühmen, ſich in dieſen Dingen voll auszukennen. Allein die Kenntnis der in der Regierungszeit Wilhelms II. neu geſchaffenen Uniformen, Denkmünzen, Ketten, Bänder, Eichenlaube, Ordensſchnallen, Medaillen, Titel und ſonſtigen Ehrenzeichen iſt eine wahre Wiſſenſchaft geworden und erfordert Sonderſtudien ſchwierigſter Art. Wir haben in der Kultur der Etikette und allgemeinen Heraldik eine Vollkommenheit erreicht, um die uns kein Chineſe beneiden würde. Denn worüber ein Chineſe lachen würde, daß nämlich auch die Frauen hochmütig den kleinſten Titel ihrer Männer für ſich beanſpruchen, das iſt in Preußen-Deutſchland bitterer Ernſt. So wie ſich der deutſche Kronprinz darüber empörte, daß ſein

*) „Unſer Kaiſer und ſein Volk", S. 109.

**) „Unſer Kaiſer und ſein Volk", S. 107.

Vater im Range dem Zaren nachstehen solle und die Ausmerzung dieser Schmach als erstes Kriegsziel empfand, so würde Ihnen auch jede Frau Oberpostdirektor die Freundschaft kündigen, wenn Sie sie bloß Frau Postdirektor nennen würden; und sagen Sie gar nur Frau Schulze zu ihr, dann fordert der Mann Sie am Ende auf Pistolen.

Von jeher war die Titelsucht der Deutschen das Gelächter des Weltalls. Die größten Sprachgelehrten anderer Völker haben sich vergeblich bemüht, Ausdrücke wie „Allerhöchstdieselben", „untertänigst", „Durchlauchtigst", „in Gehorsam ersterben" usw usw.. auf französisch, englisch oder russisch wiederzugeben. Keine andere Sprache der Welt besitzt gleichsinnige Wortbildungen. Denn wenn auch der aus solchen Ausdrücken ersichtliche Etiketten- und Kastengeist das Merkmal jeder monarchischen Gesellschaft sein mag, so existiert diese Kultur doch nirgendwo in der gleichen servilen Vollendung als bei uns.

Um hier keine Mißgriffe in der Beurteilung des deutschen Volkes zu begehen, muß man sich darüber klar werden, daß das alles keine Erzeugnisse des echten Deutschtums, sondern eben nur Blüten der dynastischen Kultur sind. Die dadurch im großen Stil herangezüchtete Servilität und Klassenteilung, verbunden mit der kleinlichsten Geistesbevormundung und reaktionärsten Politik, die je ein Land gekannt hat, erklärt uns die Tatsache, daß alle wirklich großen deutschen Männer des letzten Jahrhunderts (groß nicht nur an Talent, sondern eben auch an Charakter) entweder ins Ausland flüchten oder überhaupt im Ausland entstehen und wirken, oder aber sich sorgsam von jeder politischen Betätigung fernhalten.

Wagner entsteht in Paris und in der Schweiz und findet schließlich, nachdem er auf seine republikanischen Ideale verzichtet hat, eine Heimstätte am Hofe einer kleinen, wenigstens in der Kunst liberal gebliebenen Dynastie. Gleich den Dichtern der Jung-Deutschland-Schule flüchtet auch Marx vor der preußischen Reaktion und verbringt den größten Teil seines Lebens in Paris und London. — Nietzsche lebt in Italien und der Schweiz und nennt sich selbst einen „guten Schweizer". — Schopenhauer bleibt zwar in Deutschland und tritt in schärfster Form gegen Hegel auf, aber er ringt volle dreißig Jahre um Anerkennung und hütet sich im übrigen sorgsam, von seiner hohen Warte aus jenen Kampf gegen die politischen Gewalten zu führen, der in anderen

Ländern einen Victor Hugo, einen Stuart Mill, Herbert Spencer uſw. begeiſtert. — Friedrich Albert Lange, einer jener ſtillen deutſchen Gelehrten, die gleich Karl Vogt Wiſſen mit Gewiſſen verbinden, geht wie dieſer nach der Schweiz, von wo aus er vergeblich gegen das Siegesgeheul der Bismarckbewunderer proteſtiert.

Es gibt wohl keinen Staat in der Welt, der wie Preußen-Deutſchland ſeine beſten Männer fortwährend ins Ausland drängte, um uns nur immer wankelmütige Geſtalten und bevormundete Geheimräte zurückzulaſſen. Ein Tolſtoi, der in Rußland möglich war, hätte in Deutſchland auswandern müſſen. Was Preußen ſelbſt angeht, ſo hat es ſeit Kant keinen Mann von Genie und Charakter hervorgebracht, der es in Preußen ausgehalten hätte. Wenn es wirklich einmal einem Mann wie Wilhelm von Humboldt gelingt, in der Nähe des Throns zu bleiben und doch energiſch für die Volksfreiheiten einzutreten, ſo kann er ſich nicht lange halten. Auch Humboldt fällt in Ungnade und vergräbt ſeine Verbitterung in langen Auslandsreiſen; ſein Bruder Alexander von Humboldt, ein Genie, auf das Preußen mit Recht ſtolz ſein darf, hält ſich von jeder politiſchen Betätigung fern (was ihn nicht hinderte, bei Friedrich Wilhelm IV. für einen Dichter wie Prutz zu ſprechen) uſw.

Deutſche Kultur, einſt und jetzt.

Die Fäden, die ſich vom klaſſiſchen Deutſchtum herübergeſponnen hatten in die neue Zeit, waren von den Matadoren der göttlichen Weltordnung (Metternich-Hegel, Bismarck-Treitſchke) jäh und gewaltſam zerſchnitten worden. Als man 1859 den hundertjährigen Geburtstag Schillers wie einen deutſchen Nationalfeiertag beging, da klang dieſe Feſtesfreude bereits wie ein lauter Sehnſuchtsſchrei nach der Wiederaufnahme und Fortführung jener echten, von Schiller und ſeiner Zeit verſinnbildlichten Kultur.

Es war zu ſpät! Schiller und ſeine Zeit waren offiziell geächtet. Wenn die Werke fortlebten, dann doch nicht mehr ihre freie, deutſche Idee. Von Freiheit, Fortſchritt und Volkswohl im klaſſiſchen Sinne war längſt keine Rede mehr in Deutſchland.

Wir haben es in den letzten vierzig Jahren dahin gebracht, daß die freie Idee und Weltbürgerlichkeit unſerer Klaſſiker ſo ſehr aus

Deutschland verschwunden waren, daß man uns Weltbürger importieren mußte. Trotz aller offiziellen Beeinflussung ging das instinktive Verlangen der deutschen Leser und Theaterbesucher noch immer so sehr nach Weltbürgern und das deutsche Kaiserreich entmutigte anderseits das deutsche Weltbürgertum so gründlich, daß Leute wie Ibsen, Tolstoi, Gorki, Zola, Maupassant, France, Wilde, Bergson, Maeterlinck, Verhaeren und andere Triumphe bei uns feierten.

Die Rollen waren vertauscht. Das Land der Dichter und Denker war noch bei Beginn des letzten Jahrhunderts der intellektuelle Lehrer der Welt gewesen; wir führten Ideen aus. Unsere Philosophen und Musiker, unsere Dichter und Wissenschaftler wurden im Ausland bewundert und zitiert. Frau von Staël hatte ihren Landsleuten in begeisterten Worten ein überaus sympathisches Bild von dem Deutschland der Weimarzeit gezeichnet und alle Welt sprach damals mit Hochachtung von dem Stand unserer geistigen, künstlerischen und wissenschaftlichen Kultur.

Jetzt aber interessierte sich das erstaunte und beunruhigte Ausland nur noch für die „Ideen" unserer Rassewissenschaftler und Kriegsschriftsteller. Nietzsche war der letzte deutsche Weltbürger, den das Ausland übersetzte und besprach. Mit stillem Erstaunen erfuhren unsere Nachbarn aus des Kaisers Mund (10. November 1908), daß der Graf Zeppelin „der größte Deutsche des zwanzigsten Jahrhunderts" war. Der General von Bernhardi wurde Deutschlands traurigste Berühmtheit; seine Werke wurden in fast alle Kultursprachen übersetzt und prangten nebst anderen Erzeugnissen unserer „Realpolitik" überall als Symbole des neuen Deutschtums. Aus dem ideenausführenden Volk der Dichter und Denker war dem Anschein nach ein gewinnsüchtiges Volk von Realpolitikern und Kriegern geworden. In den vielen Reden, die Wilhelm II. während seiner 27jährigen Regierungszeit gehalten hat, finden sich Namen wie Goethe und Schiller kaum zwei- oder dreimal (von Kant, Herder, Lessing usw. ganz zu schweigen). — Großmäuligkeit und Protzentum waren an die Stelle der Weimarischen Friedfertigkeit und Geistesfreiheit getreten. Wir waren nicht mehr die Jünger unserer Klassiker, sondern die Nachbeter Bismarcks und Treitschkes. Politisch isoliert durch „unsere" Politik der gepanzerten Faust, waren wir geistig und künstlerisch auf das Niveau der Ge-

duldeten und Nehmenden herabgesunken. Die besten Köpfe unserer sogenannten „Moderne" waren unfähig, den Ruhm eines Zeppelin zu überstrahlen oder den Einfluß der Werke eines Chamberlain, Liman, Frymann usw. zu überbieten.

Ein allgemeines Mißbehagen lag über dem Lande der Dichter und Denker. Wir waren mit uns selbst unzufrieden, standen uns selbst im Schatten und wußten nicht recht, warum. Wir fühlten von ungefähr, wie sehr wir der übrigen Welt mißfielen und wie wenig im Vergleich zu früher wir ihr zu bieten hatten. Freilich hatten wir den Trost, die ersten Kaufleute, Techniker, Chemiker und Organisatoren der Welt geworden zu sein, doch fühlten wir instinktiv, daß das nicht unsere wahre Rolle in der Welt sein könne. Alle Welt sprach mit Pathos von der „deutschen Kultur", aber niemand wußte so recht, was er sich dabei denken müsse. Im stillen wünschten wir dieser Kultur weltbürgerliche Ideale. Vor der Welt aber verspotteten wir (bis in die deutschen Freimaurerlogen hinein) die „Weltbürgerei" unserer Vorfahren. Die Verächtlichmachung der Ideale einer gründlich deutschen und demokratischen Zeit gehörte zum guten Ton der Monarchie. Doch hier, wie überall, sprachen wir ohne rechte Überzeugung. Wir wären ja so gern gewesen, was wir unserer ganzen Veranlagung und Tradition nach sind, aber durften wir es je sein? Nicht einmal auf jenem Gebiete, das am ehesten von jeder dynastischen Beeinflussung frei sein sollte, das heißt nicht einmal in der Kunst, ließ man uns Freiheit. „Eine Kunst, die sich über die von Mir bezeichneten Gesetze und Schranken hinwegsetzt, ist keine Kunst mehr," erklärte Wilhelm II. kategorisch den Berliner Künstlern, die unter seiner Leitung die Siegesallee gemeißelt hatten (18. Dezember 1901). Und er fügte hinzu: „Das kann ich Ihnen schon jetzt mitteilen: der Eindruck, den die Siegesallee auf den Fremden macht, ist ein ganz überwältigender, überall macht sich ein ungeheurer Respekt für die deutsche Bildhauerei bemerkbar. Mögen Sie auf dieser Höhe stehen bleiben ..."

Was Wilhelm II. hier von der Siegesallee sagte, das galt ganz allgemein auch für die deutsche Kultur: der Eindruck, den sie auf den Fremden machte, war ein ganz überwältigender und überall in der Welt machte sich ein ungeheurer Respekt vor ihr bemerkbar. Aber nur nach außen hin. Im stillen war der Fremde erstaunt, beunruhigt und

zum Mitleid geneigt vor so viel Symmetrie und Hölzernheit. Der Fremde ahnte ebensowenig wie das deutsche Volk selbst, daß in Preußen-Deutschland alles über den gleichen Leisten geschlagen wird und daß dies ein dynastischer Leisten ist. Ob politische Verfassung, Siegesallee oder deutsche Kultur, es ist immer das gleiche: sie werden inspiriert von der Dynastie, ausgeführt auf Befehl und dem deutschen Volke aufgezwungen als Verherrlichung des angestammten Herrscherhauses.

Aber das deutsche Volk hat vom Himmel die Gabe der Gutmütigkeit empfangen; wenn es sich da und dort auch über dieses Allzuviel der militärischen Disziplin ärgerte, im stillen freute es sich doch über die Vielseitigkeit eines Herrschers, der nicht nur für Soldaten und Schlachtschiffe, sondern auch für Kunst und Künstler Verständnis zeigte.

Freilich, das wahre Verständnis der Dinge blieb ihm versagt (dem deutschen Volk, meine ich). Denn so sehr es sich im stillen auch nach einer wirklich nationalen Regierung, Armee und Politik sehnte, ohne sie je in Wirklichkeit zu besitzen, so wenig durfte es, wie Figura zeigt, eine wirklich nationale Kultur pflegen, die dem wahren deutschen Volkscharakter entsprochen hätte. Wie in der Politik unsere Verfassung und Armee nur noch ein Schein, nicht aber das Sein des wirklichen deutschen Gedankens war, so war auch seit Hegel unsere offizielle deutsche Kultur längst kein Erzeugnis des wahren Deutschtums mehr, sondern nur noch der in wissenschaftliche und künstlerische Formen gebrachte Machtwillen der Dynastie.

Diese, bisher nur von wenigen (unter anderen von Nietzsche) geahnte Tatsache wurde uns bei Ausbruch des Weltkrieges mit krassester Deutlichkeit geoffenbart. Als im Oktober 1914 jener Aufruf „An die Kulturwelt" erschien, der von 93 der angesehensten deutschen Intellektuellen unterzeichnet ist und soviel Staunen und Empörung in der zivilisierten Welt (einbegriffen im bemaulkorbten, wirklichen Deutschland selbst) erregte, da warf diese deutsche Kultur ihre Maske ab und zeigte sich in ihrer wahren Gestalt, nämlich als Schutzmacht der Dynastie.

Von jener wissenschaftlichen Logik, die zu Kants Zeiten noch ihr Vaterland in Deutschland hatte, ist hier nicht mehr die Rede: „Es ist nicht wahr!" „Es ist nicht wahr!" So sprechen nicht Logiker, Wissen-

ſchaftler und freie Deutſche, ſondern Lakaien, in deren Geſinnung man Zweifel ſetzt.

Wahrheitsforſchung, Beſonnenheit und Objektivität, die ehedem das Wahrzeichen deutſcher Wiſſenſchaft waren, ſind dieſer modernen Kultur ganz fremd: „Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren ſeiner Regierung ſich als Schirmherr des Weltfriedens erwieſen ... Erſt als eine ſchon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unſer Volk herfiel, hat es ſich erhoben wie ein Mann." So ſprechen nur Leute, die ſeit einem Jahrhundert gedrillt worden ſind, nicht ihr Gewiſſen, ſondern die Wünſche ihrer Regierung zum Leitmotiv ihrer Kundgebungen zu machen. Wo die dynaſtiſche Regierung angegriffen wird, dort hört für dieſe Leute jede innere Vornehmheit und wiſſenſchaftliche Beweisführung auf.

Die Quinteſſenz dieſes Aufrufs, ſozuſagen die geiſtige Bilanz einer hundertjährigen deutſchen Geiſtesbevormundung, liegt in dem Satz, über den noch unſere Enkel und Urenkel erröten werden: „Ohne den deutſchen Militarismus wäre die deutſche Kultur längſt vom Erdboden vertilgt." Hier hört jeder Zweifel auf. Wer noch einen Funken echten Deutſchtums in ſich fühlt, der wird zugeben müſſen, daß wir mit dieſem Satz vor der Bankerotterklärung nicht nur des klaſſiſchen Deutſchtums, ſondern aller kulturellen Menſchheitsbeſtrebungen überhaupt ſtehen. Könnten wir ſelbſt als Sieger aus dieſem Kriege hervorgehen und ein deutſches Weltreich von Antwerpen bis Bagdad ſchaffen, dieſer Satz würde uns doch zu ewigen Beſiegten machen. Er iſt ein Sedan des deutſchen Geiſtes.

Militarismus als Vorausſetzung und Baſis der deutſchen Kultur! Es iſt, als ob dieſe 93 Kulturträger ſich ſelbſt geohrfeigt hätten, um dann mit ſchamroten Geſichtern zu erklären, daß der freie Mann ſich nicht ohrfeigen läßt, ſondern ſich auf Befehl ſelbſt ohrfeigt.

Wenn unter dieſen 93 Intellektuellen nicht nur offizielle Profeſſoren und Würdenträger vertreten ſind, ſondern eben auch Leute, die wir vor dem Kriege noch als Weltbürger und ſtille Hoffnungen eines freieren Deutſchlands verehrten: Dehmel, Eucken, Eulenburg, Wilhelm Förſter*), Häckel, die beiden Hauptmann, Oſtwald, Suder-

*) Den man nicht mit ſeinem Sohn, dem Münchener Profeſſor F. W. Förſter, verwechſeln darf.

mann, Ludwig Thoma usw., deren Unterschrift also eine freiwillige Tat ist, so ist das nur ein neuer Beweis für die Tatsache, daß die offizielle Beeinflussung der deutschen Kulturidee auch einen großen Teil der freien deutschen Schriftsteller und Künstler vergiftet hatte und daß auch sie schließlich, einem Titel und Orden zuliebe, bereit sind, ihr Gewissen zu verkaufen *).

Daß die wahre Kultur nur im voraussetzungslosen Jenseits der Vaterländer und Dynastien geboren werden kann, davon haben, wie dieser Aufruf beweist, die „Kulturträger" des modernen Deutschlands längst keine Ahnung mehr. Sprecht den universell berühmten Rechtsgelehrten Laband und Liszt von der Anrempelung Serbiens und der Vergewaltigung Belgiens: sie werden euch nicht mehr als vorurteilslose Rechtsgelehrte antworten, sondern als biedere Patrioten: deutsche Not kennt kein Gebot, und — sich ängstlich hüten, nach rechtsgültigen Beweisen für diese Not zu suchen. — Sprecht unseren Dehmel und Fulda von der Zerstörung kostbarer Bibliotheken und Altäre, und es soll mich nicht wundern, wenn sie euch in Dithyramben über die tragische Schönheit eines Kathedralenbrandes belehren, der im Dienste der deutschen Kulturmission entfacht wird. — Beschwert euch bei Hauptmann über die fragwürdigen deutschen Kriegsmethoden, und wie der erstbeste Gardeleutnant wird er euch belehren, daß jede Entehrung gerade gut genug ist für Deutschlands Macht und Größe. — Sprecht den Scheidemann und Südekum von der Notwendigkeit, die Völker Europas endlich demokratisch zu organisieren und die Möglichkeiten dieses Weltkrieges auszubeuten für die Eroberung neuer Volksrechte: mit schlecht verhehlter Bewunderung für die mustergültige deutsche Sozialgesetzgebung werden sie euch antworten, daß auch die freiheitlichste Republik, da sie noch immer von dem vertrackten Kapital regiert wird, für den Arbeiter nicht besser ist als die absolute Monarchie.

Für Kaiser und Reich! Mit diesem ewigen Scheuklappen begucken bei uns die Historiker ihre Dokumente, die Professoren ihre Altertümer, die Freimaurer ihre Bausteine, die Literaten ihren Pegasus und die Sozialdemokraten die Bundeslade des heiligen Marx.

---

*) Hauptmann, Sudermann und andere erhielten inzwischen den roten Adlerorden vierter Klasse, den niedrigsten der Gattung.

Die deutſche Kultur im deutſchen Kaiſerreich? Bah: ein ptolemäiſches Weltſyſtem von abergläubiſchen Theorien, die um die feſtſtehende Plattheit ihrer Dynaſtie kreiſen; ein gnädigſt geduldeter Schatten des Militarismus; ein kindiſcher Maſchiniſtendünkel mit „energetiſchen Imperativen" und tauſend hohlen Phraſen; eine ptolemäiſche Religion katzbuckelnder Mandarinen; im beſten Falle noch ein Grübeln über andächtige Empfindungen und eine prachtvolle Naivetät ahnender Seelen; da und dort vielleicht gar ein bedientenhafter Verſuch zur Zähmung der kriegslüſternen Beſtie. Nichts weiter.

Die deutſchen „Kulturträger"? Bah: unter Hunderten kaum einer, der ein Mann zu ſein wagt; Sklaven, die ihren Herren die Peitſche nachtragen; Pedanten, die das als Freiheit preiſen, was die übrige Welt längſt als Leibeigenſchaft fühlt; Seiltänzer und Hofnarren, die mit Genehmigung ihrer hohen Herren dem Volke allerhand Freiheitspoſſen vorführen; zwiſchendurch einmal ein ernſthafter Querkopf, der davon hat ſprechen hören, daß die Dynaſtien in der modernen Welt entbehrlich ſind. In ihrer überwiegenden Mehrzahl aber die auf den Pfiff gehorchenden intellektuellen Gardeleutnants der Hohenzollern.

Gelehrtheit ohne Charakter, Wiſſen ohne Gewiſſen, Organiſation ohne Menſchlichkeit, Diſziplin ohne Freiheit, Ideal ohne Würde: Das iſt das Ergebnis einer Geiſtesentwicklung, die nach dem Verſchwinden des Weimariſchen Deutſchtums einſetzte, politiſch von Metternich, Bismarck und Wilhelm II., geiſtig von Hegel, Treitſchke und ihren Jüngern bevormundet wurde und ſich immer nur als Schutzmacht der Dynaſtie betätigen durfte. Der Weltkrieg war die Probe aufs Exempel. Er hat bewieſen, daß dieſe Entwicklung mit einem vollen Siege Potsdams über Weimar ſchließt.

Ich glaube, wir brauchen nach dieſer Kataſtrophe ganz neue Männer, um die für Deutſchland ganz neue Frage, was „Kultur" eigentlich iſt, mit ganz neuen Taten zu beantworten.

VI.

Des Deutschen Vaterland.

Wir haben in den vorstehenden Abschnitten eine streng verfassungsgemäße, nur mit Tatsachen dokumentierte Entdeckungsreise durch das moderne Preußen-Deutschland unternommen. Als Angehöriger des Vaterlandes der wissenschaftlichen Logik war ich bestrebt, diese Logik, soweit es mir möglich war, ohne Voreingenommenheit und Haß auf einen Gegenstand zu übertragen, der bisher von der freien deutschen Forschung total ausgeschlossen war: auf das rechtliche, militärische, politische und intellektuelle Verhältnis unserer Dynastie zu unserem Vaterlande.

Meine Studien machen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das Material, das ich seit langem über diese Fragen gesammelt habe, hätte mir erlaubt, ein dreimal umfangreicheres Buch zu schreiben als das vorliegende. Es gibt in Deutschland Dinge, die äußerst beweiskräftig für die hier vertretenen Ansichten sind*), die man als guter Patriot

*) Der Leser wird vielleicht bemerkt haben, daß ich von der preußischen Verfassung, vom preußischen Wahlrecht und Herrenhaus, von der bevorzugten Stellung der Junker im preußischen Staatswesen, von der berüchtigten preußischen Polenpolitik usw. usw. überhaupt nicht gesprochen habe. — Ganz fortgelassen habe ich ferner jene zahlreichen Äußerungen Wilhelms II., die zwar gefallen, aber nicht ausdrücklich amtlich bestätigt sind. — Ein besonderes, hierher gehörendes Kapitel, das zur Kenntnis der Psychologie der Dynastien viel beitragen würde, wäre ferner eine einwandfreie Darstellung jener zahlreichen Skandalaffären am Berliner Hof (Stöcker, Schrader-Kotze, Hammerstein, Waldersee, Eulenburg usw.), die seit dem Sturze Bismarcks das Treiben der Berliner Kamarillen aufdecken und einen ungeahnten Einfluß auf die deutsche Politik ausgeübt haben.

aber beſſer verſchweigt. Schon das wenige, oben angeführte Beweismaterial wird, meine ich, genügen.

Wenn wir zum Beiſpiel den Begriff „Vaterland" ſo verſtehen, wie ihn mit Ausnahme der Ruſſen und Türken heute alle ziviliſierten Völker begreifen, dann können wir auf Grund unſerer Unterſuchungen ſagen, daß wir Deutſchen kein Vaterland haben. Denn was die Franzoſen, Engländer, Schweizer, Amerikaner uſw. ſo nennen, nämlich jenes Land, an dem ſie ein Mitbeſtimmungsrecht beſitzen, das fehlt in Deutſchland.

Der moderne Begriff vom „Vaterland" wurde erſt von der großen Revolution geſchaffen und iſt im weſentlichen ein Ideal des Volkswohls und der Gerechtigkeit; er iſt (man mache ſich das als Deutſcher nur recht klar) u n t r e n n b a r vom Begriffe der Volksſouveränität. Der Franzoſe, Italiener, Engländer, Schweizer (neuerdings vielleicht gar der Chineſe) liebt deswegen ſein Vaterland bis zur Selbſtaufopferung, weil er ſich als mitbeſtimmenden Teil eines ſouveränen Ganzen, als Mitglied eines nach immer höherer Gerechtigkeit und Wohlfahrt ſtrebenden Volkskörpers fühlt, kurzum als freier, gleichberechtigter Bürger einer politiſchen Rechtsgemeinſchaft.

Ein ſolches Vaterlandsgefühl dürfen wir Deutſche nicht haben, weil, wie wir geſehen haben, alle Vorausſetzungen dafür in Deutſchland fehlen. Wer als Deutſcher die Dinge ehrlich unterſucht, wird das beſtätigen müſſen. Als Funktion wie als Wirkung iſt unſer Wahlrecht nur eine Vorſpiegelung falſcher Tatſachen. Wir haben weder leitende Staatsmänner, noch verantwortliche Miniſter, weder eine rechtlich garantierte Stellung zu unſerer Regierung, noch Soldaten, die auf die Landesverfaſſung vereidigt ſind. Wir ſind alſo nicht die freien Bürger eines Rechtsſtaates, ſondern, was Wilhelm II. in ſeinen Reden immer wieder betont hat, die Untertanen eines von Gott geſetzten Herrſchers.

Von einer ernſthaften Geiſtesfreiheit iſt erſt recht keine Rede bei uns. Viele Deutſche ſind zwar auf unſere Preßfreiheit ſtolz; aber ach: die deutſche Preßfreiheit iſt dieſelbe demokratiſche Spiegelfechterei wie der deutſche Reichstag und das deutſche Volksheer. Da die deutſche Politik die ausſchließliche Sache des deutſchen Kaiſers iſt und die Reden und Handlungen des Kaiſers nicht kritiſiert werden dürfen (die bloße

Vermutung, man habe den Herrscher beleidigen wollen, genügt in Deutschland, einen hinter Schloß und Riegel zu bringen*), so hört unsere famose Preßfreiheit just dort auf, wo sie in anderen Ländern erst anfängt und wofür sie im Grunde doch geschaffen wurde. Es gibt nichts Schlimmeres und Dümmeres, als Freiheiten, auf die man zählt und die im Augenblick ihrer richtigen Anwendung . . . Verbrechen werden. Freiheiten, die nicht mehr gelten, sobald sie auf die Hauptsache angewendet werden sollen, wofür man sie angeblich schuf, sind in Wahrheit Hegelsche Spekulationen auf die Dummheit des Volkes. Besäßen wir diese Preßfreiheit nicht, dann wüßten wir wenigstens, daß wir keine haben. So aber hat man alle Mühe, einem Deutschen klar zu machen, daß Preßfreiheit, absolute Regierung und Majestätsbeleidigung drei Dinge sind, wie etwa Arzt, Krankheit und Wunderglauben, das heißt, das letztere erzeugt das zweite und lacht dem ersten höhnend ins Gesicht**).

Soweit menschliche Machtvollkommenheiten reichen, ist die Dynastie der Hohenzollern in Deutschland politisch allmächtig. Was Friedrich Wilhelm I. 1717 den preußischen Ständen erklärte: „. . . die Junckers ihre Autorität wird ruiniert werden. Ich aber stabiliere die souveraineté wie einen rocher von bronze"; was er dem Generaldirektorium am 20. Dezember 1722 sagte: „Wir sind doch der Herr und König und tun, was Wir wollen", das ist, trotz aller Kulturerrungenschaften, einhundertachtzig Jahre später von Wilhelm II. in zahllosen Reden nachdrücklich wiederholt worden: „Mein Kurs ist der

*) Ein Beispiel unter hunderten: Im Januar 1899 wurde der Redakteur einer sozialistischen Zeitung in Magdeburg für einen in Märchenform geschriebenen Artikel, den das Gericht zu seinem Unglück auf deutsche Verhältnisse übertrug, zu — sage und schreibe — vier Jahren und einem Monat Kerker verurteilt. Mit Hilfe jener Vermutung (es seien deutsche Verhältnisse gemeint), hatte der Staatsanwalt eine Beleidigung des Kaisers und des 12jährigen Prinzen Eitel Fritz herausgerechnet und auf der ganzen Linie recht behalten.

**) Diese Kritik bezieht sich natürlich auf die verfassungsgemäß verbürgte Preßfreiheit v o r dem Kriege. Daß uns n a c h Kriegsausbruch auch noch dieser Schein einer Preßfreiheit vollständig genommen (und trotz feierlicher Versprechen bisher nicht wiedergegeben) wurde, ist bekannt. Übrigens existiert, soweit die kriegführenden Länder in Betracht kommen, seit Kriegsausbruch eine wirkliche Preßfreiheit nur noch in England.

richtige und er wird weiter gesteuert" (24. Februar 1892). Oder aber: „Der Nachfolger dessen, der aus eigenem Recht souveräner Herzog in Preußen wurde, wird dieselben Bahnen wandeln wie sein großer Ahne; wie einst der erste König ex mea nata corona (meine Krone habe ich mir selbst geschaffen) sagte und sein großer Sohn seine Autorität als einen rocher de bronze stabilierte, so vertrete auch Ich gleich Meinem kaiserlichen Großvater das Königtum von Gottes Gnaden." (Königsberg, 6. September 1894.)

Das Gottesgnadentum ist in Deutschland keine bloße Redensart, keine dynastische Fiktion und erst recht keine Einbildung angeblicher vaterlandsloser Gesellen. Es ist Wirklichkeit und Tat; zwei Jahrhunderte menschlicher Entwicklung haben daran nicht ein Tüpfelchen geändert. Wie wir als gute Christen zu glauben haben, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschuf und am siebenten ausruhte, so müssen wir als gute Staatsbürger auch glauben, daß die Dynastie mit Gottes Hilfe alles zu unserem Besten gestaltet. Was auch geschehen mag, und verstieße es noch so sehr gegen die Forderungen der Zeit, wir wissen, daß es ein Teilchen der göttlichen Vorsehung ist und daß hinter allem ein höherer Plan steckt.

Wir Deutschen sind zwar die geborenen Kritiker, haben die Gesetze des Weltalls erforscht, die Grenzen der menschlichen Erkenntnis bestimmt und halten uns für das klügste und gebildetste Volk der Welt, in Dingen der Staatsregierung aber sind wir von den Göttern und Hegel mit Blindheit geschlagen worden. Und darum hat unsere Dynastie dem Volke der Denker das Denken darüber der Einfachheit halber verboten. Soll sich der „beschränkte Untertanenverstand" vielleicht fragend und mäkelnd in die Geschäftsführung von Staaten mischen, die mit göttlichen Vollmachten regiert werden? Es wäre Gotteslästerung.

Was also gehört uns Deutschen eigentlich? Worauf gründen wir Deutschen unsere Vaterlandsliebe? Wir gründen sie in Wahrheit auf die Liebe zum Kaiserhaus. Eine andere Vaterlandsliebe wäre sinnlos. Wilhelm II., Professor Delbrück und andere maßgebende deutsche Männer versichern uns ganz richtig, daß die Armee „das Fundament unseres Staatswesens" ist. Da nun diese Armee nicht auf unser Land und seine Verfassung, sondern auf die Person des Kaisers und Königs

vereidigt ist, so ergibt sich daraus mit mathematischer Logik, daß unser gesamtes deutsches Staatswesen nicht uns, den deutschen Bürgern, zuliebe existiert, sondern eine Schaffung und Besitzung der deutschen Dynastie ist. Und so ist es: Kaiser und Vaterland sind in Deutschland eins. Der Kaiser ist nicht nur die verfassungsgemäße Staatsgewalt, sondern die geborene Verkörperung unseres Staatswesens. Er ist der Leiter unserer nationalen Geschicke im Frieden, alleiniger Befehlshaber und Besitzer unserer Soldatenleben im Krieg, Schiedsrichter über Kunst und Wissenschaft, souveräner Bevollmächtigter des deutschen Volkes, kurzum die Initiative und Zentrale für die gesetzgebende und ausführende Gewalt des Deutschen Reiches nach innen und außen hin. Da er das alles ist, so kann der Vaterlandsbegriff des Deutschen nur durch die Person des deutschen Kaisers verstanden werden; unsere Liebe zu ihm ist unsere Vaterlandsliebe. Wollte ein Deutscher sein Vaterland so lieben wie andere zivilisierte Völker (nämlich als politische Gemeinschaft, in der er Sitz und Stimme hat), er wäre ein Umstürzler und Revolutionär. Noch ist in Deutschland die Idee eines Vaterlandes, das dem deutschen Volke gehört, ein Verbrechen.

Nun kann man gewiß darüber streiten, welcher Vaterlandsbegriff der höhere ist, der des Franzosen, Engländers usw., oder der des Deutschen. Aber über die Tatsache, daß wir uns auch hier, wie fast überall, von den Begriffen der übrigen Kulturwelt abgesondert, das heißt in Widerspruch mit ihr gesetzt haben, kann man nicht streiten. Denn Staat und Vaterland, die anderswo eine natürliche Einheit bilden, sind für uns nur künstlich zusammengeschweißte Begriffe. In Wahrheit ist der preußische Staatsbegriff die denkbar schroffste Verneinung des Vaterlandsbegriffes anderer Kulturvölker.

Vaterland! Darunter verstehen heut alle Kulturvölker des Weltalls jenes Land, das ihnen gehört, weil sie in ihm zur Mitregierung geboren wurden. Vaterland und Volkssouveränität: diese Begriffe decken sich in der Auffassung aller Kulturvölker.

Vaterland! Millionen Deutsche führen es im Mund und sterben dafür. Aber wagt einmal, als Deutsche die Logik dieses Wortes zu Ende zu denken und an universellen Begriffen zu messen. Dann wird es zur frommen Lüge und grandiosen Einbildung, zu einem Wort, das man genau so in unseren Sprachschatz hineingeschmuggelt

hat wie das Wort „Parlament" oder „Volksheer". Des Deutſchen Vaterland? Vorläufig noch ein ſchöner Schein und Traum! Der Stolz des Geſindes auf die Herrlichkeit ſeines Herrn! Eine Fata Morgana frommer Pilger in Oſtelbien!

Denn in Wirklichkeit ſind wir gar nicht wir. Das deutſche Volk? In den Augen unſerer Herren ein politiſch unmündiger Lümmel, ein verfaſſungsgemäß rechtloſer Haufe militär- und ſteuerpflichtiger Untertanen! Deutſchland gehört nicht den Deutſchen! Es gehört der deutſchen Dynaſtie!

Man drehe es wie man wolle: man kann die Tatſache nicht aus der Welt ſchaffen, daß wir als Volk und Nation, als Armee, Politik und Kultur nicht das deutſche Volk, ſondern der deutſche Kaiſer ſind. Ob Frieden, ob Krieg: wir folgen nicht unſerem, ſondern dem Willen des deutſchen Kaiſers.

Nochmals wiederholt: Das alles ſind wahrhaftig keine mühſam aufgebauten Hypotheſen, Metaphyſiken und Fiktionen; und es ſind erſt recht keine aus antidynaſtiſchem Haß herausgerechnete Gaſſenjungentheorien blöder Jakobiner. Es ſind verfaſſungsgemäße, juriſtiſche, politiſche, militäriſche, kulturelle Wirklichkeiten und vor unſeren Augen lebende Taten. Nicht einmal, ſondern hundertmal hat Wilhelm II. ſowohl der Volksvertretung wie der Armee gegenüber betont, daß es in Deutſchland nur e i n e n Willen gibt, daß dieſer Wille der ſeinige iſt und daß er alle zerſchmettern werde, die wider ihn ſind. Seine Taten entſprachen durchaus ſeinen Worten. Vergeblich wird man in der vierzigjährigen Geſchichte des deutſchen Kaiſerreichs nach einem Augenblick ſuchen, wo das Volk einmal hätte ſagen können: Wir, das deutſche Volk! Aber auf jeder Seite dieſer Geſchichte wird man dem dynaſtiſchen Leitmotiv begegnen: Ich, der Staat!

Langer Rede kurzer Sinn: Deutſchland iſt keine Nation! Es iſt eine Dynaſtie! Des Deutſchen Vaterland iſt die Sache ſeines von Gott gegebenen, angeſtammten Herrſcherhauſes!

* * *

Wir Deutſchen rühmen uns zwar, den Himmel entgöttert und die Kritik der reinen Vernunft erfunden zu haben, aber die Götter auf Erden verehren wir als unantaſtbare Dogmen. Kepler und Kopernikus

waren zwar Deutsche, aber ihre Revolution gegen Ptolemäus galt nur für den Himmel. Auf der deutschen Erde blieben wir ängstlich beim ptolemäischen Weltsystem: die Dynastie steht fest und ist unfehlbar; alle Kulturwerte kreisen nur um diese Dynastie. Gegen alle Fortschritte, Erfindungen und Revolutionen der Kulturmenschheit hat sich im modernen Deutschland die Dynastie als einzig greifbare Wirklichkeit behauptet. Vor ihr sind alle wirklich freiheitlichen Begriffe und Bestrebungen immer wieder entweder anbetend oder verzweifelnd zusammengeknickt.

Dieser Gegensatz zwischen der philosophischen und der politischen Freiheit steht in der Kulturgeschichte wohl einzig da und stempelt uns zum merkwürdigsten Volk der Erde. Niemals gab es ein Land, das die himmlischen Götter kritischer und die irdischen kritikloser behandelt hätte, als das Vaterland des kopernikanischen Weltsystems und der kritischen Methoden. Im dunklen Afrika gibt es Neger, die sich Fetische schaffen, sie anbeten und das Glück von ihnen verlangen; zuletzt aber bemerken sogar diese Neger, daß ihre selbstgemachten Götzen sie zum Narren halten; dann peitschen sie sie aus und verbrennen sie. Die deutschen Neger, die man ehedem Sozialdemokraten nannte, machen es umgekehrt: Erst behaupten sie, man dürfe keine nationalen Götter anbeten und spotten über die Dummheit des Fetischglaubens, dann aber werden sie selbst die lautesten Fetischanbeter und behaupten, der Fetisch sei das Vaterland. Oh, Logik und Mannesmut, du Hauptstolz meines Vaterlandes!

Wenn ein freier Grieche wie Sokrates unsere Geheimräte Häckel, Ostwald, Eucken usw. besuchen und von ihnen hören könnte, daß dank der in Deutschland geborenen wissenschaftlichen Kritik der liebe Gott nicht mehr existiert, wogegen jede wissenschaftliche Kritik an der von diesem lieben Gott gesetzten Dynastie Sünde und Schande ist, ich glaube, er würde sich die Seiten halten vor Lachen. Und wenn er dann gar noch die „monistischen" Kulturideen mitsamt den „energetischen Imperativen" dieser Herren über sich ergehen lassen und hören müßte, daß Deutschland trotz seiner mittelalterlichen Verfassung das erste Kulturland der Welt ist, dann würde der gute Sokrates betrübt in seinen Olymp zurückkehren und sich fortan für den größten Dummkopf halten, der je auf Erden gelebt und gelehrt hat. Denn der hier klaffende

Widerſpruch iſt ſo ſchreiend, daß kein außerdeutſcher Philoſoph des Altertums und der Neuzeit ihn je verſtehen, geſchweige denn überbrücken könnte. Was alle Welt auf Schritt und Tritt am deutſchen Problem ſieht, nämlich die jeder Wiſſenſchaft und Logik hohnſprechende göttliche Allmacht der deutſchen Dynaſtie, das ſieht und fühlt nur der Deutſche nicht. Er darf und will ſie nicht ſehen und fühlen. Dem deutſchen „Kulturarbeiter" iſt die Dynaſtie von vornherein ſo heilig, daß er ſie, obgleich ſie der maßgebendſte Faktor für alles in Deutſchland iſt, ehrerbietig zur Seite ſtellt. Von vornherein geht alſo alle politiſch-wiſſenſchaftliche Kulturarbeit in Deutſchland nur bis an die Grenze des von der Dynaſtie Erlaubten, und wir haben im vorigen Kapitel geſehen, wie eng dieſe Grenzen gezogen ſind. Juſt dort alſo, wo die deutſche Kulturarbeit anfangen könnte, intereſſant zu werden, muß ſie aufhören.

Huß, Bruno, Dolet und hundert andere Apoſtel des freien Menſchentums wurden verbrannt, weil ſie an der Göttlichkeit des Papſttums gezweifelt hatten. Unſere Dynaſtie verbrennt zwar nicht mehr, aber tauſend gelehrte und ungelehrte Schergen verfolgen im Lande der Wiſſenſchaft und Geiſtesfreiheit jedes dynaſtiefeindliche Ideechen mit unnachſichtlicher Strenge. Wenn die Strafe ſeit Luthers Zeiten milder geworden iſt, wenn das Delikt vom religiöſen ins politiſche Gebiet übertragen wurde, ſo ändert das nichts an der Tatſache, daß der Geiſt, der im modernen Deutſchland über die Dynaſtie wacht, derſelbe iſt, der im Mittelalter die Scheiterhaufen entflammte. Wie man zu Luthers Zeiten einen Römling zur höchſten Wut reizen konnte, wenn man ihm vom Ablaßſchwindel ſprach, ſo kann man im modernen Deutſchland einen Profeſſoren in Angſt und Zorn verſetzen, wenn man ihm nur die Möglichkeit einer deutſchen Republik andeutet. Das Wort „Republik" iſt das entſetzlichſte, das ein Deutſcher in den Mund nehmen kann.

Sogar die Sozialdemokraten, die man ehedem als ſtille Republikaner betrachtet hatte, entpuppten ſich in der Stunde der Not als eifrige Bekenner des dynaſtiſchen Dogmas. Ihr heute noch gültiges Erfurter Parteiprogramm enthält zwar die Sache ohne den Namen, aber der Einfluß der Dynaſtie auf die Gewiſſen dieſer tapferen Volksbefreier war ſo enorm, daß ſie ſeit langem nicht einmal mehr an die

Sache zu denken wagten. „Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben," sagte Wilhelm II. (9. Januar 1900), und einem Vertrauten gegenüber äußerte er gelegentlich, daß man ihm die Sozialdemokratie ruhig überlassen solle, er werde allein mit ihr fertig werden. Wilhelm II. hat recht gehabt und glänzend Wort gehalten. Am 4. August 1914 hatte sich die Sozialdemokratie ausgetobt und die staunende Welt erfuhr, daß diese vermeintlichen Republikaner dasselbe Vaterlandsideal besaßen wie die Bernhardi, Delbrück und Genossen, das heißt, daß auch sie es in einer Dynastie verkörperten. Und so ziehen seit Beginn des Weltkrieges die Scheidemann, David und Genossen im Lande umher mit der Behauptung, Deutschland sei das Opfer eines heimtückischen Überfalls geworden, die Feinde wollten Deutschland vernichten und es gelte, geschlossen einzustehen für Kaiser und Reich.

Armes deutsches Freiheits- und Friedensideal! Unter der gelehrten Klopffechterei der Jünger von Marx und Bebel bist auch du in aller Stille verdynastisiert worden. Wie vom Pudel in Goethes „Faust" kann man jetzt auch vom demokratischen Gedanken des deutschen Sozialismus sagen:

Er knurrt und zweifelt, legt sich auf den Bauch,
Er wedelt — alles Hundebrauch *).

* * *

Wir haben gesehen, daß in allen einschneidenden Fragen die deutsche Innen- und Außenpolitik nicht mit dem, sondern gegen das deutsche Volk geführt wurde, daß man also logischerweise, wo man gemeinhin von der Politik „Deutschlands" spricht, vielmehr von einer Politik der deutschen Dynastie sprechen müßte. Es liegt mir viel daran, hier nochmals ausdrücklich festzustellen: In allen wichtigen Fragen, in denen es dem deutschen Volke überhaupt erlaubt war, Stellung

*) Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß ich von dieser Kritik alle jene deutschen Sozialdemokraten ausnehme, die, sei es direkt durch ihr Auftreten, sei es indirekt durch ihr Schweigen, eine oppositionelle Haltung zu unserer Regierung eingenommen haben. Insonderheit Liebknecht, Rosa Luxemburg, Mehring und alle jene, die uns in den Nöten des Weltkrieges bewiesen haben, daß die seltenste und höchste Form des Mutes der Bürgermut ist.

zu nehmen, hat es ſich *gegen* die Politik ſeiner Regierung ausgeſprochen. Die Legende, als ſei das deutſche Volk ein Herz und eine Seele mit ſeiner Dynaſtie, muß zerſtört werden.

Das Ausland, das zumeiſt keine Ahnung hat, wie es im Lande der Majeſtätsbeleidigungen, der Kronprinzentelegramme und Offiziersherrlichkeit ausſieht, glaubt, das deutſche Volk umjuble ſeine Dynaſtie. In der gegenwärtigen Stunde muß alles getan werden, dieſen Glauben zu zerſtören. Wäre die Dynaſtie ihres Volkes wirklich ſo ſicher, dann würde ſie ſchon lange auf jene Schutzgeſetze verzichtet haben, mit denen ſie ſich ſo ängſtlich umgibt. Aber juſt im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat ſie dieſe Schutzgeſetze ſchärfer denn je ausbauen und anwenden laſſen. Die Dynaſtie ging ſo weit, daß ſie die Anwendung dieſer Geſetze auch auf den Reichstag verlangte und die Kritik der Thronreden verbot. Schließlich war die Angeberei wegen Majeſtätsbeleidigung eine derartige Landplage in Deutſchland geworden, daß Wilhelm II. (1907) die Verjährungsfriſt von fünf Jahren auf ſechs Monate herabſetzte (ohne jedoch das Delikt von der Öffentlichkeit abhängig zu machen).

Das beweiſt uns, daß die Dynaſtie in Deutſchland nur populär war, weil ſie mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln dieſe Popularität *erzwang* und jede andere Geſinnung aufs ſchärfſte unterdrücken ließ. Das beweiſt ferner, daß der ſprichwörtliche Gehorſam des Deutſchen keine innere Eigenſchaft ſeines Charakters, ſondern das Ergebnis eines harten und langen Zwanges iſt. Eine monarchiſche Regierung, die niemals den kleinſten, offen republikaniſchen Verein in ihrem Gebiet geduldet hat, kann leicht behaupten, ihre Bürger ſeien königstreu bis auf die Knochen. Da ſie keinen Gegenbeweis duldet und da dieſe Königstreue nicht aus dem Boden der Freiheit und Freiwilligkeit gewachſen iſt, ſo iſt ſie verdächtig.

Es gibt in Deutſchland keine große Partei, die die Monarchie um der Monarchie willen wollte. Gerade das Grundelement für die echte Königstreue, nämlich die Selbſtloſigkeit, fehlt unſeren ſogenannten monarchiſchen Parteien am meiſten. Es gibt in Deutſchland Männer, die in der Monarchie ein politiſches Ideal erblicken, ſelbſtloſe Politiker, Journaliſten und Gelehrte, die dieſes Ideal zu fördern beſtrebt ſind, aber keine politiſche Partei, die, auf eine Volksmehrheit geſtützt, ſelbſt-

los der Monarchie in ihrer heutigen Form dient. Just jene Parteien, die als Stützen von Thron und Altar gelten, stützen den Thron nicht um Gottes und Königs willen, sondern weil Gott und König der Förderung ihrer Sonderinteressen am besten entsprechen. Das ist die schlichte Wahrheit, die natürlich von denen am lautesten bestritten wird, die nicht für, sondern von der Monarchie leben.

Das preußisch-deutsche Volk als Ganzes steht der Monarchie von Gottes Gnaden im stillen schon seit Jahrzehnten skeptisch gegenüber. Wo immer es konnte, hat es gegen das Gottesgnadentum protestiert. In der Nationalversammlung vom 12. Oktober 1848 sagte Schultze-Delitzsch bei der Beratung der Verfassungsurkunde: „Man pflegt, wenn ein Handelshaus bankrott geworden ist, die Firma nicht in das neue Geschäft herüberzunehmen. Nun glaube ich, daß in der Geschichte der Absolutismus mit der alten Firma „von Gottes Gnaden" vollständig bankrott gemacht hat. Ich rate daher, wir nehmen die alte, bankrotte Firma nicht mit in das neue Geschäft hinüber." Und mit 217 gegen 143 Stimmen wurde die „bankrotte Firma von Gottes Gnaden" damals aus dem Verfassungsentwurfe gestrichen. War es die Schuld des preußischen Volkes, wenn Friedrich Wilhelm IV. diese Versammlung gewaltsam auflöste und allen Volksforderungen zum Trotz ihm eine (noch heute gültige) Verfassung aufzwang, die mit den Worten beginnt: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden ..."?

Wäre das deutsche Volk wirklich so monarchisch, so knechtisch und imperialistisch gesinnt, wie unsere heutigen Feinde behaupten, dann hätte es nie in Konflikt mit seiner Regierung kommen können. Diese Konflikte aber sind im Gegenteil häufig und zahlreich gewesen*). Wenn

*) Einige der deutlichsten Konflikte der letzten Jahrzehnte zwischen Volk und Regierung habe ich am Anfang des 4. Kapitels dieses Buches erwähnt. Wie sehr Deutschlands Volk in Opposition zu seiner Regierung steht, das ist nicht nur aus diesen Konflikten, nicht nur aus der ganzen, trotz aller Proteste gewaltsam aufrecht erhaltenen Verfassungswidrigkeit der deutschen Volksvertretung usw. ersichtlich, sondern namentlich auch aus der Haltung des Reichstags seit Kriegsbeginn. Der sogenannte „Burgfrieden" und die viel gerühmte „heilige Einigkeit aller Parteien" haben nicht verhindern können, daß der Reichstag fast einstimmig und mit größter Schärfe gegen Schutzhaft und Zensur, gegen die Ausschließung der Juden und Dissidenten vom Offizierskorps, gegen die Nichtbeachtung der deutschen Volksvertretung in Sachen der äußeren Politik usw. protestiert hat. Alles ver-

das deutsche Volk dabei niemals Sieger blieb, dann lag die Schuld nicht so sehr an ihm, sondern an jenem Gesetz der Weltgeschichte, das da will, daß die Völker erst dort siegen, wo die Dynastien von außen her eine Schwächung ihres Ansehens erleiden. Eine solche Schwächung aber ist in Preußen seit der Zeit von 1806 bis 1813 nie vorgekommen.

Unsere demokratischen Nachbarn und jetzigen Feinde, die uns vorwerfen, wir seien nicht reif für die Demokratie, seien knechtisch gesinnt und hätten keinen Sinn für die Freiheit, sollten ein wenig ihre eigene Geschichte studieren. Namentlich die Franzosen, die als das revolutionärste Volk der Welt gelten, sollten beachten, daß sie seinerzeit unter den gleichen Umständen so ziemlich dieselben (scheinbaren) Fehler besaßen, die sie uns heute vorwerfen. Solange nämlich die beiden Napoleons mit Sieg und Ruhm bedeckt aus ihren Feldzügen heimkehrten, haben die Franzosen nie an Revolution gedacht. Und dabei waren sie damals in der Welt ebenso verhaßt und gefürchtet, wie wir Deutschen es seit einigen Jahrzehnten sind. Da ihre Dynastie allenthalben ruhmredig und kriegslustig auftrat, bildete sich die Legende in der Welt, ganz Frankreich sei vom Machtkitzel und Nationaldünkel besessen und eine Gefahr für Europa. Die Untugenden der siegreichen Dynastie wurden hier, wie überall, gedankenlos auf das Schuldkonto des Volkes gebucht.

Eine französische Revolution in der Zeit von 1798 bis 1810 oder von 1851 bis 1869 hätte uns ganz ebenso vor den Katastrophen retten können, die die Dynastie der Bonaparte über Europa brachte, wie uns eine deutsche Revolution vor dem heutigen Kriege gerettet hätte. Warum machten die Franzosen damals keine Revolutionen? Einfach, weil sie unmöglich waren. Der Kreislauf der Dinge ist überall der gleiche: Siegreiche Dynastien bringen ihren Völkern den Despotismus;

---

gebens. Was in England schon 1629 durch die sogenannte „Petition of rights" beseitigt wurde, nämlich die Willkür der königlichen Behörden und die Garantielosigkeit der Staatsbürger gegen diese Regierungswillkür, das verlangte der deutsche Reichstag (einstimmig und doch vergebens) von der kaiserlichen Regierung Ende Oktober 1916. — Das Tragikomische dabei ist freilich, daß dieser selbe Reichstag mit derselben Einstimmigkeit alle Kriegskredite bewilligt, die mit der Begründung gefordert werden, Deutschland kämpfe einen heiligen Krieg gegen . . . den Zarismus.

gegen dieſen Deſpotismus entſteht eine heimliche Empörung, die aber durch das laute Lob derer übertönt wird, die im Solde der Dynaſtien ſtehen und die Macht haben. Je lauter dieſer Lobgeſang im Lande widerhallt, um ſo erbitterter und größer wird die heimliche Unzufriedenheit des wahren Volkes. Um die wachſende Volksempörung zu beſchwören, gilt den Dynaſtien der Krieg als das vorzüglichſte Mittel. Und erſt, wenn ſich herausſtellt, daß dieſe Rechnung falſch war, erſt wenn der Adler endlich verletzt am Boden liegt, kann dieſe heimliche Volksempörung losbrechen und ſiegen. Jena und Auerſtätt, die für Frankreich eine Feſtigung des dynaſtiſchen Regimes waren, waren für Preußen das Signal zu einem Volksaufſtand, der bis zu einer heimlichen Verſchwörung gegen den Preußenkönig ging. Da aber die damalige preußiſche Revolution der ruſſiſchen und öſterreichiſchen Dynaſtien zu ihrem Siege bedurfte, ſo konnte ſie leider ihre Früchte nicht ernten. — Umgekehrt wurde Sedan die Geburtſtunde des deutſchen Reiches „mit preußiſcher Spitze" und für Frankreich die der dritten Republik.

Es gibt eben eherne Geſetze in der Weltgeſchichte. Und eines dieſer Geſetze will, daß Dynaſtien, die nach außen hin ſiegen, damit auch über die Politik, die Logik, Wiſſenſchaft und Freiheitsbeſtrebungen ihrer Völker ſiegen. Wenn Lamartine geſagt hat: „Nicht das Vaterland läuft die größten Gefahren im Kriege, ſondern die Freiheit", ſo hätte er präziſieren ſollen: im ſiegreichen Kriege. Jeder ſiegreiche Krieg nämlich iſt für das ſiegende Volk ein Verluſt an politiſchen Freiheiten, für das beſiegte dagegen ein Born der Einſicht und des demokratiſchen Fortſchritts. — Ohne Königgrätz beſäße Öſterreich noch heute keine Verfaſſung und Ungarn ſtünde noch immer unter öſterreichiſcher Zuchtrute; andererſeits aber wären ohne Königgrätz die Nationalliberalen in Preußen nicht unverſehens zu „Reptilien" geworden. — Ohne Sedan kein Bismarck, aber auch kein Gambetta. — Hätte Rußland den Feldzug gegen Japan nicht verloren, dann beſäße das ruſſiſche Volk noch heute keine Verfaſſung. Und ſo fort.

So wie alſo die Siege von Wagram, Auſterlitz, Jena, Sebaſtopol und Solferino keine Revolutionen in Frankreich auslöſen konnten, ſo konnte man von uns Deutſchen auch keine Revolution nach Düppel, Königgrätz, Sedan und Paris erwarten. Siegreiche Revolutionen

werden nur durch verlorene Kriege möglich*), und unser preußisches Unglück ist, daß wir seit Jena keine Kriege mehr verloren haben. — Ja, lieber deutscher Leser, das war ein Unglück, denn wäre Preußen auch nur ein einziges Mal besiegt worden, dann wäre „die alte bankrotte Firma" schon längst gelöscht und der heutige Krieg nicht gekommen. Denn dann hätte es eben keinen deutschen Weltmachtdünkel und Pangermanismus der heutigen Art gegeben.

Ein bißchen mehr geschichtliche Logik täte den Demokraten jenseits der Vogesen und des Kanals bitter not. Sie würden dann begreifen, daß wir als Volk getan haben was wir tun konnten. Sie würden uns nicht mehr Fehler und schlechte Gewohnheiten vorwerfen, die sie unter gleichen Umständen (scheinbar) selbst besaßen und die nichts als ein Diktat siegreicher Dynastien sind. Diese Erkenntnis wäre für einen vernunftgemäßen Friedensschluß von höchster Wichtigkeit.

* * *

Was insbesondere den Militarismus und die Außenpolitik des deutschen Reiches betrifft, so habe ich bereits oben angedeutet, daß es wohl wahr ist, wenn man vom deutschen Volke behauptet, es sei bis auf die Knochen militarisiert gewesen. Man darf aber Militarismus nicht mit Kriegslust verwechseln. Der zweifellos stark vorhandene (künstlich erzeugte) militaristische Geist des deutschen Volkes war keine Friedensbedrohung, sondern, wie unser Volk ehrlich glaubte und Wilhelm II. ihm in seinen Reden immer wieder versicherte, ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens. Das heißt: das deutsche Volk hielt, wie jedes andere Volk, den Militarismus als ein notwendiges Übel der Landesverteidigung; es konnte, wollte und durfte sich die Grundidee des dynastisch gebliebenen deutschen Militarismus (das heißt seine Kriegslust) gar nicht klar machen.

*) Hier muß das Wort „siegreiche" betont werden. Die Revolutionen von 1848 wurden nicht aus Kriegen geboren und nicht gegen militärisch besiegte Dynastien geführt. Aber sowohl in Frankreich, wie auch in Deutschland und Österreich-Ungarn siegen sie nur einen Augenblick, um gleich darauf einer neuen Reaktion Platz zu machen. — Etwas Ähnliches läßt sich von der großen französischen Revolution sagen, die einen König stürzte um einen Kaiser zurückzubringen, der ganz Europa in Brand steckte.

Der Ausbruch des Weltkrieges hat dies auf das glänzendste bestätigt. Im ersten Kapitel dieses Buches habe ich an Hand deutscher Dokumente einige der zahlreichen Widersprüche und Fälschungen klargestellt, zu denen die deutsche Regierung gezwungen war, um ihrem Volke einen offenbaren Angriffskrieg als heiligen Verteidigungskrieg hinzustellen. Sie hätte diese wirklich sehr kompromittierenden Widersprüche und Fälschungen nicht nötig gehabt, wenn sie nicht eben genau wüßte, daß der Mehrheit des deutschen Volkes (trotz aller Militarisierung) jede kriegerische Eroberungspolitik von Grund auf zuwider ist. Nachdem sie aber Kosaken in Ostpreußen hatte einfallen und Bomben auf Nürnberg hatte werfen lassen und dies durch „amtliche" Meldungen ausdrücklich bestätigen ließ, nachdem sie in der Presse und im Reichstag die Vermittlungsvorschläge des Zaren und der englischen Diplomatie verheimlicht hatte, war es ihr eine Kleinigkeit, feierlich zu verkünden: „Neider überall zwingen uns zu gerechter Verteidigung. Man drückt uns das Schwert in die Hand" (Rede Wilhelms II. am 31. Juli 1914 vom Schloßfenster aus). Auf Grund dieser kaiserlichen und amtlichen Kundgebungen entstand im Vaterlandsgefühl des deutschen Volkes jenes heilige Verteidigungs- und Selbsterhaltungsbedürfnis, das nach der Meinung jedes Kulturvolkes immer am Grunde der Rüstungen stand: der heilige Wunsch und Wille zur Landesverteidigung!

Wenn also das deutsche Volk im August 1914 geschlossen und stolz zu den Waffen eilte, wofür begeisterte es sich dann? Für die Eroberungspläne der Bernhardi, Harden, Reventlow, Keim, Frobenius und Genossen? Für die Weltmachtpolitik der Hohenzollern, für das „größere Deutschland", für die „Befreiung" der Flämen, Balten usw.? Mit nichten. Wer der Mehrheit des deutschen Volkes diese Art der Kriegsbegeisterung zumutet, der beleidigt es. Wenn gegenwärtig in Deutschland so viele und so tolle Annerionspläne auftauchen, während andererseits die Proteste gegen jede Annerionsidee nur vereinzelt und schüchtern laut werden, so beweist das durchaus nicht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter unseren Eroberungspolitikern steht. Es geht mit dieser angeblichen Eroberungslust des deutschen Volkes wie mit seiner Königstreue. Die Regierung duldet ja keine Gegenprobe und jeder, der gegenwärtig für einen sofortigen Friedensschluß ohne Annerionen eintritt, wird mundtot gemacht. Das Berliner

Tageblatt wurde zum Beispiel nur deswegen mehrere Tage verboten, weil es sich erlaubt hatte, die Annerionsforderungen der sechs deutschen Wirtschaftsverbände als kriegsverlängernd zu bezeichnen. Nach außen hin kann auf diese Wiese leicht der Eindruck entstehen, als sei das ganze deutsche Volk von einer barbarischen Eroberungswut beherrscht.

Auch hier muß man, wie überall beim deutschen Problem, den Schein von der Wirklichkeit trennen. Die Wirklichkeit ist, daß sich das deutsche Volk im August 1914 für die vornehme Idee der Landesverteidigung begeisterte. Wir wären ja nicht wert, ein Volk zu sein, wenn diese Idee nicht in uns lebte. Sobald man an unsere nationale Ehre und Unabhängigkeit greift, werden wir, wie jedes andere Volk auch, kriegerisch. Auf Grund der offiziellen deutschen Darstellung der Kriegsursachen mußten wir glauben, daß das geschehen sei. Welcher Deutsche konnte in diesen verwirrten Tagen auch nur einen Augenblick auf die Idee kommen, daß im Preußen-Deutschland des 20. Jahrhunderts noch jene Theorien vom göttlichen Staatsrecht gelten, die Machiavelli den Fürsten des Mittelalters empfahl? Die wachsamsten Demokraten, die entschiedensten Kriegsgegner konnten an diese Ungeheuerlichkeit nicht glauben; selbst Leute wie Liebknecht, Haase, Bernstein stimmten im guten Glauben der Landesverteidigung für die Kriegskredite.

So und nicht anders muß man die Psychologie der deutschen Kriegsbegeisterung erklären. Sie entstand mit Hilfe von Fälschungen und der feierlichen Versicherung, daß „wir ins Feld ziehen mit gutem Gewissen und dem Bewußtsein, daß nicht wir den Krieg gewollt haben" (Rede des Reichskanzlers zur Volksmenge am 1. August 1914).

Es ist leicht (und vielleicht dem Ausland gegenüber eine verdienstvolle Aufgabe), die Gegenprobe auf die Richtigkeit dieser Rechnung zu machen: Stellen wir uns zu diesem Zweck einen Augenblick ein parlamentarisch regiertes Deutschland vor. Nehmen wir an, in den Artikeln 11 und 68 der deutschen Reichsverfassung stände statt des Wortes „der deutsche Kaiser" das Wort „der deutsche Reichstag" oder die Ergänzung „mit Genehmigung des deutschen Reichstages". Dann gäbe es in der deutschen Politik keine Möglichkeit mehr für die mehr als kühne Anwendung der Lehren Machiavellis. An ihrer Stelle gäbe es eine Armee, die dem Volkswillen untersteht, Minister, die vor der Volksvertretung verantwortlich sind und verfassungsgemäß unter Anklage

gestellt werden können, vernunftgemäß eingeteilte Wahlkreise, das heißt einen Reichstag mit etwa 660 Abgeordneten (statt wie heute mit 397). Dann betrachte man die Wahlergebnisse des Jahres 1912. Von insgesamt zwölf Millionen abgegebenen Stimmen stehen fast acht Millionen in klarster Opposition zur pangermanistischen Eroberungsidee*). Diese acht Millionen mehr oder weniger demokratisch orientierter deutscher Wähler müßten in diesem richtig organisierten Reichstag mit etwa 440 Abgeordneten vertreten sein. Die wirklichen Pangermanisten, auf die bei den Wahlen von 1912 rund vier Millionen Stimmen entfielen, würden in einem solchen Reichstag etwa 220 Mandate erhalten haben.

Nun bricht der österreichisch-serbische Konflikt aus. Man ruft verfassungsgemäß dieses Parlament zusammen und legt ihm nicht nur das österreichische Ultimatum an Serbien nebst der darauf erfolgten, fast unterwürfigen Antwort vor, sondern eben auch den Greyschen Vorschlag einer Viermächtekonferenz (Nr. 67 und 84 des englischen Blaubuchs), die Depesche des Zaren an Wilhelm II. vom 29. Juli, worin die Schlichtung des Streites durch das Haager Schiedsgericht vorgeschlagen wird, und schließlich noch die weiteren Vermittlungsvorschläge Sazonows (russisches Orangebuch Nr. 60 und 67) und Greys (Nr. 101 und 103 des englischen Blaubuches). Statt also den (verfassungswidrig organisierten und verfassungsgemäß ohnmächtigen) Reichstag volle vier Tage nach erfolgter Kriegserklärung vor vollendete Tatsachen zu stellen und mit Kosakeneinfällen, Fliegerbomben, Verheimlichung der wichtigsten Vermittlungsvorschläge usw. grob zu

*) Als offenbar nicht pangermanistisch muß man rechnen: Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen, Elsäßer, Welfen, Lothringer. Als ausgesprochen pangermanistisch dagegen: Nationalliberale, Konservative, Reichspartei, Antisemiten. — Eine Mittelstellung nimmt die katholische Zentrumspartei ein, auf die 1912 etwas über 2 Millionen Stimmen abgegeben wurden. Da sich die Kundschaft des Zentrums zumeist aus kleinen Leuten zusammensetzt und die Zentrumskandidaten in vielen Wahlkreisen (namentlich der Rheinprovinz, Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens) recht demokratisch auftreten (das Zentrum verweigerte mehrmals die Rüstungsforderungen, bekämpfte die Polenpolitik und war 1907 sogar die Verbündete der Sozialdemokratie), so wird man ungefähr das Richtige treffen, wenn man die Zentrumsstimmen teilt, also rund 1 Million als nicht pangermanistisch einschätzt. Vor die deutliche Frage gestellt: Wollt ihr einen Eroberungskrieg? würden mindestens vier Fünftel der Zentrumswähler von 1912 mit einem lauten „Nein" geantwortet haben.

hintergehen (was, nochmals wiederholt, nur mit Artikel 11 und 68 der deutschen Reichsverfassung möglich ist), hätte dieser vernünftig organisierte, mit allen Vollmachten ausgestattete Reichstag verfassungsgemäß über Krieg und Frieden beraten müssen.

Man stelle sich das vor und antworte mir, Hand aufs Herz: Wäre im Angesicht dieser Vorschläge die deutsche Regierung wohl von einem solchen Parlament ermächtigt worden, am 31. Juli jenes zwölfstündige Ultimatum an Rußland zu richten, das den Krieg unvermeidlich machte?

Ich antworte mit aller Entschiedenheit und erwarte von allen, die noch Sinn für Logik und Wahrheit haben, dieselbe Antwort: Nein! Mit derselben Entschlossenheit, mit der das deutsche Volk auf Grund jener Fälschungen und Verheimlichungen für einen heiligen Verteidigungskrieg zu den Waffen griff, hätte es dann gefordert (acht von insgesamt zwölf Millionen deutschen Wählern sind nun einmal keine Pangermanisten), daß man erst alle Einigungsversuche und -vorschläge bespreche, daß man erst alle mit der Ehre und Unabhängigkeit der Nation vereinbaren Möglichkeiten der Friedenserhaltung erschöpfe, ehe man die Generalstäbler rief und ihnen die Fortführung der Politik „mit anderen Mitteln" übertrug.

Es ist mein Stolz als deutscher Patriot, hier im Namen meines Volkes diese Feststellung zu machen: Zwei Drittel der deutschen Wählerschaft verabscheuen jeden Eroberungskrieg, mißbilligen insgeheim das an Belgien begangene Verbrechen und begreifen den Weltkrieg nur mit Hilfe von Kosakeneinfällen, Fliegerbomben und „tatsächlichen Angriffen". Zwei Drittel der deutschen Soldaten sind ins Feld gezogen „mit reinem Gewissen", im stolzen Bewußtsein der Vaterlandsverteidigung und in dem festen Glauben, daß „wir" den Krieg nicht gewollt haben.

Ich wünschte lebhaft, daß man über dieſen Punkt endlich einmal Klarheit schaffte. Der Vorwurf, wir seien ein knechtisch gesinntes, für die Selbstregierung unreifes und nach Weltherrschaft lüsternes Volk, wird ja nicht nur vom Ausland erhoben, sondern leider sogar noch von jenen seltenen deutschen Sozialisten und Demokraten, die heute in der Opposition zur deutschen Regierung stehen. Sie zucken die Achseln und sagen: Was wollen Sie? Das ganze deutsche Volk steht ja hinter

seiner Dynastie. Es ist vom Militarismus vergiftet. Hätte Wilhelm II. am 1. August 1914 den Krieg nicht erklärt, unser Volk hätte ihn dazu gezwungen.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse von 1907 und 1912 genügt, die geradezu verbrecherische Absurdität dieser Behauptung zu begreifen. Sie ist eine grobe Beleidigung unseres arbeitsamen, friedfertigen deutschen Volkes. Ein Volk, das wirklich von Beute und Eroberung träumt, braucht man weder mit Majestätsbeleidigungsgesetzen, noch mit Verfassungsvergewaltigungen und erst recht nicht mit „tatsächlichen Angriffen" für Kaiser und Reich und Vaterlandsverteidigung zu begeistern. Einem solchen Volk hätte man im Gegenteil ruhig sagen können, was unsere Pangermanisten vorher überlaut verkündet hatten: Wir ersticken. Wir brauchen mehr Platz an der Sonne! Da wir die stärkste Armee und die höchste Kultur haben, haben wir auch ein heiliges Recht auf Eroberung.

Man hat sich aber sorgsam gehütet, so zu unserem Volke zu sprechen (trotzdem man just damit die Verantwortung für jene Machenschaften vermieden hätte). Das ganz allein genügt schon als Beweis dafür, daß wir Deutschen im Grunde ebenso friedliebend sind wie andere Völker, daß man uns aber künstlich und gewaltsam in einer Auffassung festhält, ohne die unsere Regierung den Krieg gar nicht hätte führen können.

* * *

Die Schlußfolgerung aus alledem ist bald gezogen:

Das deutsche Vaterland wird durch eine von Gott gesetzte, das heißt mit mittelalterlichen Machtvollkommenheiten regierende Dynastie verkörpert. Der Glaube an diese Dynastie ist ein patriotisches Dogma, dem aber das preußisch-deutsche Volk nicht freiwillig, sondern nur gezwungen zustimmt. Das wahre deutsche Volksempfinden hat die „alte Firma von Gottesgnaden" längst als bankrott erklärt. Das heißt, die Dynastie hat nicht hindern können, daß unser Volk dieselbe Entwicklung durchgemacht und dasselbe demokratische Kulturideal herausgebildet hat als andere Völker. Was insbesondere den Krieg angeht, so verabscheut es jede Eroberungsidee von Grund auf und begeistert sich, wie jedes zivilisierte Volk, nur noch für die heilige Idee der Landesverteidigung.

Leider aber geht es uns Deutſchen mit dieſer heiligen Idee wie mit allen anderen politiſchen Dingen. Wie unſere Vaterlandsidee verfaſſungsgemäß in der Dynaſtie gipfelt, wie die deutſchen Soldaten verfaſſungsgemäß nicht für unſer Land, ſondern für ihren oberſten Kriegsherrn fechten, ſo iſt auch unſer Nationalgefühl unſeren Herren nur ein Mittel für „höhere Ziele", die zu kennen und zu bekritteln wir um ſo weniger ein Recht haben, als es ja eine Ehrenpflicht für uns iſt, zu kommen, wenn immer der König ruft.

Da die Summe des deutſchen Nationalgefühls gleich iſt der patriotiſchen Summe des dynaſtiſchen Dogmas, ſo ergibt ſich auf Grund des mathematiſchen Gleichungsgeſetzes, daß unſer eigener Wunſch und Wille in derlei Dingen für unſere Herren belanglos und ſtörend iſt, weshalb ſie von den Göttern das Recht erhielten, damit nach Belieben umzugehen.

Das iſt auch hier die ſchlichte, verfaſſungsgemäße, wiſſenſchaftlich beweisbare und mit deutſchen Dokumenten bereits bewieſene Wahrheit. Es iſt nicht unſere Schuld, wenn ſie heute noch ungeheuerlich und revolutionär klingt. Sie bleibt nichtsdeſtoweniger die Wahrheit und **muß** geſagt werden.

VII.

Vom Urſprung und Sinn des Krieges.

Die Meinungen der deutſchen Pazifiſten und Sozialiſten.

Verſuchen wir nunmehr, nachdem wir von der deutſchen Dynaſtie und dem Weltkrieg als Deutſche geſprochen haben, das dynaſtiſche Problem noch kurz als Europäer zu behandeln und uns ein Bild von der univerſellen Bedeutung dieſes Weltkrieges zu machen.

Zunächſt müſſen wir uns klar werden, daß alle Kriege einem dynaſtiſchen Willen zur Macht entſpringen. In unſerer Zeit der „modernen Ideen" klingt dieſe Wahrheit freilich ein wenig „veraltet" und wird von vielen Gelehrten mit einem überlegenen Lächeln abgetan. Wir haben geſehen, daß die Gelehrten beileibe nicht immer nur ihrem inneren Drang nach Wahrheit folgen. Ganz beſonders hier, wo die Wahrheitsforſchung gewiſſe Geſetzesparagraphen und patriotiſche Dogmen reſpektieren muß, wird das Wahre, Einfache und Selbſtverſtändliche leicht auch das Revolutionäre. Folglich iſt gerade die Frage nach der Entſtehung der Kriege ganz unnütz kompliziert worden. Die von unſeren deutſchen Staatsphiloſophen und ſonſtigen Intellektuellen darüber geäußerten Anſichten befriedigen den geſunden Menſchenverſtand der heutigen Zeit nur ſelten und machen häufig den Eindruck der Drückebergerei vor der Wahrheit. Nur unſer großer Kant hat den Mut gehabt, das „heilloſe Kriegführen" ſchlicht und einfach „als die Sache der Staatsoberhäupter" hinzuſtellen, „die des Krieges nie ſatt werden". Eine Beſtätigung dieſer Kantſchen Wahrheit wird uns von ſeinem Antipoden Bismarck geliefert, deſſen Autorität hoffent-

lich niemand anzweifeln wird: „Die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege; der Krieg wird durch Minoritäten oder in absoluten Staaten durch Beherrscher oder Kabinette entzündet," sagte er mit dankenswerter Offenheit in seiner Reichstagsrede vom 2. Februar 1876.

In der Tat war der Krieg seit Anbeginn der Welt immer die Sache der Staatsoberhäupter. Und das wird er so lange sein, als diese mit göttlichen Vollmachten ausgerüstet bleiben.

Wer sich also die Aufgabe stellt, den Krieg zu bekämpfen (und wer täte das heute nicht?), der muß, wenn er ehrlich sein will, seinen Kampf zunächst gegen die Dynastien richten. Das aber haben seit Kant nur wenige getan. In Deutschland zumal hat aus den bekannten Gründen niemand die Lehren Kants fortzuentwickeln gewagt. Je zahlreicher in den letzten zwanzig Jahren die „wissenschaftlichen" Pazifisten in Deutschland wurden, um so ängstlicher entfernten sie sich von Kants republikanischer Erkenntnis und Urforderung. Ohne je vom dynastischen Willen zur Macht zu sprechen, bekämpften sie nur seine äußeren Erscheinungen (Rüstungspolitik, Militarismus, Geheimdiplomatie, Chauvinismus, Pangermanismus, Hetzpresse usw. usw.). Der deutsche Haupttheoretiker des angeblich wissenschaftlichen Pazifismus, Dr. A. H. Fried, spricht zum Beispiel in seinen umfangreichen Schriften nirgendwo von Dynastien, Verfassungsvollmachten, Oberbefehl über die bewaffnete Macht, allgemeiner Wehrpflicht, Selbstbestimmungsrecht der Völker usw., dagegen viel zu viel von der „zwischenstaatlichen Anarchie", von Gewaltwirkung, von unvernünftiger Organisation der internationalen Gesellschaft und anderen Dingen, von denen er uns zwar sagt, wie sie beschaffen sind und wirken, aber nicht, wer sie schafft, ausbaut und anwendet. Fried und seine Anhänger treten also nicht als Politiker, Demokraten oder gar als Revolutionäre auf, sondern als behutsame Wissenschaftler, Rhetoriker oder (so nennt Fried sich mit Vorliebe selbst) als „Techniker des Friedens".

Als ich kurz vor Ausbruch des Krieges einen angesehenen deutschen Pazifisten unter vier Augen fragte, was denn seiner ehrlichen Überzeugung nach die wirkliche Ursache der Kriege sei, antwortete er mir mit jenem Freimut, den wir Deutsche nur in Privatunterhaltungen

haben dürfen: „Ach, wir wissen es längst: die Dynastien!" Er gab mir in bezug auf die damals schon drohend gewordene Weltlage Erläuterungen, die ich hier nicht wiederholen kann, und als ich ihm sagte, daß es unter diesen Umständen doch nötig wäre, unseren Kampf zunächst politisch zu gestalten, das heißt gegen das dynastische Machtprinzip zu richten, erwiderte er mutlos: „Was wollen Sie? Wenn wir offen sagen wollten, wer und was eigentlich zum Kriege treibt, würde man uns sofort unschädlich machen. Wir müssen froh sein, wenn man uns duldet wie wir sind. Die Eingeweihten wissen trotzdem, daß wir Republikaner sind." Diese Unterhaltung machte einen so tiefen Eindruck auf mich, daß schließlich das vorliegende Buch aus ihr entstand. Von dieser Stunde an wurde mir klar, daß jeder Deutsche, der für Frieden, Volksfreiheit und demokratischen Fortschritt kämpft, eine besondere Art von Gelehrtenlatein anwenden muß, um mit den in Deutschland regierenden Gewalten nicht in Konflikt zu kommen.

Was Dr. Fried zum Beispiel vorsichtig „zwischenstaatliche Anarchie" nennt, das ist, logisch zu Ende gedacht und klar ausgedrückt, „dynastischer Wille zur Macht". Der Vorzug des Wortes „zwischenstaatliche Anarchie" liegt in seinem wissenschaftlichen Klang, der dem Staatsanwalt nicht erlaubt, dahinter eine „umstürzlerische" Gesinnung zu vermuten.

Da die wissenschaftlichen Pazifisten, wie wir sehen, davor zurückschrecken, die wahren Kriegsursachen beim wahren Namen zu nennen, können sie logischerweise auch die Mittel zu seiner Verhütung nicht so klar bezeichnen, wie sie es wohl möchten. Statt mit Kant einfach zu sagen: Der Krieg ist die Sache der Staatsoberhäupter und kann erst verschwinden, wenn man ihnen mit republikanischen Verfassungen die politische Macht nimmt! sprechen sie viel von der „zwischenstaatlichen Organisation", von der notwendigen „Immunisierung der Massen gegen den Krieg", zwischendurch wohl auch von der „Anpassung der Politik an das Recht"; oder sie reden sich ein, daß die immer zunehmende Technik und Kultur den Krieg besiegen werde. Aber wenn sie dabei auch im stillen das Wort „Kultur" als Demokraten verstehen, sie sagen es nirgendwo laut. Vergeblich suchen wir in den Werken der wissenschaftlichen deutschen Pazifisten die Forderung einer Verfassungsänderung, das heißt die Errichtung jener Volkssouveränität,

die allein der Unterbau einer zum Frieden führenden Kultur sein kann. Die von Fried vorgetragene Idee, daß die immer weiter gehende Technik der Arbeit und des Verkehrs uns sozusagen automatisch den Frieden bringen muß, ist zwar eine schöne Metaphysik, mit der man nirgendwo Anstoß erregt, die aber nicht einmal den Vorzug besitzt, richtig zu sein. Denn auch wenn es uns dank der vollendetsten Technik gelingen sollte, alle Menschen gesund, reich, brüderlich gesinnt und glücklich zu machen, so kann eine solche, von der Technik beglückte Menschheit doch noch immer unter der Herrschaft einer mit göttlichen Rechten regierenden Dynastie bleiben, die mit ihrer souveränen Kommandogewalt über die bewaffnete Macht (ganz wie im Juli 1914) nicht nur das absolute Recht, sondern auch die vaterländische Pflicht besitzt, in jedem ihr passend erscheinenden Augenblick einen Krieg zu entfesseln.

Wem gehorcht die Armee? Diese Frage zu stellen, zu untersuchen, zu beantworten und eine der Friedenserhaltung dienende Nutzanwendung daraus zu ziehen, ist den deutschen Pazifisten meines Wissens nie eingefallen. Wehe dem Deutschen, der diese wichtigste aller Fragen als Demokrat und Republikaner gestellt hätte.

So konnte just das moderne Deutschland ein Beweis dafür werden, daß in einem ganz von der Technik beherrschten Staatswesen die Dynastie nicht ein Parzellchen ihrer göttlichen und militärischen Gewalten aufzugeben braucht. Ja, nach einer näheren Untersuchung haben wir sogar sehen müssen, daß in diesem modernen Deutschland die vielgerühmte „Kultur" ganz dem dynastischen Machtwillen untersteht und, statt ein Gegengewicht zum Kriege zu werden, sein stilles Hilfswerkzeug wurde. Was tut Dr. Fried mit der Tatsache, daß im modernen Deutschland neben der vollendetsten Technik die ganz auf mittelalterlichen Ideen beruhenden Artikel 11 und 68 der deutschen Reichsverfassung unangetastet blieben? Wie war es möglich, daß trotz der immer wachsenden Verkehrstechnik und der sich daraus ergebenden deutschen Sehnsucht nach politischer Freiheit jedes Verlangen nach einer dadurch bedingten demokratischen Verfassungsänderung als Majestätsbeleidigung bestraft wurde?

Es war möglich, weil die modernste Technik, wie wir sehen, mit dem dunkelsten politischen Mittelalter vorzüglich harmonieren kann.

Die Herstellung dieser sonderbaren Harmonie wird den Regierenden um so leichter, je „wissenschaftlicher", das heißt verzagter die Führer der intellektuellen und politischen Opposition dagegen protestieren. Solange die „wissenschaftlichen" Pazifisten sich scheuen, entschiedene Demokraten zu sein, so lange wird die angeblich völkerverbrüdernde Technik kein Segen, sondern geradezu ein Fluch für die Menschheit sein. Denn in diesem Falle arbeitet die moderne Technik ganz im Dienste des Krieges; der Weltkrieg beweist, daß sie die moderne Kriegsführung in geradezu ekelerregender Weise vergrausamt hat.

Wer, wie Dr. Fried und seine Schule, die wahre Kultur, das heißt den Frieden, als Ergebnis der Technik erwartet und sich dabei ängstlich von allen Verfassungsfragen und demokratischen Grundforderungen fernhält, der betrachtet die Kultur wie irgendein Ostwald (der sich übrigens auch Pazifist nennt und es auch auf seine Art ist) nur als technische Organisation und soziale Disziplin. Nun ist die wahre Kultur aber kein Ideal für Mechaniker und Techniker; der Mensch hat die Maschine nicht erfunden, um nachher von der Maschine versklavt zu werden. Sondern die alleinige Voraussetzung jeder wahren Kultur ist und bleibt die politische Freiheit und Würde der Staatsbürger.

Volkssouveränität, Menschenwürde und Geistesfreiheit: wo diese fehlen, dort kann von Kultur keine Rede sein, dort wird auch jeder Pazifismus, Sozialismus usw, zur Karikatur. Die heute in Deutschland bestehende kollektivistische Kriegswirtschaft ist ein Beweis dafür, daß sogar der Sozialismus (solange er nur eine Magenfrage ist, das heißt nur wirtschaftliche Forderungen stellt) sehr wohl an der Seite einer absolut regierenden Dynastie verwirklicht werden kann. Wenn es Leute gibt, die diese Verschmelzung des scheinbar revolutionärsten Prinzips (Kollektivismus) mit der gewalttätigsten Feudaldiktatur (Burgfrieden) Kultur nennen (es sind in der Tat Stimmen laut geworden: man brauche die heutige Kriegswirtschaft nur auf den kommenden Friedenszustand zu übertragen und der wichtigste Teil des Sozialismus sei verwirklicht), dann müssen wir dem aufs schärfste widersprechen. Solange man nämlich inmitten der großartigsten technischen und wirtschaftlichen Organisation den Dynastien ihre göttlichen Vorrechte läßt, solange wird diese Kultur nicht Menschenwerk, sondern ein Gnadengeschenk der Götter sein; eine beständige Kriegsgefahr wird

über ihr schweben und irgendeine, auf Nürnberg geworfene Fliegerbombe kann das Ganze von heute auf morgen ruinieren.

Soll die irdische Kultur im allgemeinen und die deutsche im besonderen noch länger von den unberechenbaren Launen der Götter und Gottgesandten abhängen? Wir richten diese Frage an alle, die wie Dr. Fried, von der „Kultur" eine pazifistische Weltordnung erwarten, ohne *vorher* nach dem verfassungsrechtlich-politischen Unterbau dieser Kultur zu fragen.

Die Vorgeschichte und der Ausbruch des Weltkrieges beweist uns, daß unsere vielgerühmte Kultur nicht uns, sondern anderen gehörte. Und darum, mein lieber Dr. Fried, erwarten die Völker ihr Glück zunächst von politischen Verfassungen und nicht von der Technik, Kultur und Organisation; alle diese und ähnliche schöne Dinge sind nämlich für die Sicherung des Weltfriedens so lange bedeutungslos, als sie von Gottes Gnaden beaufsichtigt werden.

Überhaupt sind Frieden und Krieg nicht so sehr die Ergebnisse der auswärtigen Politik, sondern vielmehr (so sonderbar Ihnen das auch klingen mag) die Folgeerscheinungen der *inneren* Staatsverfassungen. Die „zwischenstaatliche Anarchie" ist kein Ding an sich, sondern die natürliche Folge *feudal-militaristischer* Verfassungen! Und deshalb: *Weg mit diesen Verfassungen!* Alles andere ist pazifistisch-weinerliche Quacksalberei. — Was tun Sie eigentlich mit unserem Altmeister Kant? Cherchez la dynastie! lieber Dr. Kriege werden niemals von „zwischenstaatlichen Anarchien" erklärt, sondern immer nur von Dynastien. Cherchez la dynastie! Und wenn Sie sie gefunden haben, werden Sie bemerken, daß in diesem Wörtchen mehr über Krieg und Frieden enthalten ist, als in zehn Bänden der angeblich wissenschaftlichen Friedensliteratur zusammengenommen. Wer für den Frieden kämpft, ohne Kants Urforderung: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein!" zum Ausgangspunkt seiner Kriegsbekämpfung zu machen, der macht den Eindruck, als habe er den irdischen Göttern zuliebe nicht *gewagt*, das pazifistische Problem zu Ende zu denken.

Der Pazifismus wird *demokratisch* sein oder er wird bleiben, was er bisher war: ein Gelächter für hohe Herrschaften.

* * *

Nicht minder bequem machen sich die Sozialisten die Kriegsbekämpfung. Wo sie überhaupt auf die Dynastien zu sprechen kommen (auch sie tun es nur ungern und selten), dort erklären sie sie als die Vertreterin der kapitalistischen Interessen der regierenden Klassen und behaupten, daß die Kriege unvermeidlich sind, solange das böse Kapital die Welt regieren wird. Spricht man ihnen vom dynastischen Willen zur Macht, dann belächeln sie diese „bürgerliche Ideologie" und beweisen einem von der Höhe ihrer „materialistischen Geschichtsauffassung" herunter, daß dieser angeblich dynastische Willen zur Macht ja nur ein Teilchen jenes „kapitalistischen Geistes" ist, der die Welt beherrscht und dem wir alle (aber auch alle) Übel der Welt verdanken.

An sich ist es schon ein starkes Stück, beispielsweise die allgemeine Wehrpflicht als Ausfluß des „kapitalistischen Geistes" zu behandeln. Denn die allgemeine Wehrpflicht ist eine Errungenschaft der großen Revolution und hat mit Kapitalismus offenbar nicht das geringste gemein. Gerade jene Kriege, die kapitalistischen Interessen zuliebe geführt werden (nämlich Kolonialkriege), werden ohne die Inanspruchnahme der allgemeinen Wehrpflicht geführt. Kapitalistisch sehr hochentwickelte Staaten, wie die Vereinigten Staaten und England, besitzen keine allgemeine Wehrpflicht, kapitalistisch noch ganz unentwickelte Staaten, wie Rußland und Österreich-Ungarn, dagegen besitzen sie.

Und wenn wirklich der Krieg die notwendige Folge kapitalistischer Interessengegensätze ist, warum haben dann kapitalistisch sehr hoch entwickelte Länder, wie die Vereinigten Staaten, England, die Schweiz, Schweden, Australien usw., seit hundert Jahren keine Kriege*) mehr

*) Siehe hierzu die Fußnote S. 34. — Englands Kriege waren seit Waterloo nur immer Kolonialkriege und wurden von Freiwilligen gemacht. Von Freiwilligen geführte Kriege (so auch der Krieg der nordamerikanischen Union gegen Spanien) sind nie wirklich nationale Angelegenheiten, sondern kapitalistische Unternehmungen. Ob ein Unternehmer Arbeiter in eine Mine schickt, oder ob ein Unternehmersyndikat eigens dafür angeworbene Soldaten nach Transvaal, Kuba usw. schickt, das ist im Grunde dasselbe. Obgleich wir natürlich jede kriegerische Kolonialpolitik aufs schärfste verurteilen, können wir es niemand verübeln, wenn er gegen gutes Geld bereit ist, seine Haut für die Interessen anderer zu Markte zu tragen. Unsere Hoffnung beruht hier auf der Idee, daß sich in Zukunft keine Kriegsfreiwilligen für kapitalistische Raubzüge mehr finden werden. — Im übrigen aber ist

geführt, wogegen just diejenigen Staaten in Europa, deren kapitalistische Wirtschaftsweise um hundert Jahre hinter den anderen zurücksteht, nämlich Rußland und die Türkei, im 19. Jahrhundert die meisten und blutigsten Kriege geführt haben?

Der aufmerksame Leser, der gleich mir unvoreingenommen nach den tatsächlichen Kriegsursachen forscht, wird instinktiv fühlen, daß das Gerede der Sozialisten, der Kapitalismus sei am Kriege schuld, zwar ein Teilchen Wahrheit enthält (auf Kolonialkriege angewendet ist es zumeist zutreffend), im übrigen aber eine gelehrte Klopffechterei ist, mit der sie sich, ganz wie die wissenschaftlichen Pazifisten, geschickt um den *Kern* des Problems herumdrücken.

Am nächsten kommen diejenigen der Wahrheit, die den Krieg als Ausfluß des „Imperialismus" behandeln. Was aber ist eigentlich Imperialismus? Doch wohl der Wunsch und Wille zur Weltmachtpolitik, das heißt also der ins Politische übertragene Nietzschesche Wille zur Macht. Wo dieser Imperialismus, wie beispielsweise in England, von einem Parlament und nicht von einer Dynastie inspiriert wird, beschränkt er sich zumeist auf die Erwerbung überseeischer Absatzgebiete, ist also eigentlich Merkantilismus (autonome Regierungsformen in allen englischen Kolonien mit weißer Bevölkerung). Wo der Imperialismus aber zugleich auch auf die politische Unterjochung zivilisierter Völker ausgeht, ist er stets das Werk einer Dynastie. Für den Frieden gefährlich ist also nur der Imperialismus *politischer*

---

just Englands Geschichte ein klassisches Beispiel für die Unrichtigkeit der sozialistischen These. England hat im Laufe des letzten Jahrhunderts zahlreiche und teils sehr ernste Konflikte durch Schiedsgerichte austragen lassen, trotzdem es doch wie kein anderer Staat der Welt die Machtmittel besaß, eine seinen Interessen günstige Gewaltlösung zu erzwingen. 1863 schlichtet der König der Belgier einen Streitfall zwischen England und Brasilien, 1869 der Präsident der Vereinigten Staaten einen anderen Streit zwischen England und Portugal, 1872 das Genfer Schiedsgericht einen Streit zwischen England und den Vereinigten Staaten, 1893 das Pariser Schiedsgericht den Streit über den Robbenfang zwischen England und Nordamerika, 1904 das Haager Schiedsgericht den schweren Konflikt zwischen England und Rußland in Sachen des Huller Zwischenfalls usw. — Woher diese Vorliebe für die Schiedsgerichtsbarkeit in einem ganz vom Kapital regierten Lande? Die Antwort ist einfach: In England *fehlte* der dynastische Wille zur Macht. Wenn England wirtschaftlich auch vom Kapital regiert wird, so wird es *politisch* eben vom Parlament und vom Liberalismus regiert.

Art (Ausnahmegesetzgebung für Elsaß-Lothringen, Enteignungsverfahren gegen die Polen, Sprachverbot für die Dänen, Bedrückung der Finnländer, Ausrottung der Armenier usw. usw.). Wem es gefällt, der kann in diesem Buch also den Begriff „dynastischer Wille zur Macht" auch als „imperialistischen Willen zur politischen Macht" lesen, denn im Gebiete der Politik sind „dynastisch" und „imperialistisch" dieselben Begriffe. Nur daß man sich bei dem Wort „dynastisch" etwas denken *muß*, was man sich bei „imperialistisch" nur denken *kann*.

* * *

Ein großes Übel unserer Zeit ist die Gelehrtheit, die sich heutzutage in Dinge mischt, wo sie am wenigsten hingehört. Der Krieg ist ein höchst rohes und ungelehrtes Ding und bedarf keiner gelehrten Erklärung. Aber unser Zeitalter sträubt sich so sehr gegen die natürliche Roheit gewisser, aus dem Mittelalter übernommener Dinge, daß es auch dort „wissenschaftliche" Untersuchungen und Begründungen verlangt, wo gar keine möglich sind.

Und deshalb erzählen uns die Gelehrten die hahnebüchensten Geschichten über den Ursprung und Zweck der Kriege. Der Gelehrte, der der Gegensatz zum Philosophen ist, mag die Dinge in seinem „Fach" zwar recht scharf übersehen, aber er ist ängstlich und beschränkt, das heißt unfähig, seine Fachgelehrtheit mit Welt und Menschen in Verbindung zu bringen. So beweist der Biologe, daß das harte Gesetz der Art- und Selbsterhaltung die Ursache des Krieges ist; der Marxist beklagt die Schäden der Kapitalswirtschaft, der „bürgerliche" Nationalökonom die Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes, der Theologe die Religionslosigkeit der Welt, der wissenschaftliche Pazifist die zwischenstaatliche Anarchie, der Vegetarier vielleicht gar die Üppigkeit einer fleischessenden Gesellschaft als Ursache des Krieges. Es gibt in Deutschland sogar Vertreter der sogenannten „gelben" Gewerkschaften, die ernsthaft den Nachweis erbringen, die treibende Kraft zum Kriege seien — die englischen Gewerkschaften gewesen.

So beehrt uns jede Partei und Sekte mit einer höchst gelehrten Theorie über den Ursprung und Sinn der Kriege, und während Europa eine Katastrophe durchlebt, deren höchst ungelehrte Ursachen die

Spatzen sozusagen von den Dächern pfeifen, stehen die Gelehrten mit ihren Theorien in rührender Hilflosigkeit vor uns und gleichen den Byzantinern, die über das Licht von Tabor orakelten, als die Türken eben die ersten Breschen in die Festungsmauern geschlagen hatten.

Lächelnd und erhaben steht die Welt der Dynastie über dem Gerede der Magister. Ihr ist es schon recht, wenn tausend Theorien über die Ursachen des Krieges eigens zu dem Zweck erfunden werden, die wahren Ursachen nicht nennen zu müssen. Auf diese Weise bleibt den Völkern jener Glaube an die Unvermeidbarkeit der Kriege erhalten, den die Dynastien für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft just brauchen. Sollte irgendwo einmal ein neuer Kant aufstehen, der in seiner genialen Naivetät die Dinge einfach sagt wie sie sind, dann weiß ihn die Dynastie leicht zur Vernunft zu bringen. Schon mit dem alten Kant ist ihr das so glänzend gelungen, daß unser Königsberger Philosoph heute an keiner Universität als Republikaner und Verfechter des Völkerrechts bekannt ist; Kant gilt überall nur als der Mann der Erkenntnistheorie.

Immer wenn ich mit einem rechten „Genossen" rede und er mir klar macht, daß das Kapital das Übel aller Übel sei, daß die Kriege erst aufhören werden, wenn einmal die böse Kapitalswirtschaft aufhören wird usw., werde ich an eine Geschichte erinnert, die einst einem Offiziersburschen passierte:

Dieser brachte den kranken Gaul seines Herrn zu einem Tierarzt und bat um ein Rezept. Nach erfolgter Untersuchung gibt ihm der Arzt ein Pulver mit folgender Gebrauchsanweisung: „Du nimmst ein starkes Papier, drehst eine Rolle daraus, legst dieses Pulver hinein, steckst dem Pferd die Rolle in den Rachen und bläst ihm das Pulver kräftig in den Hals." — Am nächsten Morgen kommt der Bursche mit verstörtem, grüngelbem Gesicht zurück, und als der Arzt ihn fragt, ob er seine Anweisung befolgt habe, antwortet dieser kleinlaut: „Das schon, Herr Doktor, nur hat der Gaul — zuerst geblasen." — Jahrelang rühmten sich die Sozialdemokraten mit ihrem Pülverchen gegen den kranken Gaul. Noch zwei Jahre vor Kriegsausbruch, in Bern und Basel, drohten sie ihm mit einer schrecklichen Revolution als Abführmittel. Doch als es zur Sache kam, da haben die Junker — zuerst geblasen. Ach, und seither laufen die Scheidemann, David, Heine,

Lensch, Südekum und Genossen mit grüngelben Gesichtern im Lande umher und verstecken ihren Katzenjammer hinter einem lauten Geschimpf auf den Kapitalismus — der andern.

Dynastische Staatskunst und Krieg.

Wenn die Kriege, wie uns die gesamte Weltgeschichte beweist, auf der einen Seite einem dynastischen Willen zur Macht entspringen, so bedürfen sie andererseits vor den Völkern einer Begründung. Vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, als die Kriege noch das unbestrittene Privatvergnügen der Könige waren, standen ihm die Völker (mit Ausnahme vielleicht der Bewohner der Kriegsgegenden) zumeist als gleichgültige Zuschauer gegenüber. Seit aber jeder Bürger zum allgemeinen Waffendienst verpflichtet ist, kann eine Dynastie nur noch solche Kriege führen, die die Zustimmung ihrer Völker haben. Diese Zustimmung erzeugt sie mit einem Appell an das Verteidigungsbedürfnis und die Vaterlandsliebe ihrer Bürger.

Wenn also die Kriege einerseits das Existenzmittel und der Lebenszweck der Dynastien sind, so sind sie andererseits, vom Standpunkt der Völker aus, Kämpfe für die Sicherung der nationalen Existenz. Das heißt also: was den Dynastien für die Erreichung ihrer heimlichen Ziele nur Vorwand ist, das wird in den Augen der Völker heilige, ernste Wirklichkeit.

Die Dynastien haben von den Göttern den Auftrag erhalten, für das Glück und die Unabhängigkeit ihrer Völker zu sorgen. Daher stellen sie sich als Wahrer und Mehrer der nationalen Interessen vor und die Völker glauben daran um so mehr, als ihnen zumeist jeder Widerspruch in der Stunde der Gefahr polizeilich verboten wird. — Im Prinzip läuft also die Politik jeder Dynastie immer darauf hinaus, den Völkern ihre Unfähigkeit zum Selbstschutz und zur Selbstregierung zu beweisen und sich als unentbehrliche Werkzeuge der nationalen Unabhängigkeit aufzuspielen. Diese Politik, die man zusammenfassend „Staatskunst" nennt, wird nur in Ausnahmefällen von den Forderungen des Allgemeinwohls geleitet. Ist zum Beispiel ein Krieg ausgebrochen, dann beenden sie ihn stets unter Berücksichtigung ihrer dynastischen Interessen. Absichtlich oder zufällig, immer aber rein instinktiv, werden die Forderungen des Allgemeinwohls dabei über-

gangen, so daß der eben geschlossene Frieden schon wieder den Keim zu einem neuen Konflikt enthält, mit dessen glücklicher Lösung die Dynastien abermals Kriegslorbeeren ernten und abermals ihre Unentbehrlichkeit beweisen können.

Einige Beispiele: Nach dem russisch-türkischen Kriege verhindert Bismarck 1878 die Angliederung des ganz bulgarisch sprechenden und fühlenden Mazedoniens an Bulgarien. Er widersetzt sich damit den berechtigten Volkswünschen der Mazedonier, die unter der verhaßten türkischen Herrschaft bleiben. Warum tut das Bismarck? Für ihn, der nur der Vertreter dynastischer Interessen ist, sind die Nationalwünsche der Mazedonier von vornherein eine große Nebensache. Sein Zweck ist nicht die Beruhigung des Balkans, die Gruppierung der Völker nach den Grundsätzen des Nationalitätenprinzips; sondern Bismarcks Hauptaufgabe besteht darin, die befreundete Dynastie der Osmanen gegenüber der halbfeindlichen Dynastie der Romanow nicht allzusehr zu schwächen. Dieses eminent wichtige Ziel ist schon einige Kriege wert; Bismarck erreicht es dadurch, daß er den Frieden von San Stefano, der einigermaßen dem Nationalitätenprinzip entsprach, rückgängig macht und das bulgarische Mazedonien wieder an die Türkei zurückgibt. Das praktische Ergebnis dieser Staatsmannskunst sind drei blutige Aufstände der Mazedonier gegen die verhaßte Türkenherrschaft und nahezu ein halbes Dutzend Balkankriege. Wären damals die Mazedonier und Bulgaren zu ihrem Recht gekommen, dann wäre das berüchtigte Balkanproblem so ziemlich gelöst gewesen und es hätte keinen „Herenkessel" mehr in Europa gegeben. Aber wäre dann nicht die „russische Vormacht" auf dem Balkan unerträglich geworden? Konnten das die Habsburger und Hohenzollern zugeben? Nein, es war einerseits wichtig, die Bäume der Romanow nicht in den Himmel wachsen zu lassen und andererseits, Europa den „Herenkessel im Balkan" zu erhalten. Denn besäße die im dynastischen Interesse arbeitende Diplomatie keinen solchen „Herenkessel" mehr, dann fielen damit allerhand Dinge fort, ohne die die Politik langweilig werden würde, zum Beispiel die „Bedrohung der österreichischen Interessensphäre im Balkan", oder die „Gefahr der russischen Vormacht", oder die „Treibereien des Panslawismus" usw. usw. Der Herenkessel mußte Europa erhalten bleiben; er brachte den Diplomaten

Beſchäftigung, den Völkern nicht endenwollende Zänkereien und Stänkereien und diente Herrn von Bethmann Hollweg noch 1913 als Begründung der großen Wehrvorlage. Das alles iſt unendlich wichtiger, als alle Intereſſen der Mazedonier, Bulgaren, Serben und Griechen zuſammengenommen.

Im Jahre 1871 annektiert Bismarck Elſaß-Lothringen gegen die Proteſte ſeiner Bewohner.*) Der Leſer kennt die Folgen: „Revancheidee" der Franzoſen (die, wie wir geſehen haben, im Grunde eine völkerrechtliche Forderung iſt). Fortan ſteht ein Schreckgeſpenſt vor Deutſchland; jedes Mal wenn der Reichstag Miene macht, ſich der erzreaktionären Politik ſeiner Herren zu widerſetzen, holt man dieſes Schreckgeſpenſt herbei, und jedes Mal tut es ſeine Wirkung. Dreibund, Zweibund, Rieſenrüſtungen, Einkreiſung uſw. entwickeln ſich ſozuſagen automatiſch aus dieſem Schreckgeſpenſt und machen es jedes Jahr gefährlicher. Unter dieſen Umſtänden müſſen wir Gott danken, daß wir die ſtärkſte Armee der Welt beſitzen und dafür ſorgen, daß ſie die ſtärkſte bleibt. Denn „nur auf unſerer Rüſtung beruht unſer Friede". Bei dieſer fortwährend zunehmenden Unſicherheit unſerer Lage müſſen wir heidenfroh ſein, daß, wie Profeſſor Delbrück meint,

*) Bismarck war kein blindwütiger Annexionspolitiker im Sinne unſerer heutigen Alldeutſchen. Er verhinderte 1866 die beabſichtigte Annexion öſterreichiſcher Gebiete nicht nur in der Hoffnung auf ein ſpäteres Bündnis, ſondern ſchreibt darüber in ſeinen „Gedanken und Erinnerungen": „Ich legte an Erwerbungen von Öſterreich und Bayern den Maßſtab der Frage, ob die Einwohner in etwaigen Kriegen bei einem Rückzug der preußiſchen Behörden und Truppen dem König von Preußen noch treu bleiben und Befehle von ihm annehmen würden." Insgleichen proteſtierte er 1871 lebhaft (aber vergeblich) gegen die Annexion des franzöſiſchen Teiles von Lothringen. — Dieſe Haltung Bismarcks ändert nicht, ſondern beſtätigt im Gegenteil die Tatſache, daß ſeine Politik überall nur durch Rückſichtnahmen auf dynaſtiſche Intereſſen und kommende Kriege beſtimmt war. Er proteſtiert gegen die Annexionen nicht im Namen der Völker, ſondern im Intereſſe ſeines Herrn. Er fürchtet nicht etwa den Haß der Annektierten und die Mißbilligung der Welt, ſondern nur immer die Möglichkeit künftiger unglücklicher Kriege. Vom demokratiſchen Standpunkt aus kann man daher Bismarck nur als den ſchärfſten Gegner des neuzeitlichen Ideals einer völkerrechtlichen Weltorganiſation, das heißt als den gründlichſten und erfolgreichſten Erneuerer der dynaſtiſchen Machtpolitik im letzten Jahrhundert behandeln.

„die Entscheidung an einer Stelle liegt, die die Dinge weit voraussieht". Wer wagt im Angesicht dieser ernsten Situation noch von demokratischen Verfassungsänderungen, Milderung der militärischen Disziplinen usw. zu sprechen? Wehe uns, wenn wir wie Frankreich so ein armseliges „Parlamentsheer" besäßen; morgen würde uns die Revanchelust der Franzosen zermalmt haben. Jeder Deutsche fühlt, daß unter solanen Umständen die dynastische Obergewalt über Heer und Politik eine eherne Notwendigkeit für Deutschland ist. — So werden auf die natürlichste Weise von der Welt die ewigen Drohungen von außen zu triftigen Gründen gegen alle Reformbestrebungen von innen, und der tüchtigste Staatsmann ist der, der für immer neue Drohungen zu sorgen weiß.

Im Jahre 1908 annektiert Österreich, den bestehenden Verträgen zum Trotz, Bosnien und die Herzegowina. Es schafft damit in Serbien eine ähnliche Verstimmung wie die Annexion Elsaß-Lothringens sie in Frankreich schuf. Wie seither die französische Revanchelust als ewige Drohung über Deutschland hängt, so hängen seither die „serbischen Umtriebe" gewitterschwer über dem armen Österreich; sie bedrohen die Existenz der Doppelmonarchie schließlich so sehr, daß sie in der traurigen Notwendigkeit ist, zu den Waffen zu greifen. Hätte Bismarck 1878 dem Nationalwunsch der Bulgaren entsprochen, hätte Österreich Bosnien nicht annektiert und durch die künstliche Bildung Albaniens den Serben nicht den so teuer erkauften Seehafen versperrt, dann hätte diese ganze Politik glatte Lösungen im Sinne des Allgemeinwohls und Nationalitätenprinzips ergeben. Dann aber hätten die Weltmachtpolitiker nichts mehr zu tun gehabt; die österreichischen Diplomaten hätten mit ihren hahnebüchenen Fälschungen (Prozeß Friedjung, Prozeß von Agram, Fall Prochaska usw.) die serbischen Umtriebe nicht beweisen können und alles wäre eintönig geworden.

Das deutlichste Ergebnis solcher glatter Lösungen wäre aber gewesen, daß die im Frieden lebenden Völker schließlich demokratische Reformen verlangt und vielleicht gar gefragt hätten, wozu sie noch göttliche Dynastien, stehende Heere usw. brauchen, wenn keine Drohungen von außen mehr vorhanden sind. Völker, die nichts anderes zu tun haben, beginnen zu philosophieren. Philosophierende Völker aber sind revolutionäre, gefährliche Völker. Metternich und

Bismarck wußten das sehr genau. Sie und ihre Nachfolger trugen Sorge, diese bedrohliche Entwicklung zu unterbinden. Das einfachste Mittel dazu ist, die Völker nie zur Ruhe kommen zu lassen, sie mit ewigen Drohungen in Atem und Sorge zu halten und ihnen dergestalt immer wieder zu beweisen, daß sie zur Selbstregierung unfähig sind.

Das wesentlichste Merkmal der dynastischen Staatskunst ist also, daß sie von Fall zu Fall neue Schreckgespenste zu schaffen weiß, die sie nach Belieben hervorholt, um ihre Völker gefügig zu erhalten, sie von allen demokratischen Forderungen abzulenken und eines Tages die künstlich geschaffenen Hexenkessel und Gespenster als Gründe zu neuen Kriegen zu benützen. Das Ganze ist eine Politik, bei der man das Feuer mit dem Degen schürt. Wie man im nördlichen Afrika die Lasttiere dadurch vorwärts treibt, daß man eine stets offen gehaltene Eiterwunde mit dem Stock kitzelt, so treibt man die Völker Europas dadurch in immer neue Kriegsgefahren und Rüstungen, daß man die alten Wunden nie heilen läßt und sie immer aufs neue aufreißt und kitzelt. Woraus sich denn tatsächlich ergibt, daß die Kriege ein unvermeidbares und unentbehrliches Element der göttlichen Weltordnung sind.

Bis gegen 1900 hieß das Schreckgespenst für Deutschland „französische Revanche", dann wurde es abgelöst durch die im Haag geschaffene „Einkreisung" oder die im Balkan dräuende „panslawistische Gefahr". Das arme Österreich dagegen hatte andauernd gegen die „russischen Balkangelüste" und die „serbischen Umtriebe" zu kämpfen. Zuletzt wird diese „höhere Politik" eine wunderbare Kette von Wirkungen, die längst zu Ursachen wurden und an deren Ende der gesunde Menschenverstand seine Rechte verliert. Denn da es zumeist polizeilich verboten ist, die heimlichen Ehrgeize und Grundideen dieser dynastischen Geheimdiplomatie beim rechten Namen zu nennen, so kennen sich zuletzt in der Tat nur noch „höhere Einsichten" in diesen Dingen aus, und der einfache Mann beugt sich ehrfurchtsvoll vor den „maßgebenden Stellen, die die Dinge weit voraussehen".

Mit dieser Staatskunst erreichen aber die Dynastien, wie gesagt, auch jene innerpolitischen Zustände, die zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erforderlich sind. Es ist begreiflich, daß die Dynastien vor lauter Kriegsdrohungen und -rüstungen weder Zeit noch Geld für demo-

kratische Reformen haben können. Die Rüstungen werden unter diesen Umständen das oberste Gebot der Staatssicherheit, das A und O der Finanz- und Steuerpolitik. Ein mit sich selbst logisches Staatswesen (und hier ist Deutschland wirklich das Vaterland der Logik geblieben) muß unter diesen Voraussetzungen alle Energien auf den Ausbau seiner Rüstungen verwenden; wer jetzt noch von demokratischen und sozialpolitischen Reformen spricht, ist ein Feind des Vaterlandes, will uns wehrlos machen usw.

Wie also sieht das heimliche Leitmotiv dieser von den Göttern inspirierten, immer wieder zu Zank und Krieg drängenden Politik der Dynastien aus? Es ist erschreckend einfach und banal. Es ist *der rein instinktive Drang der Dynastien nach Selbsterhaltung und Machtvergrößerung*; derselbe Drang, der den Lohnarbeiter veranlaßt, eine Lohnaufbesserung zu fordern, die ihm zur Sicherung und Verschönerung seiner Existenz unentbehrlich erscheint, *ist auch*, ins Große übertragen, *die Ursache der Kriege*. Wären die Dynastien nicht mehr die Herren der Völker, wären sie für ihre Lohnaufbesserung auf ihre eigenen Mittel beschränkt, dann wären die Kriege unmöglich.

Wäre nicht die dynastische Sorge der Selbsterhaltung und der dynastische Wille der Machtvergrößerung das heimliche Leitmotiv der europäischen Politik, das heißt, würde die Politik den Völkern zuliebe geführt, dann gäbe es in Europa schon längst keine elsaß-lothringische, keine polnische, keine mazedonische, keine irredentistische Frage mehr. Die Völker hätten diese Probleme längst ihren Interessen und Wünschen entsprechend geregelt und sich den Teufel um „Interessensphären" und „Weltmachtpolitik" gekümmert. Europa wäre längst eine Riesenschweiz geworden mit tausend Kantonen, hundert Sprachen, schrecklichen Federkriegen, enorm revolutionären „modernen Ideen", ernsten Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, kurzum ein in heißem, beständigem Fortschrittskampf, aber eben im Frieden lebendes Europa der wahren Kultur. Das alles aber wäre zu menschlich, das heißt zu einfach und zu schön gewesen. In einem dergestalt organisierten Europa wären nämlich die Dynastien überflüssig geworden. Folglich sind sie es immer gewesen, die sich diesem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker widersetzt, das heißt die schöne Politik der glatten

Lösungen verhindert und den Völkern auf ihre Weise zum Glück verholfen haben. Man kann von einem Menschen und sogar von einer Dynastie alles verlangen, nur nicht ein Verzichtleisten auf die Grundlagen der Existenz. Wer diese angreift, wird immer auf den erbittertsten Widerstand stoßen. Nun ist das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker zwar keine direkte Bedrohung der Existenz der Dynastien (England, Italien, Dänemark, Schweden usw. sind Beweise dafür), aber doch ein Anfang dazu, das heißt eine Macht- und Einflußverringerung. Daher ihr heimlicher oder offener, immer aber erbitterter Widerstand gegen alles, was Völkerrecht heißt und damit zusammenhängt*).

Der Sinn des heutigen Weltkrieges.

Wir haben gesehen, unter welchen Voraussetzungen der Krieg ein unvermeidbares, periodisch wiederkehrendes Übel werden muß. Aber schon mancher König zog unter dem Vorwand des Volksglücks mit der stillen Absicht aus, seinem Diadem eine neue Perle einzufügen und brachte statt dessen ein Prinzip zum Siege, das ihm eigentlich nur als Vorwand gedient hatte. Gustav Adolf zum Beispiel wollte seine Hausmacht vergrößern und wurde der Testamentsvollstrecker der Reformation. Napoleons Traum ging darauf aus, Kaiser von Europa

*) Siehe hierzu die Fußnote S. 154. Die jedem Völkerrecht und Nationalitätenbegriff spottende Proklamation des Königreichs Polen vom 5. November 1916 ist ein neuer Beweis dafür, daß die Dynastien nach wie vor gewillt sind, ihre gewalttätige Politik der Eigeninteressen fortzuführen, obgleich neue Kriege daraus entstehen müssen. — Dadurch, daß die preußischen Polen (wie ausdrücklich in jenem Manifest betont wird) Preußen, und die österreichischen Österreicher bleiben, erhält das neue „Königreich" (wenn es je Wirklichkeit wird) eine Gestaltung und Stellung höchst gefährlicher Art. Schon rein instinktiv müßte es nach der „Befreiung" seiner von Preußen und Österreich „unterdrückten" Brüder streben. Es würde dabei natürlich auf die offene oder versteckte Hilfe des (in diesem Falle besiegten) Dreiverbandes zählen können. Der „Umtriebe" wäre kein Ende; und im Handumdrehen böten sie natürlich Anlaß zu Repressalien seitens der Zentralmächte. Daraus entstände deutscherseits dieselbe Politik gegen Rußland, die Österreich bisher gegen Serbien, und Deutschland gegen Frankreich führte. Neue Konflikte und Reibungen wären die unausbleibliche Folge, bis eines Tages wieder das Schwert jene Umtriebe abwehren und den Frieden der Welt sichern müßte. — Ein völlig freies Polen wäre eine der wichtigsten Garantien für ein friedliches Europa. Zu einem freien und vollständigen Polen aber gehört außer Warschau auch Lemberg, Krakau, Ratibor, Beuthen und Posen.

zu werden und alle Mitglieder seiner Dynastie zu Vasallenkönigen zu machen. In diesem Bemühen wurde er der Wegbereiter der neuen, von der Revolution aufgestellten Gesellschaftsprinzipien.

Der gegenwärtige Weltkrieg zeigt uns diesen „Dualismus" des Krieges in vollendetster Form. An seinem Ursprung steht offenbar der Weltmachttraum der Hohenzollern. Wie alle Dynastien, die zu Macht und Ansehen gelangt sind, mußten auch die Hohenzollern zum Weltmachttraum kommen. Dies ist so logisch und liegt so sehr in der Wesensart aller Dynastien begründet, daß wir nicht das geringste Recht haben, den Hohenzollern daraus einen Vorwurf zu machen. „Halb zog sie ihn, halb sank er hin", kann man hier mit dem Dichter sagen. Man nehme welche Dynastie man wolle (einbegriffen das Papsttum des Mittelalters): sie alle hatten ihren Weltmachttraum, den sie mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen suchten. Verwirklicht wurde er für einige Jahrhunderte nur von Rom. Immer aber war erst eine militärische Niederlage notwendig, um die Dynastien von ihrem Vorhaben abzubringen. Die Merowinger und die Lancaster, die Habsburger und die Capetinger, die Hohenstaufen und die Bonaparte, die Kalifen und die Päpste mußten erst auf blutigen Schlachtfeldern zu der Erkenntnis gebracht werden, daß die Weltreiche offenbar nicht in die Pläne der göttlichen Vorsehung passen.

Neben diesem Weltmachtversuch der Hohenzollern aber zeigt der heutige Krieg ein anderes Gesicht, das ihm von den Völkern gegeben wird. In der Tat: wenn wir einen Augenblick die heimlichen dynastischen Ehrgeize zur Seite lassen, und diesen Krieg nur vom Standpunkt der Völker aus betrachten, dann erscheint er uns wie das furchtbare Aufeinanderplatzen von zwei Weltanschauungen, die miteinander um die Vorherrschaft in Europa ringen. Man kann den hier zum blutigen Austrag kommenden Gegensatz in ebenso viele als richtige Formeln bringen. Zum Beispiel: Das Recht der Gewalt oder die Gewalt des Rechts? Machiavelli oder Kant? Sparta oder Athen? Die Nation, die eine Armee besitzt oder die Armee, die eine Nation besitzt? Bismarck oder Jaurès? Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung oder das Recht der Dynastien auf Hausmachtpolitik? Idealismus oder Materialismus? Nationalitätenpolitik oder Herrenmenschentum? Bürgerliche oder militaristische Staatsverfassung? Und so fort.

Jeden einzelnen dieser Gegensätze könnte man als ideale und ideelle Ursache zum Weltkrieg hinstellen und zum Gegenstand eines interessanten Buches machen.

Für uns Demokraten und Pazifisten bedeutet dieser Weltkrieg sozusagen das letzte Aufbäumen der dynastischen Gewaltpolitik gegen die Forderungen einer neuen Menschheit. Nicht diese Forderungen der neuen Menschheit waren es, die zum Kriege drängten. Sondern es war der Hochmut der dynastischen Idee. Dieser Krieg wäre, wie frühere Kriege auch, vermieden worden, wenn die Dynastien ihre Zeit begriffen und ihr Zugeständnisse gemacht hätten. Aber welche Dynastie hätte je ihre Zeit begriffen? Welche Dynastie hätte je Zugeständnisse zur rechten Zeit gemacht? Immer und überall waren und sind s i e es, die mit ihren göttlichen Rechten und Machtmitteln sich gegen ihre Zeit stemmen und auf eine kriegerische Entscheidung drängen.

Man muß wahrlich ein bornierter Parteimensch, ein halbtauber Pangermanist oder in Staatsdiensten verdorrter Professor sein, wenn man im Angesicht dieser prinzipiellen Diskussion, die jetzt mit allen Teufelskünsten der modernen Mordtechnik in Europa ausgetragen wird, die Nebenerscheinungen als Hauptbrennpunkte des Krieges hinstellt, indem man etwa sagt: Englands oder Deutschlands Welthandel? Englische Seeherrschaft oder Freiheit der Meere? Wirtschaftliche Knebelung oder wirtschaftliche Expansion Deutschlands? usw.

Wer ein im Laufe des Weltkrieges in Deutschland erschienenes Buch über den Sinn dieses Krieges liest, wird bemerken, daß es fast immer dasselbe Lied singt. Es ist den deutschen Gelehrten und Staatsmännern mit ihrer eingewurzelten dynastischen Geistesverbildung schier unmöglich, in einem Kriege etwas anderes zu sehen als bloße, materielle Machtfragen. Und immer gebrauchen sie das Wort „Macht" im materiellsten Sinne des Wortes. So sagt zum Beispiel Herr von Bülow*): „Der Schutz, den Deutschland in Zukunft gegenüber der Feindseligkeit, dem erneuerten und neuen Revanchegefühl in West und Ost und jenseits des Kanals findet, kann nur liegen in seiner vermehrten Macht . . ." „Und wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die

*) Fürst von Bülow, Deutsche Politik, S. XII.

durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde." In einem Aufsatz über den „Sinn des Krieges" sagt Professor Otto Hintze:*) „Die beiden europäischen Zentralmächte sind in Gefahr, von den Randländern unseres Erdteils erdrückt zu werden ... Diesen Versuch gilt es zu vereiteln ... Wir wollen unseren Platz an der Sonne behaupten; wir wollen uns nicht aus der Reihe der Weltmächte herausdrängen lassen trotz unserer kontinentalen Eingeschlossenheit ... Diese Übermacht Englands soll gebrochen werden ... In diesem Kampf gegen die britische See- und Weltherrschaft streiten wir für die Interessen des Weltverkehrs." Und so fort.

Materielle Machtfragen und Herrschaftsziele, vermehrte Feindschaft ringsumher und sofortige Vorbereitung auf den nächsten Krieg: das ist nach der Meinung unserer Staatsmänner und Gelehrten der Sinn und das selbstverständliche Ergebnis der Kriege. Wie kleine Kinder freuen sie sich, wenn wir die Stärkeren waren. Und trotzdem sie sonst gern behaupten, daß der Stärkere immer recht habe, bejammern sie den Mißerfolg der eigenen Waffen als nationale Schmach und großes Unrecht. Sie sind unfähig, sich einen Augenblick aus ihrer national-beschränkten Weltanschauung heraus und hinaufzudenken in die Universalität der Weltgeschichte. Sonst müßten sie erstens bemerken, daß der Traum von der Macht jedem Volke verhängnisvoll war (materielle Machtzunahme heißt regelmäßig Vorbereitung neuer Konflikte und Dekadenz). Zweitens aber, daß militärisch besiegte Völker regelmäßig einen freiheitlichen, zivilisatorischen Aufschwung nehmen, der ihnen sofort ihre politische Bedeutung von gestern wiedergibt (Frankreich nach 1870 ist das letzte und großartigste Beispiel dieser Art). Daß im Kriege in Wahrheit überhaupt nicht *Völker*, sondern immer nur Dynastien besiegt werden, daß *besiegte Dynastien* in Wahrheit *siegende Völker* sind, diese auf jeder Seite der Weltgeschichte bewiesene Tatsache ist unseren Gelehrten aus begreiflichen Gründen unbekannt. Für sie ist der Krieg, was er für die Dynastien immer war: ein Duell zwischen brutalen Machtappetiten. Wo sie ihn

*) „Deutschland und der Weltkrieg", S. 678 u. folg.

etwa einmal als Duell zwischen zwei Kulturen ansehen (Professor Ostwald), dort geben sie dem Worte Kultur gleich einen so abscheulich materialistischen Sinn, daß einem Liebhaber der freien Menschenwürde angst und bange werden kann.

Aber nur mittelmäßige Köpfe können sich mit solchen mitteleuropäischen Ideen begnügen. Nein, der Weltkrieg ist wahrhaftig keine Magenfrage! Er wird nicht, wie unsere Alldeutschen und Sozialdemokraten sich einbilden, um Quadratkilometer, um Seehäfen, Kolonien, Absatzmärkte und überhaupt materielle Güter geführt. Wie alle Kriege wird freilich auch dieser Veränderungen der Landkarte und neue Handelsverträge mit sich bringen. Das aber sind nur seine im Vordergrund stehenden N e b e n erscheinungen.

Der heutige Weltkrieg ist in Wahrheit der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen. Die Dynastien, die immer mit der geheimen Absicht ausziehen, ihre materielle und moralische Macht zu vergrößern, sind in Wirklichkeit die Spielbälle der Weltgeschichte. Sie bringen, gegen ihren Wunsch und Willen, immer eine Weltanschauung zum Triumph oder zum Fall. Das siegende Volk bringt eine neue oder verjüngte Dynastie mit nach Hause (mit allen reaktionären Folgeerscheinungen), das besiegte dagegen eine neue Freiheit, ein schöneres Menschheitsideal. Und dieser Triumph oder Fall einer Weltanschauung, d a s ist der wahre Sinn der Kriege, ihre Bedeutung für die Kultur- und Aufwärtsentwicklung der Menschheit.

Nicht, daß wir der Meinung Treitschkes oder Bernhardis wären, die da behaupten, der Krieg sei ein Hauptzivilisationsmittel der Menschheit. Im Gegenteil: Dadurch, daß der Krieg dem einen die Reaktion und dem andern die Freiheit bringt, wirkt er im Sinne der Weltbürgerlichkeit verhetzend, trennend und, im großen betrachtet, kulturfeindlich. Im Laufe der letzten vierzig Jahre gab es in Europa Seite an Seite zwei mächtige Staaten, die sich, eine Frucht des Krieges, nicht nur ganz gegensätzlich entwickelten, sondern sich auch in jedem Sinne feindlich gegenüberstanden: Frankreich und Deutschland. Hier Freiheit und Fortschritt, dort Reaktion und Dekadenz aller echten Menschenwerte. Hatte Sedan den Franzosen die Freiheit gebracht, so brachte es uns den Rückschritt; und dieser Gegensatz mußte zum heutigen Weltkrieg drängen. Die Kultur also, die vom Kriege geschaffen wird, ist

immer nur (bei dem besiegten, das heißt von seiner Dynastie befreiten Volke) einseitig national und nicht eigentlich weltbürgerlich. Vom universell-weltbürgerlichen Standpunkt aus (und einen anderen verwerfen wir kategorisch) ist also der Krieg ein Feind der Kultur.

* * *

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!" Dieser von Schiller stammende Satz ist eine der wenigen Wahrheiten, die seit Beginn des Krieges von unseren Gelehrten und Zeitungsschreibern mit Nachdruck populär gemacht worden sind und die wir anderen bedingungslos unterschreiben.

Es scheint in der Tat ein göttliches und ehernes Weltgesetz zu sein, daß in jedem Krieg der Sieg immer zum höheren Recht und zur vornehmeren Kultur geht. Kant sagt mit großer Bestimmtheit: „Hier heißt es also: die Natur will unwiderstehlich, daß das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte." Die Geschichte der letzten hundert Jahre ist ein leuchtender Beweis für die Wahrheit dieser Schillerschen und Kantschen Sätze.

Was aber ist Recht? Wir haben in diesem Buch die dynastische mit der demokratischen Weltanschauung verglichen und gesehen, daß die gesamte Kulturmenschheit mit Ausnahme Deutschlands, Österreichs, Rußlands und der Türkei sich im Sinne der von der großen französischen Revolution vorgezeichneten demokratischen Idee entwickelt hat. Wir dürfen also wohl annehmen, daß das „Recht" dort ist, wo die Mehrheit der zivilisierten Menschheit es fühlt, in diesem Falle also zweifellos dort, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker (wäre es auch nur als Theorie) anerkannt wird. Insgleichen muß man die vornehmere Kultur dort suchen, wo dieses Selbstbestimmungsrecht innen und außen als unabänderliche Grundlage (oder doch wenigstens als Ideal) der modernen Staatsidee gefühlt wird.

Wenn wir nun das Endergebnis der hauptsächlichsten Kriege des letzten Jahrhunderts auf diese Frage hin untersuchen, können wir mühelos feststellen, daß überall das dynastisch-historische Recht vor dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Völker die Waffen strecken mußte.

Gegenüber der Koalition der europäiſchen Dynaſtien bleibt die junge franzöſiſche Republik auf der ganzen Linie ſiegreich. Warum? Sie verteidigt das von ihr proklamierte Prinzip der Volksſouveränität. Insgleichen ſiegt Napoleon ſo lange über ſeine Gegner, als er ſich zum Anwalt der von der großen Revolution proklamierten Menſchheitsprinzipien macht; ſobald er aber von der befreienden Tat übergeht zur offenen Verhöhnung des neuen Nationalitätenprinzips, weckt er eine derartige Empörung des nationalen Ehrgefühls in Preußen und anderswo, daß er fallen muß. — In allen Balkankriegen des letzten Jahrhunderts ſiegt das Nationalitätenprinzip über die dynaſtiſche Idee der Gewaltherrſchaft. Von 1827 bis 1912 werden die Türken in faſt allen Feldzügen geſchlagen und gezwungen, nacheinander das Selbſtändigkeitsrecht der Griechen, Bulgaren, Serben und Rumänen anzuerkennen. — Desgleichen befand ſich Preußen 1866 und 1870 Öſterreich und Frankreich gegenüber in der Rolle des Verteidigers der nationalen Idee. Der liebe Gott hat gut allwiſſend ſein, er konnte um ſo weniger vorausſehen, daß die preußiſche Dynaſtie die deutſchnationale Einheitsidee zur ſpäteren Brutaliſierung des Nationalitätenprinzips benützen würde, als Bismarck uns ja nach 1866 einen Reichstag ſchenkte und von 1866 bis 1870 ſo ziemlich liberal regierte. Wie die Dinge damals lagen, vertrat die Dynaſtie der Hohenzollern dem Machtwillen der Habsburger und Bonaparte gegenüber jedenfalls das höhere Recht; jene mußten unterliegen, weil ſie es uns beſtritten.*) — Man betrachte die Kriegsgeſchichte Rußlands: Warum wohl iſt es in allen Kriegen des letzten Jahrhunderts unterlegen? Weil es innen und außen als Bekämpfer des Selbſtbeſtimmungsrechts der Völker auftrat. Und warum ſiegte es juſt 1877/78 gegen die Türkei? Weil es hier zufällig einmal als Befreier unterdrückter Völker

*) Wir haben S. 92/93 geſehen, daß und inwieweit die Kriege von 1864—1871 „rein dynaſtiſchen Intereſſen" dienten. Die oben gemachte Feſtſtellung, daß ſie trotzdem auch vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips ihre große Berechtigung hatten, ſteht damit nicht in Widerſpruch. Sie iſt im Gegenteil eine treffende Illuſtration des S. 213/14 über den „Dualismus" der Kriege Geſagten. War die deutſche Einheitsidee den deutſchen Stämmen bitterer Ernſt, ſo war ſie der deutſchen Dynaſtie (wie 1848 klar beweiſt) doch nur Vorwand für die kriegeriſche Durchſetzung ihrer Ehrgeize.

auftrat und den Bulgaren und Rumänen zu ihrer Selbständigkeit verhalf.

Ja, die Weltgeschichte ist das Weltgericht und Kants Satz wird eine ewige Wahrheit bleiben.

Lieber deutscher Leser! Wir haben gesehen, welche Ideen und Prinzipien Deutschlands Dynastie in diesem Weltkrieg vertritt. Es sind offenbar nicht die, die in der Linie der Aufwärtsbewegung der Menschheit liegen. Wer gegen die Sonne steht, verliert die Schlacht. Ach, „wir" stehen in diesem Weltkrieg gegen die Sonne des Völkerrechts und der Freiheit. Und darum kann ich Ihnen, ohne Prophet zu sein, mit aller Bestimmtheit voraussagen, daß die deutsche Dynastie in diesem Kriege nicht siegen wird. Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei haben sich seit vierzig Jahren nirgendwo im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker betätigt. Von Armenien bis Elsaß-Lothringen, von Schleswig-Holstein bis Bosnien-Herzegowina haben sie innen und außen, durch Wort und Tat, dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker ihre göttlichen Rechte und Gewaltprinzipien entgegengestellt, die die Leugnung jeder Völkerfreiheit sind. Der liebe Gott mag „unser Alliierter von Roßbach und Dennewitz" gewesen sein und uns sehr gern haben; von den ewigen Gesetzen seiner Weltordnung kann er uns zuliebe keine Ausnahme machen.

Ja, ich gestehe, ich kann als Demokrat und Pazifist das auch gar nicht wünschen. Denn was würde geschehen, wenn „wir" in diesem Kriege siegten? Ach, dieser Sieg wäre eine Festigung des dynastischen Regierungs- und Machtprinzips auf der ganzen Linie. Gesetzt, wir beklagen als Deutsche die politische Rückständigkeit unseres Vaterlandes, dann würde der „deutsche" Sieg diese Rückständigkeit auf Jahrhunderte hinaus festigen. Und nicht nur Deutschland, ganz Europa hätte darunter zu leiden. Alle seit zwei Jahrhunderten mühsam errungenen politischen Freiheiten würden vor der Allmacht der siegreichen Dynastie zusammenbrechen und nur noch ein Schattendasein führen. Unsere, selbst von Professor Delbrück so scharf getadelte Polenpolitik würde auf die neu eroberten Gebiete ausgedehnt und bedeutend vergröbert werden. Es gäbe in Europa nur noch soviel Denk- und Preßfreiheit, als die deutsche Dynastie dulden würde; und wir wissen, wie

wenig sie duldet. Der „Burgfrieden", der sich zu einer systematischen Verneinung aller Staatsbürgerrechte ausgewachsen hat, würde (ganz wie das Sozialistengesetz nach 1871) eine dauernde Einrichtung im Lande der Geistesfreiheit werden. Und so wie Bismarck in Professor Delbrück den Mann fand, der die Hand segnete, die zum Segen der deutschen Einheit die Emser Depesche zu „verstümmeln" wußte, so würden jetzt hundert Delbrücks den Mann vergöttern, der die Kosakeneinfälle und Fliegerbomben erfand, um damit diesen siegreichen Krieg populär zu machen. Der Sieger schuldet niemand Rechenschaft; ihm zu Ehren werden neue Wissenschaften und Moralen erfunden, jauchzende Völker tragen ihn auf den Händen, und wer inmitten dieser hehren Begeisterung an die allgemein gültige Moral zu erinnern wagt, der wird geächtet und eingesperrt.

Von einem Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung zu sprechen, wäre Majestätsbeleidigung. Staaten wie die Schweiz, Holland und Dänemark würden ihre nationale Unabhängigkeit nur mit Mühe aufrecht erhalten. Und höchstens zehn Jahre lang. Denn tausend gelehrte Professoren würden den Spuren Treitschkes und Chamberlains folgend jahraus, jahrein beweisen, daß auch die Schweizer, Holländer, Dänen usw. nur „verlorene Söhne der großen germanischen Völkerfamilie" sind; bis „jene Unglücklichen" entweder zuletzt selbst daran glauben oder aber „nach dem Rechte des Schwertes" daran glauben müssen.

Jede republikanische Idee würde vor dem Glanze der göttlichen, über Europa herrschenden Dynastie verblassen. Europa würde ein China (und nicht einmal ein modernes) werden, in dem gelehrte Mandarinen nach Art der Ostwald ihren „energetischen Imperativ" verwirklichen, das heißt alle menschlichen Tätigkeiten zur höheren Ehre der Dynastie in eine Art von Taylorsystem bringen könnten.

Und über dieser ganzen herrlichen Mechanikerkultur stünde beaufsichtigend der adlige, mit göttlichen Vorrechten ausgestattete Offizier. Überall wo jemand noch im Namen einer jenseits der Dynastie liegenden Geistesfreiheit und Menschenwürde den Mund öffnen wollte, würde er die „Wackes" schnell zur Ruhe bringen und dafür Glückwunschtelegramme und Orden aus Berlin erhalten. — Was der kleinen Schweiz noch in den achtziger Jahren möglich war, nämlich

die Zumutungen Bismarcks energisch zurückzuweisen (Affäre Wohlgemuth), das würde ihr jetzt schlecht bekommen. Und nicht nur dieses „Nest der Demokratie" (wie Bismarck damals die Schweiz schon nannte) würde ausgeräumt werden und jede Unabhängigkeit verlieren. Nein, auch alle anderen europäischen Staaten, in denen man „demokratische Umtriebe" entdecken würde, hätten eine Affäre Wohlgemuth oder Prochaska und gegebenenfalls ein Ultimatum zu gewärtigen. Die Demokratie wäre in Europa tot und jede Erinnerung an sie ein Verbrechen.

Wo gäbe es noch Hemmungen gegen diese von Antwerpen bis Bagdad absolut und von Gibraltar bis Haparanda moralisch herrschende Dynastie? Die deutsche Sozialdemokratie etwa? Die bloße Idee daran macht einen lächeln. Die Maulhelden der Revolution sind ja schon mit einigen Fliegerbomben und Kosakeneinfällen so ehrfürchtig geworden, daß eine siegreich heimkehrende Dynastie nicht einmal mehr ein neues Sozialistengesetz nötig hätte, um sie in ihrer Ehrfurcht zu erhalten.

Es gäbe in Wirklichkeit keine Hemmungen mehr. Frankreich, zu dem seit hundert Jahren die Völker immer wieder mit stillen Hoffnungen aufgeblickt haben, wäre vernichtet. England, die Heimstätte des Liberalismus, müßte, um nicht jede Unabhängigkeit zu verlieren, seine gesamten Energien in Rüstungen verausgaben (das heißt auf den Liberalismus verzichten). Mit Rußland würde man freundnachbarliche Beziehungen anbahnen und ganz Europa käme in eine neue, furchtbare Rüstungspolitik hinein (wie das Herr von Bülow übrigens voraussieht). Auf der einen Seite die nach „Revanche", das heißt nach Freiheit lechzenden, ganz oder halb annektierten und bedrohten (heute neutralen) großen und kleinen Völker unter Englands Führung, auf der anderen die neue deutsche Weltmacht, die schon nach zwanzig Jahren von so vielen neuen Drohungen, Umtrieben, Neidern und Hexenkesseln umgeben wäre, daß sie abermals „mit reinem Gewissen" ins Feld ziehen müßte zur Sicherung des Weltfriedens.

Und Sie wollen, lieber deutscher Leser, daß wir diesen entsetzlichen Schritt ins Mittelalter zurück tun? Sie wollen, daß Napoleons Weissagung: „In hundert Jahren wird Europa entweder demokratisch oder

kosakisch sein", sich im Sinne dieser letzteren Möglichkeit verwirkliche? Können wir das als Deutsche wirklich wünschen?

Aber ob wir es wünschen oder nicht: die Weltgeschichte geht ihren ehernen Gang. Und da ein kosakisches Europa unmöglich in den Absichten der Weltgeschichte liegen kann, so wird und kann die deutsche Dynastie in diesem Kriege nicht siegen. Europa wird demokratisch sein!

Daß der Sieg der Demokratie dabei keine Vernichtung des deutschen Volkes und seiner künftigen Rolle in der Welt bedeutet, dafür steht uns die Weltgeschichte ebenfalls gut. Besiegte Dynastien sind nicht nur nicht besiegte Völker, sondern sogar *befreite* Völker. Das war nicht nur so in England, Frankreich, Holland und der Schweiz, sondern sogar in China. Warum sollte es nicht auch für Deutschland gelten? Soll just uns zuliebe die Weltgeschichte eine Ausnahme machen? Sind wir etwa dümmer als die Chinesen?

Und wenn wir es just wären: Die Weltgeschichte ist ehern; sie würde uns unsere Zöpfe gewaltsam abschneiden, auch wenn die Scheidemann und Südekum noch so sehr jammern, man vernichte unser Volk.

„Die Natur will unwiderstehlich, daß das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte."

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!"

Wir sind begierig, ob alle die Herren, die bei Beginn des Krieges diesen Satz triumphierend in die Welt geschrien haben, ihn auch dann noch anerkennen werden, wenn, wie es unvermeidlich ist, das deutsche Volk in diesem Kriege keine Provinzen, sondern Freiheiten erobert. Werden sie den Mut haben, einzugestehen, daß unsere Dynastie diesmal nicht siegen konnte, weil sie tatsächlich nicht das höhere Recht und die vornehmere Kultur verteidigte? Oder werden sie sich erdreisten, die gestern von ihnen selbst verkündete Logik der Weltgeschichte anzufechten, nur weil die Weltgeschichte tatsächlich das Weltgericht ist?

VIII.

Durch!... zur Demokratie!

Dynastie oder Menschheit?

Lieber deutscher Leser!

Sie mögen die Rücksichtslosigkeit, mit der ich hier von den deutschen Zuständen, vom Zustandekommen und dem Sinn des Weltkrieges spreche, im ersten Augenblick als eine unpatriotische Tat empfinden. Und selbst wenn Ihnen, wie ich bestimmt weiß, Ihre eigene Untersuchung der deutschen Verfassung und Politik die hier vorgebrachten Schlußfolgerungen vollinhaltlich bestätigt (gegen Tatsachen gibt es keine Beweise), so werden Sie vielleicht noch immer zögern, mir beizustimmen. Unser deutsches Staatsbild ist nun einmal so sehr mit demokratischen Girlanden umrahmt und der Respekt vor der Dynastie ist andererseits so tief im deutschen Geiste verankert, daß wir uns, die wir im Grunde dieselben demokratischen Sehnsuchten haben wie andere Völker, instinktiv gegen die logische Wiederherstellung der wahren Wahrheit auflehnen.

Das ist auch mir so ergangen. Mit geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Studien herausrechnen, daß wir eigentlich kein Vaterland, sondern nur eine Dynastie besitzen, und das alles in einer Zeit, wo Millionen Deutsche diesem Vaterlande zuliebe bluten und sterben, weinen und verderben? Wäre das nicht Vaterlandsverrat? Kann das jetzt eines Deutschen Sache sein?

Während ich noch zögernd vor diesen Fragen stand, fielen mir die Bernhardi, Ostwald, Chamberlain, Schiemann, Frymann, Liman,

Harden, Georg Bernhard, Leimdorfer, Laßwitz usw. ein, die zu den berühmteſten Leuten in Deutſchland gehören. Ich war ſo unbeſcheiden, mich einen Augenblick mit dieſen Berühmtheiten zu vergleichen, bewunderte ihren Patriotismus, ihr tiefes Kulturverſtändnis, ihren Stil, kurzum ihr ganzes, ſtolz zur Schau getragenes Deutſchtum und verzweifelte ſchier an mir ſelbſt. Denn zu meiner Schande mußte ich feſtſtellen, daß ich weder ſo gelehrt, noch ſo erotiſch geboren und erzogen bin als jene. Da jene Herren entweder aus Rußland, Polen oder England ſtammen und es bei uns Sitte geworden iſt, daß Ausländer und Juden das raſſenreine Germanentum verkörpern, ſo habe ich eigentlich nach Lage der Dinge kein Recht, als Deutſcher zu Deutſchen zu ſprechen.

Es liegt alſo eine gewiſſe Anmaßung darin, wenn ein Deutſcher, der weder Ruſſe noch Engländer, weder Slawe noch Jude, ſondern Preuße iſt und der in der Schule alle Mitſchüler in der Aufzählung der preußiſchen Könige und ihrer Schlachten übertraf, heute vor ſeine Landsleute treten und ihnen von Deutſchland ſprechen will. Die Entwicklung der deutſchen Kultur hat ja das intellektuelle Hochſtapler- und Meſtizentum zu ſo hohem Anſehen bei uns gebracht, daß die wahren Deutſchen heute im deutſchen Vaterland ſchon einigermaßen erbärmlich ausſehen.

Mir ſcheint, daß wir hier mehr denn anderswo „tatſächlich angegriffen" worden ſind. Angegriffen in unſerem wahren Deutſchtum, unſeren heiligſten Empfindungen und Traditionen. Und eben, weil ſich mir das Gefühl aufdrängte, daß wir, vom Standpunkt des klaſſiſchen Deutſchtums aus, einen heiligen Verteidigungskrieg gegen die offiziellen Kulturträger des heutigen Deutſchlands zu führen haben, deswegen iſt die hier angeſtellte Unterſuchung, ſo „revolutionär" ſie auch auf den erſten Blick erſcheinen mag, eine Notwendigkeit für die Wiederherſtellung der deutſchen Volksgeſundheit.

Sollen, können, müſſen wir heute, wo der Weltkrieg Millionen Menſchen getötet, verkrüppelt und ruiniert, Milliarden von Kulturwerten vernichtet hat, die Weisheiten jener intellektuellen Berühmtheiten bedingungslos als Wahrheit preiſen? Dieſes Weltdrama (das größte der Weltgeſchichte) mit dem uns eingelernten, aufgezwungenen Reſpekt vor der Dynaſtie betrachten? Allen Dokumenten, preußiſchen

Traditionen und Ereigniſſen der letzten Jahrzehnte zum Trotz an die offizielle Phraſe von dem „heimtückiſch überfallenen Deutſchland" glauben? Dem Beiſpiel gewiſſer Pazifiſten und Sozialiſten folgend, den Weltkrieg mit gelehrten Redensarten erklären, nur um der peinlichen Notwendigkeit enthoben zu ſein, die wahre Urſache beim rechten Namen zu nennen?

Es mag unſerer Regierung mit ihren ausländiſch-jüdiſchen Kulturträgern immerhin gelungen ſein, eine Art von Fetiſchglauben an die Dynaſtie in unſerem Volke heranzuzüchten, wir bleiben nichtsdeſtoweniger ein Volk, das logiſch denken gelernt hat und das wie alle zur Ziviliſation gelangten Völker ganz inſtinktiv der Demokratie entgegenſtrebt. Zuletzt ſiegt, wie Napoleon ſchon ſagte, der Geiſt doch immer über den Säbel. Und geſetzt ſelbſt, unſere Dynaſtie könnte aus dieſem Kriege mit einem vollen Siege heimkehren, ſie könnte nicht verhindern, daß uns die unerbittliche Logik zuletzt doch zu der bitteren Erkenntnis führen müßte, daß in dieſem Weltkrieg die Dynaſtie gegen unſer Volk und gegen die ganze Menſchheit geſtanden hat.

Dynaſtie oder Menſchheit! Das iſt hier die Frage. Das iſt der Sinn dieſes Weltkrieges.

Und vor dieſe Frage geſtellt, erklären wir uns ohne Zögern rund heraus für die Menſchheit. Denn die Dynaſtie iſt immer nur ein Zufall der Weltgeſchichte. Auch wenn ſie von den Göttern abſtammt, kann ſie irren und böſen Willens ſein. Die Menſchheit aber iſt kein Zufall; auch ſie ſtammt von den Göttern ab, aber ſie beſitzt den Dynaſtien gegenüber den Vorzug, daß ſie weder irren noch böſen Willens ſein kann. Die Menſchheit iſt der Sinn der Welt; und trotz aller preußiſchen Geheimräte iſt ſie auch der Sinn der Geſchichte. Ihr Gewiſſen iſt ewig und unfehlbar. Auch für die Dynaſtien gilt das fatale Wort, daß man länger unter als auf der Erde iſt. Aber es gilt nicht für die Menſchheit. Hundert Dynaſtien, Vaterländer und Völker vergehen; die Menſchheit bleibt. Über alle Kataſtrophen und Einzelwillen hinweg geht ſie ihren Gang. Und dieſer Gang geht langſam, aber ſtetig aufwärts gegen mehr Licht, Freiheit, Glück und Menſchenwürde.

Was iſt, von dieſer Warte aus geſehen, Hochverrat, vaterlandsloſe Geſinnung und dergleichen? Doch nur der Begriff einer Minute, ein

Verbrechen im Bereich weniger Quadratkilometer, der Zorn einer Regierung von wenigen Jahren. Gewiß haben wir als Angehörige eines Vaterlandes die Pflicht, ihm zu dienen und ſeinen Geſetzen zu gehorchen. Aber wo, wie hier, unſer Vaterland einem fremden Willen gehorcht, der es gegen die ewigen Geſetze der Menſchheit ſtellt, dort haben wir kein Recht mehr, die Menſchheit mit patriotiſchem Eigenſinn zu beleidigen.

Die Dynaſtien ſtanden eigentlich immer gegen die Menſchheit. Jedes zweite Blatt der Weltgeſchichte iſt Beweis dafür. Ganz im Anfang, als wir noch halbe Tiere waren, als du und ich noch inſtinktiv übereinander herfielen, ſobald wir uns an einer Wegbiegung begegneten, da mögen die Herrenmenſchen und die aus ihnen entſtandenen Dynaſtien einen ordnenden, ziviliſierenden Sinn in der Menſchheit gehabt haben. Man kann noch weiter gehen und ſagen, daß (mit Ausnahme etwa der Vereinigten Staaten) keine nationale Einheit entſtanden iſt, die wir nicht den Dynaſtien verdankten. Die ſtolzeſten franzöſiſchen Republikaner geben zu, daß die Capetinger es waren, die ihr Vaterland groß machten, ſo daß die Revolution es von ihnen für Rechnung des Volkes übernehmen konnte. Sogar die ſchweizeriſche Nationaleinheit iſt, trotzdem ſie niemals von einer Dynaſtie regiert wurde, die indirekte Schaffung von Dynaſtien.

Aber heute? Heute, wo die nationale Entwicklung ſozuſagen auf der ganzen Linie durchgeführt iſt und wo es ſich nur noch darum handelt, die nationalen Einheiten den Volkswünſchen entſprechend abzurunden und mit politiſcher Selbſtändigkeit auszugeſtalten? Heute, wo wir überall in der ziviliſierten Welt ſtaatliche Rechtsverbände und Rechtsordnungen beſitzen? Welchen höheren Beruf und Sinn können in dieſer modernen Welt noch die mit göttlichen Rechten ausgeſtatteten Dynaſtien haben? In grauen Vorzeiten, als ſie ſelbſt noch an der Spitze ihrer Stammesgenoſſen als erſte in die Schlacht zogen und als letzte heimkehrten, da konnten ſie mit einigem Recht die Regierungsmacht beanſpruchen. Denn damals lebten, kämpften, dachten und ſprachen ſie inmitten ihrer Stammesgenoſſen; ſie waren mit ihnen verwachſen, kannten ihre Gefühle und Bedürfniſſe und hatten kraft ihrer geiſtigen und phyſiſchen Überlegenheit ein natürliches Recht auf Führung und Autorität. Aber die Zeiten haben ſich geändert. Bei

den alten Germanen war es noch der Mann, dem das Amt nicht nur die Würde, sondern auch die Pflicht verlieh; heute aber verleiht umgekehrt das Amt dem Mann die Würde und entbindet ihn zugleich von der Pflicht. Die Dynastie der Hohenzollern ist eine Soldatendynastie ersten Ranges, aber noch alle ihre Mitglieder sind im Bett gestorben; Ihr und mein Großvater, die keiner Soldatendynastie zugehörten, haben ihr Leben vielleicht soldatischer beschlossen. Und obgleich der Weltkrieg nicht zu Ende ist, wissen wir schon heute, daß die kaiserliche Familie die einzige in ganz Deutschland sein wird, die sechs Soldatensöhne im Feld stehen hat und beim Friedensschluß noch vollzählig sein wird, wofern ihr sonst keine Unfälle zustoßen. Der Fortschritt und die aus ihm entstandene Modernisierung des Krieges hat es mit sich gebracht, daß die Mitglieder der Herrscherfamilien nicht mehr selbst kämpfen und daß ihre Zwiste und Ehrgeize heute nationale Angelegenheiten geworden sind. War es früher ihre Pflicht und ihr Ehrgeiz, an der Spitze ihrer Heere zu kämpfen, so ist es in unserer schweren Zeit ihre oberste Pflicht, sich ihren Völkern zu erhalten*).

Aber nicht nur auf dem Schlachtfeld hat eine andere Moral Platz gegriffen. Auch sonst hat der Fortschritt viel geändert. Im Altertum

---

*) Herr Rud. Presber, der eine Kompetenz ist, weil er den Krieg in der nächsten Nähe des Kronprinzen erlebt hat, besingt in den „Lustigen Blättern" (26. Kriegsnummer) unter dem Titel „Der Trommler" das Heldentum der Hohenzollernprinzen: Bei einem Sturmangriff ist der Trommler gefallen. Ein junger Offizier reißt die Trommel vom Boden auf und

Ein Wirbel saust, ein toller,
Der Feind, der hat's gespürt:
Das ist ein Hohenzoller,
Der dort die Trommel rührt!
Aus Gräbern und Gehäusen
Das Wild ward aufgespürt;
Das ist ein Prinz von Preußen,
Der hier die Garde führt!

Und ob Geburt ihn kröne,
Im Kampf erst wächst der Held.
Der Kaiser hat sechs Söhne,
Und alle stehn im Feld.
Als Frechheit uns geladen
Zu einem blutigen Tanz,
Da wurden sie Kameraden
Der Söhne des deutschen Lands.

Wir wissen nicht, ob Herr Presber Augenzeuge der so poetisch geschilderten Szene war. Immerhin betrachte ich die von ihm berichtete Tatsache, daß alle sechs Söhne des Kaisers im Feld stehen und bei Sturmangriffen (gelegentlich sogar mit der Trommel) vorangehen, als ein Dementi zu meinen obigen Ausführungen und möchte sie daher dem Leser nicht vorenthalten.

und Mittelalter war es einer Dynaſtie leicht, ſouverän zu regieren. Ihre Staaten waren zumeiſt klein, ihre Untertanen gering an Zahl, abergläubiſch, leibeigen und politiſch gleichgültig. Die Herrſcher hatten ihre Geſchäfte eigentlich nur immer mit dem Adel und der Geiſtlichkeit zu regeln und das Regieren war dergeſtalt eine im ganzen überſehbare, menſchlich mögliche Tätigkeit, die ſogar ab und zu gute Früchte tragen konnte (Heinrich IV. in Frankreich, Heinrich I. in Deutſchland, der große Kurfürſt in Brandenburg uſw.). Inzwiſchen ſind die Menſchen und Verhältniſſe gewachſen. Deutſchland allein zählt heute ſoviel Einwohner als das bekannte Europa Karls des Großen. Die Bevölkerungen ſind nicht mehr abergläubiſch, leibeigen und gleichgültig. Tauſend Erfindungen haben unſeren Verkehr, unſere Ideen und Bedürfniſſe von Grund auf umgeſtaltet und das geſchaffen, was wir zuſammenfaſſend „Kultur" nennen. In einer ſolchen Zeit, mit ſolchen Staaten und Ideen wäre das größte Genie aller Jahrhunderte nicht mehr fähig, ſouverän in allen Dingen zu entſcheiden und zu regieren. Aus verſchiedenen Reden Wilhelms II. haben wir mit Genugtuung erſehen, daß er ſich tatſächlich auf alles verſteht, alles leitet und regiert. Im Frieden wie im Krieg haben wir ſeine Tüchtigkeit, die an Univerſalität grenzt, ſo oder ſo bewundert. Aber gerade an ihm müſſen wir auch feſtſtellen, was heute auf alle mit göttlichen Rechten regierenden Dynaſtien zutrifft: Sie leben in einer vom Volke gänzlich getrennten Welt, ſind durch eine künſtlich um ſie gezogene Mauer längſt jeder freien Ausſicht auf Welt und Menſchheit beraubt und werden von ihren Ratgebern in einer mehr oder weniger abſoluten Unwiſſenheit über den Geiſt der Zeit und die wahren Forderungen der Menſchheit gehalten.

Unſere ganze Wiſſenſchaft und Technik ſteht heute g e g e n die Idee des Göttlichen und Willkürlichen. Kann in einer ſolchen Welt noch eine von Gott geſetzte Dynaſtie die vernunftgemäße Verkörperung eines ganzen großen Staatsweſens ſein?

Dieſe Frage ſtellen heißt ſie beantworten: In der Tat drängt auf allen Gebieten die Kulturentwicklung der Menſchheit nach der Ausſchaltung der Willkür und der unberechenbaren Göttlichkeit. Kultur iſt Ausſchaltung des perſönlichen Machtwillens, Bändigung und Nutzbarmachung der göttlichen Naturgewalten im Dienſte der Menſchheit.

Und gerade wir Deutſchen haben in dieſem Sinne viel geleiſtet. Wir ſind ſogar, abgeſehen von der Politik, eines der demokratiſchſten Völker der Erde geworden. Unſer ganzes Gerichts-, Finanz-, Kommunal-, Steuer-, Verſicherungs- und Vereinsweſen iſt ſo demokratiſch, daß es teilweiſe ſogar für andere Länder vorbildlich geworden iſt. Niemand (am allerwenigſten Frankreich, das Vaterland der Demokratie) beſitzt eine ſo demokratiſch organiſierte Einkommenſteuer wie wir*). — Von England abgeſehen, blühen die Konſumgenoſſenſchaften und die damit verbundenen demokratiſchen Einrichtungen nirgendwo ſo großartig als in Deutſchland. — Unſere Geſchwornengerichte werden zwar von niemand als vollkommen betrachtet, aber alle Welt iſt in Deutſchland der Meinung, daß ſie die beſte Gewähr gegen die mögliche Parteilichkeit und Willkür der Richter bieten und eine der vornehmſten Errungenſchaften der Ziviliſation ſind. — In unſeren deutſchen Stadtparlamenten geht es zumeiſt recht demokratiſch her. — Keiner meiner deutſchen Leſer würde Aktien einer Geſellſchaft kaufen, von der er nicht wüßte, daß ſie jedes Jahr eine klare Bilanz ihrer Geſchäftsführung vorlegt. Bei der Anlage ſeines Kapitals iſt ganz gewiß ſelbſt Herr Heydebrand von der Laſa entſchiedener Demokrat. Vom Aufſichtsrat einer Aktiengeſellſchaft, an der er beteiligt iſt, verlangt er eine Kontrolle und Sicherung gegen etwa auftauchende Spekulations- und Betrugsgelüſte allzu unternehmungsluſtiger Direktoren. — Keiner meiner

*) Wozu freilich bemerkt werden muß, daß die Mitglieder der deutſchen Fürſtenhäuſer gänzlich ſteuer- und portofrei ſind und daß ſie, trotz aller Reichstagswünſche und Kriegsfinanznöte dieſe undemokratiſche Freiheit nicht einmal während des Krieges aufgegeben haben. — Man erzählt, daß Ludwig XIV., als er kein Geld mehr zur Fortführung des ſpaniſchen Erbfolgekrieges hatte, ſeine ſämtlichen Gold- und Silberſachen in die Münze ſchickte und ... keine Quittung dafür verlangte. Hier, wie überall, waren die Fürſten Lieblinge des raſtloſen Fortſchritts. Denn der Krieg, der zu Zeiten Ludwigs XIV. noch das mit eigenen Mitteln bezahlte Privatvergnügen der Könige war, wurde dank dem Fortſchritt eine nationale Angelegenheit. Das heißt, die Fürſten befehlen und führen ihn zwar heut noch ebenſo wie früher, aber ſie bezahlen ihn nicht mehr.

Seht mir am Ruder die Herrn! D i r überläßt man das Steuern.
Nun, wer das Steuern verſteht, dächt' ich, r e g i e r' auch das Schiff!

ſang Georg Herwegh vor 70 Jahren. Aber ſeither ſind die Fürſten beſtändig weiſer und die deutſchen Völker folglich beſtändig unfähiger zum Regieren geworden.

deutſchen Leſer wäre gewillt, einem Verein beizutreten, der ſeinen Mitgliedern für die geleiſteten Beiträge nicht wenigſtens ein Stimmrecht gewährte, oder deſſen Vorſtand womöglich eine ganze Philoſophie über die Dummheit der Vereinsmitglieder aufſtellen und behaupten wollte, er ſei vom lieben Gott ermächtigt worden, mit der Vereinskaſſe zu machen, was ihm beliebe.

Alle dieſe Dinge fühlen wir Deutſchen als Selbſtverſtändlichkeiten. Der überzeugteſte Anhänger der Monarchie möchte ſie nicht miſſen. Nun iſt aber der Staat ſozuſagen die größte Aktiengeſellſchaft und der größte Verein. Wir gehören ihm nicht zu, weil wir wollen, ſondern weil wir in ihn hineingeboren werden. Dieſer Staat verlangt von uns nicht nur Steuern, Gehorſam und Vaterlandsliebe, ſondern im Notfalle ſogar noch unſer Leben. Man ſollte alſo glauben, daß er ſich unter dieſen Umſtänden ganz von ſelbſt der Kontrolle ſeiner Mitglieder unterwerfen und alles tun müßte, um ihre Wünſche ſoweit als möglich zu erfüllen. Aber ganz im Gegenteil: Er erkennt uns gegenüber überhaupt keine Verpflichtungen an. Was im Aufſichtsrat einer Aktiengeſellſchaft oder im Vorſtand eines Vereins als ſelbſtverſtändlich gilt (das durch die Beitragzahlung erworbene Recht der Mitbeſtimmung), das wird, ſobald deutſche Staatsbürger es fordern, ein Verbrechen. Die den Staat verkörpernde Dynaſtie regiert von Gottes Gnaden, das heißt willkürlich. Ein Dutzend weltberühmter deutſcher Philoſophen hat bewieſen, daß der Staat auf Grund ſeiner göttlichen Herkunft von vornherein das Recht beſitzt, über uns nach ſeinem Gutdünken zu verfügen; daß wir ihm gegenüber zwar alle Pflichten der Beitragzahlung und Lebenshingabe haben, aber kein Recht der Mitbeſtimmung.

Es grenzt an Komik, wenn man bedenkt, mit welcher Sorgfalt ein deutſcher Kapitaliſt den Gang der Geſchäfte eines Unternehmens überwacht, in dem er einige tauſend Mark ſtecken hat, während er als Staatsbürger von vornherein mit allem einverſtanden ſein muß, was der von den Göttern berufene Vorſtand des Staatsvereins über ſein Leben und ſeine Freiheit beſchließt. Dort, um einiger Mark willen, die ſtrenge Forderung der Ausſchaltung jeder Willkür, hier aber, um des Lebens und der Freiheit willen, die teils gläubige, teils erzwungene, immer aber diskuſſionsloſe Unterordnung unter die Willkür jener

himmliſchen Götter, die ſchon bei den Juden nicht ſonderlich volksfreundlich waren. Komik, Tragik, Aberglauben und Wahnſinn ſtecken in dieſem Widerſpruch, der heute nicht einmal mehr in China exiſtiert.

Dynaſtiſche Politik und Kultur.

Die Dynaſtien, die ſich für die Führung ihrer Staatsgeſchäfte auf göttliche Vollmachten berufen und hartnäckig jede Volkskontrolle ablehnen, können für dieſe Haltung offenbar keinen anderen Beweggrund haben, als das inſtinktive Bewußtſein, daß ihre Intereſſen nicht die Intereſſen des Allgemeinwohls ſind.

In der Tat klafft zwiſchen der „Politik", wie die Völker ſie verſtehen und erſehnen und wie die Dynaſtien ſie begreifen, ein Abgrund, der anſcheinend durch nichts überbrückt werden kann.

Seit Plato exiſtiert ein Begriff von der Politik, der ſich in erſter Linie auf Recht und Freiheit ſtützt und die Erreichung des größtmöglichen Allgemeinwohls für die größtmögliche Zahl von Menſchen als oberſtes Ziel hinſtellt. Es gibt ſeit den Griechen einen univerſellen Rechts- und Freiheitsbegriff in der Welt, der für alles genügt und der der eigentliche Kulturmeſſer in der Menſchheit iſt. Dieſer Begriff iſt von keiner Staatsgewalt abhängig, ſeine Wohltaten kommen dem ärmſten Bettler zugute, er iſt an keine Zeit, an kein Verhältnis gebunden und darf um keines Vorteils, um keiner Gefahr willen geſchmälert oder vernichtet werden. Mit der unſterblichen Proklamation der Menſchen- und Bürgerrechte wurde er aufs neue als oberſtes Leitmotiv der Staatenpolitik aufgeſtellt und den Völkern als Ziel alles politiſchen Strebens verkündet.

Wären die Intereſſen der Dynaſtien mit den Intereſſen des menſchlichen Allgemeinwohls vereinbar, dann hätten ſie dieſen Begriff der Menſchenwürde und des Völkerrechts anerkannt. Die Geſchichte aber lehrt uns, daß ſie ihn von jeher mit allen Mitteln bekämpft haben. Warum? Weil ihr von den Göttern ererbtes Recht mit dem von den Menſchen geſchaffenen Recht hinfällig, das heißt, weil damit ihre ganze Exiſtenz bedroht wurde. Darum ſetzten ſie ſich zur Wehr und unterbrachen, verſtümmelten das Werk der großen Revolution. Wenn ſie auch da und dort einige Zugeſtändniſſe machen mußten, wir haben geſehen, daß ihre Grundrechte in einigen Staaten (und namentlich in

Deutſchland) durchaus unangetaſtet blieben. Dieſe Grundrechte ſind in erſter Linie eine Gefahr für den Frieden. Bisher war alle Politik die Sache von Dynaſtien; die Weltgeſchichte war nicht das Werk von Völkern, ſie war ein Für und Wider, ein Herüber und Hinüber dynaſtiſcher Intereſſen, im ganzen alſo das Werk einzelner Menſchen. Die Kriege ſind die „unvermeidlichen", das heißt ganz natürlichen Ergebniſſe dieſer Politik. Und ſie werden es bleiben, ſolange Europas Politik, anſtatt von Rückſichten auf das bürgerliche Allgemeinwohl geführt zu ſein, auch weiterhin nur dynaſtiſchen Ehrgeizen und Ränkeſpielen dient.

Eigene Machtvergrößerung oder Verhinderung der Machtvergrößerung einer Nebendynaſtie: das ſind die heimlichen Ziele jeder dynaſtiſchen Politik. Dieſen Zielen dient die militäriſch-politiſche Organiſation ihrer Staaten, die Diplomatie und deren Fortſetzung, der Krieg.

Wenn Auguſt gezecht hatte, dann war Polen betrunken! Ach, die Geſchichte des letzten Jahrhunderts beweiſt, daß die Dynaſtien, trotz aller Revolutionen, weitergezecht und ihre Völker weiter in dauernder Trunkenheit erhalten haben. Und namentlich bei uns Deutſchen hatten ſie damit den Erfolg, daß wir, wie die meiſten Betrunkenen, immer behaupteten, wir ſeien ganz nüchtern. Tauſend gelehrte Köpfe haben uns immer wieder weisgemacht, wir ſeien das freieſte Volk der Welt, weil die Dynaſtie nirgendwo freier war als bei uns*).

Man muß aber lange frei geweſen ſein, um die Freiheit zu begreifen und zu lieben. Ach, die Dynaſtien ließen uns nie Zeit zur Nüchternheit und Erkenntnis der wahren Freiheit. Es iſt ihre Aufgabe und ihr göttliches Recht, nur immer auf Machtvergrößerung zu ſinnen, die Völker durch die Ausſtellung ihrer Macht zu beunruhigen und von ihren eigentlichen Kulturaufgaben abzulenken. Was Recht, was Freiheit und Frieden, wenn das Vaterland bedroht iſt und wir es fortwährend gegen künftige Bedrohungen ſichern müſſen durch die ſtändige Mehrung unſerer Macht.

*) „Wir fühlen uns jedenfalls in vieler Hinſicht freier und unabhängiger als die Bürger der großen Demokratien" ſagt beiſpielsweiſe Profeſſor Ernſt Tröltſch, S. 71 des Buches „Deutſchland und der Weltkrieg" (Berlin 1915). Wir? Profeſſor Tröltſch ſpricht zweifellos im Namen ſeiner Kollegen.

Dem demokratiſchen Ideal eines Rechtsſtaates ſtellen die Dynaſtien ihr Ideal eines Machtſtaates entgegen. Wo die Völker einen Augenblick von der Solidarität aller Menſchheitsintereſſen, von Gerechtigkeit, Frieden, Verfaſſung und Selbſtbeſtimmungsrecht geträumt hatten, da antworteten die Dynaſtien im Namen des immer bedrohten Vaterlandes mit der Forderung des Reſpekts, des blinden Gehorſams und Vertrauens in ihre von Gott geſetzte Regierung. Statt Verfaſſungen gaben ſie uns eroberte Provinzen, ſchmeichelten damit unſerem Nationalſtolz und nötigten uns, auf die Erhaltung des Eroberten bedacht zu ſein.

Allen Errungenſchaften des letzten Jahrhunderts zum Trotz hielten ſie dergeſtalt in ihren Völkern einen Begriff der „Feindſchaft" wach, der die Vorausſetzung für ihre Politik iſt, der aber in der modernen Welt keine natürliche Grundlage mehr beſitzt. Es gibt zwiſchen den Völkern Unterſchiede der Ideen, Sitten, Temperamente, Sprachen und Religionen, wie es Gegenſätze der Intereſſen und Beſtrebungen unter ihnen gibt. Aber erſt die Dynaſtien mit ihrer primitiven und myſtiſchen Gewaltpolitik haben uns eingeredet, der Krieg müſſe jeweils die natürliche Folge dieſes friedlichen Konkurrenzkampfes ſein*).

„Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi", ſagte ſchon der alte Horaz, was Heine auf ſeine Weiſe verdeutſcht hat: Wenn es die Fürſten juckt, müſſen die Völker ſich kratzen. Und bisher war die Weltgeſchichte nichts anderes als ein ewiges Jucken der Dynaſtien und Sichkratzen der Völker um ihretwillen. Die internationale Politik glich einem in Heften erſcheinenden Räuberroman. In jedem Heft wurde „höheren

*) Wie oft iſt nicht von unſeren Raſſewiſſenſchaftlern und Staatsmännern die natürliche Feindſchaft betont worden, die angeblich zwiſchen Germanen und Slawen beſtehe und früher oder ſpäter zum Kriege drängen müſſe. Dieſe „natürliche Feindſchaft" zwiſchen Germanen und Slawen war geradezu ein Dogma unſerer Raſſewiſſenſchaft, und als der Weltkrieg ausbrach, erklärte man ihn (wenigſtens im Anfang) in Deutſchland als einen heiligen Krieg gegen den „übermütigen Panslawismus". — Dem halte man die Tatſache gegenüber, daß juſt deutſche Denker und Dichter es waren, die an dem traurigen Schickſal Polens den lebhafteſten Anteil nahmen. Schon bei der erſten Teilung Polens beſangen Schubart, Zacharias Werner und J. Gottfr. Seume den Jammer unſerer polniſchen Nachbarn in begeiſterten Worten und fanden ein dankbares Echo im deutſchen Volk. In der 30er Jahren des letzten Jahrhunderts entſtand infolge der verunglückten Polen-

Zielen" zuliebe eine Untat begangen und am Ende jedes Heftes ſtand: Fortſetzung folgt.

Der Krieg nährt den Krieg. Bisher wurde faſt jeder Frieden von dynaſtiſchen Geſichtspunkten aus geſchloſſen, und darum enthielt er ſchon den Keim zum nächſten Kriege in ſich. Verſtanden und führten die Völker jeden Krieg nur als Mittel zum Frieden, ſo war er umgekehrt für die Dynaſtien nur immer ein Mittel zum Krieg. Im Altertum war die Ausübung der Macht an die Dauer der Kriege gebunden; was Wunder, wenn die Führer ſo lange Krieg führten, als ſie nur konnten und ſchließlich mit allen Mitteln immer neue Kriege herbeizuführen wußten? Es ging um ihre Rangſtellung und Exiſtenz. Ohne Führer keine Kriege, ohne Kriege keine Führer. Dynaſtie und Krieg: das eine iſt undenkbar ohne das andere. Die Weltgeſchichte beweiſt uns auf Schritt und Tritt, daß nicht der Frieden, ſondern der Krieg das Ziel der Dynaſtien iſt; für ſie iſt der Frieden kein Ideal, ſondern nur das natürliche Durchgangsſtadium zum nächſten Krieg.

Man kann von einem Wolf keine Schäferdienſte verlangen. Es liegt in der Natur der Schafe, Frieden zu halten und nach guten Futterplätzen zu ſuchen. Und es liegt in der Natur der Wölfe, die Schafe in Aufregung zu bringen und ſich an ihnen ſatt zu freſſen. Ihrer Natur nach ſind die ziviliſierten Völker ausnahmslos friedliebend; wenn ſie auch von dem Wunſche beſeelt ſind, ihre Futterplätze zu verteidigen, ſo haben ſie doch mit Hilfe des internationalen Verkehrs die Welt heute ſo organiſiert, daß die Futterfrage ſeit langem gelöſt iſt und keinesfalls mehr nach kriegeriſchen Unternehmungen drängt. Der viel beſprochene „Expanſionsdrang" dieſes oder jenes Volkes würde, ſelbſt wenn er vorhanden wäre, nirgendwo in kriegeriſche Taten übergehen. Aber er iſt gar nicht vorhanden; er iſt in Wirklichkeit, ganz wie die

---

erhebung uſw. in Deutſchland eine ganze Polendichtung: Grabbe, Holtei, Lenau, Platen, Hebbel (um nur die bedeutenderen Lyriker zu nennen) dichteten ergreifende Strophen auf Polen und ſein unglückliches Volk. Ganz Deutſchland jubelte ihnen zu, und einige dieſer Lieder ſind bis auf den heutigen Tag im deutſchen Volke lebendig geblieben. — Dieſe deutſche Polendichtung iſt nicht nur ein Ehrendenkmal für das Land der Dichter, ſondern namentlich auch ein ſchlagender Beweis für die Tatſache, daß trotz aller gelehrten Klopffechtereien und Machenſchaften der dynaſtiſchen Staatspolitik *kein* natürliches Feindſchaftsgefühl zwiſchen den Völkern beſteht.

„Feindſchaft" der Völker, ein ihnen künſtlich aufgeſchwätztes Erzeugnis der dynaſtiſchen Sophiſtik und Politik. Die dichteſt bevölkerten Länder (in Aſien China, in Europa Belgien) waren von jeher die friedlichſten.

Die Dynaſtien aber ſind ihrer Natur nach Soldaten und Eroberer. Im Hauſe Hohenzollern zum Beiſpiel werden die königlichen Prinzen ſchon bei Vollendung ihres zehnten Lebensjahres in die Garde eingereiht*). Was Wunder, wenn ſpäter ihr ganzes Tun und Denken von militäriſchen Begriffen beherrſcht wird? So erzogene und denkende Menſchen müſſen ſich in einer nur noch dem Frieden lebenden Welt höchſt überflüſſig fühlen. Eine Welt ohne Krieg und Abenteuer muß ihnen als eine flache, langweilige Welt erſcheinen. Wer in der Wiege ſchon Soldat wird und ſein Leben lang von früh bis ſpät nur von Soldaten umgeben iſt, glaubt zuletzt, die ganze Welt ſei Soldaten zuliebe geſchaffen worden. Und was ſollen Soldaten, wenn es von vornherein ſicher iſt, daß ſie nie Verwendung finden werden? Wer in der Organiſierung von Armeen und in der Ausarbeitung von Kriegsplänen ſeine Lebensaufgabe ſieht, den muß es zuletzt bedrücken, ſoviel Arbeit und Genie nur immer als Theorie ausgegeben zu haben. „Donnerwetter, wenn das doch ernſt wär!" ſagte der deutſche Kronprinz bei einer fingierten Reiterattacke. Was ſoll er anders ſagen? Ihm muß es abſurd erſcheinen, daß die Armee nur immer ein Spielzeug ſein ſoll. Wie es auch die Generäle und Diplomaten zuletzt wurmen muß, ihr ganzes ſchönes Genie nur immer in Pappſchachteln verſchwinden zu ſehen.

Wäre die Welt friedlich organiſiert, dann könnte ſie am Ende fragen, wozu wir überhaupt noch Armeen, Generäle und manövrierende Kronprinzen brauchen. Doch die Welt iſt nie friedlich organiſiert. „Sollte es aber irgendeiner unternehmen, uns an unſerem guten Recht zu kränken oder ſchädigen zu wollen, dann fahre darein mit der ge-

*) Noch ausgeſprochener iſt die militäriſche Tradition im Hauſe Habsburg. Einer der erſten Befehle, die der neue Kaiſer Karl I. von Öſterreich nach ſeinem Regierungsantritt erließ, war folgender vom 28. Nov. 1916: „Ich will, daß mein erſtgeborener, mir durch Gottes Gnade geſchenkter Sohn von nun an meiner braven, heldenmütigen Wehrmacht angehöre und ernenne ihn zum Oberinhaber meines Infanterie-Regiments Nr. 17, welches von nun an den Namen „Kronprinz" zu führen hat." Dieſer neue Oberinhaber des Infanterie-Regiments Nr. 17 war damals etwa vier Jahre alt.

panzerten Faust! Und so Gott will, flicht dir den Lorbeer um deine junge Stirn, den niemand im ganzen deutschen Reiche dir neiden wird," sagte Wilhelm II. zu seinem Bruder Heinrich bei dessen Ausfahrt nach Ostasien (Kiel, 15. Dezember 1897). Und Gott will es immer! Der alte deutsche Gott hat nie geduldet, daß der ewige Friede ewig dauere. Immer wieder kommt ein Tag, an dem die Dynastie in der traurigen Notwendigkeit ist, zu zeigen, daß Armee und Marine wahrlich keine Spielzeuge sind und daß es ihr von Gott beschieden war, sich den Lorbeer um die Stirn zu winden. „Diplomatie ist Arbeit in Menschenfleisch", sagte Bismarck, der es wissen mußte.

* * *

Wir sind keine Jakobiner und Fanatiker. Es wäre absurd, uns den Vorwurf zu machen, als haßten wir das Königtum an sich. Die Erfahrungen der Geschichte sind für uns nicht verloren.

Und gerade ein Hohenzoller war es ja, der das Königtum in einer Weise definiert hat, die wir Demokraten und Pazifisten mit beiden Händen zu unterschreiben bereit sind. Friedrich II., genannt der Große, schrieb schon im Jahre 1738:

„Hier liegt der Irrtum der meisten Fürsten. Sie glauben, daß Gott ausdrücklich und aus ganz besonderer Aufmerksamkeit für ihre Größe, ihr Glück und ihren Stolz diese Menge Menschen geschaffen hat, deren Wohl ihnen anvertraut ist, und daß ihre Untertanen nur dazu bestimmt sind, die Werkzeuge und Diener ihrer untergeordneten Leidenschaften zu sein. Insofern das Prinzip, von dem man ausgeht, falsch ist, können die Folgerungen nur bis ins Endlose fehlerhaft sein. Daher diese untergeordnete Liebe für den falschen Ruhm, daher jenes brennende Verlangen, alles zu erobern; daher die Unerschwinglichkeit der Auflagen, mit denen das Volk belastet ist; daher die Trägheit der Fürsten, ihr Hochmut, ihre Ungerechtigkeit, ihre Unmenschlichkeit, ihre Tyrannei und alle jene, die menschliche Natur erniedrigenden Laster. Wenn sich die Fürsten von solchen irrigen Ansichten befreien und auf den Zweck ihrer Einsetzung zurückkommen wollten, so würden sie sehen, daß dieses Amt, auf das sie so stolz sind, daß ihre Erhebung lediglich das Werk der Völker ist; daß diese Tausende von Menschen, welche ihnen anvertraut sind, sich keineswegs zu Sklaven eines einzigen

Menſchen gemacht haben, um denſelben ſchrecklicher und mächtiger zu machen; daß ſie ſich keineswegs einem Bürger deshalb unterworfen haben, um die Schlachtopfer ſeiner Launen und das Spielzeug ſeiner Phantaſie zu ſein. Sondern, daß ſie ſich aus ihrer Mitte denjenigen gewählt haben, den ſie für den Gerechteſten hielten, ſie zu regieren, für den Beſten, ihnen als Vater zu dienen; für den Humanſten, um Anteil zu nehmen an ihren Unglücksfällen und dieſe zu lindern; für den Stärkſten, um ſie gegen ihre Feinde zu verteidigen; für den Weiſeſten, um ſie nicht zu unrechter Stunde in zerſtörende und verderbliche Kriege zu verwickeln; kurz, für den zur Repräſentierung des ganzen Staatskörpers geeignetſten Mann, deſſen ſouveräne Gewalt den Geſetzen und der Gerechtigkeit eine Stütze und nicht ein Mittel iſt, ungeſtraft Verbrechen zu begehen und Tyrannei auszuüben*)."

So ſchrieb Friedrich der Große vor 175 Jahren. Dieſen wahrhaft königlichen Worten eines Hohenzollern ſtelle man die kaiſerlichen Worte eines anderen Hohenzollern gegenüber und beachte, daß zwiſchen beiden ein Zeitraum von 150 Jahren demokratiſcher Entwicklung liegt:

„So wie er (Wilhelm I.) dachte, denke auch ich und ſehe in dem mir überkommenen Volk und Land ein von Gott mir anvertrautes Pfund, welches — wie ſchon in der Bibel ſteht — zu mehren meine Aufgabe iſt und worüber ich dereinſt Rechenſchaft abzulegen haben werde. Ich gedenke, nach Kräften mit dem Pfund ſo zu wuchern, daß ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich ſein wollen, ſind mir von Herzen willkommen, wer ſie auch ſeien; diejenigen jedoch, welche ſich mir bei dieſer Arbeit entgegenſtellen, zerſchmettere ich." (Berlin, 5. März 1890.)

„Ich darf dazu bemerken: Daß es uns gegeben iſt, das zu erreichen, was erreicht worden iſt, liegt vor allen Dingen daran, daß in unſerem Hauſe die Tradition herrſcht, daß wir Uns als von Gott eingeſetzt betrachten, um die Völker, über die zu herrſchen Uns beſchieden iſt, zu regieren und zu leiten zu deren Wohlfahrt und zur Förderung ihrer materiellen und geiſtigen Intereſſen." (Bremen, 21. April 1890.)

*) „Königliche Gedanken und Ausſprüche Friedrichs des Großen." Verlag Deutſche Bibliothek in Berlin, S. 5—6.

„Ich glaube nicht, daß die brandenburgiſche Mark zögern wird, mir zu folgen auf den Bahnen, die ich beſchreite. Sie wiſſen, daß ich meine ganze Stellung und meine Aufgabe als eine mir vom Himmel geſetzte auffaſſe und daß ich im Auftrag eines Höheren, dem ich ſpäter einmal Rechenſchaft abzulegen habe, berufen bin." (Berlin, 20. Februar 1891.)

„Er (Wilhelm I.) trat aus Koblenz, wie er auf den Thron ſtieg, hervor als ein auserwähltes Rüſtzeug des Herrn, als welches er ſich betrachtete. Uns allen, und vor allen Dingen uns Fürſten, hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellerem Strahlen verholfen, welches wir hoch und heilig halten mögen: das iſt das Königtum von Gottes Gnaden. Das Königtum mit ſeinen ſchweren Pflichten, ſeiner niemals endenden, ſtets andauernden Mühe und Arbeit, mit ſeiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Menſch, kein Miniſter, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk den Fürſten entbinden kann." (Koblenz, 31. Auguſt 1897.)

Ich glaube nicht, daß es viele Deutſche geben wird, die bei einem Vergleich dieſer Auffaſſungen zweier Hohenzollern geneigt ſein werden, derjenigen Wilhelms II. den Vorzug zu geben. Denn eben, weil Friedrich der Große das Königtum als ein Werk des Volkes und den König als Bürger unter Bürgern hinſtellt, erſcheint er uns menſchlicher, größer und vornehmer als ſein kaiſerlicher Nachfolger, der nicht mehr als des „Staates erſter Diener" und als Menſch zu Menſchen ſpricht, ſondern ſich krampfhaft an die von ſeinem Vorfahren ſo ſcharf gerügte göttliche Berufung klammert, das Königtum als Werk des Himmels preiſt und überall als des Staates Beherrſcher, als Gebieter ſeiner Untertanen zu uns ſpricht.

Nochmals wiederholt: Wir ſind keine Jakobiner und Demagogen. Wir ſchreiben ohne Haß und Leidenſchaft, als Liebhaber freier Vaterländer und Völker. Wir laſſen den Dynaſtien, was den Dynaſtien gehört. Friedrich der Große hat keine Nachahmer gefunden, am allerwenigſten in ſeinem Hauſe. Denn Menſchlichkeit, Genie und Liberalismus werden, wie anderswo im Leben, auch auf Königsthronen immer nur Ausnahmen ſein. Die Durchſchnittsintelligenz der Dynaſtien wird ſich immer als irdiſcher Stellvertreter Gottes empfinden und daher

von zwei möglichen Lösungen stets die weniger liberale und volksfreundliche wählen. In ihrer menschlichen Beschränktheit werden die Dynastien den Liberalismus stets als eine Existenzbedrohung empfinden. Kant sagt mit feiner Ironie: „Daß Könige Philosophen oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen; weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt." Und Nietzsche fügt (in bezug auf Deutschland und die Deutschen hinzu): „Es zahlt sich teuer, zur Macht zu kommen; die Macht verdummt."

Der Besitz der Gewalt raubt den Dynastien in der Tat das freie Urteil, das vornehme Rechtsgefühl und die vernunftgemäße Rücksichtsnahme auf die Interessen der andern. Es ist also logisch, wenn sie für die Betätigung ihrer Energien und Ehrgeize keinerlei Grenzen und Gesetze anerkennen und wenn ihnen die Weltgeschichte nur als eine Kette ruhmreicher Kriegstaten erscheint, für deren Erneuerung sie um so mehr zu sorgen haben, als sie ja die Stellvertreter Gottes und die Kriege ein Element der göttlichen Weltordnung sind.

Für die Dynastien sind die Völker nur Masse und Chaos, die der liebe Gott nur ihnen zuliebe in die Welt gesetzt hat. Die Dynastien mögen die besten Absichten haben, aber sie sind und bleiben die Gefangenen ihrer Herkunft und Erziehung. Selbst Friedrich II. ist nicht deshalb „der Große" geworden, weil er Philosoph und Dichter, der Freund Voltaires und der Verfasser des „Antimachiavell" ist, sondern weil er, seinen philosophischen und liberalen Ideen zum Trotz, ein genialer Heerführer und Eroberer neuer Provinzen wurde. Und ganz nahe bei uns ist das Beispiel Wilhelms II. nach so vielen anderen ein treffender Beweis dafür, daß eine Dynastie selbst dort, wo sie den Frieden im Prinzip als eine Wohltat betrachtet, zuletzt mit ihrer teils mystischen, teils „realpolitischen", immer aber tief traditionellen Politik der Rüstungen und Herausforderungen doch wieder zum Krieg gedrängt wird.

Solange es Dynastien mit göttlichen Vollmachten gab und geben wird, werden sie bleiben, was sie ihrer ganzen Entstehung nach sein müssen: Abenteurer und nicht Politiker! Wo ihre Abenteuer glücken, werden sie Helden; wo sie mißglücken, verlieren sie einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Macht. Immer aber wird ihre Auffassung von

Welt und Menſchen primitiv, myſtiſch, heidniſch und romantiſch ſein. Wer mit den Göttern verkehrt, darf eine Moral für ſich beanſpruchen. Wortbrüchigkeit, Betrug, Verrat und Brutalität ſind die Vorausſetzungen jeder in dynaſtiſchen Intereſſen ſtehenden Staatsmannskunſt. Der militäriſche Sieg heiligt alles. Schuld wird hier die Vorausſetzung für Größe; Ehrlichkeit und Wahrheit ein Gelächter.

Der Drang nach Macht kennt keine andere Grenze als die Macht eines andern. Im Gebiete der dynaſtiſchen Politik iſt alles eine brutale Machtfrage. Die Theorie jeder dynaſtiſchen Politik iſt Rivalität um die größere Macht, die Praxis der Gewehrkolben. Die Frage: wer iſt ſtärker, angeſehener, reicher, du oder ich? beherrſcht alles. Volkswohl und Fortſchritt ſind nur Phraſe und Vorwand. Ihre wahre Philoſophie iſt die Kanone, ihr Recht das Recht des Stärkeren, der ſo lange ein Liebling der Götter bleibt, als er keinen noch Stärkeren findet. Auch das Recht des Briganten iſt ja ſo lange göttlich, als er ſich nicht erwiſchen läßt; auch er darf ſich ſo lange als Liebling der Götter aufſpielen, als er ſich ſiegreich gegen die Polizei verteidigen kann.

Warum die Dynaſtien deswegen tadeln? Der Drang nach Macht und Reichtum ſteckt ja in *jedem* von uns. Er iſt ein *Geſetz* unſerer Exiſtenz, ohne das es keinen Fortſchritt in der Welt gäbe. Um dieſen „Willen zur Macht" in jenen Grenzen zu halten, die zur Wahrung der bürgerlichen Ruhe und Sicherheit notwendig ſind, ſchufen wir ja die Geſetzbücher und Gerichte. Sie begrenzen den „Willen zur Macht" im Privatleben und ſchaffen das, was wir „Kultur", Rechtsordnung, Ziviliſation, Geſittung uſw. nennen.

Kraft ihrer göttlichen Abſtammung und Berufung ſtehen aber die Dynaſtien außerhalb und oberhalb jeder Geſetz- und Gerichtsbarkeit. Für ſie gibt es weder Geſetze noch Richter, ja in den meiſten Fällen nicht einmal Kritiker. Sie geben ſich ihre eigenen Geſetze, richten ihre Handlungen ſelbſt und ſind nur „vor dem Allerhöchſten" verantwortlich, dem ſie „dereinſt" Rechenſchaft abzulegen haben. Eine im ganzen beneidenswerte Stellung, von der, wie ſie ſelbſt ſagen, „kein Miniſter, kein Parlament, kein Volk" ſie entbinden kann. Daher iſt auch alles, was ſie tun, wohlgetan, denn alle ihre Handlungen entſprechen den Weiſungen des Himmels.

Weshalb also wundern wir uns, wenn die Dynastien für die Durchsetzung ihrer Machtziele Mittel gebrauchen, die wir im Privatleben als verbrecherisch bezeichnen? Der Begriff von Schuld und Verbrechen existiert nicht für die Dynastie, das heißt beginnt erst dort, wo die Gefährdung ihrer Interessen beginnt. Wenn es zum Beispiel ein Verbrechen ist, an der Göttlichkeit der Dynastie zu zweifeln, so ist es nicht verbrecherisch, im höheren Staatsinteresse feierlich beschworene Verträge zu verletzen und Hunderttausende von Staatsbürgern für eine Sache in den Tod zu schicken, die in Wahrheit ganz anders aussieht, als man sie ihnen dargestellt hat.

Wir müssen uns ein für allemal klar darüber werden, daß die Dynastie von Gottes Gnaden die in gesetzliche Formen gebrachte Gesetzlosigkeit ist. Was sie dem Bürger verbietet, befiehlt sie dem Soldaten; was sie an diesem bestraft, belohnt sie an jenem und umgekehrt. Sie hat das Recht, das Unterste zu oberst, das Gemeine ins Heilige und Lüge in Wahrheit zu kehren, ohne daß jemand ein Recht hätte, dagegen zu protestieren.

Es liegt wie eine Beschwörung in den Worten, die Gustav Freytag mit Bezug auf die Hohenzollern sagte: „Als Schlachtengott und als irdisches Schicksal von Hunderttausenden über den andern zu stehen, macht den besten und reinsten Mann zuletzt empfänglich für den häßlichen Gedanken: Ich, der Staat!" Freytag vergißt, daß dieser Gedanke für die Dynastien niemals häßlich ist; er liegt vielmehr in der Logik der Dinge, ist erhaben und gottgewollt. Denn der „Wille zur Macht" ist ein Lebensgesetz, das nicht verschwinden kann, ohne daß die Welt aufhörte, Welt zu sein. Es wäre töricht, diesen Willen zur Macht fortleugnen oder abschaffen zu wollen. Es genügt, mit seinem Vorhandensein zu rechnen und ihm jene Grenzen zu ziehen, die ihm im Interesse des Allgemeinwohls gezogen werden müssen.

Wie ein Dienstmädchen, das durch ihre Schönheit und Koketterie zu seidenen Kleidern gekommen ist, sofort den Wunsch haben wird, Gräfin zu werden, so wird insgleichen eine Dynastie, die mit Kriegen und Siegen den Purpur erlangte, sofort von der Idee beherrscht sein, sie habe nicht ihren rechten Platz an der Sonne. Eine Dynastie ohne Machttraum wäre ebenso absurd wie ein Arbeiter ohne Wunsch nach Lohnerhöhung. Noch jede Dynastie, die ihren Machttraum teilweise

verwirklichen konnte, hat alsbald einen Weltmachttraum daraus gemacht. Und noch jede Dynastie ging an diesem Weltmachttraum zugrunde; zuletzt wird der Adler von dem Pfeil erlegt, der aus seinen Federn geschnitzt ist.

Das alles ist so logisch, daß wir als Psychologen und Geschichtschreiber nicht das Recht haben, den Dynastien einen Vorwurf daraus zu machen. Vorwürfe verdienen hier höchstens die Völker, weil sie nicht willens oder imstande waren, den Willen zur Macht ihrer Dynastien rechtzeitig zu erkennen und den allgemeinen Rechtsbegriffen gemäß so zu begrenzen, daß er dem Allgemeinwohl nicht mehr gefährlich werden konnte. Diese Begrenzung war — wo sie bisher durchgeführt worden ist — wohl selten ein von innerer, philosophischer oder moralischer Erkenntnis diktierter freier Willensakt, sondern zumeist das Ergebnis äußerer Umstände und bitterer wirtschaftlicher Not. Der Fluch eines rächenden Gottes scheint auf den Völkern zu lasten. Erst müssen sie durch ein rotes Meer von Blut und Tränen, ehe sie den Pharaonen entrinnen. Wenn bei Lebzeiten Moses der liebe Gott noch so gütig war, das rote Meer den Juden zuliebe zu teilen, so daß sie trockenen Fußes hindurchziehen konnten ins gelobte Land, so wirkt er heut leider keine Wunder mehr. Wie zu Napoleons Zeiten sieht es heute so aus, als müßten die Völker Europas im roten Meer ertrinken. Aber es sieht nur so aus. Die Völker werden das andere Ufer erreichen und über dem blutigen Morgenrot entsetzlicher Schlachtfelder wird zuletzt die Sonne des gelobten Landes der Völkerfreiheit aufgehen.

Und diese Sonne wird die Pharaonen blenden, wird alles Nachtgetier, das sich um ihre Fahnen scharte, zurückjagen in die verfallenen Gemäuer mittelalterlicher Raubburgen. Dort mögen sie bleiben und über die verklungene Herrlichkeit ihrer Nacht- und Schlachtpolitik klagen, solange sie Lust haben. Die Welt aber wird befreit aufatmen. Denn die Geier, Adler und Eulen haben ihr lange genug die Sonne verdunkelt. Die Sonne des internationalen Völkerrechts!

Jede Dynastie wohnte einmal in einer Fischerhütte und war, wie die Frau Ilsebill in dem bekannten Grimmschen Märchen, mit ihrem Schicksal unzufrieden. In der Fischerhütte träumte sie von Herzogs- und Königsthronen und befahl ihrem Mann, dem Butt, der ihm für

ſeine Freilaſſung Dank ſchuldig war, dieſes Verlangen vorzutragen. Und kaum war es erfüllt, da träumte Frau Ilſebill in ihrem neuen Königsſchloß alsbald von einem Kaiſerpalaſt. Und als ſie auch dieſen von dem Butt erhalten und eine Zeitlang darin von unendlichen Reichen geträumt hatte, in denen die Sonne nicht unterging, da wollte ſie werden wie der liebe Gott ſelber und verlangte von dem Butt, daß er ihr einen Platz im Himmel einräume. — Und immer muß der Mann hingehen und den erzürnten Butt von neuem bitten, den Größenwahn ſeiner Frau zu befriedigen, da er ſonſt die Hölle im Haus habe. Und immer, wenn Frau Ilſebill eine Rangerhöhung durchſetzt, geht der See hoch und färbt ſich dunkel und violett und blutig rot, bis der erzürnte Butt zuletzt den Kaiſer- und Papſtpalaſt unter Donner und Blitz zuſammenſtürzen läßt und der gute Fiſcher ſeine Frau Ilſebill wieder in einer armſeligen Fiſcherhütte am Strande vorfindet wie ehedem.

Das war ſo in China und in Rom, in Perſien und Spanien, in Ägypten und Mexiko, im Kirchenſtaat und in Frankreich. Das war ſo und iſt ſo geblieben und wird ſo bleiben, ſolange es Dynaſtien gibt, die direkt mit dem lieben Gott verkehren und einen willigen Fiſcher haben, der immer hingeht und dem Dünkel ſeiner Frau zuliebe den Elementen trotzt.

Denn zum Unterſchiede von dem Dienſtmädchen, die Gräfin werden will und dabei im ſchlimmſten Falle einige Liebhaber ruiniert, iſt die Geſchichte der Frau Ilſebill zugleich die Geſchichte der Völker; ſie träumt ihren Traum von der Macht nicht wie andere Sterbliche auf eigene Rechnung und Gefahr, ſondern zu Nutz und Frommen ihrer Untertanen. Nahezu zwanzig Jahre Krieg und ein rotes Meer von Menſchenblut waren nötig, um den Machttraum des großen Korſen zu ertränken und ihn in die Fiſcherhütte zurückzubringen, aus der er gekommen war.

* * *

Wir könnten jetzt, wenn wir uns den Aufſtieg und das kataſtrophale Ende jeder Dynaſtie anſehen, mit Nietzſche ſagen, daß die „Geſchichte eine ewige Wiederkehr“ iſt. Und das würde uns am Ende unſerer Unterſuchung auf den Standpunkt der Treitſchke, Moltke und Bern-

hardi zurückbringen. Das heißt, wir müßten mit jenen den Krieg als naturgewollt, eminent ziviliſatoriſch und erzieheriſch erklären und ſeine ewige Wiederkehr daher als ſelbſtverſtändlich betrachten.

Zu unſerem Glück kann aber die Geſchichte nur ſo lange eine ewige Wiederkehr ſein, als die Vorausſetzungen zu ihr dieſelben bleiben. Bisher waren, wie wir geſehen haben, die Dynaſtien eine Vorausſetzung der Weltgeſchichte. Aber müſſen ſie das auch in der Zukunft bleiben? Wir ſagen rundweg: Nein! Die Revolutionen in England, Frankreich und anderswo, die Erklärung der Menſchen- und Bürgerrechte und ihre mehr oder weniger bereits geglückte Anwendung auf die Politik haben den Beweis erbracht, daß die Dynaſtien ſchon lange keine Vorausſetzung, ſondern im Gegenteil nur noch ein künſtlich gehätſcheltes Anhängſel der modernen Menſchheit ſind. Namentlich die preußiſch-deutſche Geſchichte der letzten hundert Jahre kann als Beweis dafür gelten, daß die Dynaſtien ihre Völker immer wieder mit den großen Zielen der Menſchheit in Widerſpruch bringen, daß ſie alſo ein Hindernis für den allein wünſchbaren Fortſchritt der Menſchheit ſind.

Auch der Blitzſchlag war ja, ſolange der Blitzableiter nicht erfunden war, eine „ewige Wiederkehr". Aber der Menſch beſchränkte die göttliche Willkür der Blitze und ſeither behauptet niemand mehr, daß Blitzſchläge unvermeidlich, göttlich und naturgewollt ſind. — Jedes geheizte Zimmer und jeder Pelzmantel iſt ſozuſagen ein Proteſt gegen die göttliche Weltordnung, die da will, daß wir im Winter frieren. Gegen Feuersbrünſte, Hagelſchäden, Krankheit, Diebſtahl uſw., die doch auch göttliche Einrichtungen ſind, erfanden wir die Verſicherungs-Geſellſchaften. Das heißt alſo: Die Menſchheit iſt, wo ſie ſchließlich die ewige Wiederkehr gewiſſer Ereigniſſe als ſchmerzhaft und vermeidbar empfand, mit vielen göttlichen Einrichtungen fertig geworden. Man denke nur an die Peſt, gegen die man im Mittelalter nur Faſttage und Bittprozeſſionen kannte.

Wenn die Dynaſtien von Gottes Gnaden auch keine Peſt ſind, ſo ſind ſie doch, wie dieſe, eine eminent göttliche Einrichtung, deren ganzes Sein mit allem in Widerſpruch ſteht, was die moderne Menſchheit zur Sicherheit ihrer Exiſtenz und Freiheit fordern muß.

Der gegenwärtige Weltkrieg iſt in jedem Sinne ſo furchtbar, daß er den Völkern die „ewige Wiederkehr" der Geſchichte hoffentlich von

Grund auf verleidet hat. Der Wunsch nach einer endgültigen Befreiung von dieser Menschheitsgeißel war nie universeller, leidenschaftlicher und unmittelbarer als heute. Hier kann man mit Georg Herwegh sagen:

Franklin entriß dem Himmel den Blitz, den Tyrannen das Zepter.
Glaubt mir, das war von je ein und dasselbe Geschäft!

Und darum werden die Völker aus diesem Weltkrieg ein heiliges Recht herleiten, den Dynastien zuzurufen:

Genug, übergenug! Eure Zeit ist vorüber. Wir brauchen euch nicht mehr. Ihr seid Abenteurer und keine Politiker. Wir wollen endlich wir selbst sein. Weg mit euren göttlichen Rechten! Weg mit dem ganzen heiligen Plunder vergangener Zeiten! Wir wollen endlich eine Politik um unseretwillen. Denn wir, und nicht ihr, sind der Sinn der Welt. Wir, und nicht ihr, sind in Wahrheit von Gottes Gnaden. Bisher waren wir eure Sache. Wir glaubten, ihr meint es gut mit uns. Wir sehen, daß ihr (weniger aus bösem Willen, sondern aus Instinkt und Tradition) die alten geblieben seid, daß ihr nie und nimmer den Begriff von Allgemeinwohl und Kultur haben könnt, den wir für die heutige Zeit fordern müssen. Was euren Ruhm ausmacht, das ist unser Unglück; was euch ein Element der göttlichen Weltordnung dünkt, dünkt uns ein Verbrechen wider Menschheit und Kultur. Ihr wollt uns durch Kriege glücklich machen? Wir haben heut andere Aufgaben. Wir sind keine Barbaren mehr, für die der Krieg ein Erwerb, ein Adel und ein Sport war. Wir wollen den Frieden. Geht zu den Indianern und Negern, wenn eure Abenteuerlust durchaus nach Kriegen verlangt. Europa ist kein Tummelplatz mehr für Haudegen und Gewaltmenschen. Der steuerzahlende, militärpflichtige Bürger, das ist fortan der alleinige Souverän Europas. — Selbst wenn es erwiesen wäre, daß alle Inhaber göttlicher Vollmachten von vornherein Genies sind (und die Weltgeschichte beweist das Gegenteil): wir wollen und können uns ihnen nicht länger anvertrauen. Selbst wenn der große Nazarener wiederkäme und uns abermals von unseren Übeln erlösen wollte, wir würden ihn höflich aber deutlich abweisen: Wir sind den Göttern gegenüber mißtrauisch geworden, lieber Jesus. Wir beten sie gern an, wenn sie uns in Ruhe lassen; aber wir haben mit den Göttern auf Erden so

ſchlechte Erfahrungen gemacht, daß wir jetzt darauf beſtehen müſſen: den Göttern der Himmel, den Menſchen die Erde. Weder die Götter ſelbſt noch ihre irdiſchen Stellvertreter, die Könige, können uns erlöſen. Wir wollen und müſſen uns ſelbſt erlöſen. Gib uns deinen Segen dazu, aber vom Himmel aus.

Und darum gibt es zwiſchen uns und euch, den Stellvertretern Gottes auf Erden, fortan nur zwei Möglichkeiten: Entweder ihr beugt euch unſerem Willen und ſeid um unſeretwillen da, oder — ihr geht ein in das ewige Reich eurer Kollegen, dieweil wir hier unter uns bleiben.

Die Vorbedingungen zum europäiſchen Frieden.

Was wir alſo im Namen der kommenden europäiſchen Friedenskultur ganz allgemein verlangen, das iſt die Fortführung, Vervollſtändigung und möglichſt weitgehende Anwendung der von der großen franzöſiſchen Revolution verkündigten Prinzipien. Der Weltkrieg ſoll und muß das von den Dynaſtien unterbrochene Werk der Revolution vollenden oder doch der Menſchheit wenigſtens die Bahn freimachen für eine allmähliche Verwirklichung dieſer unſterblichen Menſchheitsideale.

Und was wir im beſonderen von Deutſchland verlangen, das iſt eine allgemeine Revolution allgemein anerkannter Ideen und Einrichtungen.

Die erſte und allgemeinſte Forderung, die wir deutſchen Demokraten und Pazifiſten ſtellen, iſt:

Deutſchland den Deutſchen! Die deutſche Regierung durch das deutſche Volk!

Damit dieſe Volksregierung nicht wie bisher eine Komödie für hohe Herren bleibe, ſtellen wir dieſe zweite Grundforderung:

Die deutſche Armee dem deutſchen Volk! Die bewaffnete Macht als Stütze und Dienerin der Volksſouveränität!

Allgemeine Wehrpflicht ohne Volksſouveränität iſt politiſche Leibeigenſchaft. Die Vereidigung einer aus allen Bürgern der Nation beſtehenden Armee auf die Perſon des Herrſchers mag in einen Neger- oder Aztekenſtaat paſſen, für ein modernes großes Volk iſt ſie ein Skandal, der endlich aufhören muß.

Aus der Durchführung dieser beiden grundlegenden Reformen ergeben sich alle weiteren von selbst: Vollständige Umarbeitung der deutschen Reichsverfassung, Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, vernunftgemäß eingeteilte Wahlkreise, aus dem Parlament gewählte und vor ihm verantwortliche Minister, Ausmerzung aller politischen Privilegien der Junker und Offiziere; kurzum: Sicherung der Souveränität des deutschen Volkswillens auf der ganzen Linie.

Wie diese neue Verfassung und Volksvertretung sich mit dem Königtum abfinden wird (gesetzt, wir müssen durchaus eines haben), das ist eine Frage zweiter Ordnung. Uns genügen vorläufig jene grundlegenden Reformen, mit denen der deutsche Volkswille sich souverän in Deutschland erklärt und die effektive politische Macht erhält. Ob das Staatsoberhaupt den Titel Präsident, König oder Kaiser führt, ob seine Würde erblich ist oder nicht, das ist im Grunde gleichgültig. Die fortgeschrittenste europäische Demokratie (Dänemark) ist keine Republik, sondern ein Königreich. England, Italien, Schweden, Norwegen, zum Teil sogar Spanien, sind Republiken mit monarchischer Etikette. Wir halten uns nicht an Worte und Etiketten, sondern an Wirklichkeiten. Und die zu erreichende Wirklichkeit muß sein, daß das deutsche Staatsoberhaupt fortan nicht mehr von Gottes Gnaden willkürlich über die Köpfe unserer Volksgenossen hinweg seinen persönlichen Machtwillen durchsetzt, sondern daß er das ausführende Organ des deutschen Volkswillens werde und daß die tatsächliche politische Macht innen und außen in die Hände des deutschen Volkes gelange.

* * *

Der Weltkrieg hat bewiesen, daß die Änderung aller jener Staatsverfassungen, die den Dynastien noch göttliche Rechte und den absoluten Oberbefehl über die bewaffnete Macht erteilen, heute keine „innere Angelegenheit" eines jeden Volkes mehr ist, sondern eine europäische Notwendigkeit.

Der Weltkrieg hat einen Ausnahmezustand geschaffen, der im Interesse Europas benutzt werden muß, in allen Staaten, die eine Armee unterhalten, die Verfassungen in dem Sinne zu ändern, daß fortan das Volk und nicht mehr eine Dynastie von Gottes Gnaden über seine von ihm bezahlte und gebildete Armee verfüge.

Vielleicht ist die Schaffung dieses Ausnahmezustandes der hauptsächlichste Vorteil, der den Völkern Europas aus diesem Millionenmord erwachsen wird. Denn was seit hundert Jahren nur als blasse Theorie leben, was im Haag und anderswo von hohen Herrschaften offen verhöhnt werden durfte, nämlich die Idee der Völkerverständigung auf Grund internationaler Abkommen, das kann jetzt, nachdem der Krieg zu einer allgemeinen Aussprache und Abrechnung unter den Völkern Europas führen muß, mühelos verwirklicht werden. Wenn die Schaffung des von Kant und allen ernsthaften Pazifisten erstrebten Völkerbundes zur Sicherung des Weltfriedens bis heut an den göttlichen Rechten der Dynastien gescheitert ist, so hat der Weltkrieg jetzt dafür gesorgt, daß dieser Widerstand nicht nur aufhören, sondern geradezu als die Hauptursache moderner Kriege empfunden werden wird.

Kant forderte bereits vor hundert Jahren: erstens, daß nach dem Staatsbürgerrecht die Menschen in einem Volk; zweitens, nach dem Völkerrecht die Staaten im Verhältnis gegeneinander und, drittens, nach dem Weltbürgerrecht die Menschen und Staaten in ihrem äußeren Verhältnis zueinander „als Bürger eines allgemeinen Menschenstaates anzusehen sind". Und Kant fügt hinzu: „Diese Einteilung ist nicht willkürlich, sondern notwendig in Beziehung auf die Idee zum ewigen Frieden. Denn wenn nur einer von diesen im Verhältnis des physischen Einflusses auf den andern und doch im Naturzustand wäre, so würde damit der Zustand des Krieges verbunden sein, von dem befreit zu werden hier eben die Absicht ist*)."

Wie Kant schon vor hundert Jahren betonte, handelt es sich diesmal nicht mehr um die Beendigung eines, sondern a l l e r Kriege. Da nahezu alle Völker Europas an diesem Weltkrieg beteiligt sind, werden auch alle ausnahmslos mit der Durchsetzung des von Kant aufgestellten „ersten Definitivartikels zum ewigen Frieden" einverstanden sein, der klar und deutlich lautet: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein."

Wir fordern also, daß der vom Kriege geschaffene Ausnahmezustand benutzt werde zur Verwirklichung dieser für alle Länder und Völker gleich gültigen, gleich ersehnten und gleich wirksamen europäischen

*) Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden". Ausgabe Reklam, Leipzig. Fußnote S. 12.

Grundreform, ohne die kein wirklich gesunder Friedenszustand geschaffen werden kann.

Alles, was die Jahrhunderte uns an Respekt und Autoritätsglauben an die von Gott gesetzten Dynastien überliefert haben, muß vor dieser Grundreform in den Hintergrund treten. Namentlich für Deutschland gibt es hier keine Wenn und Aber; das dumme Geschwätz deutscher Professoren von dem „historisch Gewordenen" muß hier verstummen, sintemalen das „historisch Werdende" das allein Maßgebende sein kann.

Wenn, wie wir lebhaft hoffen, die Staatsmänner der Westdemokratien das entscheidende Wort bei den Friedensverhandlungen zu sprechen haben, dann werden sie ihre durch den Krieg gewonnene Machtstellung dazu benutzen, in dieser oder jener Form etwa folgende, für alle Völker und Staaten gleich gültigen und verbindlichen Forderungen aufzustellen und durchzusetzen:

1. Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein. Das heißt, kein Staat darf mehr mit göttlichen Rechten und dynastischen Gewaltprinzipien regiert werden. Der Oberbefehl über die bewaffnete Macht und die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört fortan in allen Staaten den aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgegangenen und mit verantwortlichen Ministern ausgestatteten Parlamenten.

2. Sobald in einem Staat ein Staatsstreich droht oder begangen wird, der diese Vollmachten der Parlamente irgendwie beschränken oder gar aufheben könnte, haben die anderen Staaten im Namen des Weltfriedens ein Recht, dagegen zu protestieren und nötigenfalls mit Waffengewalt eine Wiederherstellung jeder persönlichen Machtvollkommenheit im Keim zu ersticken.

Diese letztere Bestimmung ist von der größten Wichtigkeit. Der kommende Frieden muß ein für allemal mit dem unabänderlichen Vorhandensein des Willens zur Macht rechnen; er muß ihn als etwas Naturgewolltes, tief im menschlichen Herzen Liegendes behandeln und folgerichtig bestrebt sein, ihn dort im Zaum zu halten, wo er dem europäischen Allgemeinwohl gefährlich werden könnte: nämlich in der Politik.

Die Staaten müssen also untereinander das Recht haben, das Aufkommen kriegerischer Einzelwillen zu verhüten. Frankreichs Geschichte zeigt im Zeitraum von kaum fünfzig Jahren zwei schmerzliche Beispiele

für die Beherrung, die kriegerisch gesinnte Übermenschen auf die Volksseele auszuüben imstande sind. Zweimal wurden die republikanischen Verfassungen des Landes von einem Napoleon vergewaltigt, und zweimal brachten die Folgen dieser Staatsstreiche Europa zur Verzweiflung. — Es kann sein, ja, man muß sogar mit Sicherheit voraussehen, daß immer wieder kriegerische Übermenschen auftauchen werden und daß ein Volk für sich zu schwach ist, sich gegen ihr faszinierendes und gewalttätiges Auftreten zu wehren. Die Männer, die morgen berufen sein werden, Europa einen dauernden Frieden zu sichern, werden, wie wir lebhaft hoffen, g a n z e Arbeit leisten und Europas Zukunft vor dieser Möglichkeit neuer Kriege zu schützen wissen.

Man hat die internationale Politik „ein Konzert der Großmächte" genannt. Wenn sich in einem Konzertsaal ein Ruhestörer bemerkbar macht, dann wird man ihn im Interesse der übrigen Zuhörer wahrscheinlich hinausbefördern. Wenn dieser Ruhestörer in der internationalen Politik aber über eine so starke Armee verfügt, daß er hoffen darf, stärker zu sein als die andern, dann kann man ihn nicht einfach an die frische Luft setzen, sondern muß ihn durch einen Krieg zur Vernunft bringen. Damit das Konzert der Großmächte endlich eine Harmonie und ein Wohlgefallen für die Völker werde, muß dafür gesorgt werden, daß etwaigen Ruhestörern von vornherein die Möglichkeit genommen wird, laut zu werden. Attentate auf das parlamentarische Regime eines Staates sind Attentate auf den F r i e d e n. Wer die republikanische Verfassung eines Staates gefährdet, gefährdet (wenn auch zunächst nur indirekt und instinktiv) die Ruhe und Sicherheit der Völker und muß im Notfall durch die Einmischung der Nachbarn an der Ausführung seines Vorhabens gehindert werden.

Denn nochmals wiederholt: Der Frieden hängt nicht so sehr von der Außenpolitik, als vielmehr von der i n n e r e n Verfassung der Staaten ab. Ist diese mittelalterlich, militaristisch und allgemein autokratisch, dann wird früher oder später auch die Außenpolitik dieses Staates kriegerisch sein.

Mit einem Abkommen dieser Art werden alle Völker einverstanden sein; das deutsche mehr als andere. Denn kein Volk hat unter diesem Krieg mehr gelitten und ihn weniger gewollt als das deutsche.

* * *

Die Rede des deutschen Reichskanzlers vom 9. November 1916 macht eine Zwischenbemerkung nötig.

Zum ersten Mal in der Geschichte Preußen-Deutschlands hat sich hier ein deutscher Staatsmann im Namen der deutschen Regierung zugunsten einer Idee ausgesprochen, die, wie wir gesehen haben, im Vaterlande Kants bisher aufs schärfste verpönt war. Was Kant und seine Nachfolger vorgeschlagen, was preußische Minister und Diplomaten im Reichstag und in der Presse weidlich verlästert und auf den Haager Konferenzen systematisch hintertrieben haben, nämlich die Bildung eines überstaatlichen Völkerbundes zur Sicherung des Weltfriedens, das ist nun endlich auch das Ziel der deutschen Regierenden geworden. Der Reichskanzler sagte: „Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges diese entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst voll zum Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Welt der Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verfassungen gehen, die, soweit es in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr solcher ungeheuerlicher Katastrophen verhüten. Dieser Schrei wird so stark und berechtigt sein, daß er zu dem Ergebnis führen muß: Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, ehrlich mitprüfen und an seiner Verwirklichung mitarbeiten. Das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zuversichtlich erwarten, politische Zustände hervorruft, die der freien Entwicklung aller Nationen, sowohl der kleinen wie der großen, gerecht werden."

Goldene Worte, die, wenn sie zehn Jahre früher gesprochen und von entsprechenden Taten begleitet worden wären, den Weltkrieg vermieden hätten. Aber sie sind leider erst nach 27 Monaten des aussichtslosesten Krieges gesprochen worden, den die deutsche Regierung je geführt hat. Und bedauerlicherweise stehen sie im schärfsten Widerspruch zu den Reden, die der gleiche Redner am 9. Dezember 1915 und 5. April 1916 hielt, als Deutschlands Kriegslage noch einigermaßen günstig war.

Und anstatt durch weise Mäßigung zu zeigen, daß es ihm ernst um diese Idee ist, verfällt der Reichskanzler gleich in die Übertreibungen jener Neubekehrten, die durch ihren aufdringlichen Eifer den Verdacht erregen, als hätten sie ihre Irrlehren von gestern nur gezwungen abgelegt. In der Tat verspricht er nicht nur die Bereitwilligkeit Deutsch-

lands, an der Schaffung dieſes Völkerbundes mitzuarbeiten, ſondern er fordert auch gleich deſſen Führung: „Deutſchland iſt jederzeit bereit, dem Völkerbund beizutreten. Ja, ſich an die Spitze eines Völkerbundes zu ſtellen, der die Friedensſtörer im Zaum hält."

Das iſt des Guten zuviel, Exzellenz: Aus einem bekehrten Heiden macht man nicht gleich einen Biſchof. Es wäre abſurd, im Frieden „Deutſchland über alles" zu ſtellen, nachdem man es mit unendlichen Opfern verhindert hat, durch den Krieg „über alles" zu kommen.

Unſeren deutſchen Staatslenkern iſt die pazifiſtiſche Idee noch immer ſo weſensfremd, daß ſie auch hier gleich wieder eine militäriſche Vorſtellung von ihr haben, da heißt einen führenden, befehlenden Platz in ihr beanſpruchen. Als ob es in dem von Kant und ſeinen Nachfolgern erträumten Völkerbund noch ſo etwas wie „eine Spitze" geben könnte.

Wie ſo bedauerlich weit unſere deutſchen Regierenden von dem wahren Verſtändnis der pazifiſtiſchen Idee und Tat entfernt ſind, das geht nicht nur aus dieſer Redewendung, nicht nur aus der ganzen militariſtiſchen Tradition und Denkweiſe unſerer Dynaſtie hervor, ſondern vor allen Dingen auch aus ihren Handlungen in der traurigen Gegenwart: Vier Tage ehe dieſe ſchöne pazifiſtiſche Rede vom Stapel ging, verkündete Wilhelm II. die „Autonomie" Polens ohne Befragung der Intereſſenten, das heißt unter abſichtlicher Mißachtung jenes Völkerrechts, deſſen ſtrikte Anerkennung doch wohl die Vorausſetzung jenes Völkerbundes ſein müßte. Und im ſelben Augenblick, wo der deutſche Reichskanzler den Völkern Europas dieſes neue Friedensideal verkündet, werden in Belgien unter offener Verhöhnung der (auch vom deutſchen Kaiſer unterzeichneten) Haager Abkommen Tauſende von „arbeitsſcheuen" Belgiern zur Zwangsarbeit nach Deutſchland deportiert. — Welches Vertrauen ſoll die Welt einem Manne entgegenbringen, der ſchon bei Kriegsbeginn die Verträge Papierfetzen nannte und der im gleichen Augenblick, wo er die Völker zu neuen Verträgen auffordert, ſie noch immer als Papierfetzen behandelt?

Die gleiche Frage müſſen wir ſtellen, wenn wir die Haltung der deutſchen Regierung dem eigenen Volke gegenüber betrachten. Der deutſche Reichstag hat im Laufe des Weltkrieges mehrfach und nach-

drücklichst allerhand demokratische Forderungen gestellt. Zwar hat er in seiner Ergebenheit nicht gewagt, beim Anfang anzufangen, das heißt die Ministerverantwortlichkeit, neue Wahlkreiseinteilung und Parlamentskontrolle über das Heer zu verlangen. Aber mit erstaunlicher Geschlossenheit hat er die Kontrolle der auswärtigen Politik durch den Reichstag, die Aufhebung des schmählichen Belagerungszustandes, der Schutzhaft und Zensur, der Steuerfreiheit der Fürsten, der Bevorzugung des Adels usw. usw. gefordert. Die deutsche Regierung hat diese Forderungen entweder überhaupt glatt abgewiesen oder aber ihre Verwirklichung mit pompösen Redensarten und Versprechungen für — später in Aussicht gestellt. Eine billige Inschrift über dem Reichstagsportal und einige schwächliche Reförmchen: mehr hat der Krieg, der heute fast schon in Rußland eine Art parlamentarisches Regime gezeitigt hat, uns Deutschen bislang nicht gebracht.

Und diese Regierung, die vor dem Krieg alles getan hat, um die pazifistische Idee zu diskreditieren, die seit Kriegsbeginn innen und außen alle unbequemen Verträge und Verfassungsgarantien systematisch mit Füßen tritt, sollte berufen und fähig sein, an der Schaffung eines Völkerbundes mitzuarbeiten und am Ende gar seiner Funktion vorzustehen? Diese Illusion können nur jene „wissenschaftlichen" Pazifisten haben, die wie Dr. Fried sich auch heute noch einbilden, man könne das europäische Friedensomelett aus hartgesottenen Feudaleiern backen.

Wir anderen wissen nur allzu gut, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, denn ein Vertreter des Gottesgnadentums durch die Pforten des demokratischen Völkerrechtstempels. Wenn wir dem deutschen Reichskanzler sagen wollten, auf welchen *Voraussetzungen* jene „friedlichen Abmachungen und Verfassungen" notwendigerweise beruhen müssen, wenn sie wirklich „soweit es in Menschenmacht liegt" den Frieden sichern sollen, wäre er wahrscheinlich sehr empört und würde sofort erklären, daß seine Rede *so* nicht gemeint gewesen sei. Denn wir müßten ihm sagen:

Erzellenz sind im Namen Sr. Majestät für die Begründung eines Völkerbundes zur Sicherung des Weltfriedens? Erzellenz haben Kant gelesen und, wie wir mit Genugtuung feststellen, besser begriffen als jene wissenschaftlichen Pazifisten, die keine Demokraten sind; sonst

hätten Exzellenz nicht das bedeutungsvolle Wort „Verfassungen" in jene Rede eingeflochten. Kant hat in der Tat schon vor 125 Jahren erkannt, daß internationale Abmachungen ohne demokratische Nationalregierungen ein Unfug sind, mit denen man höchstens Exrevolutionäre wie Scheidemann oder Friedenstechniker wie Fried fängt. Das erste also, was Euer Exzellenz tun sollten, wenn Deutschlands Regierung wirklich die Absicht hat, einen Völkerbund zur Sicherung des Weltfriedens zu gründen, wäre, daß Sie morgen im Namen des deutschen Kaisers und Bundesrats dem Reichstag einen Verfassungsentwurf vorlegen, der unser deutsches Staatswesen von Grund auf umgestaltet. Also nicht mehr eines jener Reformchen und Inschriftchen, womit Euer Exzellenz bisher die Scheidemänner der Maulrevolution begeistert haben, sondern was das ganze deutsche Volk sehnlichst seit Jahrzehnten wünscht: parlamentarisches Regime, Neueinteilung der Wahlkreise, Entziehung des kaiserlichen Oberbefehls über das Heer usw. usw.

Wie? Exzellenz finden diese Forderungen „revolutionär" und im höchsten Grade „staatsgefährlich"? Das wäre ein Beweis, daß Exzellenz die Kantsche Idee nicht logisch zu Ende zu denken wagen. Jene Forderungen sind nämlich nur die logischen Voraussetzungen zu dem von Euer Exzellenz herbeigesehnten Völkerbund. Wäre dieser Völkerbund *nicht* auf diese demokratischen Reformen basiert, dann wäre er nur eine „Heilige Allianz", die abermals dem Belieben unserer von Gott gesetzten Herren unterstünde und durch Gottes Ratschluß übermorgen wieder in die Brüche gehen könnte. Die Grundidee des Königtums von Gottes Gnaden ist die denkbar krasseste *Verneinung* der Grundidee des geplanten Völkerbundes. Wer beide Gegensätze vereinen, das heißt aus einem Vollstrecker himmlischer Gesetze einen Vertreter der irdischen Vernunft machen will, der spielt Komödie, auch wenn er es nicht weiß. Und deshalb legen wir bei dem Worte „Völkerbund" die Betonung auf die ersten beiden Silben.

Exzellenz sind der Meinung, daß dieser überstaatliche Friedensbund nichts mit den innerdeutschen Angelegenheiten zu tun haben kann? Sondern daß wir, sobald wir wieder unter uns sein werden, nachher ... später ... — Pardon! Jetzt! Gerade jetzt! Der sofortige Frieden ist um diesen Preis. Exzellenz kennen das wahre Kriegsziel

der verbündeten Weſtmächte genau ſo gut wie wir. Es iſt die Demokratiſierung Deutſchlands und — darauf beruhend — die Verwirklichung der von „uns" im Haag zuſchanden gemachten Abrüſtungs- und Schiedsgerichtsidee. Was die Scheidemänner und Davids der Maulrevolution auch ſagen mögen: Exzellenz haben, wie wir wiſſen, im Grunde dasſelbe Mitleid mit dieſen Don Quichotte wie wir. Denn Exzellenz wiſſen poſitiv, daß die Entente nur deshalb „Entente" iſt, weil in Deutſchland das Königtum von Gottes Gnaden mit abſoluten Rechten über Krieg und Frieden regiert. — Die Entente will Kant! Das deutſche Volk will Kant! Ganz Europa will Kant! Europa hat mit Befriedigung vernommen, daß im Grunde Euer Exzellenz auch Kant will!

Aber machen Sie endlich Ernſt, Exzellenz! Nicht morgen — nicht ſpäter. Europa verblutet ſich! Der Frieden kann morgen geſchloſſen werden, wenn Euer Exzellenz den verheißenen Völkerbund zunächſt mit der Proklamation der deutſchen Volksrechte beginnen.

Hundert Jahre preußiſch-deutſcher Geſchichte haben uns (von einigen Scheidemännern abgeſehen) gewitzigt. So oft der Sturm an den Schloßfenſtern rüttelte, hat man uns Himmel und Berge, Verfaſſungen und Freiheiten in Hülle und Fülle verſprochen. Sobald aber das Gewitter vorüber war, hat man nicht nur nichts davon gehalten, ſondern das Antidemokratiſche und Gottesgnadentümliche lebhafter als zuvor betont. Das deutſche Volk iſt nicht Scheidemann. Dieſer predigte die Revolution und wurde ein begeiſterter Bannerträger für Kaiſer und Reich, als in Deutſchland der Zarismus zu regieren begann. Das deutſche Volk iſt weniger lächerlich und mehr demokratiſch. Es hat ſich mutig und in gutem Glauben für die Landesverteidigung eingeſetzt und als Dank dafür eine Willkür- und Säbelherrſchaft geerntet, die weder durch die ſchönen Verſprechungen der Regierung und noch weniger durch die heutige wirtſchaftliche Notlage Deutſchlands gemildert worden iſt.

Deutſchlands Volk iſt demokratiſch im guten Sinne des Wortes. Und deshalb können Exzellenz nicht erwarten, daß wir Deutſche in alle Ewigkeit hinein die Demokratie nur immer als Inſchrift und Verſprechen bejubeln. Machen Sie Ernſt, Exzellenz. Der ſofortige, ehrenvolle Frieden iſt möglich, wenn Sie dem deutſchen Volke (und damit

auch der Welt) durch die demokratiſche Tat beweiſen, daß Deutſchlands Regierung von hier und heute an auf die völkerrechtlichen Prinzipien des Pazifismus ſchwört. — Alles andere iſt Humbug.

* * *

Es handelt ſich alſo erſtens um die Schaffung und Betätigung demokratiſch-republikaniſcher Verfaſſungen für alle Staaten, und zweitens um die Einſetzung einer unſichtbaren, aber jederzeit bereitſtehenden internationalen Polizei gegen jede drohende Vergewaltigung dieſer Verfaſſungen. Da der Wille zum Krieg eines Einzelnen genügt, um zwölf, die den Frieden wollen, zum Krieg zu zwingen, ſo muß verhindert werden, daß kriegeriſch geſinnte Einzelne zur Alleinherrſchaft kommen. Europa wird und darf keinerlei unverantwortliche dynaſtiſche Machtpolitik mehr dulden. Jeder Verſuch dieſer Art muß mit gemeinſamen Mitteln im Keim erſtickt werden. Alle Napoleons und Bismarcks der Zukunft müſſen unmöglich gemacht werden. Die Menſchheit verlangt nur noch Geſetzgeber, Staatsmänner, Denker, Dichter, aber *keine* Eroberer mehr.

Und wenn die Bernhardi, Rohrbach, Reventlow, Harden, Keim, Delbrück, Liman, Frymann, Schiemann und Genoſſen darob vor Wut berſten: Uns kann es recht ſein. Diejenigen unter ihnen, die ein Gewiſſen haben, werden begreifen, daß die Zeiten der Gewaltpolitik, wo wenige ein göttliches Recht über *alle* beſaßen und wo man das Schickſal von Millionen kaltblütig hinter geſchloſſenen Türen verhandelte, endgültig vorbei ſind. Die anderen werden ohne Zweifel fortfahren, uns von Zeit zu Zeit mit ihrem blutrünſtigen Geſchreibſel zu beglücken. Aber erſtens werden ſie im Namen eines machtlos gewordenen Prinzips reden; zweitens aber werden wir nach dieſem Kriege ein Recht haben, ihnen ins Geſicht zu lachen, ſo lange und ſo kräftig, bis ſie ſich vor ſich ſelbſt ſchämen und uns mit ihren Weltmachtträumen und Kraftmeiergebärden endlich verſchonen.

Fehler und Vorzüge der Demokratie.

Erſt von dieſer Wegbiegung aus gehen die Wege ins Reich weiterer Reformen. Denn erſt *nach* der erfolgten Demokratiſierung *aller* Staatsverfaſſungen können alle jene weiteren Forderungen diskutiert

und schrittweise verwirklicht werden, die von unseren Pazifisten und Sozialisten schon heute gestellt werden: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit für die Schlichtung aller zwischen den Völkern entstehenden Konflikte, Sondergesetzgebung gegen die kriegstreiberischen Tendenzen der sogenannten nationalen Presse, Verstaatlichung der Rüstungsindustrien, Umwandlung der stehenden Heere in Volksmilizen, Öffentlichkeit und parlamentarische Kontrolle der Diplomatie, Anbahnung einer Ära des Freihandels, und schließlich gar noch jene Abschaffung der Landesverteidigung selbst, die einfältigerweise von unseren heutigen „Antimilitaristen" in Bausch und Bogen als „Militarismus" verurteilt wird und angeblich schuld am Kriege ist.

Wer diese und ähnliche Friedensgarantien fordert, ohne v o r h e r die Ausschaltung des dynastischen Willens zur Macht aus den Staatsverfassungen gefordert zu haben, der predigt in der Wüste*) und ist entweder ein Utopist oder ein intellektueller Feigling. Die politische Freiheit der Bürger ist die Freiheit a l l e r Freiheiten. Die Souveränität der Völker ist und bleibt die Voraussetzung jeder ernsthaften Kultur und Friedensgarantie. Wer die Gesellschaft reformieren will, ohne der Gesellschaft vorher das unbestrittene Recht der freien Selbstbestimmung zu geben, der reformiert sie nicht, sondern nasführt sie.

* * *

*) So machte ein Neutraler (Nr. 1459 und 1633 der Neuen Zürcher Zeitung 1916) den ganz vernünftigen Vorschlag, man solle eine internationale Treuhandstelle schaffen, der alle Staaten beizutreten und bei der sie eine größere Summe gemünzten Goldes zu hinterlegen hätten. Erklärt ein Staat Krieg und ist man der Meinung, er habe voreilig und verbrecherisch dabei gehandelt, dann wird diese Goldsumme beschlagnahmt usw. Die Kontrolle soll von neutralen Delegierten übernommen werden, die vor allen Dingen darüber zu wachen haben, daß keine Geheimverträge mehr abgeschlossen werden usw. usw. — Das bezeichnende Wort dieses Vorschlages ist eben das Wort „Kontrolle". Diese Kontrolle kann doch nur in Staaten mit republikanischer Verfassung existieren; Staaten mit dynastischer Verfassung haben die Kontrolle ihrer Handlungen von jeher schroff abgelehnt (siehe die Reden Wilhelms II). Damit also solche und ähnliche Vorschläge überhaupt durchführbar werden, muß vorher die Kantsche Grundforderung verwirklicht werden, was leider in diesen und ähnlichen Vorschlägen nicht gesagt wird. Alle Welt fühlt die „Kontrolle" der Politik als die allein wirksame Sicherung des kommenden Weltfriedens, aber kein Mensch sagt, w e r sich ihr von altersher hartnäckig und prinzipiell widersetzt.

Wenn wir also nach einem Felsen suchen, auf den wir einen dauernden und vernunftgemäßen Frieden gründen können, dann nehmen wir den Völkerwillen. Die in der demokratischen Regierungsform zum Ausdruck gelangende Selbstherrlichkeit des Volkswillens soll und muß nach diesem Kriege die Beherrscherin Europas werden. So wie die Dynastien aus Krieg geboren, mit Kriegen zur Macht gelangt sind und nur mit ewigen Kriegen fortbestehen können, so ist die Demokratie aus dem Friedenswillen der Völker geboren, im Frieden zur Macht gelangt und berufen, im ewigen Frieden ihre erhabensten Ziele zu erreichen. Die Existenz und Kulturidee der Dynastie ist untrennbar von kriegerischer Gewaltanwendung. Die Existenz und Kulturidee der Demokratie dagegen beruht auf dem Ausbau und der Sicherung des Allgemeinwohls.

Wir modernen Demokraten und Pazifisten sind keine Romantiker, keine Utopisten und Metaphysiker. Wir sind wahrlich die letzten, die sich die Demokratie als ein Paradies vorstellen. Niemand kennt die Schäden des demokratischen Regiments besser als wir. Was mich angeht, so glaube ich, in meinem Buche „Die französische Demokratie" *) diese Schäden besser beleuchtet zu haben als mancher, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Demokratie im Prinzip zu bekämpfen.

Wir wissen so gut als unsere Gegner, daß der Volkswille selbst mit dem besten Wahlsystem niemals genau zum Ausdruck kommt, daß ein großer Teil der Bürger politisch immer gleichgültig sein und nicht zur Wahl gehen wird, daß also das parlamentarische Regime, streng genommen, eine Täuschung ist. Wir begreifen vollkommen, daß es eine Gefahr für ein Land sein kann, wenn nur eine Partei regiert und daß diese Partei mit ihren kleinlichen Interessen die Herausbildung und Fortentwicklung großer Menschheitsprinzipien verhindern kann.

Die deutschen Gelehrten und Politiker sind nicht wenig stolz auf die „Stabilität" der deutschen Regierung, die niemals von Parteigruppierungen abhängig ist; sie stellen sie in lobenden Gegensatz zu der Unsicherheit demokratischer Parteiregierungen, wo oftmals eine heute zur Herrschaft gelangende Partei das Werk der gestern an der Herrschaft gewesenen vollständig vernichtet usw.

---

*) Bei Duncker & Humblot, München/Leipzig 1914.

Für uns aber ist gerade diese Unsicherheit des demokratischen Regimes eine Garantie für die Kriegsverhinderung*). Es ist wohl wahr, daß das Parteiregiment und die Vetternwirtschaft der Demokratie da und dort einen Minister korrumpieren, einen Skandal zutage fördern und zeitweise die Nation in heftige Parteifehden werfen kann, so daß es aussieht, als ginge das gesamte Staatswesen aus Rand und Band. Was aber sind diese Mißstände im Vergleich zu den von der „Stabilität" des autokratischen Regimes geschaffenen? Hier eine Dreyfus- oder Rochette-Affäre, die nur die Franzosen etwas angeht, dort dagegen die Krügerdepesche, das Interview des „Daily Telegraph", die Verhöhnung der Haager Konferenzen, das heißt Dinge, die weit über die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle hinaus auch unsere Nachbarn beunruhigen und ihnen wie eine Bedrohung des Weltfriedens erscheinen müssen. Hier ein Panamaschwindel, eine Soldatenmeuterei, ein Eisenbahnerstreik, dem unsere offiziellen Kulturträger mitleidig zuschauen: Herr, wir danken dir, daß wir nicht sind wie diese dekadente Gesellschaft. Bei uns dagegen offizielle Staats- und Völkerrechtstheorien mittelalterlichster Art, Erklärung der Verträge als Papierfetzen, methodische Mißachtung aller Rechts- und Freiheitsgarantien nach innen und außen hin. Was also in der „Zusammenhangslosigkeit" der Demokratie nur (scheinbar) zersetzend an die Basis der Nation greift, das greift dank der „Stabilität" der monarchischen Gottesgnadentums zersetzend an die Menschheitskultur überhaupt. Hier die „Korruption" eines Staatswesens, dort die „Korruption" eines Menschheitsideals. Wir zögern um so weniger, der ersteren den Vorzug zu geben, als sie zumeist nur Oberfläche ist. Denn wer wollte leugnen, daß wir mit unserer vielgerühmten „Stabilität" nicht auch eine mehr als honette Korruption im Innern besäßen? (Man lese nur, was der „Schwarz-

*) In meinem Buche „Die französische Demokratie" habe ich bereits (S. 226—241) in bezug auf Frankreich nachzuweisen versucht, daß und wie der in einer Demokratie herrschende Konkurrenzkampf um die politische Macht das Aufkommen kriegerischer Einzelwillen sozusagen automatisch verhindert. Dieses, ein Jahr vor dem Kriege geschriebene, drei Monate vor Kriegsausbruch veröffentlichte Buch enthält kaum einen Satz, der nicht noch heute seine volle Richtigkeit hätte. Insonderheit ist das, was ich darin von den „Friedensgarantien der französischen Demokratie" und von der angeblichen Dekadenz Frankreichs sage, durch den Ausbruch und Verlauf des Weltkrieges Punkt für Punkt bestätigt worden.

ſeher" in ſeinem Buch „Unſer Kaiſer und ſein Volk" ſchon 1906 darüber zu berichten wußte). Der Unterſchied zwiſchen uns und Frankreich iſt nur der, daß die Skandale bei uns nur zufällig laut werden dürfen und ſofort unterdrückt werden, wogegen ihre Aufdeckung und Diskuſſion ſozuſagen (auf Grund des Konkurrenzkampfes um die politiſche Macht) zum Syſtem der demokratiſchen Regierung gehört. Und da wir nun einmal alleſamt keine Engel ſind, ein modernes Staatsweſen alſo ohne eine gewiſſe Korruption überhaupt nicht auskommen kann (man mache ſich darüber nur keine Illuſionen), ſo iſt auch hier die Öffentlichkeit die vernünftigſte Garantie für eine allmähliche Beſſerung der Dinge.

Das hochmütige Gerede deutſcher Profeſſoren über die Stabilität monarchiſcher Regierungen wird am treffendſten widerlegt durch die Anſichten eines Mannes, der, weil er ſelbſt ein abſoluter König war, derlei Dinge gewiß beſſer beurteilen konnte als alle unſere Geheimräte zuſammengenommen. Friedrich der Große ſchrieb ſchon 1747/48:

„In den Königreichen iſt die einzige Grundlage der Regierungsform die ſouveräne Macht des Herrſchers. Geſetze, Heerweſen, Induſtrie, Handel und alle anderen Beſtandteile des Staates ſind der Willkür eines einzigen unterworfen, unter deſſen Nachfolgern keiner dem andern gleicht. Daraus folgt, daß gewöhnlich beim Regierungsantritt eines neuen Fürſten der Staat nach neuen Grundſätzen verwaltet wird. Und das iſt es, was gegen dieſe Regierungsform ſpricht. — Einheitlichkeit beſteht in den Zielen, die Republiken ſich ſetzen, und in den Mitteln, die ſie zu ihrer Erreichung anwenden. Daher kommt es, daß ſie ihre Zwecke faſt niemals verfehlen. In Monarchien dagegen folgt auf einen ehrgeizigen Fürſten ein Müßiggänger, auf ihn ein Frömmler, auf ihn ein Krieger, auf den ein Gelehrter, auf den ein Genußſüchtiger. Und während Fortunas wechſelnde Bühne ſtets neue Bilder darbietet, nimmt der Geiſt des Volkes, durch die Mannigfaltigkeit des Schauſpiels abgelenkt, keinerlei feſte Formen an." *)

Man ſieht, daß wir Republikaner und Pazifiſten uns mit unſeren Anſichten über die zweckmäßigere Staatsform in der beſten aller Ge-

*) „Königliche Gedanken und Ausſprüche Friedrichs des Großen". Deutſche Bibliothek in Berlin, S. 46—47.

ſellſchaften befinden. Wir können, wie Figura zeigt, die heutigen Schriftgelehrten der Hohenzollern mit den Hohenzollern ſelbſt widerlegen und Profeſſor Delbrück dürfte einige Mühe haben, ſeinen Reſpekt vor der angeſtammten Dynaſtie mit der Richtigkeit ſeiner „Stabilitätstheorien" zu vereinigen.

Aber nichts iſt vollkommen auf der Welt. Wir Menſchen ſind überall darauf beſchränkt, von zwei Übeln das kleinere zu wählen. Die ſchönſte lebende Demokratie iſt noch immer ein armſeliger Trödelladen im Vergleich zu dem hohen Ideal, das große Geiſter von ihr gezeichnet haben. Doch wem es ernſthaft darauf ankommt, die moderne Menſchheit endlich einmal von der Kriegsgeißel zu befreien (und das iſt heute die Aufgabe aller Aufgaben), für den muß die ſchlechteſte Demokratie noch immer beſſer ſein als die beſte Feudalmonarchie.

Der „ewige Friede" iſt kein Dekret. Er muß, wie alles andere auch, von Fall zu Fall erkämpft werden. Und wenn auch die beſte Demokratie der Welt noch keinen abſoluten Schutz gegen den Krieg gewährt, ſo müſſen wir uns beſcheiden ſagen, daß es einen *abſoluten Schutz* gegen den Krieg in dieſer unvollkommenen Welt *überhaupt nicht geben kann*. Es handelt ſich nur darum, endlich zu erkennen, daß es ohne einen *Willen* zum Kriege keine Kriege geben, daß dieſer Wille zum Kriege nur mit Hilfe der Staatsverfaſſungen gefährlich werden kann, und — nachdem wir dies klar erkannt haben — diejenige Staats- und Regierungsform zu ſuchen und zu verwirklichen, in der die Durchſetzung dieſes Willens zum Kriege nach Möglichkeit erſchwert wird.

Dieſe Staats- und Regierungsform iſt ohne Zweifel die *Selbſtherrlichkeit* des Volkswillens, das heißt die *Demokratie*. Denn während in allen dynaſtiſchen Staatsformen der Wille zum Krieg ein Gebot Gottes, das heißt eine Lebensnotwendigkeit der *Menſchheit* iſt und bleiben wird, ſo iſt umgekehrt in der demokratiſchen Staatsform der Wille zum Frieden ein Gebot des Volkes, das heißt die Vorausſetzung des Staates ſelbſt.

Niemals hat ein Philoſoph einen dümmeren Satz ausgeſprochen als Hegel, wenn er ſagt: „Das Volk iſt derjenige Teil des *Staates*, der nicht weiß, was er will!" Seit es eine *Geſchichtſchreibung* in der

Welt gibt, erzählt sie uns von dem beständigen Widerstreit zwischen Volk und Dynastie. Das Vorhandensein dieses Widerstreites ist ein Beweis dafür, daß die Völker im Gegenteil immer sehr genau wissen, was sie wollen. Ich glaube in diesem Buche an einigen Beispielen unwiderlegbar nachgewiesen zu haben, daß dies namentlich auch im Preußen-Deutschland der letzten hundert Jahre der Fall war. Wir Deutschen sind eben (was die Chauvinisten jenseits der Vogesen und des Kanals auch sagen mögen) ein Volk wie jedes andere, unterliegen denselben geschichtlichen Gesetzen und Notwendigkeiten, haben dieselben Menschheitsideale und kämpfen gegen dieselben Hindernisse des wahren Fortschritts wie andere Völker auch.

Das Volk, gleichviel welches, hat immer und überall einen Willen. Es mag gern Hurra schreien, Militärparaden beklatschen und das Gepränge eines Staatsoberhauptes umjubeln, im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht, der bürgerlichen Rechtsordnung und Gesittung aber wird es niemals einem Eroberungskrieg zustimmen. Wenn es bereit ist, einmütig und entschlossen sein Land, den Herd seiner Väter und die Güter seiner Kultur bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, so wird es sich doch niemals einer Weltmachtpolitik zuliebe in Abenteuer stürzen, für Einflußsphären in Hinterindien oder Eisenbahnen in Patagonien kämpfen. Es kommt nur darauf an, eine Staats- und Regierungsform zu finden, in der man ihm die Eroberung nicht mehr als Notwehr und die Verletzung feierlich beschworener Verträge nicht mehr als Landesverteidigung hinstellen kann.

Diese Staats- und Regierungsform ist die Demokratie.

Der Wille aller Völker zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Ablehnung jeder Eroberungsidee ist universell. Er ist der gleiche von Lissabon bis Yokohama, von Melbourne bis Stockholm. Übertragen wir darum vertrauensvoll den Frieden Europas der Souveränität des Volkswillens. Er allein kann das Fundament sein für die jetzt heranbrechende Ära der wahren Friedenskultur Europas.

* * *

Lieber Michel!

Daß ein Deutscher zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts dieses Buch schreiben mußte (jawohl: mußte!) und daß seine Gedankengänge

ſo ſchrecklich „revolutionär“ ausſehen, iſt an ſich kein Beweis für den Hochſtand der deutſchen Kultur. Denn was enthält dieſes Buch? Es enthält die Schilderung von Zuſtänden, die in England und Frankreich vor einhundertfünfzig Jahren einmal exiſtiert haben. Es enthält die Forderung von Reformen, die ſozuſagen in allen ziviliſierten Ländern der Welt ſeit Jahrzehnten ſchon dem dümmſten Bauern als ſelbſtverſtändlich erſcheinen. In der Tat: Was ich hier für Deutſchland verlange, das beſitzen die Engländer, Franzoſen, Amerikaner, Schweizer ſeit anderthalb Jahrhunderten, die Italiener, Schweden, Norweger, Dänen, Holländer, Serben, Bulgaren, Rumänen, Griechen uſw. ſeit einigen Jahrzehnten und — die Chineſen ſeit geſtern. — Bedenke, lieber Michel: die Chineſen! Ich ſchäme mich, das niederzuſchreiben und ſchreibe es doch nieder in der Hoffnung, daß du daran gleich mir unſere politiſche Rückſtändigkeit ſchmerzlich empfinden wirſt.

Der Sturmwind der Geſchichte wird und muß endlich auch uns Deutſchen die politiſche Emanzipation bringen. Die Romantik der Revolutionszeit von 1789 und 1848! Die Periode des Sturms und Drangs! Der kategoriſche Imperativ der Selbſtbefreiung! Das wird und muß für uns Deutſche die Frucht dieſes Weltkrieges ſein.

Recht, Recht und nochmals Recht: das iſt der Sockel der zur Friedenskultur gereiften Menſchheit. Wer ‚Recht‘ ſagt, ſagt Gleichheit; göttliche, traditionelle und myſtiſche Sonderrechte der Dynaſtien, Staaten und Kaſten ſind Verhöhnungen des Rechts.

Gottesgnadentum als Pomp, Parade, Phraſe und Fiktion? Soviel ihr wollt, wenn ihr ſchon ohne Heiligenbilder, Weihrauch und Hermelin nicht leben könnt. — Aber Gottesgnadentum als ſouverän handelndes *Prinzip* der europäiſchen Politik? Gottesgnadentum als Beſitzrecht am Menſchen, Schickſal, Wille und Vorſehung der Völker, Sein und Nichtſein von Krieg und Frieden? Millionen Fäuſte werden ſich drohend den Knechtſeelen entgegenballen, die *nach* dieſer Kataſtrophe hier noch ja ſagen!

Keine Halbheiten, keine Weinerlichkeiten, kein feiges Kompromiſſeln, Deuteln und auf ſpäter Vertröſten! Es wäre Verrat an unſeren gefallenen Brüdern. Nein, *alle* Höhen müſſen fallen, *alle* Gottähnlichkeiten beſeitigt, *alle* Ausnahmen verbannt, *alle* Sonderrechte ausgerottet werden! Mit Stumpf und Stil! Radikal und für

immer! Die Erde den Menſchen, der Himmel den Göttern! So und nur ſo wird das Rechts- und Friedensbedürfnis der Nationen endlich zur Ruhe gelangen. Nur ſo wird die Menſchheit dieſen Millionenmord vor der Geſchichte rechtfertigen können.

Und darum haben wir Deutſchen heute dort zu beginnen, wo die Engländer, Franzoſen, Amerikaner, Schweizer uſw. ſchon vor 250 und 125 Jahren den Hebel anſetzten und wo unſere deutſchen Klaſſiker und Freiheitskämpfer ohnmächtig zuſammenbrachen.

Das, lieber Michel, iſt in Wahrheit das „große Umlernen", das der Weltkrieg gebieteriſch von uns fordert.

Nicht deswegen hat man uns „Barbaren", „boches" und „huns" genannt, weil unſere Soldaten in Belgien und anderswo angeblich wie die Horden Attilas gehauſt haben. Nein: Unſere politiſche Leibeigenſchaft, unſer ſcheinbar ſerviles Feſthalten an den Staatstheorien des Mittelalters, unſere Barbarenreligion von der Heiligkeit und Schönheit der Kriege, unſer höchſt undeutſches Pochen auf Gewaltdiſziplinen und unſer Betonen des Satzes, daß Gewalt vor Recht gehe: das und damit zuſammenhängend die rohe Gelehrtheit und Servilität unſerer chineſenhaften Geheimräte nach Art der Oſtwald hat uns in der Welt den Namen „Barbaren" eingetragen. Ein großes, kräftiges und ideal veranlagtes Volk wie das unſrige kann nur dann ſeine wahre Rolle in der Welt ſpielen, wenn es ſich ſelbſt gehört und ſeine Geſchicke ſtolz ſelbſt leitet. Wenn es aber, wie das mit uns der Fall war, ſeine Wohlfahrt innen und außen einer Handvoll Soldaten und gelehrter Mandarinen anvertraut, dann wird es von ſeiner wahren Beſtimmung abgelenkt, wird eine Gefahr für die Welt und ein Ärgernis für die Ziviliſation.

Wenn Bismarck kein Fehler war, ſo war er doch ein Verhängnis für uns. In unſerer Zeit darf man keine Vaterländer mehr mit „Blut und Eiſen" kitten. Blut und Eiſen können nur immer mit Blut und Eiſen erneuert und zuſammengehalten werden. Bismarck war unſer Ruhm und unſer Verhängnis.

Los von Bismarck! Das iſt die Lehre dieſes Weltkrieges für uns. Recht und Freiheit, nicht Blut und Eiſen ſind der Kitt moderner Vaterländer.

Nehmen wir die Fäden des klaſſiſchen Deutſchtums wieder auf.

Beſinnen wir uns auf unſere Geiſteshelden der Schiller- und Goethezeit, auf unſere demokratiſchen Nationaldichter der vierziger Jahre. Nur mit ihrer Hilfe, nur in ihrem Geiſte kann das deutſche Problem endlich zum Segen Deutſchlands und der Welt gelöſt werden.

Brechen wir mit der Entwicklung der letzten hundert Jahre. Der Weltkrieg bedeutet den Zuſammenbruch eines Syſtems und Kulturgeiſtes, die durchaus undeutſch, das heißt preußiſch waren. Stellen wir uns in Reih und Glied mit den anderen Kulturnationen der Welt als friedliche, gleichberechtigte, gleich tüchtige Arbeiter der Kultur. Beginnen wir mit der Schaffung jener ganz neuen, ganz freien, ganz demokratiſchen Kultur, deren Richtlinien uns von den Herder und Kant, von den Leſſing und Humboldt, von den Goethe und Schiller vorgezeichnet worden ſind. Nicht mehr: Deutſchland über alles, ſondern: Deutſchland mit und neben allen. Nur ſo werden wir unſere wahre Miſſion in der Welt erfüllen können.

Durch!...zur Demokratie.

Die Demokratie iſt, wie die Dinge heute in der Welt liegen, die allein mögliche, die allein anzuſtrebende Grundlage jeder echten Kultur. Erſt dieſe Mutter kann all die ſchönen, hoffnungsvollen Kinder gebären, von denen wir Deutſchen viel zu früh geſprochen haben: den Sozialismus, das wahre Völkerrecht, die Geiſtesfreiheit und womöglich gar die integrale Abrüſtung. Ohne die Demokratie werden dieſe Dinge immer nur ſein, was ſie bisher waren: Karikaturen und Mißgeburten.

Durch!...zur Demokratie.

Die Demokratie iſt die allein mögliche und allein geſunde Grundlage des kommenden Völkerfriedens. Ein ohne die Verwirklichung der Kantſchen Urforderung geſchloſſener Friede wäre Stückwerk und Selbſttäuſchung.

Durch!...zur Demokratie.

Das wird und muß morgen die Loſung für Europa im allgemeinen und für Deutſchland im beſonderen ſein.

Los von Bismarck! Deutſchland den Deutſchen!

Das, lieber Michel, sei die Frucht dieses schauerlichen Weltkrieges für unser Vaterland. Soll ich, muß ich dir's noch in Versen sagen?

Krieg den Schlössern, Friede den Hütten!
Freiheit, Recht und sanfte Sitten:
Der Adel einer neuen Zeit,
Den der Weltkrieg uns erstritten,
Er sei des Deutschtums Weggeleit.

Wachset frei, ihr deutschen Eichen:
Im Namen von Millionen Leichen
Beschwör'n wir einig, Hand in Hand,
Europas neues Friedenszeichen:
Des Deutschen freies Vaterland!

So sei's!

Durch!...zur Demokratie!

Es gilt die Eroberung eines Vaterlandes, die Rettung Europas und das Heil der Welt!

Inhalt.

Seite

I. Einige Feſtſtellungen künftiger deutſcher Geſchichtſchreiber 5

II. Von den Dynaſtien im allgemeinen und der deutſchen Reichsverfaſſung im beſonderen 33

III. Die Baſis der dynaſtiſchen Macht 59

IV. Die Prinzipien der deutſchen Politik. Zugleich eine politiſche Vorgeſchichte des Weltkrieges.

Erſcheinungsformen des deutſchen Militarismus . . . 77
Wilhelm II. und der Weltfrieden 94
Die Haager Konferenzen und ihre Folgen 99
Warum alle Verſtändigungsverſuche erfolglos blieben . 115
Vorzeichen des Sturms 124
Wie wird Deutſchland regiert? 128

V. Die deutſche Dynaſtie und der deutſche Kulturbegriff. Zugleich eine intellektuelle Vorgeſchichte des Krieges.

Deutſche Philoſophen, Profeſſoren und Geſchichtſchreiber 135
Völkerrecht, hüben und drüben 142
Die deutſche Raſſewiſſenſchaft und ihre Schlußfolgerungen 157
Von der Willensfreiheit der deutſchen Kultur . . . 163
Deutſche Kultur, einſt und jetzt 170

VI. Des Deutſchen Vaterland 177

VII. Vom Urſprung und Sinn des Krieges.

Die Meinungen der deutſchen Pazifiſten und Sozialiſten 197
Dynaſtiſche Staatskunſt und Krieg 207
Der Sinn des heutigen Weltkriegs 213

VIII. Durch!... zur Demokratie!

Dynaſtie oder Menſchheit? 225
Dynaſtiſche Politik und Kultur 233
Die Vorbedingungen zum europäiſchen Frieden . . . 248
Fehler und Vorzüge der Demokratie 258

HMod.
F36771
150200
Author Fernau, Hermann
Title Durch!...zur Demokratie!
DATE.
NAME OF BORROWER.
University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU